

251; Moser/Rosecker, 2008, 333). Sie scheinen die Funktion der Interessensaggregation und -artikulation zugunsten einer Regierungs- und Verfahrensfunktion aufzugeben (vgl. Haute, 2011, 20). Eine rückläufige Wahlbeteiligung schwächt ebenso die Legitimationsfunktion der politischen Parteien (vgl. Kersting/Woyke, 2012, 28). In demokratischen Staaten führt bei der Erfüllung zentraler politischer Funktionen jedoch kein Weg an Volksparteien vorbei (vgl. Schmid, 2013b, 527).

4.2.2 Parteipolitische Entwicklungen DACH-Raum

Die Geschichte der Parteien im DACH-Raum sind von ähnlichen Mustern gezeichnet, wie im Kapitel 4.1 dargestellt. Hier werden sie speziell auf den genannten geographischen Raum herunter gebrochen und die übergeordnete Position der Europäischen Union bewusst nicht behandelt, da die Länder Deutschland, Österreich und die Schweiz jeweils separat beleuchtet werden.

Die Zeit vor dem 1. Weltkrieg ist trotz der Entwicklung der sozialistischen Parteien von Kader-, Honoratioren- oder Elitenparteien geprägt, die ihre ideologische Grundlage auf Besitz ausrichten (vgl. Beyme, 2002, 28 u. 41). Nach dem 1. Weltkrieg bis etwa gegen Ende der 1950er Jahre sind die Massenparteien durch den Klassenkampf bestimmt (vgl. Beyme, 2002, 41), der eine äußerst **enge Parteibindung** mit sich bringt. In Österreich fußt eine tief verankerte Parteizugehörigkeit auf den weiteren Cleavages katholisch/konfessionslos und deutschnational/österreichnational. Es entstehen dominante politische Lager, die sich in ihren Weltanschauungen und Entstellungen deutlich voneinander unterscheiden (vgl. Plasser/Ullram, 2004b, 380). Bis in diese Phase ist die Parteinähe der Mitglieder und Wähler äußerst stark und sich intensivierend ausgeprägt (vgl. Moser/Rosecker, 2008, 328).

In den Nachwehen des 2. Weltkriegs, flankiert vom wachsenden Wohlstand, entstehen die **Volksparteien** (vgl. Schmid, 2013b, 525; Beyme, 2002, 29 u. 41). In Deutschland fördert ihr Prosperieren, dass die Parteien in den Verfassungsrang erhoben werden (vgl. Schmid, 2013b, 525; Beyme, 2002, 29). Eine ähnliche Tendenz lässt sich in Österreich beobachten (vgl. Beyme, 2002, 31). Dieser Abschnitt ist von folgenden politischen Entwicklungen geprägt, welche das Entstehen von Volksparteien fördern: Professionalisierung der Parteien im Parlament und der Parteiführung, Machtstrukturen werden zentralisiert, eine Ämtermaximierung wird pragmatisch angestrebt und der Rückgang der Ideologie zugunsten konkreter Politikvorhaben (vgl. Beyme, 2002, 32f.). Begleitet und gefördert werden diese Entwicklungen durch gesellschaftliche Veränderungen. Eine Landflucht setzte ein, die Menschen werden mobiler, Einzelhandels- und Kleingewerbebetriebe gehen zurück, eine neue Mittelschicht entsteht aus der Angestellten-schaft, die Dienstleistungsgesellschaft entwickelt sich und die Produktionsstrukturen werden

Dissertation Rosemarie Nowak: Vorsitzenden-Reputation in Mitgliederparteien

moderner (vgl. Moser/Rosecker, 2008, 328; Plasser/Ullram/Seeber, 2003, 103). Die Volksparteien, die auch als „**Catch-all-Parties**“ bezeichnet werden, wollen breite Wählerschichten ansprechen und nicht nur die ihnen angestammte sozio-ökonomische Gruppe. Sie konzentrieren sich mit dem Ziel der Stimmenmaximierung auf die Mitte. (vgl. Schmid, 2013b, 525; Kersting/Woyke, 2012, 16; Pelinka/Rosenberger, 2003, 152; Beyme, 2002, 33) Nach Beyme (2002, 34) kommen die konservativen Parteien mit dieser Situation leichter zurecht als die Sozialdemokratie. Obwohl diese Zeit als die Hochblüte der politischen Parteien gilt und die Loyalität ihrer AnhängerInnen intensiv ausgeprägt ist (vgl. Niedermayer, 2017, online; Rhomberg, 2009, 207), beginnen sich die alten Lager allmählich aufzulösen (vgl. Moser/Rosecker, 2008, 328; Beyme, 2002, 41). Diese erste Phase der Erosion der Parteiloyalität betrifft vor allem die schwach Parteiidentifizierten (vgl. Plasser/Ullram/Seeber, 2003, 103).

Gegen Ende der 1970er Jahre kommen professionalisierte Wählerparteien auf, die sich an den neu herausgebildeten Milieus orientieren (vgl. Ladner, 2014, 373; Beyme, 2002, 41). Diese Phase beschreiben Plasser und Ullram (2004b, 382) für Österreich als **affektives Dealignment**. Sie ist aufgrund zahlreicher Skandale gekennzeichnet von Politikverdrossenheit, Ressentiments gegenüber der politischen Elite und der Unzufriedenheit mit der Regierung. Die neue Konfliktlinie Ökologie entsteht (vgl. Moser/Rosecker, 2008, 328; Plasser/Ullram, 2004a, 382; Pelinka/Rosenberger, 2003, 144). Die herkömmlichen auf persönliche Beziehungen aufbauenden Netzwerke verlieren an Wertigkeit und gleichzeitig können die klassenorientierten Deutungsmuster der Traditionsparteien mit der komplexer werdenden Realität nicht mithalten. Der Aufstieg der Massenmedien, welche die Vermittlung politischer Inhalte übernehmen, beschleunigt diese Tendenzen. (vgl. Plasser/Ullram, 2004b, 381). Die Bereitschaft, sich mit einer einzigen Partei zu identifizieren, nimmt rapide ab. Die Parteibindung sinkt bei den Traditionsparteien spürbar. (vgl. Moser/Rosecker, 2008, 328; Plasser/Ullram, 2004b, 381f.) Die Stammwählerschaft geht beispielsweise in Österreich enorm zurück und der Anteil der Wechselwähler steigt von acht Prozent im Jahr 1972 auf 53 Prozent im Jahr 2002. Die Gruppe der SpätereisenderInnen bei Nationalratswahlen steigt in diesem Land von 1975 mit 5 Prozent auf 23 Prozent im Jahr 2002 (vgl. Plasser/Ullram, 2004b, 384). Traditionelle Lebensstile und Werthaltungen treten in den Hintergrund (vgl. Moser/Rosecker, 2008, 329).

Gegen Ende der 1980er Jahre entsteht aufgrund wachsender antipolitischer Haltungen, die sich beispielsweise in Österreich gegen das Proporzsystem wenden, eine **politische Protestkultur**, in der sich die traditionelle Parteibindung weiter auf Talfahrt befindet. In dieser bis heute andauernden Phase nimmt erstmals die Mitgliederanzahl der Volksparteien und ihre Rekrutier-

rungsfähigkeit rapide ab. Sie verlieren an Substanz. Die Wechselwählerschaft erhöht sich drastisch und das parteipolitische Zugehörigkeitsgefühl reduziert sich abermals deutlich. (vgl. Ladner, 2014, 379; Niedermayer, 2013, 25; Oberreuter, 2013, 109; Schmid, 2013b, 527; Kersting/Woyke, 2012, 15; Jun, 2009, 288; Moser/Rosecker, 2008, 329; Rhomberg, 2009, 183 u. 207; Beyme, 2002, 43; Inglehart, 1998, 429; Plasser, 1997, 480) In Deutschland lässt sich beispielsweise eine rückläufige Wahlbeteiligung bei Bundeswahlen bis in die 2010er Jahre feststellen (vgl. Schmidt, 2018, 30; Kersting/Woyke, 2012, 28 u. 30–35; vgl. auch bis zur Jahrtausendwende Beyme, 2002, 43). In der Schweiz etwa fällt die Wahlbeteiligung nach der Einführung des Frauenwahlrechts im Jahr 1971 weiter und erholt sich erst durch die Möglichkeit der Briefwahl auf ein Niveau von knapp unter 50 Prozent (vgl. Kersting/Woyke, 2012, 30f.). Die ideologischen Ausrichtungen der Großparteien gleichen sich insbesondere in Deutschland und Österreich bis zur Austauschbarkeit an, was sich auch in den Parteiprogrammen widerspiegelt (vgl. Beyme, 2002, 92). Das Vertrauen in die Politik ist auf einem Tiefpunkt angekommen (vgl. Filzmaier, 2011b, 66; Marien/Quintelier, 2011, 45 u. 54).

Traditionelle gesellschaftliche Gruppierungen verlieren durch gestiegenen Wohlstand und hohen durchschnittlichen Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung endgültig ihre breite Bindungskraft (vgl. Kersting/Woyke, 2012, 12f.; Marien/Quintelier, 2011, 45; Moser/Rosecker, 2008, 330). Zunehmende Säkularisierungstendenzen schwächen die konservativen Parteien (vgl. Kersting/Woyke, 2012, 37; Plasser/Ullram, 2004b, 381). Die Arbeitenden können ihr Einkommen merkbar steigern (vgl. Moser/Rosecker, 2008, 330). Die fortschreitende **Individualisierung** und die zunehmende soziale Differenzierung wirken dem klassenspezifischen Wahlverhalten weiter entgegen. Sowohl die Arbeiterschaft als auch die Bürgerlichen orientieren sich neu. (vgl. Niedermayer, 2013, 25; Kersting/Woyke, 2012, 12f. u. 15; Steiner/Jarren, 2009, 261; Moser/Rosecker, 2008, 329f.) Wahlbeteiligung hängt etwa verstärkt von der sozialen Eingebundenheit ab (vgl. Kersting/Woyke, 2012, 37f.). Indem die soziale Milieuzugehörigkeit abbröckelt, erodiert parallel die Anziehungskraft der Vorfeldorganisationen der Großparteien, wie die Gewerkschaft oder kirchliche Vereinigungen. Gleichzeitig sinkt die Hemmschwelle für einen Parteiaustritt. Die soziale Basis parteipolitischer Systeme erfährt auch im deutschen Sprachraum eine heftige Erosion. (vgl. Niedermayer, 2013, 25; Jun, 2009, 270) Postmaterialistische Werte breiten sich aus (vgl. Kersting/Woyke, 2012, 12 u. 15; Marien/Quintelier, 2011, 45) wodurch das Bedürfnis nach Identifikation mit den vorhandenen Parteien sinkt (vgl. Inglehart, 1998, 429). Gleichzeitig wird die Personalisierung und die Konzentration auf die Führungsspitze in der Politik immer bedeutender (vgl. Delwit, 2011, 25). Im neuen Jahrtausend ziehen sich die Konfliktlinien entlang Ökologie/Ökonomie, Materialismus/Postmaterialismus

und Inklusion/Exklusion (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 144). Der im Kapitel 4.1.2 beschriebene Antagonismus zwischen **Postmaterialismus** und Materialismus ist auch im DACH-Raum angekommen.

Einer der Gründe, warum sich weniger Personen bei politischen Parteien engagieren, sind ihre unattraktiv gewordenen, zu großen Parteiapparate, deren Organisation erstarrt, verkrustet und degeneriert ist (vgl. Niedermayer, 2013, 26). Unkonventionelle Beteiligungsformen lassen seit den 1960er und 1970er Jahren mehr Bewegungsfreiheit und vielfältiges Engagement zu. Mit **Bürgerinitiativen** und **sozialen Bewegungen** formieren sich neben den Parteien andere Möglichkeiten der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung zu Themen wie Frauenrechte, Frieden, Widerstand gegen Großprojekte, Dritte-Welt, Asyl, AusländerInnenpolitik u. ä. (vgl. Guggenberger, 2013b, 43 u. 45; Rucht, 2013, 479; Kersting/Woyke, 2012, 7; Moser/Rosecker, 2008, 328f.; Rhomberg, 2009, 115; Pelinka/Rosenberger, 2003, 175) Diese neuen Bewegungen treten zunehmend in Konkurrenz mit den politischen Parteien, deren politisches Monopol für Beteiligungen somit der Vergangenheit angehört (vgl. Niedermayer, 2013, 26; Filzmaier, 2011b, 62 u. 68). Vor allem junge linke PostmaterialistInnen engagieren sich in den neuen sozialen Bewegungen (vgl. Rucht, 2013, 480).

Darüber hinaus bieten die enormen Freizeitgestaltungsmöglichkeiten den Menschen bereits seit Jahrzehnten eine anziehende Ablenkung von der Politik (vgl. Niedermayer, 2013, 26). Einige meinen, dass Bürgerinnen und Bürger insgesamt nicht weniger politisch geworden wären. Sie bringen sich hingegen selektiver und weniger dauerhaft ein, wie als Mitglieder politischer Parteien (vgl. Kersting/Woyke, 2012, 7; Haute, 2011, 20; Steiner/Jarren, 2009, 261). Andere Zahlen besagen, dass rund 50 Prozent der Bevölkerung in modernen Demokratien der Politik eher gleichgültig gegenüberstehen und nur zwischen 10 bis 25 Prozent hohes Interesse aufweisen (vgl. Rhomberg, 2009, 80). Insgesamt machen ein hoher Bildungsstand, ein hoher beruflicher Status, mittleres Alter und das männliche Geschlecht sowohl eine Beteiligung an Wahlen als auch das Interesse an Politik und ein allgemeines politisches Engagement wahrscheinlicher (vgl. Schmidt, 2018, 30f.; Kersting/Woyke, 2012, 9 u. 18). Auch diese neuen Bewegungen sind stark von Personen mit hoher Schulbildung getragen (vgl. Rucht, 2013, 480; Kersting/Woyke, 2012, 18). Aufgrund der Ungleichheit des Engagements lässt sich eine demokratische Herausforderung feststellen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass die Interessen engagierter Bevölkerungsgruppen realpolitisch stärker umgesetzt werden als jene inaktiver Teile. (vgl. Kersting/Woyke, 2012, 9)

Neben den neuen Beteiligungsformen entstehen seit etwa den 1980er Jahren laufend **neue Parteien**. Als nach wie vor bedeutende politische Kraft können die Grün-Parteien mit ihren Wurzeln in den 1980er Jahren eingestuft werden (vgl. gruene.at, 2018b, online; gruene.ch, 2018, online; gruene.de, 2018b, online; Ladner, 2014, 364; Kersting/Woyke, 2012, 44). Deren eingehendere Beschreibung erfolgt weiter unten in diesem Großkapitel. Über einige Jahre ist vor allem in Deutschland die 2006 gegründete Piratenpartei bedeutend. Sie verfügt im Jahr 2012 über mehr als 30.000 Mitglieder und ist in mehreren Landtagen vertreten (vgl. Kersting/Woyke, 2012, 44). Heute ist sie in die politische Bedeutungslosigkeit gesunken (vgl. Hebenstreit, 2017, online). Ähnlich ergeht es dem Liberalen Forum in Österreich. Es entsteht 1993 aus der FPÖ, schafft zwei Mal den Einzug in den Nationalrat und verpasst diesen erst 1999 (vgl. Demokratiezentrum Wien, 2018b, online). 2013 fusionieren seine Reste mit den Neos (vgl. Tempfer, 2017, online), die unmittelbar nach ihrer Gründung 2012 in den Nationalrat einziehen und heute noch dort sowie in einen Landesparlamenten vertreten sind (vgl. Neos, 2018c, online). Am rechten Rand des politischen Spektrums in Deutschland ist die AfD angesiedelt. Gegründet 2013 erhält sie vor allem durch die Flüchtlingskrise im Jahr 2015, den politisch motivierten Terroranschlägen und Übergriffe durch Migranten auf Frauen Aufwind. Heute ist sie in mehreren Landtagen und im Bundestag vertreten. (vgl. Decker, 2018b, online) In der Schweiz spaltet sich die BDP im Jahr 2008 von der SVP ab und kann seither als bürgerliche Partei der Mitte mit einem WählerInnenanteil im einstelligen Bereich mehrere Sitze im Nationalrat halten (vgl. smartvote.ch, 2018, online). Als Gemeinsamkeit dieser ausgewählten Beispiele lässt sich festhalten, dass sie enormes Protestpotenzial in sich vereinen, sich gegen die Volksparteien wenden und diesen an Boden entziehen. Politische Traditionsparteien versuchen spätestens ab den 2010er Jahren mit überschaubarem Erfolg durch Mitgliederbefragungen und Strukturreformen, wie sie beispielsweise die SPÖ Wien vornimmt, der Politikverdrossenheit und dem geringen Engagement bei ihnen entgegen zu wirken (vgl. Reisinger, 2018, online; Wien Spiegel, 2012, 14f.).

Bei geringem Stand an Mitgliedern reduziert sich als schmerzhafter Nebeneffekt auch die Summe der Mitgliedsbeiträge und somit die finanzielle Basis vor allem der politischen Traditionsparteien. Diese machen sich in den meisten westlichen Demokratien so auch in Deutschland und Österreich durch **staatliche Finanzierung** weitgehend von ihrer Parteibasis unabhängig. (vgl. Naßmacher, 2013, 530f.; Pelinka, 2005, 50; Beyme, 2002, 119) Eine Ausnahme bildet die Schweiz, die keine staatliche Parteienfinanzierung kennt (vgl. Ladner, 2014, 361). In den meisten europäischen Ländern erhalten die politischen Parteien einen Großteil ihrer finanziellen Ressourcen heute vom Staat, wodurch sie von ihren Mitgliedern unabhängiger sind (vgl.

Marien/Quintelier, 2011, 46). Damit geht eine gewisse Abhängigkeit vom Staat einher, während bei hohen Mitgliederzahlen diese die Partei monetär tragen (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 153). Daher lässt sich auch ein verminderter Druck der aktiven Mitgliederrekrutierung feststellen (vgl. Marien/Quintelier, 2011, 46). Haute (2011, 13) führt in einem rationalen Ansatz die Gründe, warum politische Parteien keine Mitglieder werben, auf die negative Aufwands-/Nutzenbilanz zurück.

Wie bereits oben erwähnt, tragen auch die **Massenmedien** zur abnehmenden Bedeutung politischer Parteien bei (vgl. Ladner, 2014, 161; Jun, 2009, 286; Plasser/Ullram, 2004b, 381). Über Jahrzehnte ist es nötig, Parteimitglied zu sein oder die aktuelle Parteizeitung zu lesen, um politisch informiert zu sein (vgl. Beyme, 2002, 118). Nach 1848 bis rund zur Mitte des 20. Jahrhunderts sind eigene Medien für politische Strömungen ein wesentliches soziokulturelles Differenzierungsmerkmal (vgl. Rhomberg, 2009, 55f.). Im Österreich der 1950er Jahre macht beispielsweise die Parteipresse noch mehr als 50 Prozent der Tagespresse aus. Die Parteizeitungen erreichen mehr als ein Drittel des Elektorats direkt. Selbst das Radio ist parteipolitisch gesteuert. Bis knapp vor die Jahrtausendwende verschwindet die Parteipresse beinahe zu Gänze. (vgl. Plasser/Ullram, 2004b, 384; Plasser, 1997, 464) In praktisch ganz Europa zeigt sich eine ähnliche Entwicklung der Parteizeitungen (vgl. Rhomberg, 2009, 184). Das Fernsehen läutet das Ende der Parteizeitungsära ein (vgl. Rhomberg, 2009, 56f.). Im zunehmenden Maße nehmen politische Eliten zum Elektorat über die Massenmedien Kontakt auf und die Binnenkommunikationsströme versiegen, nicht zuletzt wegen der rückläufigen Mitgliederzahlen. Die Sozialisations- und Mobilisierungsfunktion sowie die Chancen der direkten personalen Kommunikation der politischen Parteien schwinden. (vgl. Jun, 2009, 270; Steiner/Jarren, 2009, 252; Plasser/Ullram, 2004b, 384; Beyme, 2002, 118; Plasser, 1997, 464f.) Die Massenmedien selbst werden für politische Parteien immer wichtiger. Sarcinelli spricht bereits 1998 von der Mediendemokratie. In ihr sehen sich die politischen Parteien gezwungen, in einer Medien- und Informationsgesellschaft über die Massenkommunikation ihre Zielgruppen anzusprechen, weshalb die externe Parteikommunikation ausgebaut und professionalisiert wird. (vgl. Eisenegger/Imhof, 2009, 255; Steiner/Jarren, 2009, 252 u. 261; Rhomberg, 2009, 57f.; Plasser, 1997, 463) Politische Parteien zentralisieren und personalisieren zunehmend ihre Kommunikation (vgl. Rhomberg, 2009, 58 u. 188). Sie greifen vermehrt auf externe Kommunikations- und Kampagnendienstleister zurück (vgl. Jun, 2009, 287; Steiner/Jarren, 2009, 261). Jun (2009, 288) nennt den neuen Parteityp professionalisierte Medienkommunikationspartei. Mehrere Jahrzehnte lang übernehmen die Massenmedien die Realitätsvermittlung für die breite Bevölkerung (vgl. Rhomberg, 2009, 88–91). Die Massenmedien gelten als wahlentscheidend (vgl. Rhomberg, 2009, 203f.).

Ein Ausweg, um die Abhängigkeit von externen Medien zu reduzieren und die ausgetrocknet erscheinenden internen Kommunikationskanäle (vgl. Plasser, 1997, 465) zu den Mitgliedern und der Gesellschaft mit neuem Leben zu erfüllen, sowie gleichzeitig neue Partizipationsmöglichkeiten zu generieren, bieten neue Medien, wie beispielsweise die **Online-Kommunikation**. (vgl. Gerl/Marschall, 2017, 2; Rhomberg, 2009, 184 u. 188f.) Parteiinterne Intranetze und Mitgliederverwaltungsprogramme sind erste Schritte zur Belebung der Internen Kommunikation. Diese werden bald ausgebaut. Seit Mitte der 1990er Jahre verwenden etwa die großen Parteien in Deutschland Homepages, um mit ihrer Basis und anderen Zielgruppen zu kommunizieren, die ab Mitte der 2000er durch Social Media ergänzt werden. (vgl. Gerl/Marschall, 2017, 1 u. 3f.; Kersting/Woyke, 2012, 22) Durch die Top-Down-Steuerung und Bottom-Up-Beteiligung verfolgen die Parteien mit dem Internet und den Social Media die Ziele der Rekrutierung neuer Mitglieder, Mitgliedermobilisierung sowie eine digitale Mitgliedschaft und Mitarbeit in ihrer Organisation. Die Online-Kommunikation ermöglicht neben einem virtuellen Mitwirken auch hybride Formen, wobei eine digitale und analoge Teilnahme gemischt wird. Heute werden online auch BürgerInnenanfragen behandelt und Anspruchsgruppen gezielt kontaktiert und zur Mitarbeit eingeladen. (vgl. Gerl/Marschall, 2017, 2–4). Online können bei manchen Parteien Zeitmitgliedschaften abgeschlossen oder Vergünstigungen wie billige Handy-Tarife in Anspruch genommen werden (vgl. Rhomberg, 2009, 189). Die politischen Parteien verfügen mit der Online-Kommunikation über zeitgemäße Interaktionsprozesse und erlangen aufgrund der online erfassten Stimmung hinsichtlich Legitimation Aufwind in der gesellschaftlichen Verankerung, selbst wenn die Social Media noch zurückhaltend eingesetzt werden (vgl. Gerl/Marschall, 2017, 4f.). Und dieses Angebot von der Zielgruppe auch eher verhalten angenommen wird (vgl. Gerl/Marschall, 2017, 5).

4.2.3 Definition und Entwicklung der Mitgliedschaft und Mitgliederparteien

Ohne Mitglieder politischer Parteien haben Vorsitzende niemanden, den sie vorstehen oder die sie führen können. Ähnlich wie Leader ihre Follower benötigen (vgl. Kapitel 2.3.2), ist es für Vorsitzende politischer Mitgliederparteien unumgänglich, dass diese über Mitglieder verfügen. Daher geht dieses Subkapitel auf die anzahlmäßige Entwicklung der Mitgliedschaften und verschiedene Mitgliedertypen ein.

Für Haute (2011, 11) bestehen zwei Möglichkeiten, den Stand der **Parteimitgliedschaften** zu messen. Bei der subjektiven Methode werden durch Meinungsforschung die Personen selbst befragt, während bei der objektiven Methode die Parteien Auskunft über ihre Mitglieder geben,

welche sich im deutschen Sprachraum überwiegend durchgesetzt hat. Für Pelinka und Rosenberger (2003, 153) zeichnen sich Mitgliederparteien dadurch aus, dass besonders viele ihrer WählerInnen durch Mitgliedschaft an die Partei gebunden sind. Allgemein wird davon ausgegangen, dass eine Mitgliedschaft in politischen Parteien vorliegt, wenn ein Parteibuch vorhanden ist und ein Mitgliedsbeitrag gezahlt wird, selbst wenn eine Mitgliedschaft durch Berücksichtigung von SympathisantInnen und Nichtzahlern weniger klar abgegrenzt werden kann, wie bei manchen anderen Organisationsformen (vgl. Beyme, 2002, 105). Andere unterscheiden stimmberechtigte Mitglieder, welche einen Mitgliedsbeitrag entrichten, und nicht stimmberechtigte Mitglieder ohne Beitragszahlungen (vgl. Kersting/Woyke, 2012, 51). Politische Parteien sind einerseits abhängig von der Anzahl ihrer Mitglieder, andererseits verfügen sie kaum über positive oder negative Sanktionsmaßnahmen, um Mitglieder zu werben (vgl. Beyme, 2002, 104).

Im deutschsprachigen DACH-Raum sind die **Mitgliederzahlen** der politischen Parteien bis in die 1970er Jahren am höchsten (vgl. Niedermayer, 2017, online), wobei für die Schweiz keine klaren Angaben gemacht werden können, weil das Mitgliederprinzip bei den bürgerlichen Parteien erst in den 1970er Jahren eingeführt und bis heute bei allen Parteien nicht durchgängig gelebt wird (vgl. Ladner, 2014, 379). In der Schweiz liegt der geschätzte Anteil der Parteimitglieder an der Wählerschaft, damals noch alle männlich, in den 1960er Jahren bei 38 Prozent. Nach der Einführung des Frauenstimmrechts geht dieser Prozentsatz auf 11 zurück und pendelt sich ab den 1990ern im einstelligen Bereich ein (vgl. Ladner, 2014, 380). Bis in die 1960er Jahre sind auch in Österreich rund 30 Prozent der WählerInnen Parteimitglieder, mehr als 60 Prozent der Arbeitenden gehören Gewerkschaften an und die Wahlbeteiligung liegt deutlich über 90 Prozent (vgl. Plasser/Ullram, 2004b, 380). Zu Beginn der 2000er Jahre eruieren Plasser und Ullram (2004b, 384) nur noch eine Parteimitgliedschaftsrate von 15 Prozent. In Deutschland lässt sich ein ähnlicher Rückgang der Parteimitgliedschaft feststellen (vgl. Beyme, 2002, 37). Die Anzahl der Parteimitglieder beeinflusst jedoch erheblich den Wahlerfolg (vgl. Hooghe/Dassonneville, 2014, 375).

Beinahe in ganz Europa **sinken die Mitgliederzahlen** der Volksparteien rapide (vgl. Gerl/Marschall, 2017, 2; Schmid, 2013b, 527; Delwit, 2011, 39; Haute, 2011, 16; Hoffjann/Stahl, 2010a, 62; Bruter/Harrison, 2009, 1261; Jun, 2009, 288; Steiner/Jarren, 2009, 261; Weldon, 2006, 475; Plasser/Ullram, 2004b, 384; Beyme, 2002, 37). Die Ära der Volksparteien scheint vorüber. Kaderparteien und kleinere Parteien mit scharfen ideologischen Positionierungen können sogar Mitglieder gewinnen. (vgl. Delwit, 2011, 41) (vgl. auch den Abschnitt zu neuen Parteien im

Kapitel 4.2.2) Die Literatur liefert neben den bereits im Kapitel 4.2.2 beschriebenen Entwicklungen einige weitere Erklärungen und tieferegehende Analysen zum Mitgliederschwund sowie parallel auftretende Muster.

Potenzielle Mitglieder entschließen sich nach Niedermayer (2013, 22f.) nur für einen Parteibeitritt, wenn die Vorteile die Nachteile überwiegen und die Motivation für einen Beitritt größer ist, als die Anziehungskraft der Handlungsalternativen, wie beispielsweise eine andere Freizeitgestaltung. Für die Vorteile, die politische Parteien ihren Mitgliedern bieten, nehmen diese innerorganisatorische Regeln in Kauf und verhalten sich konform (vgl. Luhmann, 2012, 70f.). Insbesondere die junge Generation können Traditionsparteien deshalb immer schwerer zu einer Mitgliedschaft bewegen. Das **Durchschnittsalter** ihrer Mitglieder **steigt**. (vgl. Marien/Quintelier, 2011, 46f., 52 u. 54; Filzmaier, 2011b, 67; Bruter/Harrison, 2009, 1260f.; Plasser/Ullram, 2004b, 384; Beyme, 2002, 37) In Österreich fiel die Bindungsquote bei den unter 30-Jährigen innerhalb von 30 Jahren von 23 Prozent auf 5 Prozent im Jahr 2001 (vgl. Plasser/Ullram, 2004b, 384). Selbst aus ihren Vorfeldorganisationen können Traditionsparteien immer schwerer rekrutieren (vgl. Marien/Quintelier, 2011, 56).

Für große Parteien ist es zumeist erforderlich, komplexe Organisationsstrukturen zu entwickeln. Diese bringen einen Hang zur Oligarchie mit sich und reduzieren die innerparteiliche Demokratie. (vgl. Weldon, 2006, 268) Größere Parteien bieten darüber hinaus ihren Mitgliedern zumeist eine geringere Chance zur innerparteilichen Mitbestimmung und Partizipation als kleiner Einheiten (vgl. Weldon, 2006, 268, 467 u. 470). Für manche ist die Partizipation in diesen komplexen Organisationen zu zeitaufwändig oder zu langweilig. Andere wollen eine Partei nicht mehr mit ihrem Mitgliedsbeitrag unterstützen. Einige verlieren ihr Interesse an der Kommunalpolitik. In manchen Proporzsystemen ist die Zuteilung geförderter Wohnungen und Arbeitsstellen üblich. Bei sich ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen können diese entfallen oder als ethisch verwerflich eingestuft werden. Ihr Input soll sich für Parteimitglieder ausreichend im Output der Partei widerspiegeln. Andernfalls werden ihre Erwartungen nicht mehr erfüllt. Solche Personengruppen entscheiden sich aus diesen oder ähnlichen Gründen für einen **Parteiaustritt** (vgl. Klein/Spier, 2013, 57f.; Niedermayer, 2013, 23; Filzmaier, 2011b, 63f.) Je größer eine Partei ist, desto schwieriger wird es für sie, neue Mitglieder zu gewinnen und eine wachsende Parteigröße beeinflusst die Mitgliederaktivität negativ, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung (vgl. Weldon, 2006, 474f.) Dem gegenüber wird es auch schwieriger bei sinkendem Mitgliedsstand, Interessierte zu werben, weil diese weniger Ansprechpersonen vorfinden und von ihnen mehr Eigeninitiative verlangt wird (vgl. Niedermayer, 2013, 23 u. 26). Eine nachlassende Bindungsfähigkeit verschärft nach Steiner und Jarren (2009, Dissertation Rosemarie Nowak: Vorsitzenden-Reputation in Mitgliederparteien

261) die Konkurrenz zwischen politischen Parteien, was nach Weldon (2006, 469) die Mitgliederzahlen steigen lassen sollte, wovon in der Praxis jedoch nichts zu spüren ist.

Demgegenüber stellen Bruter und Harrison (2009, 1260) fest, dass nach wie vor ein beträchtlicher Teil der JungbürgerInnen Mitglieder in den Traditionsparteien werden, unter welchen sich die morgigen Führungspersönlichkeiten befinden. Für Männer ist es doppelt so wahrscheinlich, Parteimitglied zu sein, wie für Frauen (vgl. Marien/Quintelier, 2011, 47 u. 52). Starkes Vertrauen in die Politik, eine höhere Bildung, ein gehobenes Einkommen und ein insgesamt hoher sozioökonomischer Status steigern die Wahrscheinlichkeit einer **Parteimitgliedschaft** (vgl. Marien/Quintelier, 2011, 47 u. 51f.). Werden Personen die eigenen Anstrengungen bei einem Parteieintritt möglichst abgenommen, erhöht das den Anreizfaktor (vgl. Niedermayer, 2013, 23). Föderalismus, demokratische Elemente oder innerparteiliche Gestaltungsmöglichkeiten tragen zu höheren Mitgliederzahlen bei (vgl. Weldon, 2006, 473–475). Nicht zuletzt trägt eine funktionierende Interne Kommunikation zur Mitgliederbindung bei, damit diese nicht aufgrund der stärker sichtbarer Medienpräsenz anderer überlaufen (vgl. Steiner/Jarren, 2009, 262). In kleineren Ländern ist der Anteil der Parteimitglieder am Elektorat generell höher als in großen Nationen (vgl. Weldon, 2006, 468 u. 472).

Es finden sich in der Literatur mehrere Gründe und Typenbildungen, wenn der Frage nachgegangen wird, warum sich Menschen in politischen Parteien engagieren. Nach einem General-Incentive-Ansatz von Patrick Seyd und Paul Whiteley kann zwischen nicht-instrumentelle und instrumentelle Anreize unterschieden werden (vgl. Bürklin, 2013, 33; Niedermayer, 2013, 23). Als **nicht-instrumentell** gelten Motive, wenn sie auf verinnerlichte Verhaltensformen der Umwelt wie beispielsweise Schichtzugehörigkeit, Familienhintergrund, Soziales Milieu, einer empfundenen Bürgerpflicht oder Altruismus beruhen, die auch **normative Anreize** genannt werden (vgl. Bürklin, 2013, 33f.; Niedermayer, 2013, 23; Klein/Spier, 2013, 57). Auf die aus der Schichtzugehörigkeit abgeleiteten Fähigkeiten zur Beteiligung referiert auch das Ressourcenmodell, das sich auf die Indikatoren soziale Schicht, Bildung, Geschlecht und Lebensalter konzentriert (vgl. Bürklin, 2013, 30). Als nicht-instrumentell werden daneben **affektive Anreize** eingestuft, die auf der Bewunderung und Hingabe zu charismatischen Persönlichkeiten oder auf der Hoffnung positiver sozialer Beziehungen innerhalb der Partei beruhen, wie beispielsweise die Teilnahme an Veranstaltungen (vgl. Bürklin, 2013, 33 u. 39; Niedermayer, 2013, 23; Klein/Spier, 2013, 57f.). Dieser Zugang wird auch vom sozialpsychologischen Modell beschrieben (vgl. Bürklin, 2013, 30). Bruter und Harrison haben knapp 3.000 junge Erwachsene in sechs europäischen Ländern befragt und drei Grundtypen an Parteimitglieder eruiert. Eine dieser Gruppen bilden die **sozial Orientierten**, die gut ein Drittel der Teilnehmenden

ausmacht (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1272). Ihnen bieten politische Parteien die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1264), spannende Diskussionen zu führen, interessante Menschen zu treffen und Freundschaften zu schließen (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1270). Personengruppen, deren Antrieb auf Geselligkeit basiert, können durch Räume zum Austausch und Politisieren angezogen und gehalten werden (vgl. Bürklin, 2013, 43). Diese jungen Mitglieder sind am wenigsten von allen Gruppen in parteipolitische Angelegenheiten involviert, am inaktivsten und gleichzeitig am parteikritischsten. Ihre Bindung besteht eher zu ihren Freunden als zur Partei. (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1265, 1273 u. 1276) Sie bringen am wenigsten Zeit für die Partei auf und wirken am geringsten im Parteisinne im Vergleich zu den anderen jungen Erwachsenen (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1276 u. 1279). Bei ihnen ist es äußerst unsicher, ob sie in 10 Jahren überhaupt noch politisch tätig sein werden (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1281).

Bei **instrumentellen** Anreizen erwarten sich die Mitglieder konkrete Vorteile aus ihrer Zugehörigkeit, die in einer Kosten-/Nutzengegenüberstellung abgewogen werden (vgl. Bürklin, 2013, 30 u. 33). Dieser kann **wertbezogen** ausfallen, indem sich die Mitglieder die kollektive Umsetzung ihrer Wertorientierung in der Gesellschaft wünschen (vgl. Bürklin, 2013, 33; Niedermayer, 2013, 23). Diese Haltung ist eng mit den **politischen** Anreizen verbunden, wobei eine Parteizugehörigkeit dazu dient, wichtig erachtete politische Anliegen, Interessen und Zielsetzungen umzusetzen (vgl. Niedermayer, 2013, 23). Allgemeines politisches Interesse und Interesse an der Kommunalpolitik erhöhen ebenfalls die Wahrscheinlichkeit einer Parteimitgliedschaft (vgl. Klein/Spier, 2013, 57). Die eigene Zeit in Versammlungen und Sitzungen zu verbringen und den Mitgliedsbeitrag zu bezahlen, wird als sinnvoll erachtet und ist emotional positiv besetzt (vgl. Klein/Spier, 2013, 54 u. 57f.). Auch Bruter und Harrison (2009, 1261) zeigen auf, dass junge Aktivisten stärker an Politik interessiert sind, mehr an die Wirkungskraft politischer Parteien glauben und eher aktive Eltern haben als andere. Diese wertbezogene und **moralisch geprägte Gruppe** will ihrem Leben mehr Sinn geben, anderen helfen und die Politik beeinflussen (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1270). Knapp 40 Prozent der StudienteilnehmerInnen zählen zu ihnen (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1272). Sie sind am politischen Austausch und neuen Erfahrungen orientiert (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1280). Sie hoffen auf einen Wahlerfolg ihrer Partei und eine Ämterübernahme ihrer Leader (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1273). Diese Gruppe ist am ehesten zu radikalen Aktivitäten bereit, wie an Demonstrationen teilzunehmen oder Konflikte mit anderen Parteien auszutragen. Sie ziehen am wenigsten ein politisches Amt in Erwägung (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1264 u. 1276) und sehen sich selbst in 10

Jahren häufig als Teil einer nicht parteipolitischen Organisation (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1281).

Als **materiell** oder individuell werden Anreize eingestuft, wenn sich Mitglieder eigene Karriereentwicklungen, politische Ämter oder finanzielle Vergünstigungen versprechen (vgl. Bürklin, 2013, 33 u. 39; Niedermayer, 2013, 23; Klein/Spier, 2013, 56 u. 58). Für die Karriere-Motivation ortete Beyme bereits 2002 (37) eine zunehmende Tendenz. Um ämterorientierte Zielgruppen anzusprechen, müssen politische Parteien passende organisatorische Möglichkeiten bieten (vgl. Bürklin, 2013, 43). Bruter und Harrison identifizieren auch eine **karriereorientierte Gruppe** unter den jungen Parteimitgliedern, die nur gut ein Viertel der Befragten ausmachen (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1272). Sie sind die potenziellen SpitzenpolitikerInnen von morgen und am meisten an Ämtern interessiert. (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1266) Sie möchten am stärksten hauptberufliche PolitikerInnen werden und Geld sowie andere materielle Vorteile durch die Mitgliedschaft generieren (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1270). Das egozentrische Streben nach Ämtern ist bei den Liberalen mit 20 Prozent doppelt so hoch ausgeprägt wie bei den Sozialisten oder Konservativen (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1276). Schon in jungen Jahren bekleiden die Karriereorientierten überdurchschnittlich häufiger Ämter auf kommunaler und nationaler Ebene (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1281). Sie sind am aktivsten und am wirkungsvollsten in ihren Tätigkeiten für die Partei. (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1266 u. 1279) Da sie ihre eigene Zukunft mit der politischen Partei eng verknüpfen, setzen sie sich besonders für die WählerInnengewinnung mittels Poster und Flyer sowie durch Überzeugungskraft ein (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1276). In anderen Organisationen sind sie am wenigsten engagiert, um sich nicht abzulenken, und ihre Ansichten sind am gemäßigtsten (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1266). Innerparteiliche Diskussionen interessieren sie kaum (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1280). Die Karriereorientierten prognostizieren für sich selbst, dass sie in einer Dekade nach der Erhebung für ein Amt kandidierend und verantwortungsvolle Positionen einnehmend (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1281).

Bruter und Harrison (2009, 1273f.) finden heraus, dass sich die Motive der Parteimitglieder durch das Älterwerden oder die Dauer der Mitgliedschaft kaum verändern. Daher entsteht eine Karriereorientierung nicht mit der Zeit. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Personen tatsächlich aus unterschiedlichen Gründen Parteien beitreten. Auch die Aufteilung der Geschlechter in den verschiedenen Typen zeigen keine signifikanten Differenzen. Jedoch erwähnen Bruter und Harrison (2009, 1263), dass die Jugendorganisationen radikaler eingestellt sind, als ihre Altparteien. Junge moralisch orientierte AktivistInnen machen sich häufig in ihren Entscheidungen

von älteren ParteifunktionärInnen unabhängig (vgl. Filzmaier, 2011b, 67). Die unterschiedlichen Gruppierungen in den politischen Parteien stehen einander häufig konträr gegenüber (vgl. Bürklin, 2013, 43), wodurch es zu unterschiedlichen ideologischen Strömungen und Lager innerhalb einer Partei kommt.

Innerhalb politischer Parteien können die Mitglieder nach ihrem **Status** bzw. nach ihrer **Aktivität** unterschieden werden. Bezahlte Mitglieder sind den FunktionärInnen zuzuordnen (vgl. Hoffjann, 2010a, 210). In der innerorganisationalen Hierarchie dient die mittlere Parteielite als Pool zur Rekrutierung für öffentliche Ämter. Diese Ebene entscheidet in der Regel am Parteitag über die Policy der Partei. (vgl. Treibel, 2013, 361) Ordentliche Mitglieder bezahlen in der Regel einen Mitgliedsbeitrag. Ehrenamtliche engagieren sich ohne Honorar. (vgl. Hoffjann, 2010a, 210f.) Mitglieder können sich aktiv oder passiv verhalten. Aktive Mitglieder unterstützen die Partei durch Taten. (vgl. Hoffjann, 2010a, 209) Der Anteil der **inaktiven Mitglieder** nimmt spürbar zu, was sich insbesondere in Wahlkampfphasen schmerzhaft bemerkbar macht (vgl. Gerl/Marschall, 2017, 2; Plasser/Ullram, 2004b, 384). Parteien schätzen selbst, dass drei Viertel bis vier Fünftel ihrer Mitglieder inaktiv sind (vgl. Guggenberger, 2013b, 44). Daher ist der Großteil der Parteibasis in die meisten Entscheidungsprozesse nicht involviert (vgl. Treibel, 2013, 261). Jedoch sind auch positive Effekte durch inaktive Mitglieder festzustellen. Diese geringer an die Partei gebundene Gruppe bezahlt Mitgliedsbeiträge, welche neben eventuellen staatlichen Zuwendungen die finanzielle Basis der Partei stabilisieren. Sie erhöht die Legitimationsfunktion der Partei (vgl. Kapitel 4.2.1) und bildet eine politische Machtressource in der Außenkommunikation. Ein Austritt dieser ansonsten wenig Zuwendung benötigenden Personen sollte wegen der genannten Gründe durch entsprechende Anreize verhindert werden. (vgl. Hoffjann, 2010a, 209f.)

Aktive Mitglieder engagieren sich auf vielfältige Weise freiwillig für ihre Partei oder Verbände. Sie geben sich als Mitglieder zu erkennen und kommunizieren mit verschiedenen Zielgruppen. Bei Kampagnen, insbesondere beim grass roots campaigning, kann dadurch die Basis mobilisiert werden. (vgl. Oliveira/Wiesenberg, 2016, 109 u. 116; Jun, 2009, 287) Junge Mitglieder konzentrieren sich darauf, Freunde und Verwandte zu überzeugen, zu diskutieren und manchmal zu demonstrieren oder gegen andere Parteien vorzugehen (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1276–1278). Mitglieder aller Altersstufen werden BotschafterInnen und MultiplikatorInnen. Sie halten dadurch eine Schlüsselposition zwischen Parteieliten und WählerInnen. (vgl. Oliveira/Wiesenberg, 2016, 113 u. 116; Bruter/Harrison, 2009, 1262; Jun, 2009, 287). Daher sprechen PolitikerInnen häufig die eigenen Parteimitglieder als erste an, wenn sie neue Vorschläge testen wollen (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1262). Andererseits bringen die Mitglieder

als Ohren und Augen der Organisation auch Themen ein (vgl. Oliveira/Wiesenberg, 2016, 117; Haute, 2011, 8). Sie bestimmen über die Parteiprogramme bzw. setzen sich dies ohne ihre Unterstützung nicht durch (vgl. Die neue Volkspartei, 2017, 16; Jun, 2009, 287). Ohne sie können sich FunktionsträgerInnen langfristig nicht an der Macht halten (vgl. Jun, 2009, 287). Sie tragen durch ihre offensichtliche Loyalität stark zur Legitimation der Partei bei (vgl. Oliveira/Wiesenberg, 2016, 109, 113 u. 116), gelten jedoch auch als ideologisch extremer als das Elektorat (vgl. Bruter/Harrison, 2009, 1262). Insbesondere sind sie in Wahlkampfzeiten als UnterstützerInnen und KandidatInnen für öffentliche Ämter unverzichtbar (vgl. Jun, 2009, 287). Diese aktiven Mitglieder über die Interne Kommunikation informiert zu halten, kann diese zusätzlich mobilisieren und ihre Handlungen nach den Parteiinteressen ausrichten (vgl. Oliveira/Wiesenberg, 2016, 109)

Gleichwohl die Relevanz vor allem der aktiven Mitglieder in den letzten Jahrzehnten deutlich abnimmt, sind die Mitglieder für politische Parteien nach wie vor von hoher Bedeutung. Die überwiegende Mehrheit der Parteien halten am Mitgliederprinzip fest und eine Massenmitgliedschaft ist für ihren Erfolg notwendig. (vgl. Jun, 2009, 286f.) Inglehart spricht 1998 (431) die Hoffnung aus, dass vermehrte Sachorientierung den Mitgliederschwund umdreht. Dies scheinen bisher nur die kleineren bzw. neueren Parteien umgesetzt zu haben (vgl. Kapitel 4.2.2).

4.2.4 Vorsitzende in der Parteienlandschaft im DACH-Raum

Im vorangegangenen Kapitel wird erläutert, dass große Parteien durchwegs hierarchisch aufgestellt sind, dass Parteivorsitzende an ihrer Spitze stehen und sich Vorsitzende und Mitglieder gegenseitig bedingen. In diesem Subkapitel wird nicht auf die einzelnen Parteivorsitzenden eingegangen, sondern auf die Muster, die sich in den politischen Parteien auf sie bezogen allgemein ablesen lassen.

Vorsitzende werden in den großen politischen Parteien im DACH-Raum zumeist innerhalb ihrer Gruppierungen demokratisch **gewählt** (vgl. Haute, 2011, 21; Rhomberg, 2009, 197). Dazu ist der wählende Personenkreis genau festgelegt, wobei es sich in der Regel um die Parteilite handelt. (vgl. beispielsweise Woyke, 2013b, 117; Die neue Volkspartei, 2017, 16; SPÖ, 2014, 18). Diese Parteilite wird von der Partei zumeist selbst bestimmt (vgl. Woyke, 2013b, 117; Rhomberg, 2009, 197; Beyme, 2002, 194). Die Elitenbildung ist seit ca. den 1950er Jahren intensiv an die Sozialisationsfunktion durch die eigene Partei geknüpft. Durch ihre langjährige Bewährung im Parteiapparat sind die Einstellungen und Verbindungen der handelnden Personen zumeist bekannt und QuereinsteigerInnen eher selten. (vgl. Beyme, 2002, 194) Die interne Willensbildung der mittleren Parteilite und der Parteibasis zu Personalentscheidungen und

strategischen Fragen wird nach den Erkenntnissen von Treibel (2013, 361) in deutschen Bundesparteien maßgeblich von der Parteiführung und der Parteispitze beeinflusst. Demnach kommt es sowohl zu einer Top-Down-, als auch zu einer Bottom-Up-Beeinflussung (vgl. auch Woyke, 2013b, 117–119). Bei einer dialogischen Konsensentscheidung wäre die offene Meinung der breiten Basis gefragt, der sich die Parteiführung anschließen würde (vgl. Treibel, 2013, 363f.). Sogar bei einer konfliktorientierten Mehrheitsentscheidung ist ihr Ausgang offen, wenn die Parteiführung nicht Position bezieht (vgl. Treibel, 2013, 364f.). In der politischen Praxis wird eine solche Vorgangsweise immer seltener.

Die Indizien deuten darauf hin, dass der **Top-Down-Beeinflussung** größeres Gewicht zukommt. Zahlreiche Entscheidungen werden von einem Führungskreis hinter verschlossenen Türen informell getroffen und nachträglich von den offiziellen Parteigremien formal abgesegnet (vgl. Treibel, 2013, 363). Die Mediengesellschaft fordert von der Parteiführung ständige Präsenz und Erreichbarkeit, was für diese einerseits eine Belastung, andererseits auch eine enorme Aufwertung als Person mit sich bringt (vgl. Karmasin, 2010, 12; Jun, 2009, 287). Die Partei als Diskurs- und Integrationsorganisation tritt wegen der langwierigen Meinungsbildungsprozesse in den Hintergrund, da Medien Informationen schnell benötigen (vgl. Jun, 2009, 287). Ein von der Öffentlichkeit gefordertes geschlossenes mediales Auftreten stützt die Macht der Vorsitzenden und beeinflusst die Meinungsbildungen auf den Parteitag (vgl. Woyke, 2013b, 120). Parteivorsitzende tendieren in diesem Gefüge dazu, auch bei entgegengesetzten Argumenten bei ihren Meinungen zu bleiben und diese durchzusetzen (vgl. Dryzek, 2017, 613). Die Parteiführung und die Parteibürokraten haben in den Traditionsparteien zumeist die Oberhand gegenüber den Mitgliedern an der Basis (vgl. Luhmann, 2012, 37; Jun, 2009, 286). Die Bündelung der Macht bei der Parteiführung ermöglicht eine effiziente Nutzung der Parteiresourcen. Zur Führung moderner Großparteien sind aber auch koordinatorische Fähigkeiten nötig. (vgl. Jun, 2009, 286)

Jedoch kann die Partielite sich nicht gänzlich von der Basis abkoppeln. Diese beobachtet genau, inwiefern sich die Herrschenden innerhalb der Legalität bewegen, mit normativen Prinzipien übereinstimmen und die politische Ordnung akzeptieren (vgl. Oliveira/Wiesenberg, 2016, 107). Diesbezüglich stellt Mazzoleni (2008, 55) fest, dass die Toleranz vor allem in angepassten Schichten gegenüber Korruption oder vom Gesetz abweichendem Verhalten steigt, je länger Parteien regieren. Die Bewertung des moralischen Verhaltens der PolitikerInnen hängt insbesondere vom eigenen moralischen Alltagsverhalten ab (vgl. Mazzoleni, 2008, 64f.). Dies ist insofern bedeutend, da innerparteilichen Vorsitzendenwahlen in ihrer Logik zumeist den glei-

chen Mustern wie externe Wahlen folgen (vgl. Haute, 2011, 21). Die wahlberechtigten Mitglieder bewerten die KandidatInnen, ähnlich wie bei allgemeinen Wahlen, nach ihren Positionen und in Aussicht gestellten Allianzen (vgl. Haute, 2011, 21). Daher ist es wie bei externen Personenwahlkämpfen erforderlich, dass die Themen und Schlüsselbotschaften übereinstimmen (vgl. Filzmaier, 2018, Vortrag). Daneben sind die Persönlichkeit, das Image bzw. die Reputation, die Lebensgeschichte, die Fähigkeiten und die Eigenschaften der KandidatInnen als authentische Profilbildung ausschlaggebend (vgl. Filzmaier, 2011a, 39). Es ist bedeutend für potenzielle Vorsitzende, oder eine Wiederwahl Anstrebende, welche internen Kampagnen, Kanäle und Botschaften sie wählen (vgl. Haute, 2011, 21), was sich mit den Erkenntnissen aus Kapitel 2 und 3 deckt. In der externen Kommunikation zeigen SpitzenkandidatInnen einen professionellen Medien- und Fernsehauftritt mit geschliffener Rhetorik und kameragerechtem Videostil (vgl. Plasser, 1997, 472), was sie auch intern nutzen können. Luhmann (2012, 68) schlägt zur Stabilisierung der Führung eine vollständige Kontrolle der Kommunikation und eine Institutionalisierung der Statusrollen der Führung vor. Beide Entwicklungen lassen sich in Anbetracht der beiden letzten Absätze bei politischen Traditionsparteien feststellen

4.3 Das politische System Deutschlands

Deutschland wird als größtes Land in der DACH-Region hier an erster Stelle behandelt.

4.3.1 Bundes- und Landesebene

Deutschland ist ein demokratischer und stabiler **Verfassungsstaat**, wobei die Verfassung eng mit dem Grundgesetz vom 25. Mai 1949, dem Entstehungsjahr der Nation, verknüpft bzw. ihm gleichzusetzen ist (vgl. Deutscher Bundestag, 2018d, online; Schmidt, 2018, 10f.). Die Begriffe Rechtsstaat, Republik, Demokratie, Bundesstaat, Sozialstaat und offener Staat prägen das Grundgesetz (vgl. Schmidt, 2018, 11; Beyme, 2017, 47), das laufend verändert und angepasst wird (vgl. Beyme, 2017, 46–58). Im Mai 1949 folgt das Besatzungsstatut, das die Befugnisse der Besatzungsmächte in gewisse Bahnen lenkt. Erst mit dem Deutschlandvertrag erhält die Republik per 5. Mai 1955 überwiegend ihre Souveränität zurück. (vgl. Schmidt, 2018, 18) Die Jahre nach dem Krieg sind intensiv durch die Abgrenzung von der NS-Diktatur geprägt (vgl. Schmidt, 2018, 10; Beyme, 2017, 260). In den 1950er und 1960er Jahren ist ein außergewöhnlicher wirtschaftlicher Aufschwung zu konstatieren, der die Demokratie festigt. (vgl. Schmidt, 2018, 10; Thränhardt, 2013, 76f.) Gleichzeitig ist Deutschland ein **Bundesstaat**, der seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 durch die fünf hinzugekommenen Bundesländer 16 Ländern umfasst (vgl. Schmidt, 2018, 21).

Im deutschen parlamentarischen Regierungssystem kommen dem **Bundestag**, dem **Bundesrat** und der **Bundesregierung** sowie dem Zusammenspiel dieser drei Institutionen zentrale Bedeutung zu (vgl. Schmidt, 2018, 69). Für eine Verfassungsänderung ist beispielsweise eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat nötig (vgl. Schmidt, 2018, 20 u. 56). Die Deutschen wählen alle vier Jahre ihre autonome und ungebundene Volksvertretung, den **Bundestag**, der als Gesetzgeber, gemeinsam mit den Bundesrat, und Verfassungsorgan fungiert (vgl. Deutscher Bundestag, 2018b, online; Schmidt, 2018, 55f., 58 u. 76; Woyke, 2013b, 14 u. 18; Oberreuter, 2013, 106). Der Bundestag kontrolliert auch die Bundesregierung (vgl. Deutscher Bundestag, 2018c, online; Oberreuter, 2013, 104). Das deutsche Elektorat wählt den Bundestag nach dem personalisierten Verhältniswahlssystem, bei dem die Ergebnisse proportional und repräsentativ in Parlamentsmandate umgerechnet werden (vgl. Deutscher Bundestag, 2018e, online; Schmidt, 2018, 27f.). Diese repräsentativdemokratische Ausprägung (vgl. Schmidt, 2018, 12f.) nennt Beyme (2017, 93) nach Meyer (1973, 26) teilpersonalisierte Verhältniswahl. Das rührt daher, weil die vorgeschriebenen 598 Mitglieder des Bundestags mit 299 Sitzen direkt und mit mehr als der Hälfte über länderbezogene Parteilisten von den WählerInnen gewählt werden (vgl. Deutscher Bundestag, 2018e, online; Schmidt, 2018, 28; Beyme, 2017, 295; Oberreuter, 2013, 109), die zu diesem Zweck zwei Stimmen abgeben können (vgl. Beyme, 2017, 93). Übersteigen die Direktmandate das Zweitstimmenergebnis, kommt es zu Überhandmandaten (vgl. Beyme, 2017, 295). Mit Stand Oktober 2017 umfasst der Bundestag 709 Sitze (vgl. Deutscher Bundestag, 2018e, online). Eine Fünf-Prozent-Marke oder in mindestens drei Wahlkreisen ein Direktmandat sind für einen Einzug zu erreichen (vgl. Deutscher Bundestag, 2018e, online; Schmidt, 2018, 28; Oberreuter, 2013, 109).

Der **Bundesrat** umfasst 69 Mitglieder (vgl. Deutscher Bundesrat, 2018b, online; Schmidt, 2018, 87). Er gilt nicht als zweite Kammer, da er nicht als Parlament einzustufen ist (vgl. Beyme, 2017, 380). Die Anzahl der Mitglieder im Bundesrat richtet sich nach der Bevölkerungsgröße in den Ländern, jedoch mindestens drei pro Bundesland (vgl. Deutscher Bundesrat, 2018b, online; Schmidt, 2018, 87). Die Regierungen der Länder entsenden ihre Mitglieder aus ihrem eigenen Kreis, zumeist die Regierungschefs und die Vorstehenden wichtiger Ressorts, wodurch sich auch die Stärke der Länder ausdrückt (vgl. Deutscher Bundesrat, 2018b, online; Schmidt, 2018, 86; Beyme, 2017, 380; Münch, 2013, 63). Daher ändert sich nach jeder Landtagswahl auch die Zusammensetzung des Bundesrats (vgl. Deutscher Bundesrat, 2018b, online). Ihm werden alle Gesetzesentwürfe vorgelegt und er kann, abhängig von ihrer Art, Gesetze verhindern (vgl. Deutscher Bundesrat, 2018a, online; Deutscher Bundestag, 2018b, online;

Münch, 2013, 64). Manche kommen nur mit seiner ausdrücklichen Zustimmung zustande. Neben dem Bundestag und der Bundesregierung kommt auch ihm ein Gesetzgebungsinitiativrecht zu. (vgl. Deutscher Bundesrat, 2018a, online; Münch, 2013, 64) Die Abstimmungen erfolgen pro Bundesland nach Stimmführer, die eine konsolidiertes Entscheidung einbringen (vgl. Münch, 2013, 63). Die Bundesländer selbst verfügen alle über eine eigene Regierung, ein Landesparlament, eine landeseigene Verwaltung und eine eigene Verfassungsgerichtsbarkeit (vgl. Schmidt, 2018, 85; Woyke, 2013b, 15). Treten in der Gesetzgebung Konflikte zwischen der Bundesregierung und den Ländern auf, löst sie zu 90 Prozent der Vermittlungsausschuss, der vom Bundestag und Bundesrat beschickt wird (vgl. Deutscher Bundestag, 2018d, online; Schmidt, 2018, 58).

Der/die **Bundeskanzler/in** wird in geheimer Vorgangsweise vom Bundestag gewählt (vgl. Deutscher Bundestag, 2018f, online; Schmidt, 2018, 55 u. 59; Oberreuter, 2013, 103), für eine vierjährige Periode durch die Mehrheit seiner gesetzlichen Mitglieder und auf Vorschlag des Bundespräsidenten (vgl. Deutscher Bundestag, 2018f, online; Schmidt, 2018, 56 u. 73f.; Jesse, 2013, 58). Der Bunderegierung steht ein/e zumeist mächtige/r Bundeskanzler/in vor, während der gemäß der Staatsverfassung schwache Bundespräsident als Staatsoberhaupt fungiert (vgl. Schmidt, 2018, 12f. u. 69). Entsprechend ihrer/seiner Machtbefugnisse wird Deutschland auch als Kanzlerdemokratie bezeichnet (vgl. Schmidt, 2018, 12f.; Guggenberger, 2013a, 52). Beim Kanzler/bei der Kanzlerin liegt das Kabinettsbildungsrecht und die Auswahl sowie die Entlassung der BundesministerInnen (vgl. Deutscher Bundestag, 2018f, online; Schmidt, 2018, 75; Guggenberger, 2013a, 52). Sie/er verfügt weitgehend über die Organisationsgewalt, wodurch Staatsbehörden geschaffen und ihre Wirkung beeinflusst werden können, (vgl. Beyme, 2017, 333) sowie die Richtlinienkompetenz, womit sie/er die Ziele seiner/ihrer Regierung verbindlich vorgeben kann (vgl. Schmidt, 2018, 75f.; Beyme, 2017, 342). Während im Frieden die Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr der Verteidigungsminister hält, gehen diese im Verteidigungsfalle an den/die Kanzler/in über (vgl. Schmidt, 2018, 76; Beyme, 2017, 342). Die Regierung inkl. Bundeskanzler/in bilden das faktische Leistungszentrum (vgl. Beyme, 2017, 333), die vom Bundestag kontrolliert werden (vgl. Schmidt, 2018, 59). Der Bundestag kann die Regierung auch abberufen, indem sie eine/n neue/ BundeskanzlerIn wählt (vgl. Deutscher Bundestag, 2018f, online; Schmidt, 2018, 55; Guggenberger, 2013a, 53; Oberreuter, 2013, 103).

Den mit überwiegend repräsentativen Aufgaben und wenig Gestaltungsmöglichkeiten ausgestatteten **Bundespräsidenten** wählen zur Hälfte VertreterInnen der Länder und zur anderen Hälfte der Bundestag für fünf Jahre (vgl. Deutscher Bundestag, 2018a, online; Schmidt, 2018, 71; Beyme, 2017, 341f.; Jesse, 2013, 59). Er schlägt dem/die BundeskanzlerIn zur Wahl vor,

gelobt diese/n an, ernennt die MinisterInnen auf Vorschlag der/des Kanzlerin/s und fertigt die Gesetze aus (vgl. Deutscher Bundestag, 2018f, online; Schmidt, 2018, 71 u. 75). Nur im Ausnahmefall, wenn beim dritten Wahlgang keine Kanzlermehrheit vorliegt, kann er den Bundestag auflösen, was in der Praxis von nachrangiger Bedeutung bleibt (vgl. Schmidt, 2018, 74; Jesse, 2013, 59).

4.3.2 Politische Parteien in Deutschland

Die Rolle der **politischen Parteien**, sowie einige generelle Regelungen für sie, sind in Deutschland im Grundgesetz verankert (vgl. Woyke, 2013b, 113f.). Das deutsche Parteiengesetz beschreibt Parteien als Vereinigungen von Bürgern, die im Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen (vgl. Woyke, 2013b, 115). Die politischen Parteien und ihr Wettbewerb im Bundestag und in den anderen Institutionen prägen das politische System Deutschlands nachdrücklich. Über Parteien gelangen die in der Regel parteigebundenen Abgeordneten in die Parlamente auf Bundes- und Landesebene. Die Abgeordneten wählen die von politischen Parteien aufgestellten BundeskanzlerInnen. (vgl. Schmidt, 2018, 55, 62 u. 86; Oberreuter, 2013, 101f. u. 110) Die jeweiligen Wahlkämpfe sind fast ausschließlich durch politische Parteien geprägt, welche dazu die personellen und finanziellen Ressourcen aufweisen (vgl. Woyke, 2013b, 133). Eventuelle Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung erfolgen zwischen den politischen Parteien, außer wenn eine absolute Mehrheit für eine Partei vorliegt (vgl. Schmidt, 2018, 29). Die Parlamentsausschüsse sind in Relation zu ihren Parlamentssitzen mit RepräsentantInnen der Regierungs- und der Oppositionsparteien besetzt. Somit sind die Parteien maßgeblich an der Gesetzgebung sowie am Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt. (vgl. Schmidt, 2018, 62 u. 86; Schmid, 2013b, 525) Föderale Streitigkeiten zwischen Bund und Länder werden zunehmend parteipolitisch ausgetragen (vgl. Beyme, 2017, 383).

Auch in Deutschland lässt sich eine **abnehmende Wahlbeteiligung** und ein hoher Anteil mit der Demokratie Unzufriedener feststellen (vgl. Schmidt, 2018, 20; Beyme, 2017, 107). Die Parteiidentifikation schwindet, die Zahl der WechselwählerInnen und der SpätentscheiderInnen steigt und diese zunehmende Gruppen beeinflussen immer stärker die Tagespolitik (vgl. Schmidt, 2018, 33 u. 46; Beyme, 2017, 205). Die Wählerschaft setzt sich überwiegend aus Angestellten zusammen, gefolgt von Arbeitenden, Selbständigen und Beamten. Insgesamt lässt sich eine Überalterung feststellen, da die über 60-jährigen bereits rund ein Drittel ausmachen. (vgl. Schmidt, 2018, 26) Mehr als zwei Drittel der Wahlberechtigten hängen einer Konfession an, wobei der christliche Glaube deutlich überwiegt (vgl. Schmidt, 2018, 27). Die klassischen

Konfliktlinien Ökonomie und Religion prägen auch die Parteienlandschaft in Deutschland. Religiöse, wirtschaftlich besser gestellte und autoritätsgläubige WählerInnen fühlen sich vorwiegend von der CDU/CSU angezogen, während die überwiegend konfessionslose Arbeiterschicht ihre politische Heimat bei Linksparteien und der AfD findet. Die jüngere Konfliktlinie global vs. national bringt vor allem der 2013 gegründeten und sich seit 2014 im Aufwind befindenden AfD Wählerschaft (vgl. Schmidt, 2018, 47; Beyme, 2017, 81f. u. 206), jedoch auch den als gesellschaftliches Korrektiv agierenden und sich gleichzeitig entlang der Konfliktlinie Ökologie formierenden Grünen (vgl. Schmidt, 2018, 47). PostmaterialistInnen aus der Mittelschicht geben ihre Stimme überproportional häufig an DIE LINKE, die SPD oder die Grünen (vgl. Beyme, 2017, 81f.). Die extremen Positionen der AfD und DIE LINKE finden in Ostdeutschland mehr Anklang als im Westen (vgl. Schmidt, 2018, 34). Leistungsindividualisten tendieren zur FDP (vgl. Beyme, 2017, 81). Insgesamt wächst der Anteil jener, die sich von keiner Partei vertreten sehen (vgl. Schmidt, 2018, 46f.).

Das Parteiensystem Deutschlands ist über Jahrzehnte in zwei Lager gespalten. Mit seinen zwei größeren und vier kleineren Gruppierungen zählt Deutschland derzeit zu den **Mehrparteiensystemen**. (vgl. Schmidt, 2018, 45f.; Beyme, 2017, 205) Die Bestimmungskraft wird am stärksten den beiden größeren Parteien CDU/CSU und SPD zugeschrieben (vgl. Kleinmann, 2018, online; Schmidt, 2018, 48 u. 86). Häufig ist für die Gesetzgebung eine große Koalition mit einer Beteiligung der größeren Oppositionsparteien nötig (vgl. Schmidt, 2018, 57f.). Selbst das parteipolitisch neutrale Amt des Bundespräsidenten wird von VertreterInnen politischer Parteien bekleidet (vgl. Schmidt, 2018, 72). Vor der Wiedervereinigung im Jahr 1990 ist das Parteiensystem an Mäßigung in den politischen Positionen interessiert (vgl. Schmidt, 2018, 47). Seither wird der ideologische Unterschied zwischen den politischen Parteien größer (vgl. Schmidt, 2018, 45; Woyke, 2013a, 534).

Die Zeit der Hochblüte der **Mitglieder**gewinnung, wie in der Nachkriegszeit und den 1960er sowie 1970er Jahren, ist für die politischen Parteien jedoch vorüber (vgl. Beyme, 2017, 155; Niedermayer, 2013, 17). Seit ihrem Höchststand in den 1980er Jahren gehen die Mitgliedschaften großer politischer Parteien auch in Deutschland zurück (vgl. Beyme, 2017, 158; Woyke, 2013a, 534; Delwit, 2011, 30), mit Ausnahme eines kurzen Aufflackerns nach der Wiedervereinigung (vgl. Niedermayer, 2013, 17f.; Filzmaier, 2011b, 62). Einher mit dieser Entwicklung geht eine Verschiebung der Finanzierung von den Mitgliedsbeiträgen hin zu einer staatlichen bzw. durch Spenden (vgl. Beyme, 2017, 171 u. 176f.). Insgesamt ist die Parteimitgliederdichte im Osten Deutschlands dünner als im Westen (vgl. Niedermayer, 2013, 20f.), was mit einer Entlastung einer vormaligen Zwangspolisierung begründet wird (vgl. Niedermayer, 2013, 27).

Parteibeiträge werden deutschlandweit überwiegend mit dem Unterstützungswunsch politischer Zielsetzungen der Parteien begründet (vgl. Bürklin, 2013, 34f.). Für 50 Prozent ist eine politische Persönlichkeit für den Beitritt und für 40 Prozent für ihren Verbleib ausschlaggebend (vgl. Bürklin, 2013, 35). Auch in Deutschland können immer weniger Jugendliche angesprochen werden (vgl. Beyme, 2017, 160) und die Parteimitglieder überaltern. In der CDU und der SPD liegt der Anteil der über 60-jährigen bei rund 50 Prozent (vgl. Filzmaier, 2011b, 62). Anfang des 21. Jahrhunderts sind knapp zwei Prozent der WählerInnen in einer politischen Partei organisiert (vgl. Woyke, 2013b, 117), was sich bis zum Jahr 2018 nicht ändert (vgl. Schmidt, 2018, 46).

In der innerparteilichen Demokratie kommt der **Vorstandswahl** besondere Beachtung zu. Sie entscheiden auch über die Durchsetzbarkeit bestimmter Programme. (vgl. Woyke, 2013b, 123) Im Parteiengesetz ist geregelt, dass die Delegierten zum Parteitag zu mindestens 80 Prozent von den Mitgliedern gewählt sein müssen und sich Vorstände spätestens alle zwei Jahre Neuwahlen zu stellen haben. Dadurch soll der Einfluss der Basis gewährleistet bleiben. (vgl. Woyke, 2013b, 117–119) Die am Parteitag Teilnehmenden wählen in allen deutschen Parteien ihre Vorstände, beschließen die Satzung und bestimmen Delegierte (vgl. Woyke, 2013b, 122), was demokratischen Grundprinzipien entspricht. Das Parteiengesetz verpflichtet zur innerparteilichen Demokratie, wodurch alle Mitglieder ein Recht auf Beteiligung an der innerparteilichen Willensbildung und Entscheidungsfindung haben (vgl. Gerl/Marschall, 2017, 3). Je höher die Gremien angesetzt sind, desto stärker findet das repräsentative Prinzip Anwendung (vgl. Woyke, 2013b, 123). Immer wieder kommt es allerdings auch zu Kampfabstimmungen zwischen KandidatInnen für den Parteivorsitz (vgl. Woyke, 2013b, 124). In der Praxis verläuft die parteiweite Willensbildung zumeist stärker von oben nach unten als umgekehrt. Beispielsweise nehmen weniger als die Hälfte der Mitglieder regelmäßig an Parteiveranstaltungen teil. (vgl. Woyke, 2013b, 118) Noch kleiner ist der Anteil der innerparteilich Aktiven. Nur 10 Prozent der Mitglieder wenden 20 Stunden und mehr pro Monat für die Parteiarbeit auf (vgl. Bürklin, 2013, 37). In den Mitgliederversammlungen wirken bei der Urwahl der KandidatInnen häufig weniger als 20 Prozent der Mitglieder mit (vgl. Woyke, 2013b, 129). Für Schmid (2013b, 526) besteht dadurch bereits eine Tendenz weg von den Volksparteien hin zu Kartellparteien. Trotzdem rekrutiert sich die politische Klasse Deutschland nach wie vor beinahe ausschließlich aus politischen Parteien (vgl. Schmidt, 2018, 88). Abbildung 8 zeigt die die Anzahl der Mitglieder jener deutschen Parteien per 31. Dezember 2017, die später im empirischen Abschnitt untersucht werden.

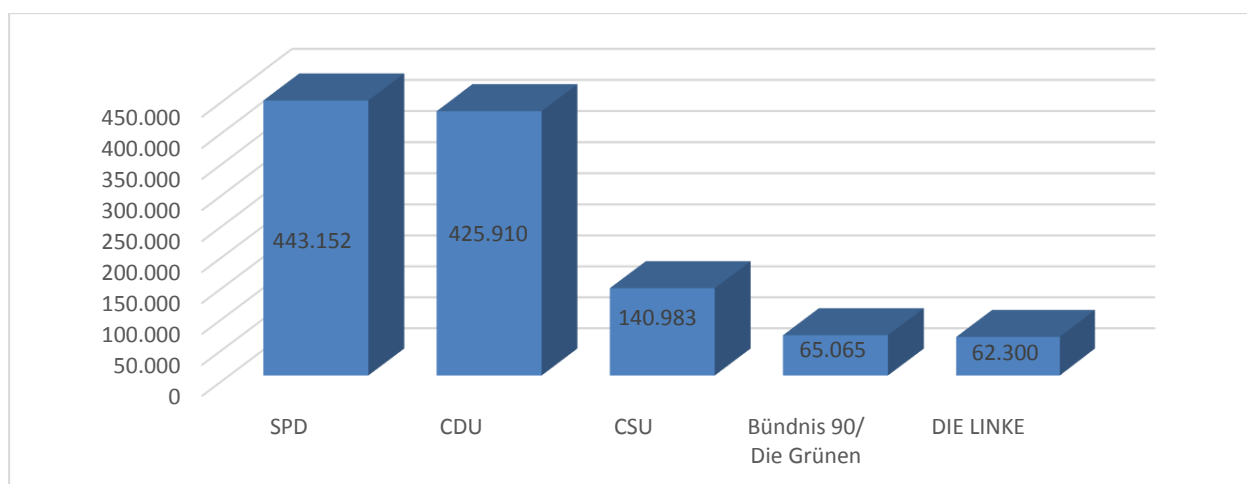


Abbildung 8: Anzahl der Parteimitglieder in Deutschland per 31. Dezember 2017

Quelle: eigene Darstellung nach Statista (2018a, online)

4.3.2.1 *Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)/Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)*

Die CDU und die CSU bilden gemeinsam die Unionsparteien (vgl. Kleinmann, 2018, online; Schmidt, 2018, 40). Trotz häufiger in der Sach-, Strategie- und Personalfragen unterschiedlicher Meinungen (vgl. Kleinmann, 2018, online), dominieren sie das politische Geschehen in Deutschland in Abwechslung mit der SPD. Im Bundestag stellen sie in den ersten 18 Wahlperioden öfter und länger den Bundeskanzler. (vgl. Schmidt, 2018, 31; Beyme, 2017, 296) Beide Gruppierungen können als von konservativen Werten geprägte christlich-demokratische Volksparteien klassifiziert werden, die klassen- und konfessionsübergreifend sowie zeitgeistorientiert agieren (vgl. Schmidt, 2018, 40; Schmid, 2013a, 126). Ihre breit gefächerte Wählerschaft umfasst Landwirte, Selbständige, UnternehmerInnen, religiös Gebundene, Beamte, Angestellte, die ältere Bevölkerung und sogar gewerkschaftlich nicht organisierte ArbeiterInnen (vgl. Kleinmann, 2018, online; Schmidt, 2018, 41). Es ist ein Unterstützungsgefälle von einem schwachen Norden hin zu einem starken Süden zu konstatieren (vgl. Kleinmann, 2018, online). Auch ihre Mitgliederzahlen sinken. Im Jahr 2000 stützen sie sich noch auf rund 800.000 Mitglieder (vgl. Beyme, 2017, 156). Im Jahr 2017 diese sinkt Zahl auf unter 700.000 (vgl. Statista, 2018a, online) (vgl. auch Abbildung 8). Für die Elitenrekrutierung greifen die Unionsparteien, im Gegensatz zu zahlreichen anderen Parteien, auf funktionale Gruppe und Jugendorganisationen zurück (vgl. Beyme, 2017, 268). In den nachfolgenden Subkapiteln werden die beiden Parteien getrennt beschrieben.

4.3.2.1.1 *Christlich Demokratische Union Deutschlands – CDU*

Ihre Wurzeln liegen im politischen Katholizismus des 18. und 19. Jahrhunderts. In der Auseinandersetzung mit der Aufklärung und der Nationenbildung entsteht bereits 1870 die Zentrums-
partei. (vgl. Becker, 2018, online; Schmid, 2013a, 126) Sie bemüht sich bereits in der Zwischenkriegszeit um Öffnung. So beeinflusst die Gründungsphase von 1945 bis 1949 eine Klammer zwischen Konservatismus, Protestantismus, Liberalismus und Föderalismus zu finden, wodurch auch der Name „Union“ herrührt. (vgl. CDU, 2018b, online; Buchstab, 2018, online; Schmid, 2013a, 126) Die CDU prägt Deutschland als Regierungspartei bis 1969. Erst nach 13 Jahren und einer Modernisierung der Partei kehrt sie unter Helmut Kohl an die Regierungsspitze zurück und bildet mit der dafür bevorzugten FDP eine Koalition. (vgl. Schmid, 2013a, 130) Die deutsche Einheit gilt als Erfolg der CDU, den sie politisch ausnutzt (vgl. CDU, 2018b, online; Schmid, 2013a, 130). Nach der Wiedervereinigung schließen sich ihr die ostdeutschen Landesverbände an, wodurch sie auch im Osten über eine eher schütterere Basis verfügt (vgl. CDU, 2018b, online; Agethen, 2018, online; Schmitt, 2018a, online; Schmid, 2013a, 128). Die Ära Kohl endet mit Parteispenskandalen und dem Verlust des Regierungsamtes (vgl. Schmitt, 2018b, online; Schmid, 2013a, 130). Auch bei der CDU lässt sich der allgemeine Trend weg von den Großparteien hin zu einem mittleren Parteiumfang feststellen. Bis in die 1980er Jahre liegt ihr Stimmenanteil gemeinsam mit der CSU durchwegs knapp unter, einmal sogar über 50 Prozent. Selbst die Ära Merkel, als erste Frau an der Spitze der CDU, ab 2000 (vgl. Schmitt, 2018b, online) ändert nichts daran, dass sie der Stimmenanteil der Unionsparteien bei gut einem Drittel des Elektorsats einpendelt. (vgl. Statista, 2018e, online; Schmid, 2013a, 130)

Die CDU verfügt über 17 Landes-, 27 Bezirks-, 327 Kreis- und mehr als 10.000 Ortsverbände, (vgl. CDU, 2018a, online) wobei die Länderebene für die Bundespolitik durch Ideen und Personalressourcen relevanter ist (vgl. Schmid, 2013a, 127). Auf Bundesebene tritt der Bundeparteitag mit mehr als 1000 Mitgliedern alle zwei Jahre zusammen, um den Parteivorsitz und andere bedeutende FunktionärInnen zu wählen sowie das Parteiprogramm zu beschließen (vgl. CDU, 2018a, online). Daneben kommt den zahlreichen Sonderorganisationen hohe Bedeutung zu. Sie sprechen spezielle Zielgruppen an, wie die Jugend, Frauen, Arbeitnehmende, an Kommunalpolitik Interessierte, den Mittelstand, die Wirtschaft, Vertriebene und Flüchtlinge und die ältere Generation (vgl. CDU, 2018d, online; Schmid, 2013a, 127). Weiters findet sich eine beträchtliche Anzahl an Strömungen in der CDU, die ihr eine innerparteiliche Vielfalt verleihen (vgl. Schmid, 2013a, 127). Die CDU ist von komplexen Parteistrukturen geprägt, was langwierige Entscheidungsfindungen und wenig radikale Kurswechsel mit sich bringt (vgl. Schmid, 2013a, 130).

Die CDU **versteht sich** aufgrund ihrer Wurzeln selbst als interkonfessionelle und klassenübergreifende Volkspartei (vgl. CDU, 2018c, online; Schmid, 2013a, 126). In den 1950er und 1960er Jahren liegt ihr Selbstverständnis durch hohe Wahlerfolg in einer Öffnung zur Mitte, die manche durch den starken Adenauer als Kanzlerpartei ohne klare parteiliche Profilbildung bezeichnen (vgl. Kleinmann, 2018, online; Schmid, 2013a, 128). Diese erfolgt erst nach dem Kanzlerverlust im Jahr 1969 mit der Verabschiedung eines Grundsatzprogramms und der Herausbildung eines schlagkräftigen Parteiapparats, wobei sie eine Volkspartei der Mitte bleibt. (vgl. CDU, 2018c, online; Schmid, 2013a, 128) Seit 2007 stehen die Begriffe Familie, Umwelt und Integration im Zentrum des Interesses (vgl. Schmid, 2013a, 128f.). Es lässt sich feststellen, dass in den Regierungszeiten ihr Profil schwammiger und in den Oppositionszeiten wieder definierter wird (vgl. Schmid, 2013a, 129). Aufgrund ihrer beständigen politischen Ausrichtung wird ihr ein großer Anteil der wirtschaftlich-sozialen Stabilität der Bundesrepublik zugeschrieben (vgl. Schmid, 2013a, 131). In den letzten Jahren mehrt sich die Kritik einer Zerrissenheit zwischen Öffnung und Wahrung der Traditionen sowie parteidemokratischen Orientierung versus Kanzleramt (vgl. Schmid, 2013a, 131f.).

Die Angaben zum Höchststand der Mitglieder der CDU rangieren zwischen einer Million (vgl. Schmid, 2013a, 128) und ca. 750.000 Menschen (vgl. Gotto, 2018, online). Einige sind sich diese beiden Quellen über den Zeitraum, der für nach der Wende angegeben wird. Durch die Wiedervereinigung gewinnt die CDU gut 20 Prozent **Mitglieder** hinzu (vgl. Niedermayer, 2013, 17), was jedoch nicht lange anhält (vgl. Schmitt, 2018a, online). Neben der Politikverdrossenheit der Ostdeutschen wirken die innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen „Blockflöten“ und „Erneuerern“ abschreckend (vgl. Niedermayer, 2013, 27). In den neuen Bundesländern bilden die StammwählerInnen der CDU, wie Katholiken, Selbständige, Freiberufliche, Beamte etc., eine eher kleine Gruppe (vgl. Niedermayer, 2013, 26f.). Postmaterialistische Tendenzen sind jedoch deutschlandweit zu spüren (vgl. Schmid, 2013a, 128). 2013 werden 500.000 Mitglieder gezählt (vgl. Schmid, 2013a, 128). Insgesamt verliert die CDU von 1991 bis 2016 ca. 40 Prozent ihrer Mitglieder (vgl. Beyme, 2017, 158). Daran können bis auf weiteres auch die modernen Online-Plattformen zum direkten Mitgliederkontakt und zur Koordination ihres Engagements nichts ändern (vgl. Gerl/Marschall, 2017, 4). Ende 2017 liegt der Mitgliederstand bei rund 426.000 Personen (vgl. Statista, 2018a, online) (vgl. auch Abbildung 8). Die Stellung des/der **Parteivorsitzenden** der CDU ist aufgrund der häufigen Personalunion mit dem Kanzleramt als äußerst stark, zumeist dauerhaft und bedeutend einzustufen. Zu namhaften Parteigranden zählen Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Helmut Kohl (vgl. Konrad Adenauer

Stiftung, 2018, online; Schmid, 2013a, 128 u. 130) und Angela Merkel, die noch als Kanzlerin fungiert, jedoch den Parteivorsitz 2018 zurücklegt (vgl. Der Tagesspiegel, 2018, online).

4.3.2.1.2 *Christlich-Soziale Union – CSU*

Die CSU, die nur im Bayern zur Wahl antritt (vgl. Decker, 2018d, online), wird bereits 1945 gegründet (vgl. CSU, 2018c, online). 1946 lizenziert sie der amerikanische Militäradministration offiziell und seither bildet sie ein politisches Herzstück Bayerns (vgl. Sebaldt, 2013, 132). Seit 1949 ist die CSU mit der CDU im Bundestag in einer Fraktionsgemeinschaft verbunden (vgl. CDU, 2018b, online; Decker, 2018a, online) und trägt zu rund 20 Prozent zum Gesamtwahlergebnis der beiden Parteien auf Bundesebene bei (vgl. Decker, 2018d, online). Alle Anträge und Beschlüsse der gemeinsamen Bundesfraktion müssen von der CSU gegengezeichnet werden, was de facto einem Vetorecht gleicht (vgl. Decker, 2018a, online). Der CSU wird historisch die ökonomische Modernisierung Bayerns vom Agrarland zum Industrie- und Dienstleistungsstandort zugeschrieben (vgl. Sebaldt, 2013, 133). Die Säkularisierung und Überalterung der bayrischen Bevölkerung beeinflusst die CSU nachhaltig und lassen so manche Erfolge in Vergessenheit geraten (vgl. Decker, 2018a, online; Sebaldt, 2013, 132). In den letzten Jahren steht sie vor der Herausforderung, einer der am stärksten von der Flüchtlingsproblematik betroffenen Bundesländer zu sein (vgl. Decker, 2018d, online).

Während ihre Wahlergebnisse bis in die 1960er Jahre zwischen schlechten 30 und guten 50 Prozent schwanken, stabilisieren sich diese von den 1970ern bis Anfang der 2000er auf hohem Niveau um die 60 Prozent. Sie kann durch ihre geographische Lage nicht zusätzlich von der deutschen Einheit profitieren (vgl. Beyme, 2017, 192). Ein abnehmender Trend in der WählerInnengunst zeigt sich ab Mitte der 2000er bei den Landtagswahlen (vgl. Decker, 2018d, online). Daher muss sie nach Jahrzehnten der Alleinregierung eine für sie ungewohnte Koalition eingehen und findet häufig ihren Partner in der FDP (vgl. Sebaldt, 2013, 137). Die Landtagswahl im Jahr 2018 bringt eine weitere herbe Schlappe mit sich. Die CSU fällt auf 37,2 Prozent. Sie verliert massiv an die Grünen, die Freien Wähler und die AfD. (vgl. Wahlrecht, 2018, online) 2018 bildet die CSU eine Koalition mit den Freien Wählern (vgl. CSU, 2018d, online).

Die CSU verfügt in ihrem **Aufbau** über zehn Bezirksverbände (vgl. CSU, 2018e, online; Sebaldt, 2013, 135), sowie zahlreiche Kreis- und Ortsverbände (vgl. CSU, 2018e, online). Der Parteitag wird jährlich abgehalten. Dem Vorstand der Partei gehören 54 Personen an während zum Präsidium 20 Personen zählen. (vgl. Decker, 2018a, online) Die CSU verfügt über acht Arbeitsgemeinschaften, die sich an spezielle Gruppen wie Landwirte, Frauen oder die Jugend

wenden (vgl. Sebaldt, 2013, 135). An diesen Arbeitsgemeinschaften können auch Nicht-Mitglieder teilnehmen (vgl. Decker, 2018a, online). Ihre politische Macht teilt sich auf verschiedene Zentren auf, wie die Parteizentrale, die Landtagsfraktion, die Landesgruppe im Deutschen Bundestag, die Staatskanzlei, u.ä. (vgl. Decker, 2018a, online; Sebaldt, 2013, 135) Sie profitiert von ihren Kontakten in den vorpolitischen Raum, die sich jedoch mit abnehmenden Mitgliederzahlen ausdünnen (vgl. Decker, 2018a, online).

Nach dem 2. Weltkrieg ist die CSU die traditionellste Partei Deutschlands und sie wandelt sich seit 1969 am tiefgreifendsten. Die **katholischen und konservativen Gruppen** sind zwar in der Partei nach wie vor dominant, doch gleichzeitig finden sich auch neue Strömungen (vgl. Beyme, 2017, 155f.). Ihre üblichen WählerInnen sind durchschnittlich älter als die Gesamtbevölkerung Bayerns, der katholischen Kirche zugewandt und leben am Land. Die CSU spricht auch das liberale und sozialdemokratische Elektorat an. (vgl. Decker, 2018d, online) Unverhandelbar bleiben für die CSU jedoch die christlich-soziale Orientierung und die Eigenstaatlichkeit Bayerns (vgl. Sebaldt, 2013, 133), wodurch ihre Einstellungen auch manchmal auch gegen den Zeitgeist gerichtet sind, wie bei der Ablehnung der liberalen Fristenlösung (vgl. Sebaldt, 2013, 134). Demgegenüber tritt sie für ein modernes Frauenbild mit vollwertiger Berufstätigkeit, den Umweltschutz und eine Zuwanderungsbegrenzung ein. Wirtschaftlich befürwortet sie entschieden die Soziale Marktwirtschaft. (vgl. Sebaldt, 2013, 134) Sie nimmt, obwohl sie auf eine Bundesland beschränkt ist, für sich die Bezeichnung einer Volkspartei in Anspruch (vgl. Decker, 2018d, online; Sebaldt, 2013, 133).

Der **Mitglieder**zuwachs der deutschen Parteien in den 1970er Jahren fällt bei der CSU besonders stark aus (vgl. Beyme, 2017, 155). Sie verliert dann von 1991 bis 2016 ungefähr ein Fünftel ihrer Mitglieder und steht 2016 bei 145.000 Mitglieder (vgl. Beyme, 2017, 158) Dieser Mitgliederschwund fällt deutlich moderater aus als beispielsweise bei der SPD oder der CDU (vgl. Decker, 2018a, online; Beyme, 2017, 156). Dieser relativ moderate Mitgliederverlust führt Niedermayer (2013, 28) auf ihre tiefen Wurzeln in der bayrischen Identität, ihre enge vorpolitische Vernetzung und ihre beinahe Monopolstellung hinsichtlich politischer Karrierewege und Durchsetzung politischer Ziele zurück. Die CSU rekrutiert ihre Mitglieder am besten in Personenkreisen mit christlicher Tradition (vgl. Beyme, 2017, 156; Sebaldt, 2013, 132f.) wobei sie sich seit den 1970er Jahre auch in Richtung Arbeiterschaft, Angestellte und Intellektuelle öffnet und sich ihre Struktur derer anderer Parteien angleicht (vgl. Beyme, 2017, 156). Insbesondere fällt es ihr jedoch schwer, Frauen zu rekrutieren (vgl. Decker, 2018a, online). Ihre Mitglieder weisen mittlerweile ein wachsendes Durchschnittsalter auf (vgl. Decker, 2018a, online; Sebaldt, 2013, 132). Ende 2017 hält sie bei ca. 141.000 Mitglieder (vgl. Statista, 2018a, online)

(vgl. auch Abbildung 8). Zu ihren **Vorsitzenden** zählen bekannte Namen wie Franz Josef Strauß, Edmund Stoiber, Theo Waigel oder Horst Seehofer (vgl. Sebaldt, 2013, 133 u. 135f.). Die Macht der Vorsitzenden und mit ihr die Macht der Landesgruppe steigt häufig, wenn sie erfolgreich Ministerämter im Bund bekleiden (vgl. Sebaldt, 2013, 135). Fungiert der Parteivorsitzende gleichzeitig als Bayrischer Ministerpräsident, wie beispielsweise Strauß, Stoiber oder lange Zeit Seehofer, stärkt dies seine Position als Regierungsspitze, weil er den Parteiwillen maßgeblich beeinflussen kann (vgl. Decker, 2018a, online; Sebaldt, 2013, 136). Seehofer gibt 2018 das Amt des Ministerpräsidenten an Markus Söder ab, weil er selbst als Minister auf Bundesebene tätig wird, behält jedoch vorläufig den Parteivorsitz (vgl. CSU, 2018b, online), den er im Jänner 2019 abgeben will (vgl. CSU, 2018a, online).

Sowohl die CDU als auch die CSU vertreten konservativen und traditionelle Werte und befürworten trotz Umweltengagement eine auf Gewinn ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Sie verfügen nach wie vor über eine beachtliche Anzahl an Mitgliedern. In Reflexion der Erkenntnisse aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 sind beide daher als **materialistische, große Partei rechts** der Mitte einzuordnen.

4.3.2.2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD

1875 schließen sich der deutsche Arbeiterverein und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zusammen und gründen die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (vgl. SPD, 2018a, online; Lösche, 2013, 622). Die SPD gilt daher als älteste deutsche politische Partei (vgl. Schmidt, 2018, 41). 1912 ist die SPD bereits die stärkste Fraktion im Reichstag (vgl. Lösche, 2013, 622). Während des 2. Weltkriegs verboten (vgl. SPD, 2018g, online), widmet sie sich danach vor allem dem Wiederaufbau im sozialistischen Sinne. Nach der Hinwendung zu moderaten Politikansätzen werden Koalitionen auf Bundesebene möglich, die seit 1966 in verschiedenen Konstellationen eingegangen werden (vgl. SPD, 2018c, online; Lösche, 2013, 623). Von 1969 bis 1982 und 1998 bis 2005 stellt die SPD den Bundeskanzler (vgl. Schmidt, 2018, 31). Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklungen und dem aufkommenden Postmaterialismus verlieren die klassischen sozialistischen Forderungen über die Jahrzehnte an Bedeutung. So ändert sich auch ihre Stammwählerschicht weg vom typischen gewerkschaftlich organisierten, protestantischen, norddeutschen Facharbeiter hin zu einer bunten Vielfalt unterschiedlichster Gruppen. Yuppies finden sich ebenso darunter wie SozialhilfeempfängerInnen oder technikgläubige IngenieurInnen gleichwohl wie ÖkopazifistInnen. Das größte Problem der SPD ist jedoch die Volatilität der Wählerschaft, welche ihr das zuverlässige Fundament im Elektorat entzieht. (vgl. Lösche, 2013, 627) Seit den vernichtenden Bundestagswahlen im Jahr 2009, bei der sie 23

Prozent der Stimmen erhält, verliert die SPD laufend weiter an Bedeutung (vgl. Lösche, 2013, 627f.).

Die **Parteistruktur** ist als lose gekoppelt, dezentralisiert und fragmentiert zu bezeichnen. Sie verfügt über durchwegs autonome ca. 9.500 Ortsvereine und etwa 350 Unterbezirke mit hohem politischem Gewicht (vgl. Lösche, 2013, 623). Diese sind auch für die Elitenrekrutierung für den Bund ausschlaggebend (vgl. Beyme, 2017, 268). Daneben verfügen die Interessengruppen wie die Jungsozialisten, die Frauen oder die Senioren sowie unterschiedliche Parteiflügel über großen Einfluss (vgl. Lösche, 2013, 623f.). Die lokale Ebene, die Länder und Bezirke sowie die Bundesebene weisen viel Eigenständigkeit auf. (vgl. Lösche, 2013, 623) Über Jahrzehnte bringen sich diese Gruppen wenn auch konkurrierend intensiv ein, was in den letzten Jahren nachlässt und die Verbindungen werden loser (vgl. Lösche, 2013, 624). Beim Parteivorstand, in dem die verschiedenen Gebietsverbände und Flügel vertreten sind, liegt das Machtzentrum. Dieser versucht eine Klammer über die auseinanderstrebenden lokalen Gruppen zu legen. (vgl. Lösche, 2013, 623) Der alle zwei Jahre stattfindende Bundesparteitag ist das oberste Beschlussgremium der SPD. Mindestens einmal jährlich wird der mehrere hundert TeilnehmerInnen umfassende Bundeskonvent abgehalten, der sich mit inhaltlichen und organisatorischen Fragen beschäftigt, jedoch keine Personalentscheidungen treffen kann. (vgl. SPD, 2018d, online) Durch jahrzehntelange Mitgliederverluste und den Wegfall von staatlicher Unterstützung wegen Wahlniederlagen gerät die Bundespartei zunehmend finanziell unter Druck. Darüber hinaus fließt ein Großteil der Einnahmen an regionale Gruppen. (vgl. Lösche, 2013, 625)

Im Gründungsjahrhundert verschreibt sich die Partei in ihren sozialistischen **Weltanschauungen** nicht nur der Befreiung des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts (vgl. Schmidt, 2018, 41f.). Während der Weimarer Republik und den ersten Jahren der BRD wird sie vorwiegend von gelernten Arbeitern getragen und bezieht alle Lebensaspekte ein, neben Arbeit beispielsweise auch Bildung oder Freizeit. Dadurch bildet ihre Zugehörigen eine Solidargemeinschaft (vgl. Lösche, 2013, 622f.). Erst gegen Ende der 1950er Jahre wendet sich die Partei von einem revolutionären hin zu einem gemäßigten Zugang, ihre gesellschaftspolitischen Ziele der Befreiung aller Beladenen und der Schließung der Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen zu erreichen (vgl. Schmidt, 2018, 42; Lösche, 2013, 623). Der Wunsch nach staatlicher Regulierung bleibt jedoch aufrecht (vgl. Schmidt, 2018, 42). In den 1990er Jahren verlieren ihre Forderungen nach Sozialstaat, Stärkung der Massenkaufkraft oder öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an Bedeutung (vgl. Lösche, 2013, 625f.). Es folgt ein innerparteilicher Konflikt zwischen TraditionalistInnen und ModernisiererInnen, der in einer von Kanzler Schröder getragenen Hinwendung zur Liberalisierung und Internationalisierung mündet,

was ihm schlussendlich sein Amt kostet (vgl. SPD, 2018b, online; Lösche, 2013, 626). Seither findet die SPD keine klare Linie zwischen der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Fortschrittsorientierung (vgl. SPD, 2018f, online; Lösche, 2013, 627).

In ihren Wurzeln ist sie eine klassische Arbeiterpartei (vgl. Lösche, 2013, 622f.). Lange Zeit setzt die SPD die hohe Anzahl an **Mitgliedern** als Mittel der Selbstbehauptung ein (vgl. Lösche, 2013, 623). Im Jahr 1976 erreicht der Mitgliederstand mit einer Million den Höchstpunkt. Seither sinkt er ständig. (vgl. Lösche, 2013, 624) Nach der Wende kann sie in der ehemaligen DDR die Arbeiterschaft nur mäßig ansprechen (vgl. Niedermayer, 2013, 26f.). Die SPD gewinnt im Osten nur 2,5 Prozent neue Mitglieder (vgl. Niedermayer, 2013, 17). Die ostdeutsche SPD verfügt zwar über verhältnismäßig wenige Mitglieder, die jedoch eine hochstehende Sozialstruktur aufweisen und bedeutende FunktionärInnen hervorbringen (vgl. Lösche, 2013, 628f.). Spätestens ab den 2000ern ist deutschlandweit eine Mitgliedschaft deutlich weniger vom Stand abhängig als vielmehr von der Gesinnung. 2009 stammen nur mehr 16 Prozent ihre Mitglieder aus der Arbeiterschicht. Auch die SPD leidet unter der Überalterung, weshalb Sterbefälle die Mitgliederzahlen ständig verringern. Unter 35 Jahre sind im Jahr 2009 nur noch 8 Prozent der Mitglieder wohingegen 37 Prozent über 65 Jahre alt sind. (vgl. Lösche, 2013, 624) Zwischen 1991 und 2016 verliert sie rund die Hälfte ihrer Mitglieder, die im Jahr 2016 mit 445.000 Personen angegeben werden (vgl. Beyme, 2017, 158). Ende 2017 gehören der SPD ca. 443.000 Mitglieder an (vgl. Statista, 2018a, online) (vgl. auch Abbildung 8). Die **Parteivorsitzenden** stehen nicht, wie in manchen anderen Parteien, an der Spitze einer hierarchischen, pyramidenartigen Organisation, sondern handeln weitgehend unabhängig (vgl. Lösche, 2013, 623). Lange Jahre führt Willy Brandt die Partei. In den 1990er bis in die 2000er Jahre dominiert die Alterskohorte seiner Enkel, die 68er Generation, das oberste Parteiamt. Zu ihnen zählen beispielsweise Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine oder Gerhard Schröder. (vgl. Lösche, 2013, 624) Danach folgt mit Franz Müntefering oder Sigmar Gabriel eine Abkehr von der 68er Generation. Bis auf wenige Ausnahmen wechselt die Parteispitze häufig. (vgl. Lösche, 2013, 628) Seit 2018 steht Andrea Nahles an der Spitze der SPD (vgl. SPD, 2018e, online).

Um eine Klassifizierung nach den Erkenntnissen aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 vorzunehmen, gilt die SPD mit der nach wie vor höchsten Mitgliederzahl in Deutschland als **große** Partei. Selbst wenn ihre heutigen politischen Positionen manchmal nur verwaschen wahrgenommen werden können, tritt sie für die Position der Arbeitnehmenden und gegen den ungezügelter Kapitalismus ein, wodurch sie als **links** der Mitte und **materialistische** eingeschätzt werden muss.

4.3.2.3 DIE LINKE

DIE LINKE gründet sich am 16.6.2007, indem sich die PDS mit der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e. V.“ (WASG), die nach einem ideologischen Streit die SPD verlassen hatte, zusammenschließt (vgl. Lösche, 2013, 627; Neu, 2013, 176). Die PDS ihrerseits entsteht 1990 aus den Fußstapfen der SED, der ehemaligen Staatspartei der DDR (vgl. Schmidt, 2018, 43; Beyme, 2017, 197; Neu, 2013, 176). Die PDS kann nur zum Teil auf das Vermögen der SED zurückgreifen und schrumpft nach der Wiedervereinigung auf weniger als zehn Prozent der Größer der SED. Die PDS kann sich im Westen nicht etablieren, was sich erst durch die Verbindung mit der WASG ändert. (vgl. Neu, 2013, 176f.) Bereits die PDS unterscheidet sich wesentlich von der SED. Sie bewegt sich im freien Wettbewerb mit anderen Parteien, beansprucht kein Wahrheitsmonopol des Marxismus-Leninismus, hat einen strukturellen Wandel durchlaufen, lässt Flügelbildungen zu und will nicht mehr die führende Partei im Staat sein. Sie strebt an, ein Sammelbecken der Linken darzustellen. (vgl. Neu, 2013, 176) Erreicht die PDS bei der Bundestagswahl 1990 gerade einmal 2,4 Prozent der Stimmen, erholt sie sich trotz einiger harter Jahre (vgl. Neu, 2013, 178). Wesentlich ausschlaggebend dafür ist die Kooperation mit der WASG im Jahr 2005, für welche der bekannte ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine als Spitzenkandidat antritt, (vgl. Neu, 2013, 180) wodurch beide gemeinsam bei der Bundestagswahl 8,7 Prozent erreichen. Seit 2005 kann sich die Partei Zuspruch in für sie neuen Schichten gewinnen (vgl. Neu, 2013, 181). Zweistellige Wählerstimmenanteile gewinnt DIE LINKE regelmäßig jedoch nur in den ostdeutschen Bundesländern und in Berlin (vgl. Schmidt, 2018, 43). Als DIE LINKE dehnt sie sich zusehends in den Westen aus, während sie in den östlichen Bundesländern seit 2013 massiv an die AfD verliert (vgl. Decker, 2018f, online). Als PDS sowie als DIE LINKE kann sie in mehreren Landesparlamenten mitregieren (vgl. Decker, 2018f, online; Neu, 2013, 181). DIE LINKE hält im Jahr 2017 bei 9,2 Prozent der WählerInnenstimmen (vgl. DIE LINKE, 2018a, online).

Strukturell ist das höchste Organ der Parteitag. Er beschließt die grundsätzliche politische und organisatorische Richtung. Geführt wird DIE LINKE vom 44-köpfigen Parteivorstand. Die regionale Struktur fußt auf Landesverbänden, welche geographisch den Bundesländern Deutschlands entsprechen. Für die Umsetzungsarbeit werden Kommissionen bestimmt. Darüber hinaus bestehen die Teilorganisationen der Jugend „linksjugend [solid]“ und der Studierenden „Die Linke.SDS“. (vgl. DIE LINKE, 2018c, online)

Die PDS ist stark vom Konflikt zwischen den Orthodoxen und den Reformern gezeichnet, die sich zwar über das gemeinsame Ziel einig sind, der **Sozialismusverwirklichung**, jedoch nicht über den Weg dorthin (vgl. Neu, 2013, 178f.). Erst mit Oskar Lafontaine verliert DIE LINKE das alte DDR-Image, etabliert sich als soziale Protestpartei und wird auch für Westdeutsche wählbar (vgl. Neu, 2013, 180f.). Nach seinem Rückzug im Jahr 2007 leben in der Partei die alten Muster, Anschauungen und Konflikte wieder auf (vgl. Neu, 2013, 181f.). Sie wendet sich gegen die USA, gegen die NATO und tritt für Staatsdirigismus, Wohlfahrtsstaatlichkeit sowie Wirtschaftsfeindlichkeit ein (vgl. Schmidt, 2018, 43). Sie strebt einen Systemwechsel hin zum Staatssozialismus an (vgl. Neu, 2013, 182). Auf ihrer Homepage finden sich neben den klassischen sozialistischen Forderungen nach leistbarem Wohnen oder Umverteilung auch eindeutige postmaterialistische Verlangen, wie sie Inglehart in Kapitel 4.1.2 angibt. DIE LINKE setzt sich für Frieden, Klimaschutz und umweltfreundliche Energieerzeugung, Einwanderung, ein geeintes Europa und gegen die Rechten ein. (vgl. DIE LINKE, 2018d, online) Sie spricht damit in den Ostländern vorwiegend aus Überzeugung Wählende und in den Westländern mehrheitlich die Protestwählerschaft an (vgl. Decker, 2018f, online).

Die **Mitglieder** der PDS rekrutieren sich noch vor allem aus der Angestelltenschaft, welche vom alten Regime profitiert hatte (vgl. Decker, 2018f, online; Beyme, 2017, 198). Im Jahr 1990 befinden sich 280.000 Mitglieder in der Partei. Ihr Durchschnittsalter ist sehr hoch und der starke Mitgliederschwund hat nicht zuletzt natürliche Gründe. Durch den Zusammenschluss mit der WASG werden die rückläufigen Zahlen nur vorübergehend aufgehalten. (vgl. Neu, 2013, 181) Mit ihrer Gründung als DIE LINKE richtet sich die Partei auch an neuen Zielgruppen aus und spricht ArbeiterInnen und allgemein finanziell oder hinsichtlich Bildung schlechter Gestellte an (vgl. Decker, 2018f, online; Neu, 2013, 181). Im Jahr 2010 sind mehr als eine Drittel der Mitglieder in den alten Bundesländern beheimatet. (vgl. Neu, 2013, 181) Bei den Bundestagswahlen im Jahr 2017 stammen beinahe zwei Drittel ihrer Stimmen aus dem Westen (vgl. Decker, 2018f, online). Heute wendet sie sich an äußerst diverse Zielgruppen mit nur einer klaren Abneigung, dem Wirtschaftsdogma (vgl. DIE LINKE, 2018e, online). Beyme (2017, 158) schätzt, dass DIE LINKE von 1991 bis 2016 knapp zwei Drittel ihrer Mitglieder verliert. Wenn jedoch die Angaben von Neu in diesem Absatz korrekt sind, dann liegt der Mitgliederverlust bei über drei Viertel von 1990 bis 2017. Für Ende 2017 werden ca. 62.000 Mitglieder angegeben (vgl. DIE LINKE, 2018e, online; Statista, 2018a, online) (vgl. auch Abbildung 8). Zu den **Parteivorsitzenden** der DIE LINKE und ihrer Vorgängerorganisation der PDS zählen als be-

kannte Namen beispielsweise Gregor Gysi oder Oskar Lafontaine und weniger schillernde Persönlichkeiten wie Lothar Bisky oder Gabriele Zimmer (vgl. Neu, 2013, 180). 2018 teilen sich Katja Kipping und Bernd Riexinger den Parteivorsitz (vgl. DIE LINKE, 2018b, online).

Durch die Mitgliederanzahl im fünfstelligen Bereich kann DIE LINKE noch als eine **kleine** Partei Deutschlands eingestuft werden. Aufgrund ihrer sozialen Orientierung ist sie eindeutig **links** der Mitte einzuordnen (vgl. Kapitel 4.1.1). Schwieriger wird die Frage, ob sie als materialistische oder postmaterialistische Partei einzustufen ist. Wäre sie heute noch im Forderungsspektrum der PDS verankert, wäre sie eindeutig in die Reihe der materialistischen Parteien zu stellen. Ihre aktuellen Forderungen als DIE LINKE sind hingegen überwiegend deckungsgleich mit den Beschreibungen postmaterialistischer Charakteristika durch Inglehart. Darüber hinaus zieht sie mittlerweile auch die Gruppe an WählerInnen und Mitgliedern mit hohem Protestpotenzial an, weshalb DIE LINKE als **postmaterialistisch** eingestuft wird.

4.3.2.4 Bündnis 90/die Grünen

Die grünen Bewegungen **entstehen** auch in Deutschland aus den sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre, die sich vor dem Hintergrund des postmaterialistischen Wertewandels bilden. Sie bringen einen neuen Stil und vor allem neue Themen in die Politik, wie Ökologie, das Geschlechterverhältnis, plurale Lebensstile oder Minderheitenrechte, die Forderung nach Frieden und das Eintreten gegen Atomkraft (vgl. Decker, 2018c, online, 2018e, online; Schmidt, 2018, 43; Raschke/Hohlfeld, 2013, 36). Sie ist eine der ersten Parteien, die sich nicht mehr an den klassischen Konfliktlinien entlang formt, sondern einen Zusammenschluss aufgrund neuer Werte darstellt (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 36). Ein Teil ihres Erfolgs ist in Deutschland auch auf die mangelnde Attraktivität des Sozialismus in Westdeutschland und die Heimatlosigkeit der libertären Linken zurück zu führen. Das fragmentierte politische Machtssystem und der Föderalismus helfen beim Fuß fassen in der Politik. (vgl. Beyme, 2017, 190). Die grünen Parteien etablieren sich in den 1980er Jahren, was bis in die 1990er Jahre mit heftigen Flügelkämpfen verbunden ist, bei denen sich konservative und radikal linke Teile abspalten (vgl. Decker, 2018c, online; Raschke/Hohlfeld, 2013, 37). Ohne die 5-Prozentklausel wäre die Konsolidierung nicht möglich gewesen (vgl. Beyme, 2017, 99). Seit 1985 sind die Grünen in mehreren Bundesländerregierungen vertreten (vgl. Decker, 2018c, online; Raschke/Hohlfeld, 2013, 40). Der deutschen Wiedervereinigung stehen die Grünen von allen Bundesparteien am feindlichsten gegenüber und sie können sehr wenig von ihr profitieren. Erst 1993 schließen sie sich mit dem ostdeutschen Bündnis 90 zur neuen Partei „Bündnis90/die Grünen“ zusammen. (vgl. Decker, 2018c, online; Beyme, 2017, 200; Niedermayer, 2013, 18f.; Raschke/Hohlfeld,

2013, 38) Durch die gemäßigten Kräfte gelingt eine Beteiligung an der Bundesregierung von 1998 bis 2005 (vgl. Decker, 2018c, online; Schmidt, 2018, 31; Raschke/Hohlfeld, 2013, 37). In den 2000ern können sie auch in ostdeutsche Landesparlamente einziehen (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 38). Im Jahr 2011 stellen sie mit Winfried Kretschmann den ersten Ministerpräsidenten auf Landesebene in Baden-Württemberg (vgl. Decker, 2018c, online). Insgesamt bewegt sich die grüne Partei in Deutschland auf Bundesebene hin zu einer Mittelpartei sowie auf Landesebene teils hin zu einer Großpartei und ist am Weg, sich zu einer Volkspartei zu entwickeln, der jedoch noch der Rückhalt in breiten unterprivilegierten Bevölkerungsschichten fehlt (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 41f.).

Die **basisdemokratischen Elemente** hindern die Partei, eine effiziente Regierungspartei zu werden. Es dauert zwei Jahrzehnte, bis sie diese ablegt. (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 39). Die Rotation wird lange Jahre gegen Machtkonzentration eingesetzt (vgl. Beyme, 2017, 201; Stern, 2008, 177). Jedoch rotieren FunktionärInnen, BundesgeschäftsführerInnen oder FraktionsmitarbeiterInnen nicht mit, was im Laufe der Zeit zu einer Machtverschiebung inklusive Wegrotieren missliebiger Abgeordneter und Prominentenjagd führt. (vgl. Beyme, 2017, 201) Auf Bundesebene werden daher Rotationsregelungen, Amtszeitbegrenzungen, das imperative Mandat, Unvereinbarkeitsregelungen zwischen Amt und Mandat u.ä. abgeschafft (vgl. Decker, 2018c, online; Raschke/Hohlfeld, 2013, 39). Trotz der Verhinderungsmaßnahmen und noch leichter nach deren Lockerung bildet sich eine grüne Elite, deren wohl bekanntester Repräsentant Joschka Fischer ist (vgl. Stern, 2008, 177). Der Grund für die Abkehr von den rigiden Maßnahmen ist schlicht die Aussicht auf bessere Wahlerfolg, die sich mit Joschka Fischer durchaus einstellen (vgl. Stern, 2008, 181). Seit 2000 ist die Spitze verschlankt und sie wird durch zwei SprecherInnen sowie einer/m politischen Geschäftsführenden gebildet, den/die der Parteirat als Leitungsgremium unterstützt (vgl. gruene.de, 2018c, online; Raschke/Hohlfeld, 2013, 39f.). Durch den strategischen Einsatz verschiedener Großgruppenarbeitstechniken versuchen die Grünen, bei Parteitag mehr Struktur und Klarheit in die Partei zu bringen (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 41). In den jüngeren Jahren öffnet sich die Partei der digitalen Kommunikation mit ihren Mitgliedern und SympathisantInnen. Als Beispiele können in Wahlkampfzeiten die Online-Teilnahme an der Personalselektion bei der Europawahl 2014 durch „Green Primary“ oder „Meine Kampagne“, bei denen UnterstützerInnen ihre Kompetenzen und Zeitressourcen angeben können, genannt werden. (vgl. Gerl/Marschall, 2017, 4)

Ganz im Sinne der postmaterialistischen Zeit definieren die Grünen ihre **Gründungsgrundwerte** als ökologisch, sozial, gewaltfrei und basisdemokratisch, zu denen sich etwas später die

Aufhebung der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung gesellt. Diese drücken sich in den realpolitischen Forderungen nach Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit, einer multikulturellen Gesellschaft, Ökosteuer, Grundeinkommen, autofreie Stadt oder Förderung erneuerbarer Energie aus (vgl. Schmidt, 2018, 44; Raschke/Hohlfeld, 2013, 37). Die Basisdemokratie verliert auch parteiintern im Laufe der Zeit an Bedeutung (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 38). Der radikale Pazifismus dreht sich in eine elastische Form, die bei humanitärer Begründung militärische Eingriffe zulässt (vgl. Schmidt, 2018, 44). Durch das Altern ihres Elektorats und deren wirtschaftliche Besserstellung verbürgerlicht die Partei. (vgl. Decker, 2018e, online) Sie bewegt sich seit den 1990ern insgesamt in die politische Mitte (vgl. Decker, 2018c, online). Trotz ihrer eigenen Linksorientierung wandern zahlreiche WählerInnen der Grünen mit dem Aufkommen von DIE LINKE insbesondere bei der Bundestagswahl von 2005 an diese ab. In den 2010er Jahren stellt die Grünen vermehrt die Ökologie wieder ins Zentrum ihres Interessens. Darüber hinaus lassen sie jegliche Koalitionsfrage offen. (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 40f.) Aktuell propagieren die Grünen Ökologie, Weltoffenheit und Gerechtigkeit (vgl. gruene.de, 2018b, online). Das erste 1980 entstehende Grundsatzpapier, das Saarbrücker Programm, wird 2002 beim Berliner Parteitag durch eine überarbeitete Version abgelöst. (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 37). Derzeit wird an einem Grundsatzpapier 2020 gearbeitet (vgl. gruene.de, 2018a, online).

Die typische grüne Wählerschaft gehört der gehobenen Bildungs- und Einkommenschicht an, ist Teil der Babyboomer-Generation, also in den 1980er Jahren jung, arbeitet im Dienstleistungs- oder Bildungsbereich und wohnt in Städten. Im Laufe der Zeit „ergrauen“ ihre AnhängerInnen. Jedoch können die Grünen im Vergleich zu anderen Parteien nach wie vor die Jugend überdurchschnittlich besser ansprechen. Die Partei wird stärker von Frauen als von Männern gewählt. (vgl. Decker, 2018e, online; Raschke/Hohlfeld, 2013, 36f.) Sie kann vorwiegend PostmaterialistInnen mobilisieren (vgl. Beyme, 2017, 190). In der Arbeiterschicht, Arbeitslosen oder Minderqualifizierten und auch bei über 60-Jährigen findet sie am wenigsten Anklang (vgl. Decker, 2018e, online). Bis heute ist die grüne Partei hauptsächlich in Westdeutschland verankert (vgl. Decker, 2018e, online; Schmidt, 2018, 43). Sie kann kaum auf **Mitglieder** in den Ostbundesländern zurückgreifen und nur wenige SpitzenpolitikerInnen stammen aus ihren östlichen Reihen. Dies begründet sich einerseits in konkurrierenden grünen Strömungen im Osten nach der Wende und andererseits in der untergeordneten Bedeutung der Umweltpolitik und den postmaterialistischen Werten in den Aufbaujahren. (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 38f.) Es fehlen stabile Strukturen und AnsprechpartnerInnen im Osten (vgl. Niedermayer, 2013, 27). Erst mit steigender Lebensqualität in den neuen Bundesländern ändert sich die Situation langsam. (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 39) Als einzige deutsche Partei gewinnen die Grünen von 1991

bis 2016 Mitglieder hinzu und können sich um die Hälfte vergrößern. 2016 liegt ihre Mitgliederzahl bei 59.000 Personen. (vgl. Beyme, 2017, 158) Diese Zahlen könnten deutlich höher sein, wenn von ihrer Anhängerschaft eine Parteimitgliedschaft nicht prinzipiell kritisch betrachtet würde. Dadurch bleiben die Bündnis 90/die Grünen eine Partei mit schwacher Mitgliederbasis. (vgl. Niedermayer, 2013, 28) Für Ende 2017 werden für sie mehr als 65.000 Mitglieder angegeben (Statista, 2018a, online) (vgl. auch Abbildung 8).

In den 1980er bis Ende der 1990er Jahre finden sich konkurrierende Machtzentren in der Partei (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 40). Das Rotationsprinzip und die basisdemokratische Orientierung erschweren es absichtlich, Persönlichkeiten mit Strahlkraft und Einfluss hervorzubringen und eine personenzentrierte Politik zu betreiben (vgl. Decker, 2018c, online; Stern, 2008, 177 u. 181). Petra Kelly ist beispielsweise nach außen weit bekannt, hat jedoch intern wenig Einfluss. (vgl. Decker, 2018c, online) Eine **Galionsfigur** als wichtigster Minister stellt Joschka Fischer in der Regierungszeit von 1988 bis 2005 dar (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 38 u. 40; Stern, 2008, 177 u. 181). Renate Künast oder Jürgen Trittin sind zumindest zum Teil in der Öffentlichkeit bekannt. Trotz anderer Bestrebungen bleibt die Partei zwischen Realos und Linken zerrissen und dieser Zwist lässt keine dauerhafte, mächtige Führungspersönlichkeit aufkommen (vgl. Raschke/Hohlfeld, 2013, 40). Seit 2018 führen aufgrund des zweijährigen Rotationssystems Annalena Baerbock und Robert Habeck als Bundesvorsitzende die Partei (vgl. Decker, 2018c, online; gruene.de, 2018c, online).

Die grünen Bewegungen finden ihren Entstehungsgrund in den Werten des Postmaterialismus, welche Bündnis 90/die Grünen heute nach wie vor leben. Nach den Erkenntnissen aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 ist die Partei daher eindeutig als **postmaterialistisch** einzuschätzen. Sie sind durch ihre ökonomiefeindliche Einstellung **links** einzuordnen und aufgrund der nur fünfstelligen Mitgliederzahlen als **klein** einzustufen

4.4 Das politische System Österreichs

Österreich bildet von der Anzahl des Elektorats das zweitgrößte Land im DACH-Raum und wird daher an zweiter Stelle der Länder behandelt.

4.4.1 Bundes- und Landesebene

In Österreich erlangen Männer im Jahr 1907 und Frauen auf Betreiben der Sozialisten mit dem Ende der Monarchie im Jahr 1918 das Wahlrecht (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 43f.; Pelinka/Rosenberger, 2003, 168). Nach Artikel 1 des Bundeiverfassungsgesetzes ist Österreich

eine **demokratische Republik**, in der das Recht vom Volke ausgeht. In der Praxis wird allerdings zumeist nicht das gesamte Volk befragt, sondern gewählte RepräsentantInnen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene übernehmen die Entscheidungen (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 64 u. 83; Dachs, 1997, 71). Bei diesen Urnengängen kommt das Verhältniswahlrecht zur Anwendung (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 44; Pelinka/Rosenberger, 2003, 166).

Als oberstes Gremium fungiert die mächtigere der beiden Kammern im **österreichischen Parlament**, der **Nationalrat**, wodurch seinen Wahlen hohe Bedeutung zukommt. Diese finden spätestens alle fünf Jahre statt und halten sich an das allgemeine, direkte, gleiche, geheime und persönliche Wahlrecht für Männer und Frauen ab dem 16. Lebensjahr. (vgl. parlament.gv.at, 2018d, online; Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 64; Pelinka/Rosenberger, 2003, 110; Fischer, 1997, 101) Die politische Zusammensetzung des Nationalrats bestimmt die Zusammensetzung der Bundesregierung (vgl. Dachs, 1997, 72). Das Elektorat entscheidet sich für eine politische Partei und die 183 Abgeordneten werden über Listen ermittelt (vgl. parlament.gv.at, 2018d, online; Pelinka/Rosenberger, 2003, 111). Damit eine Partei an den Nationalratswahlen teilnehmen kann, benötigt sie Unterstützungserklärungen von entweder 2.600 BürgerInnen oder drei Nationalratsabgeordneten (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 92). Der Großteil der Wählerschaft orientiert sich stärker an den Parteien als an den KandidatInnen (vgl. Dachs, 1997, 71f.), wobei durch die Vorzugsstimmenvergabe Personen auf den Listen der eigenen Partei nach oben gereiht werden können (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 93). Der Bundeswahlkreis ist in neun mit den Bundesländern identischen Landeswahlkreise und 39 Regionalwahlkreise eingeteilt (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 91; Fischer, 1997, 102). Um in den durch ein dreiköpfiges Präsidium geleiteten (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 113) Nationalrat einziehen zu können, muss eine Partei mindestens vier Prozent der Stimmen oder ein Direkt- bzw. Grundmandat in einem Wahlkreis erreichen (vgl. parlament.gv.at, 2018d, online; Pelinka/Rosenberger, 2003, 170).

Vor der konstituierenden Sitzung des Nationalrates werden die parlamentarischen Klubs gebildet, in denen sich mindestens fünf Abgeordnete der gleichen Partei zusammenschließen. In ihnen findet über Vorberatung und Vorentscheidung die eigentliche Willensbildung statt und sie beschicken die **Ausschüsse**. (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 11; Fischer, 1997, 104) In den Ausschüssen werden die Gesetzesvorlagen beraten und teilweise verändert, bevor sie ins Nationalratsplenum kommen, oder sie sind als Untersuchungsausschüsse angelegt (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 119; Pelinka/Rosenberger, 2003, 111; Dachs, 1997, 78). Für einfache Gesetze müssen im Nationalrat mindestens ein Drittel der Abgeordneten anwesend sein

und einen Mehrheitsbeschluss fällen. Bei Verfassungsgesetzen ist eine Anwesenheitspflicht wenigstens der Hälfte der Abgeordneten und eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 119; Pelinka/Rosenberger, 2003, 123; Dachs, 1997, 78) Das österreichische Parlament gilt als unechtes Zweikammernsystem, da die Bundesregierung nur dem Nationalrat politisch verantwortlich ist. Ausschließlich der Nationalrat kann der Bundesregierung oder einzelnen MinisterInnen das Misstrauen aussprechen, was jedoch in der Realität äußerst selten vorkommt (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 110; Fischer, 1997, 113).

Einmal im Amt im Nationalrat angekommen, sind die Abgeordneten in der Praxis aufgrund des Zugangs zum Mandat durch die Partei deutlich von ihrer Zugehörigkeit zu dieser beeinflusst, was sich auch auf ihre Arbeit in den Ausschüssen auswirkt. (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 111; Dachs, 1997, 72 u. 78). Dies obwohl ihnen die Bundesverfassung ein freies Mandat zusichert und bei Konflikten mit der Partei das Mandat erhalten bleibt (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 111). Bei Gesetzesabstimmungen tritt manchmal ein parteiunabhängiges Verhalten auf (vgl. Fischer, 1997, 109). Der durchschnittliche Abgeordnete zum Nationalrat ist männlich, zwischen 45 und 65 Jahre alt, universitär gebildet, im öffentlichen Dienst tätig und Funktionär in einem Wirtschaftsverband (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 113–115). Die Abgeordneten sind als BerufspolitikerInnen einzustufen, die bei ihren Tätigkeiten auf die Infrastruktur ihrer jeweiligen Fraktion zurückgreifen (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 112).

Der **Bundesrat**, die zweite Kammer im österreichischen Parlament, wird von den Landtagen beschickt und wird auch als Länderkammer bezeichnet (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 110; Fischer, 1997, 118). Jedes Land entsendet mindesten drei Mitglieder und das größte schickt zwölf, die nach der parteipolitischen Zusammensetzung der Landtage auszuwählen sind und für die Dauer der Legislaturperiode der Landtage im Bundesrat verbleiben. Diese Kammer ist somit hinsichtlich der Bevölkerung durch indirekte Wahl gebildet. (vgl. parlament.gv.at, 2018d, online; Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 97; Dachs, 1997, 72; Fischer, 1997, 118f.) Die Größe des Bundesrates richtet sich nach der Bevölkerungsanzahl und kann sich nach jeder Registerzählung ändern. Derzeit umfasst er 61 Mitglieder. (vgl. parlament.gv.at, 2018d, online) Die Mitwirkungsrechte des Bundesrats sind schwach ausgeprägt (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 114 u. 120). Er kann Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates durch das suspensive Vetorecht nur aufschieben. Diese kann der Nationalrat durch einen Beharrungsbeschluss dennoch bestimmen. (vgl. parlament.gv.at, 2018b, online; Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 120; Pelinka/Rosenberger, 2003, 110; Dachs, 1997, 78; Fischer, 1997, 119) Wie im Nationalrat genießen auch die Abgeordneten im Bundesrat das freie Mandat, verhalten sich jedoch in der Praxis parteikonform (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 115).

Länder und Gemeinden weisen nur eine Kammer im Parlament auf (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 122; Pelinka/Rosenberger, 2003, 110), deren Abgeordnete ebenfalls nach dem gleichen, unmittelbaren, freiem, persönlichen und geheimen Verhältniswahlrecht ermittelt werden (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 96). Auch bei den Wahlen zu den Länderparlamenten stehen die Parteien im Gegensatz zu den einzelnen wählbaren Personen im Vordergrund (vgl. Dachs, 1997, 71f.). In sechs Bundesländern wählen die Landtagsabgeordneten die Landesregierung, nur in Nieder- und Oberösterreich sowie in Wien herrscht das Proporzsystem. Die Landesregierungen haben wesentlichen Einfluss auf die Landesgesetze. (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 124)

Die Zusammensetzung der **Bundesregierung** fußt auf den Machtverhältnissen im vom Volk gewählten Nationalrat (vgl. Dachs, 1997, 72; Müller, 1997b, 136), wodurch die Kontrollaufgabe der Parteien in der Opposition zufallen (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 121; Dachs, 1997, 79; Fischer, 1997, 114). Die Regierung zu stellen bzw. eine Regierungsbeteiligung ist zumeist das Ziel der politischen Parteien bei Nationalratswahlen (vgl. Müller, 1997b, 136). Für eine Regierungsberufung ist in der Regel eine Parteikarriere bzw. -nähe ausschlaggebend. (vgl. Müller, 1997b, 132f.) Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler und den BundesministerInnen (vgl. bundeskanzleramt.gv.at, 2018, online; Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 140; Pelinka/Rosenberger, 2003, 116 u. 132; Dachs, 1997, 76 u. 78). Als Bundeskanzler fungiert in der Regel ein Parteichef (vgl. Müller, 1997b, 136). Die MinisterInnen werden aufgrund des Kanzlervorschlags nominiert und stehen in Folge, trotz formaler Ungebundenheit, zu diesem in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 132). Der Regierung kommt es zu, Gesetzesvorlagen beim Nationalrat einzubringen und Spitzenpositionen in der Bürokratie zu besetzen. Durch Regierungsvorlagen kommt der Großteil der Bundesgesetze in Österreich zustande. (vgl. bundeskanzleramt.gv.at, 2018, online; Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 140; Pelinka/Rosenberger, 2003, 116 u. 134; Dachs, 1997, 76 u. 78)

Der **Bundespräsident** wird in gleicher, geheimer, persönlicher, freier und direkter Wahl durch jene Männer und Frauen gewählt, die für den Nationalrat wahlberechtigt sind (vgl. Bundespräsident, 2018, online; Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 132). Es gilt das Mehrheitswahlrecht. Wenn im ersten Durchgang niemand die absolute Mehrheit erreicht, treten im zweiten Durchgang die beiden Personen mit den meisten Stimmen wieder an. (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 166) Auch beider Bundespräsidentenwahl kommt der Parteipolitik hohe Bedeutung zu (vgl. Dachs, 1997, 72). Er wird von der Bundesversammlung angelobt, die der Nationalrat und der Bundes-

rat gemeinsam bilden (vgl. parlament.gv.at, 2018c, online). Insgesamt verfügt der Bundespräsident jedoch über deutlich weniger Macht als der Bundeskanzler (vgl. Bundespräsident, 2018, online; Pelinka/Rosenberger, 2003, 127). Der Bundespräsident gelobt beispielsweise die Regierung und die Landeshauptleute an, vertritt die Republik nach außen, unterzeichnet Staatsverträge, ist Oberbefehlshaber des Bundesheers und er muss die Unterzeichnung von Bundesgesetzen verweigern, wenn diese nicht verfassungskonform zustande gekommen sind. Er verfügt jedoch über kein Vetorecht und konzentriert sich in der Praxis überwiegend auf repräsentative Aufgaben. (vgl. Bundespräsident, 2018, online; Pelinka/Rosenberger, 2003, 123)

Eine Besonderheit im österreichischen politischen System stellt die **Sozialpartnerschaft** dar (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 165). Zahlreiche Vereine und Zusammenschlüsse, wie die Vereinigung österreichischer Industrieller oder der Österreichische Gewerkschaftsbund, prägen die österreichische politische Landschaft. Daneben existieren parteipolitisch gefärbte Kammern, bei denen nach Berufen gegliedert eine Mitgliedschaft gesetzlich verpflichtend ist (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 160; Pelinka/Rosenberger, 2003, 183). Es bestehen somit historisch gewachsene Interessensvertretungen sowohl auf Seiten der Arbeiterschaft als auch der Wirtschaft (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 160). Die Gewerkschaften sind traditionell von der SPÖ dominiert (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 186), während die Wirtschaftsvereinigungen der ÖVP nahe stehen (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 187). Den Grundstein der Sozialpartnerschaft bildet die Einrichtung der „Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen“ im Jahr 1957. Ihr gehören seither der Bundeskanzler, drei weitere MinisterInnen, die Wirtschaftskammer, die Landwirtschaftskammer, die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund an. Sie dient zur freiwilligen Selbstkontrolle. (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 164f.; Pelinka, 2005, 43) Sie etabliert sich jedoch als wesentliche Austauschplattform zur außerparlamentarischen Einigung zu konfliktgeladenen Themen widerstreitender politischer Interessen (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 193) und prägt die österreichische politische und ökonomische Entwicklung nachhaltig (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 165). De facto gibt es keine offizielle Verbindung zwischen der Sozialpartnerschaft und dem Parlament. Es ist jedoch üblich, einerseits den Gewerkschaften andererseits hohen VertreterInnen der ÖVP-Bünde wählbare **Listenplätze** zukommen zu lassen. (vgl. Fischer, 1997, 117) Die Hochblüte der Sozialpartnerschaft findet in den 60er und 70er Jahren statt, wirkt noch bis in die 1990er Jahre nach, und ihr Einfluss ist heute zwar abgeschwächt noch immer vorhanden. (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 165 u. 167; Pelinka, 2005, 45; Fischer, 1997, 118)

4.4.2 *Politische Parteien in Österreich*

In Österreich wird seit 1945 eine Parteiendemokratie gelebt. Ein entsprechendes **Parteiengesetz** entsteht erst 1975. (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 148) Dieses Gesetz, das einer Verfassungsbestimmung entspricht, regelt die Rahmenbedingungen der politischen Parteien. Darin heißt es, dass ihre Existenz und ihre Vielfalt wesentlicher Bestandteil der demokratischen Ordnung der österreichischen Republik sind. Ihre Gründung ist frei. Sie sind auf Dauer angelegt, wollen die staatliche Willensbildung beeinflussen und an Wahlen teilhaben. Politische Parteien haben eine Satzung zu beschließen, die beim Bundesministerium für Inneres zu hinterlegen ist. (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 154; Pelinka/Rosenberger, 2003, 156)

Die **Entstehung der politischen Parteien** im christlichsozialen und sozialistischen Lager erfolgt in Österreich gegen Ende des 19. Jahrhunderts (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 42) aus den von ArbeiterInnen, KleinbürgerInnen und BäuerInnen gebildeten Vorläuferorganisationen. Noch 1954 bezeichnet beispielsweise der Historiker Wandruszka die politische Teilung Österreichs in das christlichsoziale-konservative, das sozialistische und das nationale Lager als natürlich bzw. gottgewollt. (vgl. Horner, 1997, 235) Die drei genannten Lager prägen die Parteienlandschaft Österreichs bis in 21. Jahrhundert (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 54; Pelinka, 2005, 19). Sie gelten in ihrer Form als politische Parteien als die Gründer der Republik von 1918 (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 149 u. 152; Pelinka/Rosenberger, 2003, 143). Auch die zweite Republik gründen im Jahr 1945 die politischen Parteien (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 152; Pelinka, 2005, 15). Das christlichsoziale Lager geht in der ÖVP auf. Aus dem sozialistischen Lager bildet sich die SPÖ. (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 54; Plasser/Ullram, 2004b, 380; Pelinka/Rosenberger, 2003, 144; Horner, 1997, 235) Eine Parteigruppierung aus dem nationalen Lager ist zunächst nach dem 2. Weltkrieg verboten. Erst 1949 formiert sich der Wahlverband der Unabhängigen, später der Verband der Unabhängigen, welche in die FPÖ, später auch zu einem geringeren Teil in das BZÖ, übergehen. (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 54; Pelinka, 2005, 21; Pelinka/Rosenberger, 2003, 144) Die KPÖ erfährt bereits 1945 eine Niederlage und scheidet 1947 aus der Koalitionsregierung aus (vgl. Pelinka, 2005, 20).

Die **SPÖ und die ÖVP dominieren** über Jahrzehnte als größere Parteien das politische Geschehen. Nach 1945 sind sie noch als Weltanschauungs- und Milieuparteien einzustufen, die ihre AnhängerInnen ideologisch anziehen. Als bald stützen sie ihre Macht durch Beeinflussung der Verwaltung, der öffentlichen Wirtschaft und des Bildungswesens sowie durch Protektionismus und materielle Zuwendungen. (vgl. Plasser/Ullram, 2004b, 380; Pelinka/Rosenberger,

2003, 152) Sie gelten als „Gate Keeper“ im Zugang zu Lebenschancen und finden breite Legitimation in der Bevölkerung (vgl. Pelinka, 2005, 41). Bis in die 1980er Jahre wählen zumeist über 90 Prozent des Elektors eine der beiden Parteien (vgl. Pelinka, 2005, 40; Pelinka/Rosenberger, 2003, 144 u. 176). Rund ein Viertel der Wählerschaft ist in den 1960er und 1970er Jahren bei einer der beiden Großparteien Mitglied (vgl. Pelinka, 2005, 39), was diesen durch die Mitgliedsbeiträge im internationalen Vergleich äußerst hohe Eigenmittel beschert (vgl. Pelinka, 2005, 50). Die Partielite entwickelt ein ausgeprägtes Konsens- und Kooperationsverhalten (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 144). Die beiden Parteien entscheiden gemeinsam im Jahr 1955 über den Staatsvertrag und die immerwährende Neutralität (vgl. Pelinka, 2005, 21f.). In der Sozialpartnerschaft werden konsensuale Lösungen zu wesentlichen Aufgaben gefunden (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 144). Die Große Koalition beantragt noch 1989 den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft und setzt den Beitritt erfolgreich Mitte der 1990er Jahre um (vgl. Pelinka, 2005, 22). Österreich wird daher bis in die 1980er Jahre als Zwei-Parteiensystem oder Zweieinhalb-Parteiensystem bezeichnet (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 157; Pelinka/Rosenberger, 2003, 154). Erst danach entwickelt sich ein Mehr- oder Viel-Parteiensystem, da die grüne und andere Parteien aufkommen und die FPÖ an Stimmen gewinnt (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 157; Pelinka/Rosenberger, 2003, 155). Weitere Parteigründungen mit wechselndem politischem Erfolg in ihrem Agieren auf Bundesebene folgen. Es gründen sich beispielsweise das Liberale Forum (vgl. LIF, 2018, online), das Team Stronach (vgl. Vogt/Herbst, 2017, online), die Neos (vgl. Neos, 2018c, online) oder die Liste Pilz (vgl. Die Presse, 2017, online).

Bei einer solch intensiven Parteidurchdringung verwundert es nicht, dass der Höchststand der **Parteimitgliedschaften** im Jahr 1970 bei knapp 1.500.000 Menschen liegt (vgl. Delwit, 2011, 30). Das sind etwa 30 Prozent der rund 5.000.000 Wahlberechtigten im Jahr 1975 (vgl. wahlbeteiligung.at, 2018, online). Seither nimmt die Parteibindung laufend ab (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 171; Pelinka, 2005, 65). Die SPÖ und ÖVP können zwar noch bis in die 1990er Jahre auf rund ein Drittel an Mitglieder in ihrer Wählerschaft verweisen (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 153), jedoch verkleinern sich ihre Anziehungskräfte sowie die angestammten Subkulturen zusehends (vgl. Plasser/Ullrich, 2004b, 381). Der Staat zieht sich in den 1980er Jahren in der Eigentümerrolle überfordert von der Wirtschaft zurück. Durch die Privatisierung der verstaatlichten Industrie und der Großbanken schwinden Eingriffsmöglichkeiten der politischen Parteien, weshalb auch das Parteibuch berechenbare Vorteile einbüßt. (vgl. Pelinka, 2005, 74) Eine politische Karriere, der Zugang zu Wohnungen und Sozialleistungen ist nicht mehr eng mit einem Parteibuch verbunden und eine Mitgliedschaft in einer Partei

bringt nur noch wenige reale Vergünstigungen (vgl. Pelinka, 2005, 42, 55f. u. 77; Pelinka/Rosenberger, 2003, 152). Vor allem Modernisierungsverlierer lassen ihren Zorn über die verlorenen Lebensperspektiven an den Altparteien und ihrem Proporz aus (vgl. Pelinka, 2005, 42 u. 74). Eine Lagerbindung verliert an Bedeutung (vgl. Horner, 1997, 235).

Die österreichische Beschäftigungskultur entwickelt sich hin zu einer Gesellschaft von ArbeitnehmerInnen, wodurch sich das ÖVP-Klientel verringert (vgl. Pelinka, 2005, 47). Das ÖVP-Kernmilieu, das junge Bildungsbürgertum, wählt zunehmend grün (vgl. Pelinka, 2005, 68 u. 82; Pelinka/Rosenberger, 2003, 178). Die SPÖ verliert durch die postmaterialistischen Entwicklungen vor allem junge Wählerstimmen an die FPÖ (vgl. Pelinka, 2005, 68 u. 82; Pelinka/Rosenberger, 2003, 178). Die Grünen ziehen verstärkt Frauen an, während die FPÖ überwiegend von Männern gewählt wird (vgl. Pelinka, 2005, 68). Besonders gravierend hinsichtlich der schrumpfenden Mitgliederzahlen wirkt sich die seit den 1980ern schwindende Anziehungskraft der SPÖ und der ÖVP auf die Jugend aus. Die jungen ModernisierungsgewinnerInnen sind nicht mehr auf einen Parteienstaat angewiesen. (vgl. Pelinka, 2005, 67 u. 81) Ältere Menschen wählen nach wie vor die Traditionsparteien (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 178). Auch finanziell hat der Mitgliederschwund vor allem Folgen für die Großparteien. Sie profitieren deutlich weniger von der 1975 eingeführten staatlichen Parteifinanzierung, der Haupteinnahmequelle der Parteien, als die FPÖ oder die Grünen. (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 156; Pelinka, 2005, 52)

Gemäß dem europäischen Trend geht auch in Österreich die Wahlbeteiligung zurück und die direkt-demokratische Partizipation steigt. Daraus lässt sich keine Politikverdrossenheit, jedoch die Abkehr von den politischen Parteien konstatieren (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 171; Pelinka/Rosenberger, 2003, 175). Die in vielen Ländern zu beobachtende Entwicklung, dass die politische Sozialisation nicht mehr die Familie oder Parteiagenturen sondern die Massenmedien übernehmen, lässt sich auch hierzulande feststellen (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 152). Grundsatz- und Wahlprogramme sowie die Parteien selbst treten spätestens mit den 1980er Jahren zugunsten der **Personalisierung** in den Hintergrund. Die Persönlichkeit der Parteivorsitzenden wird wahlentscheidend. (vgl. Pelinka, 2005, 71; Horner, 1997, 247) Bereits in den 1990ern zeigen die Parteiprogramme der SPÖ und der ÖVP als Reaktion eine Entfernung von eingefleischten Positionen und eine Lockerung der Haltung hin zu **Catch-All-Strategien**, um breitere Zielgruppen zu erreichen (vgl. Horner, 1997, 236). Eine Untersuchung der Wahlprogramme von 1945 bis 1995 zeigt jedoch eindeutige Tendenzen, dass sich die SPÖ und die Grünen mit ihren propagierten Themen sozio-ökonomisch links der Mitte positionieren wohingegen die ÖVP und die FPÖ über die Jahre zumeist rechts der Mitte zu finden sind. (vgl. Horner, Dissertation Rosemarie Nowak: Vorsitzenden-Reputation in Mitgliederparteien

1997, 243) Es setzt sich realpolitisch das Streben nach Regierungsverantwortung gegenüber Weltanschauungspositionen durch (vgl. Horner, 1997, 245). Spätestens mit Ende der 1990er Jahre ist der Postmaterialismus auch in Österreich angekommen (vgl. Pelinka, 2005, 85). Österreich verliert etwas vom spezifischen Charakter der überdurchschnittlichen Parteigegebenheit und nähert sich der europäischen Entwicklung an, was auch als Entaustrifizierung oder Verwestlichung bezeichnet wird (vgl. Pelinka, 2005, 89). Die österreichischen politischen Parteien nehmen trotz dieser Entwicklungen ihre Funktion der politischen Willensbildung als Wahlparteien wahr. Sie verfügen über demokratische Satzungen und praktizieren eine innerparteiliche Demokratie. (vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, 2017, 156) Im internationalen Vergleich weisen sie nach wie vor überdurchschnittliche Mitgliederzahlen auf, wie Abbildung 9 zeigt, welche die Mitglieder der in der Empirie untersuchten politischen Parteien Österreichs zeigt. Noch immer gehören mehr als jede/r Zehnte einer der genannten Parteien der 6,4 Millionen Wahlberechtigten im Jahr 2017 an (vgl. Bundesministerium Inneres, 2018, online).

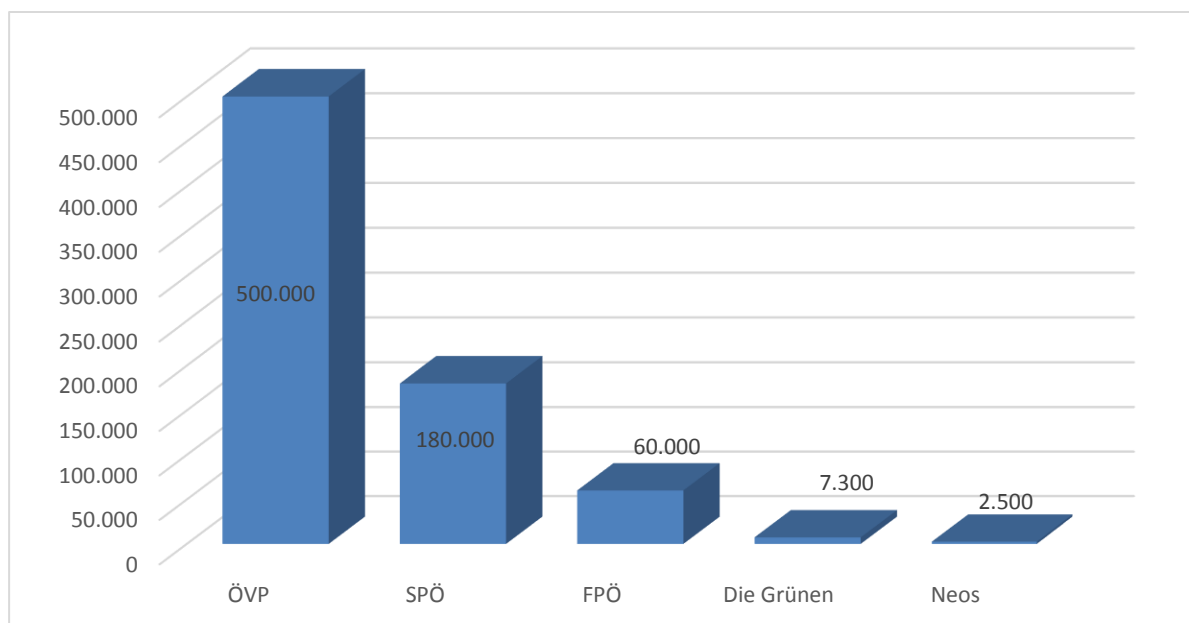


Abbildung 9: Anzahl der Parteimitglieder in Österreich per 31. Dezember 2017

Quelle: eigene Darstellung nach Statista (2018b, online)

4.4.2.1 Österreichische Volkspartei – ÖVP

Die heutige **neue Volkspartei** fußt auf der am 17. April 1945 gegründeten **Österreichischen Volkspartei** (vgl. Volkspartei, 2018b, online; Pelinka/Rosenberger, 2003, 145). Die Vorgängerorganisation, die Christlichsoziale Partei, ist eng mit der katholischen Kirche verbunden und sieht sich als ihr politischer Arm (vgl. Pelinka, 2005, 38; Pelinka/Rosenberger, 2003, 145). Die Nachkriegs-ÖVP bleibt ebenfalls eng mit der katholischen Kirche verbunden, wenngleich bereits eine leichte Distanz festzustellen ist. Die Partei orientiert sich nach wie vor an denselben

Wählerschichten und rekrutiert ihren Führungskader aus den angestammten. (vgl. Plasser, 1997, 22 u. 38; Müller, 1997a, 265). Durch ihre integrative Wirkung auf andere politische Strömungen dominiert die ÖVP als Regierungspartei die österreichische politische Landschaft von 1945 bis 1970 (vgl. Volkspartei, 2018b, online; Müller, 1997a, 265f. u. 282). Aufgrund der um sich greifenden Säkularisierung nimmt sie beginnend mit den 1960er Jahren immer stärker eigenständige Positionen gegenüber der katholischen Kirche ein und entflechtet zusehends die davor sehr enge Symbiose (vgl. Müller, 1997a, 277). Bis zu den in den 1990er Jahren intensiv einsetzenden Erosionsprozessen zählen Bauern und Gewerbetreibende zu ihren Stammwählern (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 145). Seit den 1970er Jahren entwickelt sich die Partei bei einer gleichzeitigen inhaltlichen Annäherung der wahlpolitischen Positionen an die SPÖ zu einer Catch-All-Partei (vgl. Horner, 1997, 243f.). Als durchgängig dominant kann die ÖVP auf Länderebene bezeichnet werden, wo sie überwiegend den Landeshauptmann/die Landeshauptfrau stellt (vgl. Müller, 1997a, 282). Auch in der Kommunalpolitik ist die ÖVP traditionell am stärksten vertreten (vgl. Müller, 1997a, 283).

Die ÖVP ist einerseits nach der territorialen Gliederung Österreichs **strukturiert**. Die Ebenen dazu sind Bund, Länder, Bezirke und Gemeinden. (vgl. Müller, 1997a, 266). Andererseits gliedert sie sich in die Teilorganisationen Bauernbund, Junge ÖVP, ÖAAB, ÖVP Frauen, Seniorenbund und Wirtschaftsbund (vgl. Volkspartei, 2018a, online; Müller, 1997a, 266). Aufgrund der Stärke der Bünde empfinden manche Mitglieder nicht selten eine stärkere Loyalität zu den Bünden als zur Partei selbst (vgl. Pelinka, 2005, 39). Auf Gemeindeebene werden alle ein bis drei Jahre die Delegierten für die Bezirke gewählt, welche über die Delegierten zum Landtag entscheiden. Auch die Teilorganisationen wählen mindestens fünf VertreterInnen in den Bezirken und mindesten 20 auf Landesebene. In der Landesparteileitung können auch Abgeordnete oder Regierungsmitglieder mitwirken. Die Delegierten für den Bundesparteitag werden von der Landesparteileitung nominiert, jedoch mindesten 10 Gesandte pro Land. Die Teilorganisationen schicken mindestens 25 VertreterInnen in den Bundesparteitag. Am Bundesparteitag sind auch Regierungsmitglieder, ParlamentarierInnen sowie Landes- und BundespolitikerInnen vertreten, sodass an ihm in der Regel mehrere hundert Personen teilnehmen, welche den Bundesparteiobermann wählen. (vgl. Müller, 1997a, 266f.) Den Mitgliedern bietet die Partei die Möglichkeit der Urabstimmung und die Teilnahme an Vorwahlen (vgl. Müller, 1997a, 268). Alle wesentlichen Entscheidungen fällt jedoch der 34-köpfige Bundesparteivorstand. In der praktischen Umsetzung ist schlussendlich der informelle Bereich häufig von großer Bedeutung. (vgl. Müller, 1997a, 269) Als umfangreich kann der mit hohen Personalressourcen ausgestattete Parteiapparat bezeichnet werden (vgl. Müller, 1997a, 272f.). Die Partei bringt ihr Budget durch

Mitgliedsbeiträge, Spenden und der staatlichen Parteifinanzierung auf (vgl. Müller, 1997a, 273).

Nach dem zweiten Weltkrieg ist die ÖVP noch von Verstaatlichung und wirtschaftlicher zentraler Planung überzeugt sowie von christlichen Werten geprägt, wodurch ihr sogar eine linke Positionierung zugeschrieben werden kann. Aufgrund wachsenden politischen Mitbewerbs am rechten Rand öffnete sich die Partei für diese Richtung. (vgl. Müller, 1997a, 278) Ab Mitte der 1960er Jahre prägt mit dem technokratischen Konservatismus die Wissenschaft das parteiliche Gedankengut, woraufhin nach einer Wahlniederlage das erste **Grundsatzpapier**, das diese Bezeichnung verdient, 1972 entsteht. Davor erscheint als Regierungspartei eine solche Orientierung nicht notwendig. Die Wissenschaft tritt damit wieder in den Hintergrund. (vgl. Müller, 1997a, 279; vgl. auch Volkspartei, 2018b, online) Die ÖVP weist traditionell äußerst wenige Eigenschaften einer Programm-Partei auf (vgl. Müller, 1997a, 277). Jedoch erscheinen in der Opposition immer mehr Programme (vgl. Müller, 1997a, 278), welche in den 1980er Jahren von neoliberaler Wirtschaftspolitik geprägt sind (vgl. Müller, 1997a, 280). In den 1980er und 1990er Jahren verfolgt die ÖVP die Ökosoziale Marktwirtschaft als politisches Ordnungsmodell (vgl. Volkspartei, 2018b, online; Müller, 1997a, 281). Unter Alois Mock erhält in den 1980er Jahren die Europa-Orientierung immer stärkeres Gewicht und er bereitet den EU-Beitritt Österreichs maßgeblich vor (vgl. Volkspartei, 2018b, online). Der ökologische Gedanke schwächt sich in den 1990er Jahren ab und die wirtschaftlichen Aspekte dominieren. Mit konservativen Positionen spricht die ÖVP katholisch-konservative Kernschichten an, um welche auch die FPÖ wirbt (vgl. Müller, 1997a, 281). Das jüngste Grundsatzprogramm datiert auf 2015 und enthält die aktuellen Reformen, welche die Wählerzielgruppe merklich erweitert und auch für die letzten Wahlerfolge verantwortlich sind (vgl. Volkspartei, 2018b, online).

Wird versucht, die Anzahl der **Mitglieder** der ÖVP zu erfassen, tritt die Problematik der Mehrfachmitgliedschaft in den Teilorganisationen auf (vgl. Müller, 1997a, 269). Von der Jungen ÖVP werden beispielsweise keine Mitgliedsbeiträge eingehoben und es besteht die begründete Vermutung, dass zahlreiche Jugendliche unwissentlich als Mitglieder geführt werden. Darüber hinaus bieten der Bauernbund und der Wirtschaftsbund Familienmitgliedschaften an, wodurch sich bei Angehörigen die Mitgliedschaft mit anderen Teilorganisationen überschneiden kann. (vgl. Müller, 1997a, 270) Müller (1997a, 272) argumentiert daher, dass nicht die offiziellen Parteimitglieder und jene der Teilorganisationen für eine Gesamtzahl zusammen gezählt werden könne. Er schließt sich vorhandenen Schätzungen an, welche einen möglichen Höchststand von 720.000 Mitgliedern im Jahr 1983 aufweisen und für 1994 Angaben zwischen 579.000 und

433.000 Personen machen (vgl. auch Pelinka, 2005, 63). Danach kam es wieder zu einem leichten Anstieg (vgl. Pelinka, 2005, 63). Einige Zeit scheint der Stand der Mitglieder stabil, denn schon 2008 werden 700.000 genannt (vgl. derStandard.at, 2008, online), was auch noch den Zahlen von Statista (2015, online) für das Jahr 2014 entspricht. Aktuell ist ein Rückgang zu konstatieren und Statista (2018b, online) gibt die Mitgliederzahlen der ÖVP mit 500.000 per 31. Dezember 2017 an (vgl. auch Abbildung 9). Die Position des **Obmanns** in der ÖVP ist nach der politischen Hochblüte der Partei als eher wackelig zu beschreiben. Die Funktionsperioden sind eher kurz, sodass seit 1945 insgesamt 16 Männer an der Spitze standen. Nach den politisch prägenden Persönlichkeiten wie Leopold Figl und Julius Raab folgen heute eher in Vergessenheit geratene Parteichefs wie Hermann Withalm oder Josef Riegler. Einige fungieren jedoch auch als Bundeskanzler wie Josef Klaus oder Wolfgang Schüssel. 2017 übernimmt Sebastian Kurz von Reinhold Mitterlehner nach intensiven Veränderungen des Außenauftritts und Verjüngung des Teams die Leitung der Partei. Nach den Wahlerfolgen zur Nationalratswahl stellt er den Bundeskanzler und die ÖVP bildet gemeinsam mit der FPÖ die Regierung. (vgl. Volkspartei, 2018b, online)

Die ÖVP vertritt trotz der Neuerungen unter Sebastian Kurz konservative Werte und eine liberale Wirtschaftspolitik. Ihr Mitgliederstand ist im Vergleich zu anderen Parteien nach wie vor auf äußerst hohem Niveau. Mit Bezug auf die Erkenntnisse aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 ist sie daher als **materialistische, große Partei rechts** der Mitte einzuordnen.

4.4.2.2 Sozialdemokratische Partei Österreichs – SPÖ

Auf die ersten Ansätze einer Arbeiterbewegung in der bürgerlichen Revolution von 1848 folgt die Gründung von Vereinen in den 1860er Jahren und erstmals 1874 die **Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei** Österreich im burgenländischen Neudörfel. Erst mit dem Hainfelder Parteitag von 1888/89 gelang es dem als Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs geltenden Viktor Adler, die wichtigsten sozialistischen Strömungen zu einen und eine handlungsfähige Massenpartei zu formen. (vgl. SPÖ, 2018e, online; Pelinka/Rosenberger, 2003, 145; Ucakar, 1997, 249) Die österreichischen Sozialisten streben nach den am Hainfelder Parteitag 1888/89 formulierten Vorhaben die ökonomische Befreiung, politische Gleichstellung und Bildung des Proletariats an (vgl. Ucakar, 1997, 249). Als einen ersten Meilenstein erreichen sie 1907 durch Massendemonstrationen das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer (vgl. Ucakar, 1997, 250). In den 1930er und 1940er Jahren sowie im II. Weltkrieg leistet die Arbeiterbewegung Widerstand gegen den Faschismus. Nach der Befreiung Österreich nennt sie sich „Sozialistische Partei Österreichs“. (vgl. Ucakar, 1997, 251) Im Jahr

1991 ändert sie diesen Namen auf „Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)“ (vgl. SPÖ, 2018d, online; Ucakar, 1997, 248). Seit 1945 ist die sozialistische Partei über weite Strecken an der österreichischen Regierung beteiligt oder kann sogar alleine regieren, sodass sie die politische Entwicklung des Landes mit einem Höhepunkt in den 1970er Jahren maßgeblich beeinflusst (vgl. Ucakar, 1997, 251f.). Ihre StammwählerInnen sind bis zum Erodieren der traditionellen Parteigängerschaft in den 1990er Jahren die ArbeiterInnen (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 145).

Strukturell stützt sich die Partei auf ca. 2.800 Ortsorganisationen, Sektionen in Städten, Bezirks- und Landesorganisationen. Jährlich werden Mitgliederversammlungen abgehalten. Der Parteitag ist ihr höchstes willensbildendes Organ. Durch ihn werden die 70 Mitglieder des Bundespartei Vorstandes sowie der/die Vorsitzende gewählt. (vgl. SPÖ, 2018c, online) Der Bundesvorstand hat die Pflicht, innerhalb von acht Wochen Anfragen zu beantworten, die an ihn von Mitgliedern gestellt werden. Jedes Mitglied hat das Recht, voll informiert zu werden und innerparteilich frei zu diskutieren. Demgegenüber haben die Mitglieder die Pflicht, die Grundsätze und Statuten der Partei zu beachten, das Ansehen sowie die Politik der SPÖ zu fördern und den Mitgliedsbeitrag zu zahlen. (vgl. Ucakar, 1997, 256) Die Partei verfügt über einige Vorfeld- und Nebenorganisationen, wie den Verband Sozialistischer Student_innen (VSSTÖ), die Sozialistische Jugend (SJÖ), die Junge Generation der SPÖ (JG) u. ä. (vgl. SPÖ, 2018e, online) (vgl. Ucakar, 1997, 247). Der zwar 1945 als überparteiliche Organisation gegründete Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) wird von der SPÖ dominiert (vgl. Pelinka, 2005, 37 u. 76). Bereits Mitte der 1990er Jahre kämpfen zahlreiche Teilorganisationen damit, ihre Aufgaben erfüllen zu können, da in Zeiten der Massenmedien auf den Versammlungen kaum neue Informationen geboten werden können (vgl. Ucakar, 1997, 247).

Die sozialistische Partei in Österreich verfasst mehrere **Parteiprogramme**, die einen langen Bestand haben. Ihre Entstehungsdaten fallen auf 1888/89, 1901, 1926, 1958, 1978 (vgl. Ucakar, 1997, 260), 1998 (vgl. SPÖ, 2018b, online) und 2018 (vgl. kurier.at, 2018, online). Jedoch ist ihre praxisbezogene Relevanz für die Partei und ihre RepräsentantInnen als gering einzustufen und auch ihre Bekanntheit unter den FunktionsträgerInnen ist wohl überschaubar. Bedeutender sind in Zeiten der Personalisierung und der Konzentration auf Wahlen die Aktionsprogramme und Perspektivenpapiere. (vgl. Ucakar, 1997, 260) Hinsichtlich ihrer wahlpolitischen Positionen wandelt sich die SPÖ seit den 1970er Jahren immer stärker zu einer Catch-All-Partei, die sich inhaltlich dem Themenspektrum der ÖVP annähert (vgl. Horner, 1997, 243f.). Dabei leidet auch diese Gruppierung unter dem Zeitphänomenen der Individualisierung, der geringen Be-

reitschaft zur Bindung an Gemeinschaften und Institutionen, der Personalisierung und der hohen Bedeutung von Einzelthemen in der alltäglichen Politik (vgl. Ucakar, 1997, 258), wie sie anschaulich für den Postmaterialismus beschrieben werden (vgl. Kapitel 4.1.2).

Die SPÖ ist ihrer Struktur nach eindeutig als Mitgliederpartei einzustufen (vgl. Ucakar, 1997, 258). Einen Höchststand in Prozenten der **Mitglieder** an der Wahlbevölkerung erreicht die SPÖ im Jahr 1956 mit 36,73 Prozent bzw. 687.972 Personen, während 1979 mit 721.262 Mitglieder, was 29,89 Prozent entspricht, einen Höchststand an Eingeschriebenen in der Partei erreicht, der seither ständig abnimmt. (vgl. Ucakar, 1997, 259; auch Pelinka, 2005, 63). Die Wahlforschung zeigt jedoch, dass nicht jedes SPÖ-Mitglieder die eigene Partei am Tag der Wahl auch tatsächlich ankreuzt, und dass eine Mitgliedschaft nicht immer politisch motiviert ist (vgl. Ucakar, 1997, 258), was mittel- und längerfristig in Kombination mit anderen Einflüssen zu einer beachtlichen Verringerung der Mitgliederanzahl führt. Im Jahr 2008 werden noch 300.00 Mitglieder kolportiert (vgl. derStandard.at, 2008, online). Die Zeitung Heute berichtet am 24. November 2014 von einem massiven Verlust an Mitgliedern der SPÖ, die nur mehr 205.000 zählen, jedoch die rund 330.000 Mitglieder des SPÖ-Pensionistenverbandes nicht berücksichtigen, was augenscheinlich der Grund für den enormen Abstand zur ÖVP darstellt. Heute liegen die Zahlen nach Statista (2018b, online) bei 180.000 Mitgliedern (vgl. auch Abbildung 9). Der **Parteivor-sitz** hat in der SPÖ seit Anbeginn eine äußerst hohe Bedeutung und sie verfügen über beachtlich lange Wirkungsperioden. Namhafte Personen zählen zu den Parteiobmännern. Einige von ihnen üben gleichzeitig die Funktion des Bundeskanzlers aus. Von den nur 11 Vorsitzenden seit 1889 sind beispielsweise Viktor Adler, Bruno Kreisky oder Franz Vranitzky zu nennen. Bis vor Kurzem ist Christian Kern der Parteichef, der 2016 Werner Faymann ablöst. (vgl. SPÖ, 2018a, online) Er bricht mit der Tradition eines dauerhaften Parteivorsitzes und tritt 2018 zurück. Ihm folgt Pamela Rendi-Wagner als erste Frau an der Spitze der SPÖ nach (vgl. Die Presse, 2018b, online).

Für die SPÖ gilt eine klare sozialistische Orientierung in ihren Werten. Sie kämpft mit ihren schrumpfenden, jedoch noch im größeren Umfang vorhandenen Mitglieder gegen den Kapitalismus. Sie ist nach den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 ist sie daher als **materialistische, große Partei links** der Mitte einzuordnen.

4.4.2.3 *Freiheitliche Partei Österreichs – FPÖ*

Am 3. November 1955 **entsteht** die FPÖ aus dem Verband der Unabhängigen (VdU), der seit seiner Gründung 1949 über ein paar Jahre erfolgreich das sogenannte Dritte Lager, bestehend aus ehemaligen Nationalsozialisten und anderen antiklerikalen und antisozialen Unzufriedenen, Dissertation Rosemarie Nowak: Vorsitzenden-Reputation in Mitgliederparteien

in sich sammelt. Interne Konflikte und Verluste bei Wahlen veranlassen den VdU zu einem Neuanfang als FPÖ. (vgl. Demokratiezentrum Wien, 2018a, online; Pelinka, 2005, 21; Pelinka/Rosenberger, 2003, 146; Luther, 1997, 286) Das erste Jahrzehnt ist von weiteren Wahlverlusten und vom weitgehenden Ausschluss aus dem politischen Geschehen gekennzeichnet. Erst Mitte der 1960er Jahre beginnt sich die Situation unter dem Parteiohmann Friedrich Peter zu bessern und zu stabilisieren, wobei sie sich auf niedrigem Wählerniveau eine Zeit lang an der ÖVP und eine Zeit lang an der SPÖ orientiert. Erst als Jörg Haider Parteiohmann wird, beginnt ihre populistische Phase und ihr Wähleranteil bei Nationalratswahlen steigt von 6,1 Prozent im Jahr 1981 auf 21,9 Prozent im Jahr 1996. (vgl. Luther, 1997, 287) In dieser Phase wandelt sich der Ausschluss vom Proporz zu einem Glaubwürdigkeitsplus (vgl. Pelinka, 2005, 34). Jörg Haider spricht bereits Mitte der 1990er Jahre davon, dass die FPÖ aufgrund der enorm angewachsenen Wählerschaft als neue Mittelpartei zu bezeichnen ist und nicht mehr mit dem dritten Lager gleichgesetzt werden kann (vgl. Luther, 1997, 286). 1993 spaltet sich ein Teil der FPÖ ab und bildet das Liberale Forum (vgl. Demokratiezentrum Wien, 2018a, online). 2005 verlässt Jörg Haider mit einigen AnhängerInnen die Partei und gründet das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) (vgl. Demokratiezentrum Wien, 2018a, online). Doch der erwartete Niedergang der FPÖ nach Ausscheiden des charismatischen Leaders Haider bleibt aus. Heute ist die Partei erstarkt und unter dem Parteiohmann Heinz-Christian Strache regierungsbeteiligt (vgl. FPÖ, 2018a, online).

Der **formale Aufbau** der Partei wird durch das Organisationsstatut geregelt (vgl. Luther, 1997, 288). Der Organisationsdichte des dritten Lagers war stets eher gering (vgl. Luther, 1997, 286). Die kleinste Einheit bilden Stützpunkte, welche ab 10 Mitglieder zu Ortsgruppen zusammengeschlossen werden, die sich geographisch über mehrere Gemeinden erstrecken können. Auch eine Bezirkspartei kann mehrere politische Bezirke umfassen. Die Landesgruppen sind ident mit den Bundesländern. (vgl. Luther, 1997, 289) Der Bundesparteitag ist das höchste Parteiorgan. Dieses alle zwei Jahre tagende Organ wählt den Parteiohmann und verabschiedet die Parteiprogramme. Die vierteljährlich tagende Bundesparteileitung gilt als die zweithöchste Instanz. Ihr fällt die finanzielle und personelle Aufsicht zu und sie kann die Geschäftsordnung ändern. Der monatlich zusammenkommende Parteivorstand kann die Parteileitungsfunktion ausüben, wenn Dringlichkeit vorliegt. Die laufenden Parteigeschäfte erledigt das sich 14-tägig treffende Präsidium. Der Bundesparteiohmann hält den Vorsitz in allen Gremien. Er repräsentiert die Partei nach außen und alle Mitglieder, FunktionärInnen sowie Angestellte sind ihm weisungsgebunden. (vgl. Luther, 1997, 288) Der Aufbau der Partei kann demnach als durchaus hierar-

chisch und an der leitenden Person ausgerichtet beschrieben werden. Unter starken Parteiobmännern, wie beispielsweise Jörg Haider, verlieren die Entscheidungsorgane zusehends an realer Macht. (vgl. Luther, 1997, 289f.) Aufgrund der geringen Mitgliederdichte hat die FPÖ bei zunehmender Wählerunterstützung das Problem, geeignete Mandatäre zu finden (vgl. Luther, 1997, 300).

Ideologisch ist die FPÖ einerseits liberal und andererseits national geprägt (vgl. Demokratiezentrum Wien, 2018a, online; Luther, 1997, 287). Diese beiden Schwerpunkte spiegeln sich auch in den Parteiprogrammen wider, die 1955 noch intensiv national und in den 1970er und 1980er Jahren immer stärker liberal geprägt sind (vgl. Demokratiezentrum Wien, 2018a, online; Luther, 1997, 295f.). FPÖ spricht auch die katholisch-konservative Kernschichten an, welche die Hauptzielgruppe der ÖVP darstellt (vgl. Müller, 1997a, 281). Luther (1997, 286) beschreibt die charakteristische Wählerschicht der FPÖ mit Bezug auf Simon (1957) mit: „Männer, Akademiker, Protestanten und Personen mit geringer Religiosität, Kleinbürger und Kleinstädter, sowie oft auch Protestwähler, die teils eine gewisse Anfälligkeit für autoritäre Denkweisen aufweisen“. Gleichzeitig zählt er auch Liberale und stark (deutsch-)national Gesinnte zu ihren Sympathisanten (vgl. Luther, 1997, 286), welche den Proporz der Großparteien abschaffen wollen (vgl. Luther, 1997, 294). Diese Protesthaltung wirkt über alle Themen und über die Jahre hinweg integrierend (vgl. Luther, 1997, 299). Mit Hinblick auf die gesamtpolitischen Veränderungen wundert also der laufende Gewinn an WählerInnenstimmen kaum. Dabei prägt bis in die 1980er Jahre ideologische Vorstellungen das Handeln der Gemeinschaft, wodurch sie auch als Weltanschauungspartei zu bezeichnen ist. Erst unter Jörg Haider wendet sie sich dem Populismus zu. (vgl. Demokratiezentrum Wien, 2018a, online; Luther, 1997, 294f.) Ab Mitte der 1980er Jahre manifestiert sich die Thematik der Migration in der Parteiprogrammatik (vgl. Demokratiezentrum Wien, 2018a, online; Pelinka/Rosenberger, 2003, 146; Luther, 1997, 297). Das nach wie vor von traditionellen Werten und dem Leistungsgedanken geprägte heute gültige Parteiprogramm wird am 18. Juni 2011 beschlossen (vgl. FPÖ, 2018b, online).

Die Anzahl der **Mitglieder** fällt bei der FPÖ im Vergleich zur ÖVP und SPÖ deutlich geringer aus. Jedoch können die Freiheitlichen über die Jahrzehnte eine Steigerung der Mitglieder verbuchen. (vgl. Luther, 1997, 292) Zu ihrer Stammzielgruppe zählen „Akademiker, Männer, Beamte, Freiberufler und Selbständige“ (Luther, 1997, 292). Über Jahrzehnte bilden Kärnten, Oberösterreich und Salzburg die Hochburgen der Partei (vgl. Luther, 1997, 286). Insbesondere unter der Obmannschaft von Jörg Haider finden viele unter 30-jährige ihren Weg zu den Freiheitlichen (vgl. Luther, 1997, 292). Von 1986 steigt die Anzahl der Parteimitglieder mit 36.683 Personen auf 44.541 Menschen im Jahr 1996 und damit um 21 Prozent. Diese rund 40.000

Mitglieder scheinen relativ lange stabil zu bleiben, denn Pelinka (2005, 63) listet 43.763 Mitglieder für das Jahr 1994 und andere berichten von einem Mitgliederstand von 40.000 Personen im Jahr 2008 (vgl. derStandard.at, 2008, online). Per 31. Dezember 2017 verzeichnet die FPÖ wieder einen Zustrom, der sich in der Regierungsbeteiligung begründen könnte, und verfügt über 60.000 Mitglieder (vgl. Statista, 2018b, online) (vgl. auch Abbildung 9). Insgesamt ist die FPÖ jedoch erfolgreicher, größere Wählerschichten anzusprechen, als Mitglieder zu gewinnen, wodurch sie häufiger Wahlpartei als Mitgliederpartei genannt wird (vgl. Pelinka, 2005, 67). Obwohl dem **Parteivorsitzenden** von den Organisationsstatuten her bereits seit der Parteigründung hohe Befugnisse zugesprochen werden, hat sie vor Jörg Haider kaum jemand in ihrer Breite ausgenutzt. Vor ihm kann bereits der erfolgreiche Peter auf eine starke Landesparteiorganisation zurückgreifen, während Steger aus dem schwachen Wien stammt und sich durch seinen liberalen Umgang von der Partei entfernt. (vgl. Luther, 1997, 289) Aktuell ist HC Strache als ein starker Parteiführer etabliert (vgl. FPÖ, 2018a, online).

Die FPÖ spricht zwar das Protestpotenzial im Elektorat und bei ihren Mitgliedern an, jedoch mit konservativen und protektiven Argumenten. Sie tritt für ein liberales Wirtschaftssystem ein. Aufgrund der überschaubar hohen Mitgliederzahl, die zu den exorbitanten Gewinnen bei verschiedenen Wahlen differieren, muss die Partei hinsichtlich der Erkenntnisse aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 ist sie daher als **kleine, materialistische Partei rechts** der Mitte eingestuft werden.

4.4.2.4 Die Grünen

Das **Entstehen** der Grünpartei ist in Österreich auf die gleichen postmaterialistischen Entwicklungen zurück zu führen, wie in den anderen europäischen Ländern und zeigen auch ähnliche Entstehungsmuster (vgl. Dachs, 1997, 304) (vgl. auch Kapitel 4.1.2 und 4.2.2). Zuerst finden sich Gruppen zu Einzelthemen zusammen, dann bilden sich vor allem in Städten lockere Koalitionen und Wahlplattformen und in der Folge versuchen die Bewegungen, in regionale Parlamente einzuziehen. (vgl. Dachs, 1997, 304) Die erste grüne Partei auf nationaler Ebene entsteht 1982 unter dem Namen „Vereinte Grüne Österreichs (VGÖ)“ (vgl. Dachs, 1997, 305). In Österreich kandidieren 1983 erstmals die VGÖ und die „Alternative Liste Österreichs (ALÖ)“ für den Nationalrat, jedoch erfolglos. (vgl. Dachs, 1997, 306) Nach einem aufreibenden Einigungsprozess, an dem auch weitere Grünströmungen beteiligt sind, zieht 1986 die Liste „Die Grüne Alternative (Grüne)“ mit 4,8 Prozent der Stimmen ins Bundesparlament ein (vgl. Pelinka/Rosenberger, 2003, 146f.; Dachs, 1997, 307). 1993 ändert die Partei ihren Namen in „Die Grünen – Die grüne Alternative (Grüne)“ (vgl. Dachs, 1997, 308).

Obwohl bereits 1983 die VGÖ erste programmatische Grundlagen formuliert, bleibt der parteilich **Organisationsgrad** anfangs lose und instabil (vgl. Dachs, 1997, 306). Als im Nationalrat vertretene Partei entwickeln die Grünen interne Gremien. Diese haben sich seit der Beschreibung von Dachs (1997, 308) bis heute (vgl. gruene.at, 2018c, online) kaum verändert. Der einmal jährlich tagende Bundeskongress ist das oberste Organ mit der höchsten Entscheidungs- und Willensbildungskompetenz. Der mehrmals jährlich zusammenkommende erweiterte Bundesvorstand bildet das zweithöchste Gremium. Gemeinsam bestimmten sie den Bundesvorstand, zu dem auch der/die Bundessprecher/in zählt, welche/r de facto als Parteivorsitzende/r agiert. Darüber hinaus besteht pro Bundesland eine autonome Landesorganisation und eine 10. Bundeslandsorganisation, in der Minderheiten und MigrantInnen organisiert sind (vgl. auch gruene.at, 2018a, online).

Mit den Grünen ist ab 1986 erstmals eine Partei im Nationalrat vertreten, die nicht einem der drei Lager zuzuordnen ist (vgl. Dachs, 1997, 304). Ihre **Anschaungen** und Forderungen sind kaum auf dem Recht-Links-Schema einzuordnen, sondern konzentrieren sich beispielsweise in einer Ablehnung, Kernenergie friedlich zu nutzen (vgl. Dachs, 1997, 304). Bei ihrer Erstkandidatur zum Nationalrat stellen die VGÖ die Themen „Bürger und Staat“ sowie „Mensch und Umwelt“ in den Vordergrund (vgl. Dachs, 1997, 306) und drücken so ihre **kritische Haltung** gegenüber den etablierten Institutionen sowie ihr **Umweltbewusstsein** aus. Die ALÖ charakterisiert sich selbst als ökologisch, basisdemokratisch, solidarisch und gewaltfrei. Darüber hinaus fällt auf die Gleichstellung der Geschlechter ein Schwerpunkt. (vgl. Dachs, 1997, 306) Nach der Einigung folgt 1987 eine gemeinsame Satzung. 1993 beschreiben sich die Grünen selbst in ihrer Satzung als eine Bewegung für Demokratie und Umwelt. (vgl. Dachs, 1997, 308) Auch im derzeit gültigen Parteiprogramm von 2001 stehen eine solidarische Gesellschaft und der Umweltschutz im Vordergrund (vgl. gruene.at, 2018d, online).

Die Mitarbeit bei den grünen Bewegungen ist durchgängig von Freiwilligkeit und Offenheit geprägt. Das erklärt eine hohe Fluktuation in den Parteigremien, den großen Kreis an SympathisantInnen und AktivistInnen und auch die relativ geringe **Mitgliederanzahl**. (vgl. Dachs, 1997, 309) Pelinka (2005, 67) geht davon aus, dass die Grünen eine traditionelle parteipolitische Organisationsform nie anstrebten. Zur Parteifinanzierung sind die Mitgliedsbeiträge über Jahrzehnte bedeutungslos (vgl. Dachs, 1997, 310), was die Grünen nach der Wahlschlappe 2017 in finanzielle Bedrängnis bringt, sodass sie aktuell auf ihre Homepage bereits auf der Startseite um Spenden bitten (vgl. gruene.at, 2018e, online). Wird im Jahr 2008 von 4.600 Mitgliedern berichtet (vgl. derStandard.at, 2008, online), können die Grünen den letzten Angaben von statista (2018b, online) zufolge auf 7.300 Mitglieder per 31. Dezember 2017 wachsen. Von

Anbeginn der grünen Bewegungen wird sie durch berühmte und bekannte SympathisantInnen unterstützt, deren **Persönlichkeit** öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt werden (vgl. Dachs, 1997, 306). 1986 zieht die Partei unter Freda Meissner-Blau, die davor bereits bei der Bundespräsidentenwahl eher erfolgreich war, ins Parlament ein. Aufgrund des basisdemokratischen Zugangs der Partei will sie jedoch Amtsmissbrauch und persönliche Macht verhindern, wodurch bis in die 1990er Jahre eine Aversion gegen Personalisierung festzustellen ist für Nationalrats- sowie Landtagsmandatäre eine Unvereinbarkeitsregelung mit Parteiämtern besteht (vgl. Dachs, 1997, 308–310). Erst 1992 fällt die Unvereinbarkeitsregelung, wohl auch wegen der persönlichen Medienwirkung der damaligen Parlamentsklubchefin Madeleine Petrovic (vgl. Dachs, 1997, online). Mit Peter Pilz, Madeleine Petrovic, Christoph Chorherr, Alexander van der Bellen und Eva Glawischnig blicken die Grünen auf einige schillernde, öffentlichkeitswirksame BundessprecherInnen zurück (vgl. gruene.at, 2018f, online). Der Rücktritt von Eva Glawischnig und der Ausstieg von Peter Pilz tragen 2017 sicherlich im hohen Maße zur Wahlschlappe bei (vgl. Vorarlberger Nachrichten, 2018, online; salzburg24, 2017, online). Derzeit fungiert Werner Kogler als Bundessprecher (vgl. gruene.at, 2018c, online).

Die österreichischen Grünen sind in ihrer politischen Ausrichtung eindeutig in Richtung Umweltschutz und Auflehnung gegen konservative Werte zu verorten. Sie treten für Gerechtigkeit und Gleichheit ein. Trotz wachsender Mitgliederzahlen wurde ein überschaubares Niveau noch nicht überschritten. Mit Bezug auf die Erkenntnisse aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 ist sie daher als **postmaterialistische, links** situierte, **kleine** Partei zu bezeichnen.

4.4.2.5 *Neos – Das Neue Österreich und Liberales Forum*

Die Neos **gründen** sich im Jahr 2012, um den politischen Stillstand in Österreich entgegen zu wirken. Sie ziehen noch im gleichen Jahr mit neun Abgeordneten in den Nationalrat ein. (vgl. Neos, 2018c, online) 2014 fusionieren die Reste des 1983 gegründeten Liberalen Forums mit den Neos (vgl. LIF, 2018, online). Die bei den letzten Präsidentschaftswahlen überraschend erfolgreiche Kandidatin Irmgard Griss tritt im Jahr 2017 für die Neos an zweiter Stelle zur Nationalratswahl an (vgl. parteispenden.at, 2018, online). Die Neos zählen zu den jüngeren Parteien im Nationalrat und können im Jahr 2018 auf 10 Mandate verweisen (vgl. parlament.gv.at, 2018a, online). Sie sind im EU-Parlament, in einigen Gemeinderäten, in den Landtagen von Wien und Vorarlberg, in der ÖH sowie in der Wirtschaftskammer vertreten. Sie sind Teil der liberalen europäischen Parteienfamilie. (vgl. Neos, 2018c, online)

Die Neos sind in Vorstand, erweiterten Vorstand und regionale Organisationen **strukturiert** (vgl. Neos, 2018b, online). Wichtige Entscheidungen treffen die Neos in Mitgliederversammlungen und sie veröffentlichen ihre Aktivitäten in Transparenzberichten (vgl. Neos, 2018c, online). Über die UNOS sind die Neos mit 79 MandatarInnen in 48 Fachgruppen in der Wirtschaftskammer vertreten (vgl. UNOS, 2018, online). Es gibt eine Jugendorganisation, die Junos (vgl. Neos, 2018a, online).

Die **Kernwerte** der Neos umfassen bei der Gründung Eigenverantwortung, Nachhaltigkeit, Freiheitsliebe, Authentizität und Wertschätzung. Sie wenden sich gegen Luxuspensionen, den Kammernstaat oder für sie sinnlose Gebühren wie die GIS. Die AuslandsösterreicherInnen zählen für sie als das zehnte Bundesland. Die Neos wollen die Politik entstauben, sie treten für Transparenz der Parteienförderung und Bildungsförderung ein. (vgl. Neos, 2018c, online) Über einige Jahre hinweg beziehen sie eindeutig wirtschaftsliberale Positionen. Der Staat soll sich auf die nötigen Aktivitäten zurückziehen, die Abgabenlast soll sinken, Unternehmensgründungen sollen erleichtert sein und die Wirtschaft soll florieren. (vgl. Kollermann, 2013, online) Unter den Einflüssen der Koalitionsregierung zwischen ÖVP und FPÖ sowie der neuen Führung unter Meisl-Reisinger fordern die Neos verstärkt Freiheit, Eigenverantwortung, Selbstbestimmtheit, eine liberale Demokratie, eine offene Gesellschaft, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Einhaltung der Menschenrechte und lehnen religiösen Extremismus ab. Sie positionieren sich aktuell eher in der Mitte. (vgl. Die Presse, 2018a, online)

Ende 2018 geben die Neos an, über 2.609 **Mitglieder** zu verfügen. Eine Vollmitgliedschaft, inkl. Stimmrecht bei der Mitgliederversammlung, kostet 90,- Euro pro Jahr. (vgl. Neos, 2018a, online) Verglichen mit der Abbildung 9 weist dies auf eine steigende Tendenz hin. Sie zählen jedoch zu den Kleinparteien in Österreich. Dem bekannten und medienwirksamen seit der Gründung **Parteivorsitzenden** Matthias Strolz folgt im Juni 2018 die heute noch amtierende Beate Meisl-Reisinger (vgl. Die Presse, 2018a, online).

Wird eine Klassifizierung der Neos anhand der Erkenntnisse aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 vorgenommen, positionieren sich die Neos zur Zeit der empirischen Untersuchungen eindeutig wirtschaftlich **rechts** der Mitte. Sie sind eine **kleine** Partei und aufgrund ihrer offenen sowie vielfältigen Forderungen und ihrer Abgrenzung gegenüber den Altparteien als **postmaterialistisch** einzustufen.

4.5 Das politische System der Schweiz

Als kleinstes Land der drei behandelten Nationen wird an dritter Stelle die Schweiz beschrieben. Da in der nachfolgenden empirischen Untersuchung ausschließlich die deutschsprachigen Gebiete interessieren, wird in diesem Abschnitt bereits die Konzentration auf diesen Landesteil gelegt.

4.5.1 Bundes- und Landesebene

In der Schweiz existieren die ältesten demokratischen Wurzeln der drei DACH-Länder. 1291 kommt es zur ersten Gründung eines eidgenössischen Bundes (vgl. Moeckli, 2017, 43). 1798 wird unter der französischen Besatzung als Meilenstein der Entwicklung die Gleichheit der Orte und Menschen beschlossen (vgl. Moeckli, 2017, 48). Bereits seit 1848 besteht der moderne schweizerische Bundesstaat (vgl. Moeckli, 2017, 42; Altermatt/Luginbühl, 2016, 2). Die Schweiz ist ein **Verfassungsstaat**. Die Verfassung regelt die Aufgaben des Bundes und der Kantone. Die Kantone regeln die Kompetenzen der Gemeinden. (vgl. ch.ch, 2018b, online) Die Nation verfügt über einen stark ausgeprägten Föderalismus, der das Zusammenleben bei vier Landessprachen erleichtert. Im Gegensatz zu Deutschland und Österreich ist in der Schweiz die direkte Demokratie äußerst stark ausgeprägt. (vgl. ch.ch, 2018b, online; Moeckli, 2017, 50; Vatter, 2016, 49 u. 117) Das Land ist mit 26 Kantonen und 2294 Gemeinden staatlich feingliedrig strukturiert (vgl. Moeckli, 2017, 55; Vatter, 2016, 117). Das Schweizer Elektorat kann die Abgeordneten direkt wählen und auch über Bundesgesetze und Verfassungsänderungen abstimmen. Jede Verfassungsänderung benötigt obligatorisch ein Verfassungsreferendum (vgl. ch.ch, 2018b, online; Moeckli, 2017, 64; Vatter, 2016, 50 u. 359).

Das schweizerische Parlament heißt **Bundesversammlung**. Es besteht aus zwei gleichberechtigten und zumeist getrennt tagenden Kammern, dem Nationalrat und dem Ständerat. (vgl. Moeckli, 2017, 72; Vatter, 2016, 49 u. 278) Der aus 200 Mitgliedern bestehende **Nationalrat** wird alle vier Jahre gewählt. Es kommt das Verhältniswahlrecht zur Anwendung. Für die Volkskammer bilden die Kantone die Wahlkreise und die Zahl der VertreterInnen richtet sich nach ihrem Bevölkerungsvolumen. Der 46 Abgeordnete umfassende **Ständerat** gilt als Kantonkammer. An ihn entsenden alle vier Jahre die Kantone je zwei Mitglieder, die früheren Halbkantone je ein Mitglied, die in der Regel durch das Majorzverfahren ermittelt werden. (vgl. ch.ch, 2018a, online; Moeckli, 2017, 56 u. 64f.; Vatter, 2016, 49 u. 75) Vereinigt tagt die Bundesversammlung äußerst selten, beispielsweise um den Bundesrat und die Bundesrichter zu wählen. (vgl. Vatter, 2016, 49) Zumeist beraten sie getrennt über beispielsweise die Oberaufsicht über andere Gewalten oder Bundesgesetze (vgl. Moeckli, 2017, 72; Vatter, 2016, 49).

Die Ratspräsidien legen dabei fest, welcher Rat zuerst ein Geschäft behandelt (vgl. Vatter, 2016, 329). Die Bundesgesetzte und Bundesbeschlüsse kommen jedoch nur zustande, wenn sie von beiden Räten in exakt gleicher Form beschlossen werden (vgl. Moeckli, 2017, 72; Vatter, 2016, 49 u. 329).

Die aus sieben gleichberechtigten BundesrätInnen bestehende Regierung der Schweiz, der **Bundesrat** heißt, wird vom vereinten Parlament auf eine Dauer von vier Jahren im Dezember gewählt (vgl. admin.ch, 2018, online; Moeckli, 2017, 55f., 78 u. 81; Vatter, 2016, 48 u. 215). BundesrätInnen benötigen die absolute Mehrheit zu ihrer Wahl (vgl. Moeckli, 2017, 81). Als oberste leitende und vollziehende Behörde des Bundes (vgl. Moeckli, 2017, 78) ist der Bundesrat traditionell nach der Parteistärke in der Bundesversammlung zusammengesetzt (vgl. Moeckli, 2017, 80). Die Schweizer Regierung übt die Funktion des Staatsoberhauptes und des Regierungschefs gemeinsam aus. Der dem Bundesrat vorsitzende Bundespräsident wird für ein Jahr ohne Wiederwahlmöglichkeit im darauffolgenden Jahr aus seiner Mitte gewählt. (vgl. Vatter, 2016, 215) Die Regierungsmitglieder stehen an der Spitze der Verwaltungszweige (vgl. admin.ch, 2018, online; Moeckli, 2017, 91). Gegenüber der Regierung kann kein Misstrauensvotum eingebracht werden, sie ist daher nicht absetzbar (vgl. Moeckli, 2017, 81 u. 86; Vatter, 2016, 215). Sie kann daher eigenständig agieren, ohne auf parlamentarische Mehrheiten angewiesen zu sein. Demgegenüber kann jedoch auch die Regierung nicht das Parlament auflösen. (vgl. Vatter, 2016, 215) Bei der Ausarbeitung von Verfassungsartikeln und Gesetzen arbeiten jedoch die Regierung und das Parlament zusammen (vgl. Moeckli, 2017, 57).

Die **parlamentarischen Kommissionen** beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte für die Bundesversammlung vor und stellen Anträge im Plenum, wodurch ihnen eine wichtige Rolle im Schweizer Parlamentarismus zukommt (vgl. ch.ch, 2018a, online; Vatter, 2016, 278). Sie sind intensiv von politischen Parteien geprägt. Der Nationalrat entsendet 25, der Ständerat 13 Mitglieder. Die Bestimmung der Kommissionsmitglieder erfolgt in der Regel proportional zur Stärke der vertretenen Parteien durch die **Fraktionen**. Eine Fraktionszugehörigkeit ist de facto Voraussetzung für eine Entsendung in eine parlamentarische Kommission, wodurch kleinere Parteien ausgeschlossen bleiben oder sie verbinden sich zu Fraktionen. (vgl. Vatter, 2016, 279) Mindestens fünf Parlamentsmitglieder der gleichen Partei oder von Parteizusammenschlüssen können ratsübergreifend eine Fraktion bilden (vgl. Moeckli, 2017, 74f.). Regierungsmitglieder nehmen an den Fraktionssitzungen teil (vgl. Moeckli, 2017, 75).

Die **Parlamente** in den **Kantonen** bestehen aus einer Kammer. Die Größe eines Kantonsrates, der in zahlreichen Kantonen auch Grosser Rat und manchmal auch Landrat bezeichnet wird,

kann zwischen 50 und 180 Mitglieder liegen. (vgl. ch.ch, 2018d, online; Moeckli, 2017, 57; Vatter, 2016, 76) Die Kantonsparlamente werden zumeist alle vier Jahre direkt vom Volk gewählt (vgl. ch.ch, 2018d, online). Die Kantone können das Wahlrecht für ihre Parlamente selbst bestimmen, weshalb unterschiedliche Systeme etabliert sind (vgl. ch.ch, 2018d, online; Vatter, 2016, 76). In Wahlkreisen mit mehr als einem Mandat hat sich überwiegend die Proporzwahl durchgesetzt, bei der politische Parteien mit ihren Listen gewählt werden. In Kantonen mit einem oder wenigen zu vergebenden Sitzen kommt überwiegend das Majorzprinzip zur Anwendung. Manche mischen die beiden Verfahren. In Appenzell-Innerrhoden wird beispielsweise noch das Handmehr in Verbindung mit dem Majorzprinzip gelebt. (vgl. Vatter, 2016, 77) Die **kantonalen Regierungen** umfassen zwischen fünf und sieben Mitglieder (vgl. ch.ch, 2018c, online; Moeckli, 2017, 57). Sie kann je nach Kanton Regierungsrat, Staatsrat oder Standeskommission heißen (vgl. ch.ch, 2018c, online). Auch die Kantonsregierungen werden vom Volk direkt und zumeist nach dem Majorzprinzip gewählt. Nur in Glarus und Appenzell-Innerrhoden wird die direkt-demokratische Form der Landsgemeinde praktiziert. (vgl. ch.ch, 2018b, online; Moeckli, 2017, 55 u. 65; Vatter, 2016, 215) Nach dem zweiten Wahlgang ist zumeist die relative Mehrheit ausreichend. Dass in diesem Durchgang neue Kandidaturen möglich sind, ist ungewöhnlich (vgl. Moeckli, 2017, 65). Mit Begründung der Direktwahl können Regierungsglieder der Kantone nicht abgesetzt werden (vgl. Moeckli, 2017, 87; Vatter, 2016, 215).

Das **Wahlssystem** der Schweiz weist einige **Besonderheiten** auf. Die direkte Demokratie ist äußerst stark ausgeprägt (vgl. ch.ch, 2018b, online; Moeckli, 2017, 50; Vatter, 2016, 49). Die Vielzahl der kleinen Wahlkreise vermindern die Chancen kleinerer Parteien, in ein Parlament einzuziehen. Als Gegenbewegung treten das biproportionale Wahlverfahren und die Zusammenlegung von Wahlkreisen auf. (vgl. Vatter, 2016, 78) In der Schweiz dürfen die WählerInnen so viele Namen nennen, wie Sitze zu vergeben sind. Es kann kumuliert und panaschiert werden. Beim Kumulieren können Namen der Kandidierenden zwei Mal angeführt werden und im Gegenzug muss ein anderer Name gestrichen werden. Beim Panaschieren schreiben die WählerInnen Namen fremder Kandidierender auf die eigene Parteiliste. (vgl. Moeckli, 2017, 67) In keinem anderen europäischen Land entscheidet das Elektorat derart häufig über Sachfragen und wird so oft zur Abstimmung gerufen (vgl. Moeckli, 2017, 69). Selbst die Entscheidungen des Parlaments müssen in einer Nachentscheidung durch die Stimmbürgerschaft bestätigt werden (vgl. Moeckli, 2017, 130; Vatter, 2016, 359). Die durchschnittliche Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen liegt wegen der häufigen Urnengänge und der eingeschränkten Macht des Parlament bei ca. 45 Prozent (vgl. Moeckli, 2017, 64 u. 130).

Prinzipiell erhält die **Sozialpartnerschaft** in der Schweiz eine hohe Wertschätzung, wobei die Arbeitsbeziehungen üblicherweise dezentral geregelt werden und der Staat nur beschränkt mitwirkt. (vgl. Vatter, 2016, 169 u. 183f.) In den 1970er Jahren sind, wie ähnlich in den meisten europäischen Staaten, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und der Dachverband der Schweizer Wirtschaft Economiesuisse tonangebend (vgl. Vatter, 2016, 559). Den Spitzenverbänden stehen weit mehr organisatorische und finanzielle Ressourcen zur Verfügung, als den politischen Parteien (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 5). Den politischen Parteien wird, obwohl für die Parlamentswahlen äußerst bedeutend, ein geringer Stellenwert zugeschrieben (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 5; Vatter, 2016, 169), was sich jedoch langsam verschiebt (vgl. Vatter, 2016, 559). Verbände stellen beispielsweise kaum selbst Wahllisten auf, sondern ihre VertreterInnen kandidieren auf den Listen ihnen nahestehender Parteien. Wie beispielsweise ähnlich in Österreich gibt es Naheverhältnisse und personelle Verflechtungen zwischen FDP und den Wirtschaftsverbänden sowie der SP und den Gewerkschaften. (vgl. Moeckli, 2017, 111; Altermatt/Luginbühl, 2016, 5)

4.5.2 Politische Parteien in der Schweiz

In der Schweiz **bilden sich** die Parteien schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Kantonen. Die Gründe dafür liegen in der frühen Einführung des allgemeinen und direkten Männerwahlrechts und in den ebenfalls früh installierten umfangreichen Volksrechten. (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 1 u. 4; Vatter, 2016, 100f.) Die Parteibildung folgt gleichen Cleavages wie in anderen europäischen Ländern, z. B. Arbeit vs. Kapital, Stadt vs. Land oder Kirche vs. Staat (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 1). Bis 1919 herrscht in der Schweiz bei Wahlen auf Bundesebene das Majorzprinzip und die freisinnige Volkspartei dominiert seit 1848, obwohl sich auch andere Parteien herausbilden. Mit dem Übergang zum Proporzwahlssystem büßt der Freisinn die absolute Mehrheit im Nationalrat ein. (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 2; Vatter, 2016, 81) Das Proporzwahlssystem bringt auch einen Bedeutungsanstieg für politische Parteien, denn es werden nicht mehr Kandidierende sondern Listen gewählt. Ausnahmen bilden nur noch Kantone mit einem zu vergebenden Sitz, die beim Mehrheitswahlrecht bleiben. (vgl. Vatter, 2016, 73) Bis zum Ende der 1960er Jahre ist die Parteienlandschaft von einem Widerstreit konservativer, liberaler, religiöser und sozialistischer Strömungen geprägt. (vgl. Vatter, 2016, 103–107)

In den 1970er Jahren entstehen Protest- und Splitterparteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums (vgl. Vatter, 2016, 107). Erst seit 1971 dürfen alle Frauen bei Bundeswahlen zur Urne gehen (vgl. Maissen, 2018, online; Vatter, 2016, 74). In den 1980er Jahren

treten, wie in zahlreichen anderen Ländern Europas, die grünen Parteien in Erscheinung (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 3f.; Vatter, 2016, 108), und die traditionellen Cleavages verschwimmen in der sich etablierenden Konsumgesellschaft und den Auswirkungen der Individualisierung (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 1). Seit den 1990er Jahren positioniert sich die SVP vermehrt als rechte Oppositionspartei, stellt sich gegen eine Öffnung der Schweiz in Richtung UNO oder EU und fährt eine harte Linie hinsichtlich AusländerInnen- und Asylfrage. Sie zerrüttet die schweizerische politische Landschaft und wird mit knapp 30 Prozent der Stimmen 2015 stärkste Kraft im Nationalrat. (vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft, 2017, online; swissinfo.ch, 2017, online) Globalisierungsgewinner favorisieren die SP oder die Grünen (vgl. Vatter, 2016, 114). Ab 1991 muss ein Mindestalter von 18 statt 20 Jahren erreicht sein, um wählen zu gehen (vgl. Vatter, 2016, 74). Für die Einheit der Nation spricht, dass sich keine politischen Parteien entlang der Cleavages Sprache oder ethnischer Konflikte bilden. Die großen Parteien haben landesweite Wurzeln. (vgl. Moeckli, 2017, 101; Altermatt/Luginbühl, 2016, 1)

Das **Parteiensystem** selbst ist zersplittert und von Vielfalt gezeichnet. Zur Jahrtausendwende existieren rund ein Dutzend nationale Parteien, 180 Kantonalparteien und 5.000 Lokalparteien. (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 4; Vatter, 2016, 117) Die Vielfalt gründet sich auf die feingliedrige Strukturierung der Schweiz, die vier Landessprachen und zahlreiche Konfessionen. Der starke Föderalismus und eine ausgeprägte Gemeindeautonomie erschweren den Aufbau zentraler und einheitlicher Parteiorganisationen. Diese Hintergründe gepaart mit der ausgeprägten direkten Demokratie führen auch zu einer schwachen Stellung der Schweizer Parteien. (vgl. Vatter, 2016, 99 u. 117f.) Ihre Position wird zusätzlich durch die fehlende staatliche Finanzierung erschwert. Schweizer Parteien sind rechtlich als Verein konstituiert, die finanziell auf private Mittel angewiesen sind. Es existiert kein Parteiengesetz. (vgl. Moeckli, 2017, 104; Altermatt/Luginbühl, 2016, 5; Vatter, 2016, 118) Einzig die Fraktionen erhalten eine staatliche Unterstützung. Mitgliedsbeiträge und Parteispenden, die überwiegend nicht offengelegt werden müssen, spielen daher eine wichtige Finanzierungsrolle. (vgl. Moeckli, 2017, 104; Schweizerische Eidgenossenschaft, 2017, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 5; Vatter, 2016, 119) Diese dürftige finanzielle Lage führt auch zu marginal ausgebauten Parteiorganisationen mit nur wenigen Angestellten (vgl. Moeckli, 2017, 111; Vatter, 2016, 133).

Trotz der Zuschreibung, dass die Schweiz kein Parteienstaat wäre (vgl. Vatter, 2016, 99), sorgen die politischen Parteien für einen Wettbewerb um politische Ämter (vgl. Moeckli, 2017, 65) und sind die wichtigsten Akteure im nicht staatlichen Bereich (vgl. Moeckli, 2017, 55). Obwohl erst seit 1999 in der Verfassung hinsichtlich der Meinungs- und Willensbildung des Volkes berücksichtigt (vgl. Moeckli, 2017, 100; Altermatt/Luginbühl, 2016, 5; Vatter, 2016,

118), erfüllen sie die Aufgaben politischer Parteien wie beispielsweise Meinungsaggregation ihrer Wählerschaft und Zielfindung. Sie fungieren als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat und rekrutieren die politische Elite. (vgl. Moeckli, 2017, 100; Altermatt/Luginbühl, 2016, 1) Politische Parteien stellen die meisten Mitglieder in den Parlamenten, Regierungen und der Justiz (vgl. Moeckli, 2017, 100 u. 120).

Vor allem bei bürgerlichen Parteien bildet sich in der Schweiz das **Mitgliederprinzip** eher spät und bis heute nicht umfassend heraus, weshalb es bisweilen schwierig ist, genau Zahlen zu erhalten (vgl. Vatter, 2016, 138). Ein Höchststand der Parteimitglieder aller politischen Parteien zusammen wird in den 1970er Jahren mit knapp 400.000 Menschen erreicht. (vgl. Delwit, 2011, 30) Der Anteil der Parteimitglieder an der Wählerschaft wird für 1983 noch mit 18 Prozent angegeben und geht seither stetig zurück (vgl. Vatter, 2016, 138). Im Jahr 2017 gehören ca. sieben Prozent des Schweizer Elektors einer politischen Partei an (vgl. swissinfo.ch, 2017, online). Die FDP, CVP, SVP und SP können die meisten Mitglieder auf sich vereinen (vgl. Vatter, 2016, 138f.) (vgl. auch Abbildung 10) Sie dominieren das nationale politische Geschehen in der Schweiz und sind seit Jahrzehnten in der Regierung vertreten (vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft, 2017, online; swissinfo.ch, 2017, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 2f.). Die proportionale Entsendung ihrer Mitglieder in die Regierung erhält von 1959 bis 2003 die Bezeichnung „Zauberformel“, da sie über alle diese Jahrzehnte gleich bleibt und erst unter den Mandatszuwächsen der SVP bricht (vgl. swissinfo.ch, 2007, online). Die Grünen, die BDP und die GLP können zwar nur auf vierstellige Mitgliederzahlen verweisen (vgl. Vatter, 2016, 139) (vgl. auch Abbildung 10), jedoch wachsen ihr politischer Einfluss und ihre Mandate in der Bundesversammlung (vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft, 2017, online). Im Realignment der Mitgliederbindung erfahren SP und SVP eine Intensivierung, während die Mitgliedschaften bei CVP und FDP weiter erodieren (vgl. Vatter, 2016, 143). Heute scheinen die Hauptkonfliktlinien zwischen Materialismus und Postmaterialismus sowie Öffnungen und Schließung der Schweiz zu verlaufen (vgl. Vatter, 2016, 114). Abbildung 10 zeigt die Mitgliederzahlen jener Schweizer Parteien, die nachfolgend im empirischen Teil untersucht werden.

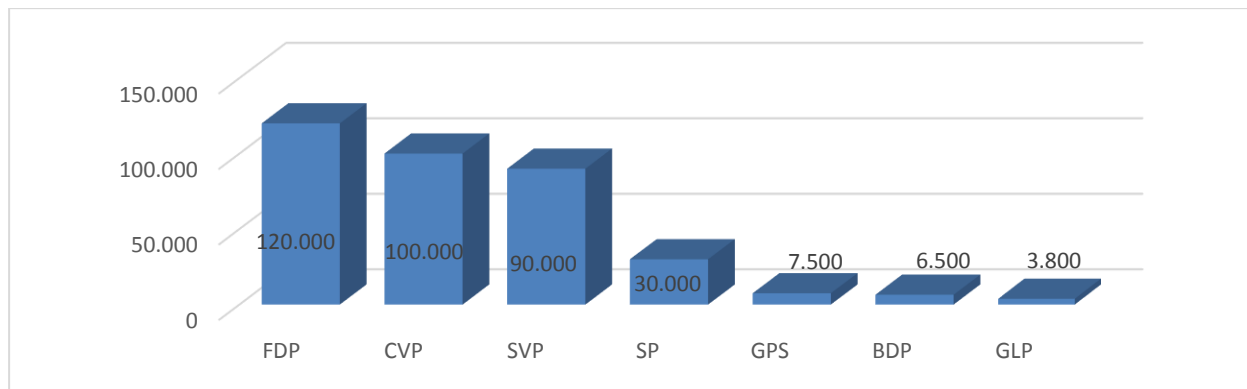


Abbildung 10: Anzahl der Parteimitglieder in der Schweiz per Februar 2015

Quelle: eigene Darstellung nach Statista (2018d, online)

4.5.2.1 FDP.Die Liberalen (FDP)

Die **Geschichte** der FDP geht in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, als sich unter den Gründungsvätern liberale, radikale und demokratische Kräfte vereinen, die sich gegen den katholischen Ultramontanismus abgrenzen (vgl. swissinfo.ch, 2017, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 1f.). Nach eigenen Angaben fällt ihre Gründung in das Jahr 1894 (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018d, 9). Seit der Etablierung des Nationalstaates 1848 wird das Majorzprinzip angewendet und die FDP dominiert die politische Landschaft sowie den Nationalrat, was sich erst mit der Einführung des Proporzwahlsystems im Jahr 1919 ändert (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018d, 9 u. 11; Vatter, 2016, 81). Die FDP stellt beginnend mit der Staatsgründung bis heute Regierungsmitglieder (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018d, 9). Zwischen 1983 und 1991 avanciert sie durch ihr neoliberales Programm vorübergehend zur wählerstärksten Partei (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 4), wird aber schnell von der aufkommenden SVP zurück gedrängt und ihr Stimmenanteil sinkt weit unter 20 Prozent (vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft, 2017, online; swissinfo.ch, 2017, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 4). Im Jahr 2009 schließt sie sich mit der ideologisch nahe stehenden und bereits 1913 entstandenen Liberalen Partei zusammen (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018d, 12; swissinfo.ch, 2017, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 2 u. 4).

Die FDP bezeichnet sich heute als Volkspartei. Sie verfügt über Orts- und Stadt**sektionen**. Auf höherer Ebene bestehen Kreis- und Kantonalparteien. Die Partei verfügt über mehrere Teilorganisationen, wie für Frauen, für die Jugend oder Internationales. (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018d, 13) Ihr oberstes Organ ist die Delegiertenversammlung. Sie beschließt das Parteiprogramm und wählt die Parteileitung. (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018a, online) Der sechsköpfige Vorstand beschäftigt sich mit den aktuellen politischen Geschäften. Die seit 2016 amtierende Präsidentin, Petra Grössli, unterstützen fünf Vize-Präsidenten. (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018c, online)

Die FDP tritt für eine liberale **Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik**, Selbstbestimmung, Wettbewerb und gesunde Staatsfinanzen ein. Sie wendet sich gegen Bevormundung, Bürokratie und aufgeblähten Staat. (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018b, online). Sie fordert individuelle Freiheit, eine liberale Ordnung, Marktwirtschaft, eine offene Schweiz und einen schlanken Staat (vgl. Moeckli, 2017, 103). Die FDP führt die Erfolgsgeschichte der Schweiz auf ihre eignen Werte zurück (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018d, 6). Neben der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Vielfalt fordert sie jedoch den nationalen Zusammenhalt, (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018d, 7) was sie rechts der Mitte positioniert.

Die FDP gibt im August 2018 selbst an, 120.000 **Mitglieder** zu haben (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018d, 4), was sich mit Abbildung 10 deckt. Ende 2018 verfügen sie über Organisationseinheiten in allen Kantonen und stellen 33 NationalrätInnen sowie 12 Mitglieder im Ständerat, wodurch sie die drittstärkste Partei verkörpern (vgl. FDP.Die Liberalen, 2018d, 4; parlament.ch, 2018a, online, 2018b, online; swissinfo.ch, 2017, online). Die **Vorsitzenden** in der Partei wechseln seit ihrer Gründung bis heute alle paar Jahre (vgl. FDP.Die Liberalen, 2016, 21f.).

Durch ihre tief im kapitalistischen Gedankengut wurzelnden Einstellung lässt sich die FDP nach den Erkenntnissen aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 als **materialistische** Partei **rechts** der Mitte einordnen. In der Schweiz zählt sie zu den **großen** Parteien.

4.5.2.2 *Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)*

Die **Vorläufer** der heutigen Partei werden im 19. Jahrhundert gegründet (vgl. cvp.ch, 2018b, online) und werden Katholische Volkspartei (vgl. Vatter, 2016, 113), Schweizerische Konservative Volkspartei (vgl. Geschichte der Sozialen Sicherheit, 2014, online), Konservativ-christlichsoziale Volkspartei (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 4) oder Katholisch-Konservative Partei (vgl. cvp.ch, 2018b, online) bezeichnet. Die katholische Orientierung garantiert ihr eine konstante Verankerung in der Bevölkerung (vgl. Altermatt, 2018, 1). Zwischen 1920 und 1980 wählen ungefähr ein Fünftel bis ein Viertel des Schweizer Elektors diese Partei (vgl. Geschichte der Sozialen Sicherheit, 2014, online). Um sich vom katholischen Erbe zu distanzieren und den Reformwünschen der jungen Generation zu entsprechen, benennt sie sich 1970 in Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) um und positioniert sich stärker in der Mitte (vgl. cvp.ch, 2018b, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 4; Vatter, 2016, 107; Geschichte der Sozialen Sicherheit, 2014, online). Sie wird von anderen nach wie vor rechts eingestuft (vgl. Altermatt, 2018, 2; swissinfo.ch, 2017, online). Heute orientiert sie sich punkto Religion überkonfessionell, steht jedoch nach wie vor zu den katholischen Werten und Traditionen (vgl. cvp.ch,

2018b, online) und wird auch im 21. Jahrhundert als katholische Partei eingeschätzt (vgl. Altermatt, 2018, 1). Die CVP ist seit 1891 ununterbrochen in der Regierung vertreten und stellt mehrfach den Bundespräsidenten. Erst das Aufkommen der SVP in den 1990er Jahren können ihren Einfluss mindern und sie sinkt weit unter die 20-Prozent-Marke. (vgl. Altermatt, 2018, 3; Schweizerische Eidgenossenschaft, 2017, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 4). Trotz Wahlverlusten ist sie eine der bedeutendsten Schweizer Parteien und besonders im Ständerat überproportional stark repräsentiert (vgl. swissinfo.ch, 2017, online).

Die CVP bezeichnet sich selbst ebenfalls als Volkspartei (vgl. cvp.ch, 2018a, online). Sie ist **in allen 26 Kantonen** vertreten (vgl. cvp.ch, 2018b, online). Ihre Jugendorganisation heißt Junge Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz, kurz JCVP (vgl. cvp.ch, 2018b, online). Die CVP bildet seit den Wahlen im Jahr 2007 mit der bereits 1919 gegründeten Evangelischen Volkspartei (EVP) eine gemeinsame Fraktion, die CVP-Fraktion, um ihre Stellung in der Bundesversammlung zu festigen. Dadurch zählt im Nationalrat auch die eine EVP-Nationalrätin zu ihrer Fraktion. (vgl. cvp.ch, 2018b, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 4) Ursprünglich gehört dieser Fraktion auch die Grünliberale Partei an (vgl. Altermatt, 2018, 2; Altermatt/Luginbühl, 2016, 4).

Bis in die 1970er Jahre orientiert sich die Partei streng an katholischen Werten (vgl. Altermatt, 2018, 1). Die CVP orientiert sich heute am **Wohle des Mittelstands**, der Familien und der gesamten Schweizer Gemeinschaft. Ihr Anliegen sind freie Menschen, eigenständige Kantone und die direkte Demokratie. Sie fördert den Zusammenhalt der Kulturen, Regionen, Gemeinden und Generationen indem sie für Soziale Marktwirtschaft, Freiheit, Sicherheit, Chancengleichheit und für die Bewahrung der Umwelt eintritt. Die CVP schätzt sich selbst wertkonservativ, freiheitlich und solidarisch ein. (vgl. cvp.ch, 2018a, online; Moeckli, 2017, 103)

Die Partei gibt selbst an, über ca. 100.000 **Mitglieder** zu verfügen (vgl. cvp.ch, 2018c, online), was sich mit den Daten aus 2015 deckt (vgl. Abbildung 10). Aktuell stellt sie eine Bundesrätin (vgl. cvp.ch, 2018c, online), 30 Mitglieder im Nationalrat (vgl. parlament.ch, 2018a, online) und besetzt 13 Stühle im Ständerat, wo sie die stärkste Partei darstellt (vgl. parlament.ch, 2018b, online). Seit 2016 **führt** Gerhard Pfister die CVP (vgl. gpfister.ch, 2018, online). Auch in der CVP wechseln die Präsidenten häufig. Einzig der Vorgänger des aktuellen Parteichefs, Christophe Darbellay, kann sich zehn Jahre, von 2006 bis 2016, halten. (vgl. Altermatt, 2018, 3f.)

In Hinblick auf die Kapitel 4.1.1 und 4.1.2 ist die CPV als **rechts, groß und materialistisch** einzustufen.

4.5.2.3 Schweizerische Volkspartei (SVP)

Die **Gründungsgeschichte** der SVP geht auf das Jahr 1917 und die Entstehung der Zürcher Bauernpartei zurück. Weitere Bauernparteien folgen bis 1936 die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) gesamtschweizerisch zusammenfindet. (vgl. svp.ch, 2018c, online) 1971 schließen sich die BGB und die Bündner und Glarner Demokraten zur SVP zusammen (vgl. svp.ch, 2018c, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 4; Vatter, 2016, 110). Vorerst verfolgen Sie eine Politik der Mitte (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 4) und ist lange Jahr als kleinerer Partner im Bürgerblock eine Repräsentantin des protestantisch-bäuerlichen Mittelstandes (vgl. Vatter, 2016, 108). Im Jahr 1992 tritt sie als einzige größere Partei gegen einen Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ein und gewinnt die Volksabstimmung (vgl. svp.ch, 2018c, online). Damit beginnt der Aufstieg der SVP auf Kosten der anderen konservativen Parteien, welcher zur größten Veränderung der politischen Landschaft in der Schweiz seit den 1960er Jahren sorgt (vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft, 2017, online; swissinfo.ch, 2017, online; Vatter, 2016, 108f.). Unter ihrem charismatischen und mediengewandten Führer Christoph Blocher wird die Partei zusehends rechtspopulistisch und erhöht ihren Stimmenanteil auf mehr als das Doppelte innerhalb weniger Jahre. 2003 erhält sie erstmals auf Kosten der CVP zwei Sitze im Bundesrat, womit sie die Zauberformel sprengt. Die SVP verschiebt den gesamten Bürgerblock nach rechts. (Vatter, 2016, 108f.) Sie absorbiert weitgehend alle rechtspopulistischen Splitterparteien. Dabei bleibt sie intern nicht von Differenzen verschont. 2007 wird Christoph Blocher von den anderen Parteien nicht als Regierungsmitglied wiedergewählt und es folgen parteiinterne Richtungskämpfe (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 4). 2008 schließt die SVP einige moderate VertreterInnen, darunter auch die statt Blocher gewählte Bundesrätin, von der Partei aus, die ihrerseits die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) gründen (vgl. Skenderovic, 2017, online; swissinfo.ch, 2017, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 4). Sie fährt mit 29,4 Prozent der Stimmen das höchste Resultat für eine politische Partei in der Geschichte der Eidgenossenschaft ein (vgl. swissinfo.ch, 2017, online) und ist heute die wählerstärkste Partei der Schweiz (vgl. swissinfo.ch, 2017, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 4; Vatter, 2016, 109).

Organisatorisch ist die SVP sowohl in den Kantonen als auch in den Gemeinden vertreten (vgl. svp.ch, 2018c, online). In der mindestens vier Mal jährlich stattfindenden Delegiertenversammlung sind 840 Personen aller Kantonalparteien und Teilorganisationen vertreten. Sie wählt beispielsweise den Parteipräsidenten, nimmt Statutenänderungen vor und verabschiedet wichtige programmatische Schriften. (vgl. svp.ch, 2018b, online) Weitere Organe sind der Par-

teivorstand mit 128 Mitglieder, die Parteileitung und der Parteileitungsausschuss, der die laufenden Geschäfte führt (vgl. [svp.ch, 2018e, online](#)). Die SVP kann auf eine Jugendorganisation und eine SVP International verweisen (vgl. [svp.ch, 2018b, online](#)).

Die Wurzeln der SVP sind landwirtschaftlich **geprägt** (vgl. [svp.ch, 2018c, online](#); Schweizerische Eidgenossenschaft, 2017, [online](#)). Sie tritt für die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, also gegen einen Beitritt zur EU oder UNO ein. Sie propagiert vor allem eine restriktive Einwanderungspolitik. Daneben fordert sie weniger Steuern, weniger Staatsausgaben, eine schlanke Verwaltung und gute Bedingungen für die Wirtschaft. (vgl. [svp.ch, 2018c, online](#); Moeckli, 2017, 103; [swissinfo.ch, 2017, online](#)) Ihren politischen Aufschwung verdankt sie diesen nationalkonservativen und wirtschaftsliberalen Positionen, der Furcht vor dem Verlust schweizerischer Traditionen und einer rechten Protestwählerschaft (vgl. Vatter, 2016, 109 u. 114).

Die Partei selbst gibt im Jahr 2018 eine Anzahl von über 90.000 **Mitglieder** an (vgl. [svp.ch, 2018c, online](#)), was mit den Zahlen von 2015 annähernd deckungsgleich ist (vgl. Abbildung 10). Die Mitglieder setzen sich aus verschiedenen Schichten zusammen und kann auch die Jugend gewinnen (vgl. [svp.ch, 2018c, online](#)). Im Nationalrat hält sie aktuell 68 Sitze und ist dort stärkste Partei (vgl. [parlament.ch, 2018a, online](#); [swissinfo.ch, 2017, online](#)). Im Ständerat ist sie mit 6 Sitzen vertreten (vgl. [parlament.ch, 2018b, online](#)). Schon in der Vorgängerorganisation BDP treten charismatische Persönlichkeiten auf, wie Rudolf Minger, der die Parteigründung initiiert (vgl. [svp.ch, 2018c, online](#)). Weiter bekannte Namen sind langjährige **Präsidenten** wie beispielsweise Ueli Maurer, von 1991 bis 2008, (vgl. [svp.ch, 2018f, online](#)) oder Toni Brunner, von 2008 bis 2016 (vgl. [svp.ch, 2018d, online](#)). Ihre heutige Stärke verdankt die SVP zu einem Gutteil Christoph Blocher (Vatter, 2016, 108f.), der selbst nie Präsident der Bundespartei sondern der Kantonspartei Zürich ist sowie von 2003 bis 2007 als Bundesrat tätig ist und auch danach bedeutende Positionen in der Partei einnimmt (vgl. Blocher, 2018, [online](#)). Seit 2016 leitet Albert Rösti als Präsident die Geschick der SVP (vgl. [svp.ch, 2018a, online](#)).

Mit Bezug auf die Kapitel 4.1.1 und 4.1.2 ist die SVP eindeutig **rechts** der Mitte einzuordnen. Sie ist aufgrund ihres liberalen Wirtschaftszugangs als **materialistische** Partei einzustufen und zählt in der Schweiz mit mehr als 90.000 Mitglieder zu den **großen** Parteien.

4.5.2.4 Sozialdemokratische Partei (SP)

Die **Gründung** der SP erfolgt im Jahr 1888. Unter ihrem Dach vereinigen sich zahlreiche sozialistische Kleinparteien und Arbeiterorganisationen. Sie setzt sich für den Klassenkampf und

die Rechte der Arbeiterschaft ein. (vgl. Geschichte der Sozialen Sicherheit, 2018, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 2) Traditionell steht die SP den Gewerkschaften sehr nahe und ist eng mit ihnen verflochten. Durch Generalstreiks setzt sich durch, dass bei den Wahlen im Jahr 1919 vom Majorzsystem zum Proporzsystem übergegangen wird, was ihr Sitze im Nationalrat von 20 auf 41 mehr als verdoppelt. Im 20. Jahrhundert wandelt sie sich von einer Oppositionspartei zu einer Regierungspartei. 1921 koppelt sich die Kommunistische Partei der Schweiz von ihr ab. Jahrzehnte lang ist die SP stimmenstärkste Partei der Schweiz. (vgl. Geschichte der Sozialen Sicherheit, 2018, online) Auch sie gerät ab den 1980er Jahren durch die postmaterialistischen Tendenzen der ökologischen, feministischen und wirtschaftlich aufstrebenden Strömungen unter Druck und verliert an Anhängerschaft, die sich weiters vom klassischen Arbeitermilieu hin zur neuen Mittelschicht wandelt (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 4). Im Jahr 2003 muss sie ihre stimmenstärkste Positionierung an die SVP abgeben (vgl. Geschichte der Sozialen Sicherheit, 2018, online). Trotz der Verluste ist sie nach wie vor die bedeutendste Partei im linken Flügel (vgl. swissinfo.ch, 2017, online).

Die SP verfügt aufgrund ihrer Historie über eine feingliedrige **Organisation**. Es bestehen verschiedene Gremien, wie eine Delegiertenversammlung, ein Parteitag, eine Koordinationskonferenz oder unterschiedliche Fachkommissionen. (vgl. sp-ps.ch, 2018a, online) Der Parteitag tritt mindesten alle zusammen, wählt den/die PräsidentIn und gibt politische Ziele vor, Ungeöhnlich für die Schweiz ist, dass die Beschlüsse des Parteitags auch für die Kantonsparteien, die Bezirksparteien und die Sektionen bindend sind. (vgl. sp-ps.ch, 2018b, online) Das mehrköpfige Präsidium übernimmt die operative Führung der Partei (vgl. sp-ps.ch, 2018c, online). Der SP gehören zahlreiche Teilorganisationen an, wie für Jugend, 60+, Frauen, Migration, Bundespersonal, Netzwerk KMU und Internationales (vgl. sp-ps.ch, 2018d, online).

Die SP ist eine klassische **Arbeiterpartei**, die zu ihrer Gründungszeit für den Klassenkampf und gegen Privateigentum eintritt (vgl. Geschichte der Sozialen Sicherheit, 2018, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 2). Sie setzt sich insbesondere für die Sozialgesetzgebung ein und fordern den Schutz der ArbeitnehmerInnen bei Arbeitslosigkeit, Alter, Invalidität, Krankheit oder Mutterschaft (vgl. Geschichte der Sozialen Sicherheit, 2018, online). Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, ein leistungsfähiger Staat, Europa und Umweltschutz sind ihre Anliegen (vgl. Moeckli, 2017, 103). Heute stellt sie sich vor allem gegen Reformprojekte, die auf einen staatlichen Leistungsabbau abzielen (vgl. Geschichte der Sozialen Sicherheit, 2018, online). Zum Teil vertritt sie Anliegen der Mitte, jedoch zumeist linke Positionen (vgl. swissinfo.ch, 2017, online).

Die SP gibt selbst an, mehr als 30.000 **Mitglieder** zu haben (vgl. sp-ps.ch, 2018d, online), was mit den Zahlen aus 2015 in etwa übereinstimmt (vgl. Abbildung 10). Die geringe Mitgliederzahl verwundert hinsichtlich der Geschichte und Organisationsdichte der Partei. Trotz ihres Erfolgs beim Elektorat muss sie aufgrund der geringen Mitgliederanzahl als kleine Partei bezeichnet werden. Obwohl sie Verluste hinnehmen muss, ist ihr die Wählerschaft überproportional zu ihrer deklarierten Anhängerschaft zugetan (vgl. swissinfo.ch, 2017, online). Sie ist mit 43 Sitzen die zweitstärkste Partei im Nationalrat (vgl. parlament.ch, 2018a, online) und mit 12 Sitzen im Ständerat gleichauf mit der FDP an zweiter Stelle (vgl. parlament.ch, 2018b, online). Ihre **Vorsitzenden** sind einige Jahre, manche auch Jahrzehnte im Amt, was für eine Machtkonzentration an der Spitze spricht. Mit Ursula Koch und Christiane Brunner finden sich auch zwei Frauen in der Liste der Vorsitzenden. (vgl. Degen, 2017, online) Christian Levrat ist seit 2008 der Präsident der SP (vgl. Degen, 2017, online; sp-ps.ch, 2018c, online).

In Anbetracht der Erkenntnisse aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 ist die SP als **linke, kleine und materialistische** Partei einzustufen.

4.5.2.5 Grüne Partei der Schweiz (Grüne) (GPS)

Die **Wurzeln** der Schweizer grünen Partei reichen in die 1970er Jahre zurück, als sich zahlreiche und unterschiedlichste Umweltgruppen in einigen Kantonen bilden (vgl. Institut für Politikwissenschaft Uni Bern, 2019, 3; Brassel-Moser, 2017, online; swissinfo.ch, 2017, online). Die gemäßigten Strömungen schließen sich 1983 zur Grünen Partei zusammen (vgl. gruene.ch, 2018, online; Vatter, 2016, 108). Doch bereits davor gewinnen die Grünen 1979 ihren ersten Nationalratssitz und mit vereinten Kräften im Jahr 1983 sogar drei Sitze im Nationalrat (vgl. swissinfo.ch, 2017, online; Brassel-Moser, 2017, online). Die GPS fährt in den nächsten Jahren fort, unterschiedliche grüne Strömungen in sich aufzunehmen (vgl. Institut für Politikwissenschaft Uni Bern, 2019, 3f. u. 14). Sie steigern ihren Wählerstimmenanteil mit einem Tief Mitte der 1990er (vgl. Institut für Politikwissenschaft Uni Bern, 2019, 17) bis in die 2000er Jahre. Sie erreichen 2007 sogar 20 Sitze im Nationalrat und haben in den 2010ern wie viele europäische Grüne mit leichten Rückschlägen zu kämpfen. Seit 2007 sind sie auch im Ständerat vertreten. (vgl. Brassel-Moser, 2017, online) Sie etablieren sich jedoch als stabile Kraft mit durchschnittlich knapp unter zehn Prozent der Stimmanteile und sind heute die größte Partei hinter den vier Regierungsparteien. (vgl. gruene.ch, 2018, online; swissinfo.ch, 2017, online)

Das **oberste Organ** der Grünen bildet die mindesten zweimal jährlich zusammenkommende und rund 250 Personen umfassende Delegiertenversammlung. Sie verabschiedet die Grundsatzstellungen und wählt das Präsidium. (vgl. gruene.ch, 2019a, online) Das sieben-köpfige

Präsidium wird derzeit von einer Präsidentin geführt (vgl. gruene.ch, 2019b, online). Auch die Grünen sind in allen Kantonen verankert. Sie verfügen über eine Jugendorganisation und sind international mit den Europäischen Grünen sowie den Global Green vernetzt. (vgl. gruene.ch, 2018, online)

Die Grünen **setzen sich für** eine intakte Umwelt, Erhaltung der Lebensgrundlagen, demokratische Partizipation, Europa (vgl. Moeckli, 2017, 103) gegen Atomkraft (vgl. gruene.ch, 2018, online; Brassel-Moser, 2017, online) und vorwiegend in ihren Anfängen wegen des hohen Verkehrsaufkommens auch gegen den Bau von Autobahnen ein (vgl. Institut für Politikwissenschaft Uni Bern, 2019, 3; Brassel-Moser, 2017, online; swissinfo.ch, 2017, online). Sie selbst formulieren ihre Forderungen als ökologisch konsequent, wirtschaftlich nachhaltig, sozial engagiert und global solidarisch (vgl. gruene.ch, 2018, online).

Eigene Angaben zur Anzahl ihrer **Mitglieder** können für die Grünen nicht gefunden werden. Nach Abbildung 10 liegen diese im Jahr 2015 bei einer Größenordnung von 7.500 Menschen, wodurch die Grünen zu den kleinen Parteien zählen. Im Nationalrat sind sie derzeit mit 12 Sitzen vertreten (vgl. parlament.ch, 2018a, online). Im Ständerat stellen sie ein Mitglied (vgl. parlament.ch, 2018b, online; swissinfo.ch, 2017, online). An der **Spitze** der Grünen steht derzeit Regula Rytz, die im Mai 2018 von der Delegiertenversammlung für eine weitere Amtszeit von zwei Jahren gewählt wird (vgl. gruene.ch, 2019b, online).

Gemäß der Kapitel 4.1.1 und 4.1.2 ist die grüne Partei der Schweiz als **links** der Mitte, **klein** und wegen ihrer ökologischen sowie weltoffenen Ausrichtung als **postmaterialistisch** einzustufen.

4.5.2.6 *Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz (BDP)*

Die BDP **gründet** sich im Jahr 2008 nach vorangegangener Spaltung von der SVP (vgl. bdp.info, 2019b, online; Schweizerische Eidgenossenschaft, 2017, online; bdp.info, 2016, online; Vatter, 2016, 110), was mit dramatischen Ereignissen verbunden ist. 2007 wird der Rechtspopulist Blocher in der SVP durch die anderen Parteien, die sich untereinander abgesprochen hatten, als Regierungsmitglied abgewählt. Statt ihm zieht ihm zieht die Bündnerin Eveline Widmer-Schlumpf in den Bundesrat ein. Die SVP reagiert mit dem Ausschluss der gesamten Bündner Sektion inklusive der Bundesrätin. Daraufhin schließen sich die Bündner und weitere unzufriedene Strömungen innerhalb der SVP zur BDP zusammen. Auch der zweite Bundesrat der SVP wechselt zur BDP, weshalb sie 2008 neben einem Ständerat und vier Nationalräten auch zwei Regierungsmitglieder stellt. (vgl. Skenderovic, 2017, online; swissinfo.ch,

2017; Vatter, 2016, 110) Eine eigene Fraktion in der Bundesversammlung bildet sie erstmals 2009. Eveline Widmer-Schlumpf wird 2011 in ihrem Amt bestätigt und legt erst Ende Oktober 2015 ihre Funktion zurück. (vgl. bdp.info, 2016, online) Mit ihrem Abgang stellt die BDP kein Regierungsmitglied mehr (vgl. bdp.info, 2019b, online).

Die BDP wird von einer fünfköpfigen Parteileitung geführt (vgl. bdp.info, 2019d, online). Die Delegiertenversammlung trifft sich mehrmals jährlich und gibt grundsätzliche politische Richtungen vor (vgl. bdp.info, 2019a, online). Die Partei ist aktuell in 16 Kantonen (vgl. bdp.info, 2019c, online) und mit mehreren hundert Mandaten in zahlreichen Gemeinden **vertreten** (vgl. Schweizerische Eidgenossenschaft, 2017, online; bdp.info, 2016, online). Sie verfügt über ein Jugendorganisation, die Junge BDP (vgl. bdp.info, 2016, online).

Die junge Partei beschreibt sich selbst als bürgerlich ein und strebt einerseits **marktwirtschaftliche** Verhältnisse an und setzt sich andererseits jedoch für den Atomausstieg und für die Energiewende, solide Finanzen inkl. Schuldenbremse und Bildung ein (vgl. Moeckli, 2017, 103; bdp.info, 2016, online). Ihre Vorstöße für eine gerechte Altersvorsorge und ihr Einsatz für Gleichbehandlung und Kinderbetreuung zeigen darüber hinaus ihre soziale Komponente. Daneben stellt sie sich auch gegen den Rechtspopulismus der SVP und befürwortet eine geordnete Zuwanderung. (vgl. bdp.info, 2016, online) Sie wird in ihrer politischen Positionierung als leicht rechts der Mitte eingeschätzt (vgl. Vatter, 2016, 110).

Nach eigenen Angaben zählt die BDP im Oktober 2016 rund 7.000 **Mitglieder** (vgl. bdp.info, 2016, online), was eine Steigerung um 500 Personen zu den Angaben aus dem Februar 2015 nach Abbildung 10 darstellt. Im Nationalrat ist die BDP derzeit mit sieben Sitzen vertreten (vgl. parlament.ch, 2018a, online). Im Ständerat bekleidet sie aktuell ein Mandat (vgl. parlament.ch, 2018b, online). Der erste **Präsident** im Gründungsjahr 2008 ist Hans Grunder (vgl. bdp.info, 2016, online). Seit 2012 leitet Martin Landolt als Vorsitzender die Geschicke der BDP (vgl. bdp.info, 2019d, online, 2016, online).

Hinsichtlich einer Untergliederung nach den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 ist die BDP als **klein** und **rechts** der Mitte einzustufen. Aufgrund ihrer breiten politischen Orientierung, welche auch den Umweltschutz einschließt und sich gegen Rechtspopulismus wendet, wird die BDP als **post-materialistisch** eingeschätzt.

4.5.2.7 *Grünliberale Partei (GLP)*

Die Grünliberale Partei der Schweiz entsteht im Jahr 2007, geht aus dem liberalen Flügel der Grünen Partei hervor, und zieht unmittelbar mit drei Mandaten in den Nationalrat und mit einem

Sitz in den Ständerat ein (vgl. gruenliberale.ch, 2019f, online; Institut für Politikwissenschaft Uni Bern, 2019, 27 u. 29; Brassel-Moser, 2017, online; Altermatt/Luginbühl, 2016, 4). 2011 bildet die GLP erstmals eine eigene Fraktion in der Bundesversammlung (vgl. gruenliberale.ch, 2019f, online), wodurch die Allianz mit der CVP und der EVP aufgelöst ist (vgl. Altermatt/Luginbühl, 2016, 4).

Die **Geschäftsleitung** und das Präsidium führen die Tagesgeschäfte. Der Vorstand fällt die strategischen Entscheidungen. (vgl. gruenliberale.ch, 2019g, online) Die GLP ist in 19 Kantonen vertreten. Die Partei verfügt über eine Jugendorganisation, die Jungen Grünliberalen, für alle unter 30 Jahren, das Netzwerk glp Frauen und das Netzwerk GayLP für lesbisch, schwul, bisexuell, transgender oder intersexuell Orientierte. (vgl. gruenliberale.ch, 2019e, online)

Die GLP schätzt sich selbst als Partei der **Mitte** ein, was durchaus auch mit der Fremdeinschätzung übereinstimmt (vgl. Vatter, 2016, 110). Die Grünliberalen wollen Umwelt, Soziales und Wirtschaft im Gleichgewicht halten und dabei ökologisches mit liberalem Handeln vereinen (vgl. gruenliberale.ch, 2019f, online). Eine liberal-soziale Marktwirtschaft, das Klima und die Energie liegen ihr am Herzen (vgl. Moeckli, 2017, 103). Die Grünliberalen wollen den Atomausstieg, die Energieeffizienz steigern und das Energiesparen fördern, was durch ökonomische Anreize erreicht werden soll. Sie fordern eine ökologische sowie nachhaltige Landwirtschaft und Elektromobilität. (vgl. gruenliberale.ch, 2019a, online, 2019c, online)

Eigene Angaben zur Anzahl der **Mitglieder** der GLP können nicht gefunden werden. Nach Abbildung 10 sind im Februar 2015 rund 3.800 Personen bei ihr Mitglieder, wodurch sie zu den kleinen Parteien zählt. Die GLP verfügt aktuell über sieben Sitze im Nationalrat (vgl. parlament.ch, 2018a, online) und ist derzeit im Ständerat nicht vertreten (vgl. parlament.ch, 2018b, online). Von 2007 bis 2017 führt Martin Bäumle die GLP (vgl. gruenliberale.ch, 2019d, online). Derzeit steht Jürg Grossen an der Spitze der Partei (vgl. gruenliberale.ch, 2019b, online).

Aufgrund der wenigen Mitglieder ist die GLP als **kleine** Partei einzustufen. Nach den Erkenntnissen aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 positioniert sich die Partei mittig, einerseits wirtschaftsliberal, jedoch andererseits weltoffen und umweltaffin, wodurch sie als tendenziell **links** und **postmaterialistisch** eingestuft wird.

4.6 Zwischenfazit Politisches System in der deutschsprachigen DACH-Region

Im 19. Jahrhundert **entstehen** mit den ideologischen Wurzeln in der Französischen Revolution in Europa die **Arbeiterparteien**. Das Proletariat fordert mehr Rechte, ein Ende der Ausbeutung und Verstaatlichung der Produktionsgüter. Ihnen entgegen steht die besitzende Mittel- und

Oberschicht, welche ihren Besitz naturgemäß nicht aus der Hand geben möchte. Die **Hauptkonfliktlinie** der Parteibildung ist in dieser Phase eine **wirtschaftliche**, zu der sich die Cleavages Zentrum/Peripherie, Staat/Kirche, Stadt/Land oder Sprache hinzufügen, die bis ca. in die 1970er Jahr tonangebend bleiben. Mit zunehmender gesellschaftlicher Entwicklung tritt auch neues Gedankengut unter den Theoretikern auf. Luhmann beschäftigt sich mit autopoietischen Systemen, zu denen auch die Politik und abgeleitet politische Parteien gezählt werden können. Als selbstreferenzielles System sind politische Parteien mit komplexen Umwelten konfrontiert, mit denen sie zurechtkommen müssen, wenn sie überleben wollen. Eine der Herausforderungen bildet die deliberative Demokratie, in der Wahlen zu kurz greifen und die Zivilgesellschaft selbst aktive wird. Anthony Giddens versucht, mit der Strukturationstheorie die Akteurs- und die Institutionstheorien zu versöhnen, indem er konstatiert, dass Systeme und Individuen sich wechselseitig beeinflussen. (vgl. Kapitel 4.1.1)

Ronald F. Inglehart stellt beginnende mit den 1960er bzw. 1970er Jahren eine gravierende Veränderung der klassenspezifischen Konfliktlinien fest. Indem materielle Bedürfnisse in den entwickelten Ländern zunehmend gedeckt sind, entwickelt die Bevölkerung verstärkt Wünsche nach Selbstverwirklichung, Wohlbefinden, Gleichberechtigung u. ä. und die Gesellschaft wird toleranter. Der Materialismus wird durch den **Postmaterialismus** abgelöst. Etablierte Autoritäten und angestammte Eliten verlieren an Vertrauen und die eigene Partizipation erhält Gewicht. Die Traditionsparteien kommen durch die Entstehung neuer Parteien und die schwindende Unterstützung in der Bevölkerung deutlich unter Druck. Dieser Zustand hält jedoch nur solange an, wie das Leben als sicher eingeschätzt wird. Treten Mängel oder Ungleichheiten auf, können die materialistischen Muster leicht wiederkehren. (vgl. Kapitel 4.1.2)

Politische Parteien sind Teil eines größeren Ganzen und übernehmen die Funktionen Interessensaggregation und -artikulation, Mobilisierung und Sozialisierung des Elektorats, Zielfindung durch Ideologie und Programmatik sowie Rekrutierung für politische Ämter und die Rekrutierung der politischen Elite. Diese Definition für politische Parteien liegt dieser Dissertation zugrunde:

Parteien sind auf Dauer angelegte, freiwillige Organisationen, die politische Partizipation für Wähler und Mitglieder anbieten, diese in politischen Einfluss transformieren, indem sie politisches Personal selektieren, was wiederum zur politischen Integration und zur Sozialisation beiträgt und zur Selbstregulation führen kann, um damit die gesamte Legitimation des politischen System zu befördern.

Wenngleich ihre Funktionen durch rückläufige Mitgliederzahlen eingeschränkt sind, übernehmen die politischen Parteien nach wie vor eine wesentliche Demokratieaufgaben in westlichen Gesellschaften. (vgl. Kapitel 4.2.1)

Die Parteibindung der Mitglieder und AnhängerInnen ist seit der Entstehung der politischen Parteien bis in die 1970er Jahre auch im DACH-Raum sehr hoch. Mit dem Auftreten der Volksparteien bzw. Catch-all-Parties und spätestens mit dem affektiven Dealignment in den 1970er Jahren bröckelt diese nahe Bindung überwiegend. Eine um sich greifende Politikverdrossenheit gepaart mit einer aufkommenden Protestkultur lässt die Loyalität zu den Traditionsparteien seit den 1980er Jahren teils rapide sinken, was sich in rückläufigen Mitgliederzahlen, geringer Wahlbeteiligung und hoher Wechselwählerschaft sowie geschwundenem Vertrauen in die Politik äußert. Der Postmaterialismus hat mit dem Hang zur Individualisierung, der Fragmentierung der Gesellschaft und der abgebröckelten Milieuzugehörigkeit auch den DACH-Raum erreicht. Neue soziale Bewegungen, neue politische Parteien und der Bedeutungsgewinn der Massenmedien in der Vermittlungsfunktion zwischen Politik und Elektorat setzen die Volksparteien zusätzlich unter Druck. Gesunkene Mitgliedschaften bringen auch verminderte Finanzen mit sich, weshalb häufig eine staatliche Parteiförderung eingeführt wird, außer in der Schweiz. Um direkt mit der Anhängerschaft in Kontakt zu bleiben, etablieren die meisten politischen Parteien eine eigene Online-Kommunikation. (vgl. Kapitel 4.2.2) Eine der Gründe für den Rückgang könnte sein, dass Parteien als selbstreferenzielles System mit den komplexen Umwelten überfordert sind (vgl. Kapitel 4.1.1) und sie sich trotz der genannten Versuche nicht mehr entsprechend anpassen können.

Die Anzahl der **Parteimitglieder** wird in der Regel durch die objektive Methode festgestellt, indem die Parteien direkt um Angaben gefragt werden. Als Mitgliederparteien werden jene bezeichnet, deren Anteil an Mitgliedern in ihrer Wählerschaft hoch ist, wobei die politischen Parteien über wenig Sanktionsmöglichkeiten verfügen, die Anzahl ihrer Mitglieder zu beeinflussen. Im DACH-Raum ist der Mitgliederstand bei den Traditionsparteien in den 1970er Jahren am höchsten und geht seither ständig zurück. Manche schreckt die komplexe, riesige Organisationsstruktur ab, andere verlieren für sie essentielle Vorteile, wie berufliche Möglichkeiten oder geförderter Wohnungsraum. Insbesondere sinkt die Bindungsquote bei der Jugend und die größeren Parteien überaltern. Jene, die sich für eine Mitgliedschaft entscheiden, können Parametern bzw. Motivatoren untergliedert werden. Das männliche Geschlecht, starkes Politikvertrauen und höhere sozioökonomische Merkmale machen einen Parteibeitritt wahrscheinlicher. Wenn einer Partei einfach beigetreten werden kann und kleinere Strukturen mit mehr Partizipationsmöglichkeiten fördern Mitgliedschaften.

Die Literatur unterscheidet zwischen verschiedenen **Anreiztypen** für einen Parteibeitritt. Zu den nicht-instrumentellen Anreizen zählen die normativen Gründe, wie Schichtzugehörigkeit sowie Lebensalter, oder affektive Anreize, wie durch eine schillernde Persönlichkeit angezogen

zu werden oder der Wunsch nach sozialen Beziehungen zu Gleichgesinnten. Bei jungen Parteimitgliedern können in dieser Gruppe die sozial Orientierten identifiziert werden, die vorwiegend wegen Freundschaften und spannenden Diskussionen der Partei beigetreten sind. Bei instrumentellen Anreizen erwarten sich die Mitglieder einen konkreten Nutzen aus ihrer Zugehörigkeit. Dieser kann wertbezogen in der Umsetzung einer politischen Einstellung oder realpolitisch in der Durchsetzung konkreter Vorhaben liegen. Bei jungen Mitgliedern lässt sich die Gruppe der moralisch Orientierten beschreiben, welche sich idealistisch in politischen Parteien engagiert und am ehesten zu radikalen Aktionen wie Demonstrationen bereit ist. Ein konkreter Nutzen kann auch materieller Art erwartet werden. Dazu zählen etwa Karrieremöglichkeiten innerhalb der Partei, berufliche oder finanzielle Vorteile. Unter den Karriereorientierten der jungen Erwachsenen, die Ämter und Geld anstreben, finden sich die Leader von morgen. Es ist anzunehmen, dass auch die materiell orientierten Mitglieder sich jene politische Partei aussuchen, die ihnen selbst am nächsten steht. Davon kann ein gemeinsames Wertespektrum innerhalb einer gewissen Bandbreite abgeleitet werden, auf das sich **Hypothese 2** bezieht, die daher weiter gestützt werden kann: *Je stärker Parteivorsitzende die Werte ihrer Partei sowie die Motive und Wünsche der Mitglieder in ihrer funktionalen, sozialen und expressiven Reputation repräsentieren, desto größer ist ihr Rückhalt innerhalb ihrer Partei.*

Weiters können Mitglieder in **Aktive** und **Inaktive** untergliedert werden. Der Anteil der Inaktiven nimmt stetig zu, was gerade bei Wahlkämpfen schmerzhaft auffällt. Dem gegenüber erhöhen sie die Legitimation der Partei. Bei den Aktiven sind bezahlte FunktionärInnen und unbezahlte Mitglieder zu unterscheiden. Die Jugend verhält meist radikaler als ihre etablierten KollegInnen. Aus der Reihe der FunktionärInnen und aktiven Mitglieder rekrutiert sich die Parteilite und öffentliche Ämter. Aktive Mitglieder unterstützen in Wahlkampfphasen nachdrücklich und agieren als BotschafterInnen und MultiplikatorInnen für die Partei. Insgesamt sind die Mitglieder für Mitgliederparteien nach wie vor notwendig. (vgl. Kapitel 4.2.3).

Für die **Vorsitzenden** in politischen Parteien haben Mitglieder nicht nur hohe Bedeutung, weil ohne Mitglieder kein Vorsitz möglich wäre. In den Traditionsparteien im DACH-Raum werden die Vorsitzenden in der Regel von der mittleren und oberen Parteilite demokratisch gewählt, die sich ihrerseits aus der Breite der Mitglieder rekrutiert. Diese oftmals Delegiertenversammlungen genannten Gremien umfassen in der Regel mehrere hundert Menschen. Ein zu großer Personenkreis, als dass die/der Vorsitzende sie alle persönlich kennen könnte. Diese Erkenntnis stützt die Hypothese 1 zugrunde liegende Annahme, dass die Parteivorsitzenden nicht alle Mitglieder und auch nicht die gesamte Elite ihrer Partei persönlich kennen können und selbstverständ-

lich auch umgekehrt, dass nicht alle Mitglieder ihr Vorsitzenden persönlich kennen. Daher erhalten zahlreiche Mitglieder ihre Eindrücke zur Person an der Spitze beispielsweise aus den Internen Medien, was sich mit persönlichen Erfahrungen decken kann oder nicht. **Hypothese 1** kann folglich weiter gestützt werden: *Wenn Parteimitglieder die Parteivorsitzenden persönlich kennen, dann wiegt die eigene Erfahrung stärker als die über die Interne Kommunikation transportierte Reputation.*

Die Personalauswahl und die Meinungsbildung werden in den meisten größeren Parteien von der Spitze beeinflusst. Diese Machtkonzentration an der Spitze wird durch die Dynamik der Mediengesellschaft zusätzlich unterstützt. Die Macht der Basis darf in dieser gegenseitigen Beeinflussung jedoch nicht unterschätzt werden. Ohne sie kann sich weder ein Parteiprogramm durchsetzen, noch ein Parteiobmann oder eine Parteiobfrau längerfristig halten. Um die eigene authentische Reputation bei der Basis hoch zu halten, ist die Interne Kommunikation einer der besten Werkzeuge. (vgl. Kapitel 4.2.4)

Deutschland ist ein stabiler Verfassungsstaat, in dem der Bundestag und der Bundesrat die obersten Gremien darstellen. Die darin vertretene politische Elite wird durch freie Wahlen ermittelt, in denen politische Parteien die maßgeblichste Rolle spielen. Im Mehrparteiensystem haben sich unterschiedliche politische Parteien etabliert, die von wenigen Ausnahmen abgesehen, unter Mitgliederschwund leiden. (vgl. Kapitel 4.3.1 und 4.3.2) Sie können nach den Erkenntnissen aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 wie folgt eingeschätzt werden: CDU und CSU sind materialistische, große Partei rechts der Mitte einzuordnen (vgl. Kapitel 4.3.2.1). Die SPD ist eine große, linke und materialistische Partei (vgl. Kapitel 4.3.2.2). DIE LINKE ist ebenso wie Bündnis 90/die Grünen als klein, links und postmaterialistisch einzustufen (vgl. Kapitel 4.3.2.3 und 4.3.2.4).

In **Österreich** fußt die Gründung der politischen Parteien im 19. Jahrhundert. Erst nach 1945 wird eine parlamentarische Demokratie mit Verhältniswahlrecht gelebt, wobei die politischen Parteien 1975 durch das Parteiengesetz verfassungsmäßige Fundierung erhalten. Bis in die 1980er Jahre gilt das Land als Zweieinhalbparteiensystem, was sich erst mit dem Aufkommen der Grünen und den Stimmengewinnen der FPÖ ändert. Es folgen weitere Parteigründungen, wodurch heute von einem Mehr- oder Vielparteiensystem gesprochen wird. Die Parteien leiten trotzdem ihren Beitrag zur politischen Willensbildung. (vgl. 4.4.1 und 4.4.2) Eine Untergliederung nach den Erkenntnissen aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 fällt wie folgt aus: Die ÖVP ist rechts der Mitte situiert, groß und materialistisch (vgl. Kapitel 4.4.2.1). Die SPÖ zählt zu den linken, großen und materialistischen Parteien (vgl. Kapitel 4.4.2.2). Die FPÖ wird als rechts,

klein und materialistisch eingestuft (vgl. Kapitel 4.4.2.3). Die Grünen sind als links der Mitte, klein und postmaterialistisch einzustufen (vgl. Kapitel 4.4.2.4) und die Neos fallen in die Kategorien rechts, klein und postmaterialistisch (vgl. Kapitel 4.4.2.5).

Die **Schweiz** weist die ältesten demokratischen Wurzeln im DACH-Raum auf. Sie ist insbesondere vom Föderalismus, Eigenständigkeit der Kantone und von der direkten Demokratie geprägt. Die Mitglieder der Bundesversammlung, welche aus Nationalrat und Ständerat besteht, gehören im Regelfall politischen Parteien an. (vgl. Kapitel 4.5.1). Durch die vier Landessprachen, die zahlreichen Konfessionen und den feingliedrigen politischen Aufbau finden sich heute zahlreiche Parteien in der Schweiz (vgl. Kapitel 4.5.2). Die größten werden in der weiteren empirischen Untersuchung berücksichtigt und können nach den Erkenntnissen aus den Kapiteln 4.1.1 und 4.1.2 wie folgt untergliedert werden: Die FDP ist eine rechte, große und materialistische Partei (vgl. Kapitel 4.5.2.1). Die CVP positioniert sich rechts der Mitte, ist groß und materialistisch (vgl. Kapitel 4.5.2.2). Der große Wahlgewinner in den letzten Jahren, die SVP, ordnet sich rechts der Mitte ein, ist groß und materialistisch (vgl. Kapitel 4.5.2.3). Die SP ist durch ihren Klassenkampf hintergrund links positioniert, aufgrund geringer Mitgliederzahlen als klein anzusehen und materialistisch geprägt (vgl. Kapitel 4.5.2.4). Die GPS weist als klassische Grünbewegung postmaterialistische Werte auf, ist klein und links orientiert (vgl. Kapitel 4.5.2.5). Die relative junge BDP positioniert sich durch ihren liberalen Wirtschaftszugang recht der Mitte, weist jedoch postmaterialistische Werte auf und ist eine kleine Partei (vgl. Kapitel 4.5.2.6). Die GLP kann als links, klein und postmaterialistisch eingestuft werden (vgl. Kapitel 4.5.2.7).

Daraus ergibt sich nachstehende Untergliederung der Parteien in Tabelle 4 zur weiterführenden Untersuchung in der Empirie:

Untergliederung der Parteien im DACH-Raum			
	Deutschland	Österreich	Schweiz
Parteien rechts der Mitte	CDU, CSU	ÖVP, FPÖ, Neos	FDP, CVP, SVP, BDP
Parteien links der Mitte	SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/die Grünen	SPÖ, Die Grünen	SP, GPS, GLP
Größere Parteien	SPD, CDU, CSU	ÖVP, SPÖ	FDP, CVP, SVP
Kleiner Parteien	DIE LINKE, Bündnis 90/die Grünen	FPÖ, Die Grünen, Neos	SP, GPS, BDP, GLP
Materialistische Parteien	SPD, CDU, CSU	ÖVP, SPÖ, FPÖ	FDP, CVP, SVP, SP
Postmaterialistische Parteien	DIE LINKE, Bündnis 90/die Grünen	Die Grünen, Neos	GPS, BDP, GLP

Tabelle 4: Untergliederung der Parteien im DACH-Raum

Quelle: eigene Darstellung

Alle erwähnten großen Traditionsparteien leiden unter Mitgliederschwund. Einige kleinere Parteien können in den letzten Jahren sogar auf leichte Mitgliedergewinne verweisen. Über alle Parteien hinweg betrachtet, können Parteivorsitzende über kleinere Parteiapparate verfügen, als noch im letzten Jahrhundert. Parallel zu dieser Entwicklung hat sich die Kommunikationsfähigkeit der Vorsitzenden aufgrund der externen Anforderungen erhöht. Es kann vermutet werden, dass sie die in den Kapiteln 3.2, 3.3, 3.4 und 3.5 aufgezeigten entwickelten Internen Kommunikationsmöglichkeiten entsprechend nutzen, um ihre Reputation zu stärken.

5 Aggregierte Erkenntnisse aus dem Literaturteil und Hypothesenzusammenführung

Die Vorgangsweise in dieser Dissertation folgt dem Kritischen Rationalismus. Um das Forschungsvorhaben umzusetzen, werden im Laufe der Arbeit Theorien über die Realität aufgestellt, wodurch **systematisch Zusammenhänge** erfasst werden sollen. **Hypothesen** zu bilden hilft, theoretische Überlegungen anzustellen, die Vermutungen über Zusammenhänge in der Wirklichkeit beinhalten. Die Hypothesenbildung basiert in der Regel auf bereits gehobenem Wissen oder begründeten, beispielsweise literaturgestützten Vermutungen. (vgl. Braunecker, 2016, 79; Mayer, 2013, 17f.; Paier, 2010, 12). Die Qualität der Hypothesen beweist sich darin, dass sie Falsifizierungsversuchen Stand halten (vgl. Mayer, 2013, 20f.; Atteslander, 2010, 204; Seipel/Rieker, 2003, 37). Hypothesen können gestützt, jedoch nicht verifiziert werden, da sie sich in diesem Fall die Ebene einer Gesetzmäßigkeit erreichen würden. Gestützt werden Hypothesen, wenn auch nach kritischen Überlegungen die gewonnenen Forschungserkenntnisse diese bestätigen (vgl. Mayer, 2013, 21). Der Anspruch der Arbeit kann demgemäß nicht darin liegen, Gesetzmäßigkeiten zu finden, was ihren Wirkungsbereich übersteigen würde, sondern vielmehr darin, Vermutungen über die Zusammenhänge in der Wirklichkeit darzustellen.

Die Wissenschaft unterscheidet zwischen deduktiven Hypothesen, die aus Theorien abgeleitet werden (vgl. Mayer, 2013, 20), und induktiven Hypothesen, welche aus empirischen Untersuchungen entwickelt werden (vgl. Mayer, 2013, 24). Hypothesen werden zumeist mit „wenn-dann“ oder „je-desto“ formuliert (vgl. Mayer, 2013, 17; Diekmann, 2010, 125 u. 219). Sie treffen Aussagen über Zusammenhänge von Merkmalsausprägungen und schließen mindestens zwei Variablen ein (vgl. Paier, 2010, 12), deren Beziehungen zueinander sie beschreiben (vgl. Mayer, 2013, 74). In der Regel handelt es sich um Vermutungen zu Ursache und Wirkung im Zusammenspiel der Variablen, die zumeist als Kausalhypothesen formuliert sind (vgl. Paier, 2010, 13). Um theoretische Begriffe messen zu können, werden ihnen messbare Merkmale zugeschrieben, sie werden operationalisiert (vgl. Raithel, 2008, 36). So erhalten auch die Variablen Messeigenschaften zugeteilt. Variablen können mehr als eine Ausprägung annehmen, Konstante hingegen nur eine. (vgl. Mayer, 2013, 74). Bei Variablen existieren prinzipiell abhängige, die beeinflusst werden, und unabhängige, die ihrerseits beeinflussen (vgl. Mayer, 2013, 74f.; Paier, 2010, 18). Intervenierende Variablen sind jene, welche die Beziehung zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen beeinflussen (vgl. Mayer, 2013, 74f.). Variable mit lediglich zwei Ausprägungen werden dichotom genannt, jene mit wenigen verschiedenen Werten sind

diskrete Variable und stetige Variable können beliebig viele Werte aller reellen Zahlen annehmen (vgl. Mayer, 2013, 74). Bei direkt wahrnehmbaren Ausprägungen handelt es sich um manifeste Variable. Bei latenten Variablen sind die Ausprägungen nur indirekt beobachtbar. Zu deren Messung müssen beobachtbare Indikatoren gefunden werden. (vgl. Mayer, 2013, 75)

Für die vorliegende Dissertation bedeuten diese Erkenntnisse, dass über den untersuchten Gegenstand Hypothesen zu formulieren sind. In einem ersten Schritt werden aus der Literaturrecherche gewonnene Erkenntnisse zur Bildung deduktiver Hypothesen herangezogen, was bereits in den Großkapiteln bzw. deren Zusammenfassungen erfolgt ist. In diesem Kapitel sind die Hypothesen nochmals mit einer kurzen Begründung sowie einer groben Zusammenfassung der Inhalte des Literaturteils dargelegt. Die später folgende Empirie setzt an diese Hypothesen an und überprüft diese bzw. übt sich in einer Neubildung. An dieser Stelle geht der Arbeitsschritt von einem theoretischen Input zur komprimierten Darstellung der Erkenntnisse aus dem Literaturteil über.

Die über die Interne Kommunikation vermittelte Reputation Parteivorsitzender in Mitgliederparteien bildet den Kernaspekt dieser Arbeit und somit auch des Literaturteils. Das Forschungsfeld bilden somit **politische Mitgliederparteien** mit der geographischen Konzentration auf die DACH-Region. Politische Parteien entstehen in diesem Gebiet überwiegend im 19. Jahrhundert nach klassischen Cleavages wie Arbeit versus Kapital, Stadt versus Land, Staat versus Kirche (vgl. Kapitel 4.1.1). Der Postmaterialismus, der mit zunehmendem Wohlstand seit den 1970er Jahren Einfluss gewinnt, bringt neue Konfliktlinien mit sich. In einer Gesellschaft ohne materielle Überlebensängste spalten sich die Ansichten zu Umweltschutz versus Wirtschaft, Integration versus Fremdenfeindlichkeit, Toleranz versus Regeln oder Selbstverwirklichung versus Pflichtbewusstsein. (vgl. Kapitel 4.1.2). Politisch Interessierte finden häufig in Befürwortung oder Gegnerschaft zu den Cleavages ihren Weg zu politischen Parteien, da diese das gesellschaftliche Leben maßgeblich prägen. Politische Parteien erfüllen in der Gesellschaft die Funktionen Interessensaggregation und -artikulation, Mobilisierung und Sozialisierung des Elektors, Zielfindung durch Ideologie und Programmatik sowie Rekrutierung für politische Ämter und der politischen Elite. Auf diesen Funktionen fußt die **Definition** für **politische Parteien**, welche dieser Dissertation zugrunde liegt: (vgl. Kapitel 4.2.1)

Parteien sind auf Dauer angelegte, freiwillige Organisationen, die politische Partizipation für Wähler und Mitglieder anbieten, diese in politischen Einfluss transformieren, indem sie politisches Personal selektieren, was wiederum zur politischen Integration und zur Sozialisation beiträgt und zur Selbstregulation führen kann, um damit die gesamte Legitimation des politischen System zu befördern.

Die bedeutenden Parteien im DACH-Raum basieren überwiegend auf Mitgliedschaften, die sich durch einen Mitgliedsbeitrag, Parteibuch oder eine andere Art der eindeutigen Zugehörigkeit zeigt (vgl. Kapitel 4.2.3). Die Mitgliedschaften, obwohl bei zahlreichen Parteien seit Jahrzehnten rückläufig, belaufen sich zwischen mehreren hundert tausend und einigen tausend Menschen (vgl. Kapitel 4.3.2, 4.4.2, 4.5.2), was für die politischen Parteien auch eine nach außen gezeigte Stärke und gesellschaftliche Macht darstellt (vgl. Kapitel 4.2.3). An der Spitze der Parteien steht zumeist ein/e oder zwei Vorsitzende (vgl. Kapitel 4.2.4), die in der Regel durch eine aus mehreren hundert Personen bestehende Delegiertenversammlung gewählt wird/werden (vgl. Kapitel 4.3.2, 4.4.2, 4.5.2). Diese Delegiertenversammlungen bestehen zumeist aus der Partielite, welche die Partei von oben nach unten beeinflusst, jedoch auch von unten nach oben beeinflusst wird und die Basis repräsentiert (vgl. Kapitel 4.2.4). Um den tausenden Mitgliedern einen Eindruck über die eigene Person und die eigenen Ziele zu vermitteln, ist eine Reputationskonstituierung über die Interne Kommunikation hilfreich.

In Abgrenzung zu verwandten Begriffen wie Ehre, Ruf oder Image ist die **Reputation** mit einer gesamtheitlichen, langfristigen und stabilen Bewertung der ReputationsträgerInnen durch Stakeholder verbunden, welche ihrerseits durch die eigenen kulturellen Hintergründe und Erwartungen beeinflusst sind. Zur Reputationskonstituierung ist Öffentlichkeit nötig, die zumeist über Massenmedien erreicht wird, welche auch die Reputation der Vorsitzenden vermitteln. In dieser Dissertation stellen die Parteimitglieder die Stakeholder und die interne Öffentlichkeit dar, wodurch die Binnenreputation interessiert, welche über die Interne Kommunikation vermittelt wird. (vgl. Kapitel 2.1.3)

Die Interne Kommunikation findet innerhalb der Organisationen statt (vgl. Kapitel 3.1.1). Sie unterstützt in ihrer formellen und beeinflussbaren Form, die Organisationsziele zu verfolgen (vgl. Kapitel 3.1.2.2). Sie erreicht Mitglieder in politischen Parteien vorwiegend in ihrer abwärts gerichteten Form über Interne Medien als Interne Public Relations (vgl. Kapitel 3.1.2.3 und 3.1.2.5). Die **Definition** für die **Interne Kommunikation** in dieser Untersuchung wird nach den vorliegenden Erkenntnissen der Internen PR gleichgesetzt und lautet wie folgt: **Bei der Internen Kommunikation handelt es sich um die interne, formelle und vertikale Top-Down Kommunikation mit den Mitgliedern über interne Medien, welche Parteivorsitzende selbst beeinflussen können.** In dieser Dissertation werden für diesen Bedeutungsinhalt die Begriffe Interne Kommunikation oder Interne PR synonym verwendet. (vgl. Kapitel 3.1.2.6)

Interne Medien können nur ein Abbild der Vorsitzenden vermitteln. Im persönlichen Kontakt treten die Eigenheiten der Vorsitzenden authentischer zutage als in der Vermittlung über Medien. Im persönlichen Gespräch können die Stakeholder ihr Vertrauen und die Glaubwürdigkeit der ReputationsträgerInnen als wesentliche Faktoren der Reputationskonstituierung hautnah überprüfen. Daher wiegt ein persönlicher Kontakt schwerer, als die Reputationsvermittlung über beispielsweise eine Mitgliederzeitung oder Social Media. Ein Face-to-Face treffen mit den Vorsitzenden, bei dem die Stakeholder diese authentisch wahrgenommen können, zeigt auch die Grenzen der Internen PR auf (vgl. Kapitel 3.5.1.1, 2.1.3). **Hypothese 1** wird demzufolge weiter gestützt: *Wenn Parteimitglieder die Parteivorsitzenden persönlich kennen, dann wiegt die eigene Erfahrung stärker als die über die Interne Kommunikation transportierte Reputation.*

Die Reputation selbst kann verschiedene Ausprägungen annehmen, welche Dimensionen heißen. Eisenegger und Imhof (2009, 243 u. 245f., 2007, 3) leiten Ihre Erkenntnisse von Habermas und Weber ab und untergliedern in die für den Untersuchungsgegenstand relevanten Dimensionen funktionale, soziale und expressive Reputation. Die **funktionale** Reputation ist an Kompetenz und Erfolg geknüpft. Die sachlichen Errungenschaften und messbaren Ergebnisse stehen im Vordergrund. Bei der **sozialen** Reputation kommt es darauf an, wie Personen soziale Normen und Werte beachten und wie ihr ethisches sowie moralisches Verständnis und dessen reale Umsetzung gestaltet sind. Diese Reputationsdimension wird sowohl von den kulturell als auch epochal gültigen Normen und Werten geprägt und ist von den Persönlichkeitsmerkmalen sowie den Funktionsanforderungen an die AkteurInnen abhängig. Die soziale Reputation wiegt in der öffentlichen Meinung schwerer als die funktionale Reputation und ist verletzlicher als alle anderen Dimensionen. Die **expressive** Reputation beinhaltet, welches attraktives, unterscheidbares Profil eine Person aufweist. Personen mit einer positiven expressiven Reputation wirken faszinierend, sympathisch und einzigartig. Die expressive Reputation kann sich bei Übersteigerung in die charismatische Reputation wandeln. (vgl. Kapitel 2.1.4).

Die Reputation der Parteivorsitzenden konstituiert sich bei den Parteimitgliedern über den formellen internen Weg vorwiegend über die internen Medien. Die Reputation selbst ist ein rekursives Konstrukt bei dem in Mitgliederparteien die Vorsitzenden in den drei genannten Dimensionen Signale aussenden und die ReputationsgeberInnen diese einzeln wahrnehmen, wodurch die Meinung zur Reputation der Parteivorsitzenden innerhalb der Gruppierungen je nach Stakeholderzugehörigkeit differieren kann. Insgesamt sprechen die Parteimitglieder Reputation in den drei Dimensionen untergliedert kollektiv zu. Wie die Zuschreibung der Reputation durch die internen Stakeholder ausfällt, hängt maßgeblich von der Erfüllung ihrer Erwartungen, der

Dissertation Rosemarie Nowak: Vorsitzenden-Reputation in Mitgliederparteien

Glaubwürdigkeit der Parteivorsitzenden und dem ihnen entgegengebrachten Vertrauens ab. (vgl. Kapitel 2.1.3) Bildlich können die Zusammenhänge der **Reputationskonstituierung** wie in nachstehender Abbildung 11 dargestellt werden.

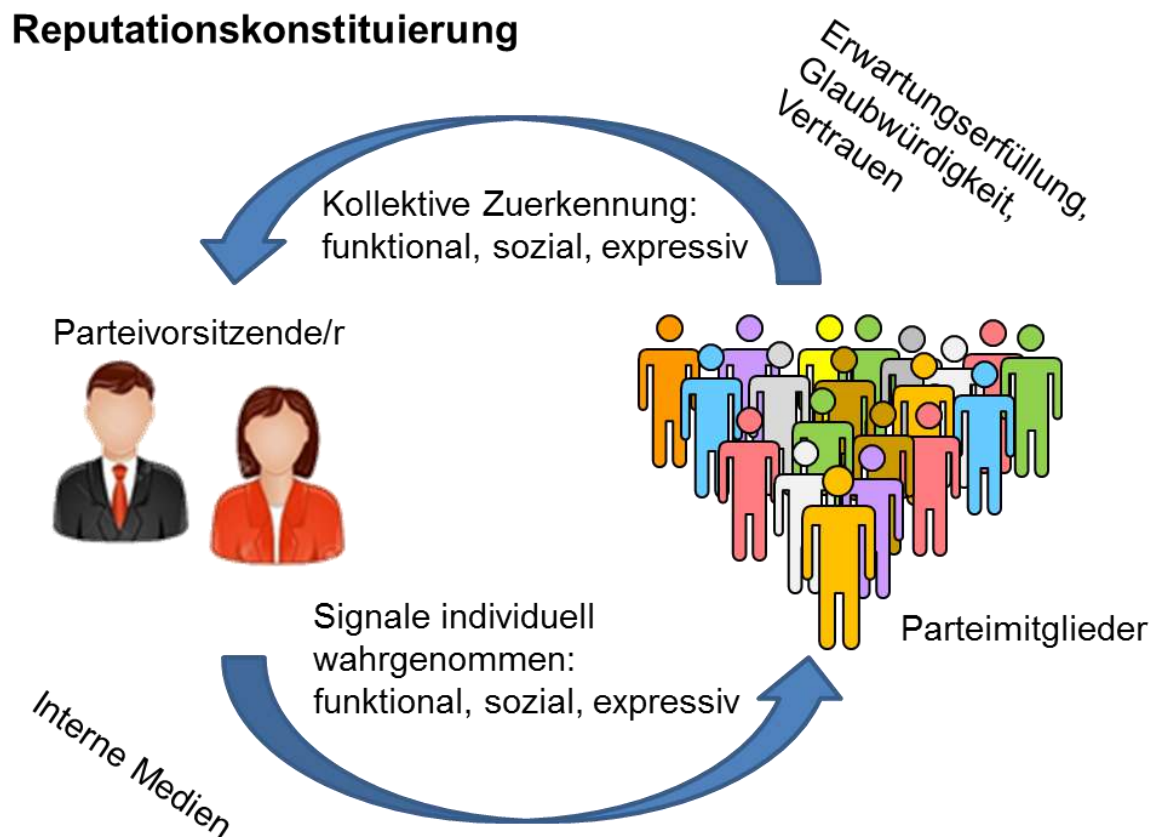


Abbildung 11: Reputationskonstituierung der Vorsitzenden durch die Mitglieder in politischen Parteien

Quelle: eigene Darstellung

Mit der zugeschriebenen Reputation bestimmen die ReputationsgeberInnen auch die Position der ReputationsnehmerInnen. Für politische Mitgliederparteien besonders bedeutende Funktionen der Reputation sind die **Rangordnung** und die **Macht**. Je positiver die Mitglieder die Reputation der Vorsitzenden einschätzen, desto größer ist ihre Macht und desto stabiler ist ihre Führungsposition innerhalb der Partei sowie letztlich ihr Handlungsspielraum. Reputation legitimiert Macht und Hierarchie, bringt Stabilität in soziale Gefüge und stellt soziale Ordnung her. Die zugeschriebene Macht hat in den heutigen Konstellationen weniger mit ihre Bedeutung nach Max Weber zu tun, einen Willen gegen Widerstand aufzuzwingen. Heute hat sie vielmehr die Ausprägung einer Anerkennungs- oder Überzeugungsmacht, bei der Macht freiwillig zugesprochen wird. (vgl. Kapitel 2.1.5)

Durch einen Parteibeitritt und durch die laufende Mitgliedschaft drücken die Mitglieder ihre Anerkennung und Treue gegenüber sowie Verbundenheit mit der Partei aus. Manche erwarten

sich materielle, soziale oder karrierebezogene Vorteile, doch ein hoher Anteil der Parteimitglieder ist aufgrund wertebbezogener, instrumenteller Anreize Mitglied der jeweiligen Partei. Etwa weil die Werte dieser Gruppierung mit den eigenen Werten übereinstimmen bzw. diese Werte nach Ansicht des Mitglieds stärker in der Gesellschaft verankert werden sollen. Für manche ist als nicht-instrumenteller Anreiz auch die vorsitzende Person selbst ausschlaggebend für ihre Mitgliedschaft. (vgl. Kapitel 4.2.3) Stimmen die Werte, Motive und Wünsche der Mitglieder mit jenen über die Interne Kommunikation transportierten der Vorsitzenden überein, räumen die Mitglieder den Vorsitzenden eine positive Reputation und freiwillig zugestandene Macht über sie ein. (vgl. Kapitel 2.1.5, 3.3.1, 4.2.3) **Hypothese 2** kann daher weiter gestützt werden: *Je stärker Parteivorsitzende die Werte ihrer Partei sowie die Motive und Wünsche der Mitglieder in ihrer funktionalen, sozialen und expressiven Reputation repräsentieren, desto größer ist ihr Rückhalt innerhalb ihrer Partei.*

Aufgrund der erwähnten Zusammenhänge zwischen der **Qualität der Reputation** der Vorsitzenden und der durch die Mitglieder freiwillig zugestandenen Anerkennungs- und Überzeugungsmacht sowie ihr Einfügen in die soziale Ordnung kann auch die nächste Hypothese weiterverwendet werden. Eine hohe Güte der Reputation versetzt die/den Parteichefin in die Position, positive wie negative Sanktionen innerhalb ihrer Gruppierungen zu vergeben und er/sie kann die Herzen und die Köpfe der Mitglieder durch Überzeugung gewinnen sowie ihre Loyalität erhöhen. (vgl. Kapitel 2.1.3, 2.1.5) Kapitel 3 und 4 widersprechen diesen Erkenntnissen nicht, weshalb **Hypothese 3** weiter verfolgt werden kann: *Je höher die Güte der Reputation der Parteivorsitzenden, desto stärker und stabiler ist die Unterstützung der Mitglieder.*

Parteivorsitzende stehen aufgrund der stärker werdenden Konzentration auf ihre Person, der folgeschweren Bedeutung ihres Handelns und einer laufenden medialen Beobachtung erheblich unter Druck, da für Personen Lob und Tadel enger beisammen liegen als für Organisationen. Anstatt Parteigrundsätze diskutiert die interne Öffentlichkeit häufiger die Eigenschaften der Parteivorsitzenden, wodurch sich die Loyalität der Parteimitglieder an Integrität und das Verhalten der ParteichefInnen knüpft. Eine Soll-Ist-Analyse kann bestimmen, wie die Reputation zum gegebenen Zeitpunkt ausgeprägt ist und wie die Wunsch-Reputation gestaltet sein soll. Eine SWOT-Analyse hilft zum tieferen Verständnis der Materie. Gezieltes **Reputationsmanagement** über die Interne Kommunikation kann den Soll-Wert mittels strategisch gesetzter Maßnahmen erreichen. Unterstützend zum positivem Reputationsaufbau ist es, kontinuierlich und transparent zu kommunizieren, die Erwartungen der Mitglieder angemessen zu berücksichtigen, Vertrauen durch Einhaltung der eigenen Versprechen aufzubauen sowie Stabilität und Konsistenz zu signalisieren. (vgl. Kapitel 2.2.2.1) Die **strategische** Interne Kommunikation

verfolgt sehr ähnliche Muster und setzt überwiegend deckungsgleiche Schritten wie das Reputationsmanagement. Durch strategische Interne Kommunikation kann die Wirkungswahrscheinlichkeit der Kommunikationsinhalte erhöht werden und sie trägt zum Organisationserfolg bei, der im gegebenen Fall mit der Reputationskonstituierung der Vorsitzenden gleichgesetzt werden kann. (vgl. Kapitel 3.4.1). Sie kann daher die entsprechenden Interventionen liefern, um die Reputation der Vorsitzenden zu steigern. Nach dem Aufbau und dem Wachstum der Reputation würde diese ohne weitere Interventionen wieder degenerieren. Wenn davon auszugehen ist, den bisherigen Ausführungen folgend, dass die Soll-Reputation eine stärkere, positivere Reputation der Vorsitzenden ist, kann diese durch strategisch gezielt gesteuerte Interventionen im Reputationsmanagement mittels Interne Kommunikation verbessert werden, wie Abbildung 12 zeigt. (vgl. Kapitel 2.2.2.1)

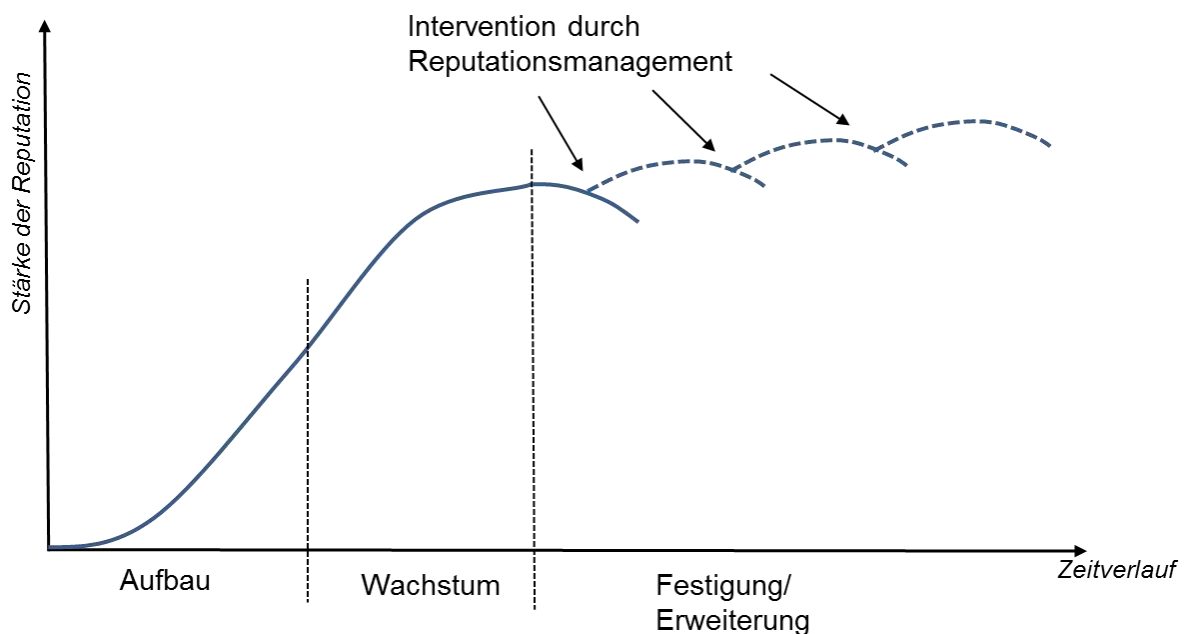


Abbildung 12: Idealtypische Phasen der Reputationsfestigung und -erweiterung durch Reputationsmanagement im Zeitverlauf

Quelle: eigene Darstellung, aufgebaut auf ein Modell von Helm (2007, 64)

Eine Evaluierung ist bei dieser Entwicklung unerlässlich, um die Zielerreichung zu messen (vgl. Kapitel 3.4.2). Daher kann auch **Hypothese 4** durch die Erkenntnisse aus dem Kapitel 3 weiter gestützt werden: *Je strategischer die Reputationskonstituierung der Parteivorsitzenden durch die Interne Kommunikation angelegt ist, desto stärker trägt sie zum Reputationsaufbau der Parteivorsitzenden bei.*

Reputation ist sehr zerbrechlich, da sie von Dritten zugesprochen wird. Diese können die oft über Jahrzehnte erfolgreich auch durch die Interne Kommunikation aufgebaute Reputation der Vorsitzenden binnen Minuten oder über Nacht entziehen. Insbesondere die externen Medien

gefährden Reputation in Zeiten der Personalisierung und Skandalisierung. Reputationsverluste entstehen bei unerfüllten Erwartungen der Stakeholder. Die Bandbreite der Nicht-Erfüllung der Erwartungen reicht von Selbstherrlichkeit, die Hoffnungen der Mitglieder nicht erfüllen, den Worten keine Taten folgen lassen, keine Gewinne oder Börsenerfolge einfahren bis zu Wahl-niederlagen. Reputationsverluste, Reputationsschäden oder eine vorgetäuschte Reputation. Sie kehren ihre positiven Funktionen in ihre negative Seite. Eine beschädigte Reputation kann nur schwer sowie zeit- und ressourcenaufwändig wiederhergestellt werden. Selbst bei erfolgreicher Wiederherstellung der Reputation bleiben zumeist Narben zurück. Am schwersten wiegen Schäden der sozialen Reputation, wenn ReputationsträgerInnen moralische oder sozial anerkannte Prinzipien verletzen. Während Beeinträchtigungen der funktionalen Reputation entschuldigt oder durch wiedereintretende Erfolge erneut hergestellt werden können, verzeihen ReputationsgeberInnen Verletzungen der sozialen Reputation zumeist nicht. Es ist jedoch davon abzuraten, zu stark die eigene weiße Weste in den Vordergrund zu stellen, da in diesem Fall die Gefahr von Angriffen durch die externen Medien oder politische GegnerInnen besteht, die von extern ins Parteiinnere wirken. Die expressive Reputation dient zur eigenen Differenzierung, jedoch schätzt sie die Literatur als eher unkritisch hinsichtlich Reputationsverluste ein. Vorteilhaft für den **Reputationsaufbau** sowie für ihre Wiederherstellung ist es daher, auf die funktionale Reputation zu setzen. (vgl. Kapitel 2.1.3, 2.1.4, 2.2.2.2) Diese werteorientierte Haltung ist augenscheinlich auch in den politischen Parteien zu finden. Dies zeigt beispielsweise der Mitgliederverlust der Traditionsparteien als sie in den 1970er bzw. 1980er Jahren ihre ideologischen Positionen verlassen und zu Catch-all-Parties mutieren. Sie halten in dieser Phase ihre Versprechen an ihr Kernmilieu nicht länger und verlieren zusehends Mitglieder. (vgl. Kapitel 4.2.2) Aus diesen Erkenntnissen lässt sich für die Reputationskonstituierung der Parteivorsitzenden **Hypothese 5** weiter stützen: *Wenn Parteivorsitzende ihre Reputation stärken wollen, dann kommunizieren sie vorwiegend Ereignisse der funktionalen Dimension der Reputation.*

Verlustig geht Reputation, wenn ihre wichtigsten Aspekte schwinden, das **Vertrauen** und die **Glaubwürdigkeit**. Reputationsverluste belasten das Vertrauen und beeinträchtigen die Beziehung zu den Mitgliedern. Das Reputationsrisiko steigt, je stärker sich ein Vorfall einem Skandal annähert. Bei Skandalen kann sich der Reputationsschaden der Partei auf die/den Vorsitzenden auswirken bzw. kann die schlechte Reputation eines/r Vorsitzenden auf die gesamte Partei ausstrahlen. Bei einer schlechten Reputation der SpitzenpolitikerInnen verliert die Partei sowohl Mitglieder als auch WählerInnen. Zumeist verlieren bei Reputationsverlusten die CheffInnen

rasch ihre Stellung und/oder Befugnisse, was bis zu ihrem Rücktritt führen kann. Dann verschwinden sie sehr häufig schnell aus dem öffentlichen Leben und aus der internen Medienberichterstattung. Allgemein kann in der heutigen Zeit ein durch zahllose Skandale hervorgerufenen getrübtetes Vertrauen zu SpitzenpolitikerInnen und eine Anzweiflung deren Glaubwürdigkeit festgestellt werden. (vgl. Kapitel 2.1.3, 2.2.1, 2.2.2.2) Die externe Berichterstattung schwappt bei Skandalen und Reputationsschäden ins Innere der Parteiorganisationen über, da der Großteil der Mitglieder auch externe Medien konsumiert. Das Vertrauen der Mitglieder schwindet dabei auch, wenn die Interne Kommunikation Gegendarstellungen zur externen Berichterstattung transportiert. (vgl. Kapitel 3.1.3.2) Demgegenüber wirken vorhandenes Vertrauen und eine intakte Glaubwürdigkeit der Vorsitzenden als Indikatoren für eine hohe positiv ausgeprägte Reputation und wie ein Schutzschild gegen Reputationsverluste (vgl. Kapitel 2.2.2.2). Daher lässt sich auch **Hypothese 6** weiter stützen: *Je stärker das Vertrauen der Parteimitglieder zu den Parteivorsitzenden und ihre Glaubwürdigkeit ausgeprägt sind, desto stabiler ist ihre Reputation.*

Neben den Werten ist auch die persönliche Anziehungskraft der Vorsitzenden, die in ihren Organisationen als Leader fungieren, dafür verantwortlich, wie viele Mitglieder zu den Parteien stoßen und wie loyal sich diese verhalten (vgl. Kapitel 2.3.2). Die **Leadership-Typologie** unterscheidet zwischen transaktionalem und transformationalem bzw. transformierendem Leadership. Während transaktionales Leadership auf ein Tauschgeschäft zwischen Leader und Follower ausgerichtet ist, leiten transformierende Leader ihre Follower durch eine Vision auf eine moralisch höhere Ebene und in Richtung einer besseren Zukunft. Für den Erfolg, vor allem transformierender Leader, zeichnet wesentlich ihr Charisma verantwortlich. Charismatische Leader sind an ihrer außergewöhnlichen und schillernden Persönlichkeit erkennbar. Dieser emotionale Zugang der Persönlichkeit weist starke Parallelen zur Beschreibung der expressiven Reputation auf. Unterschiedliche Parteien benötigen entsprechend ihren Werten und ihrer Organisation unter Umständen auch zu unterschiedlichen Zeiten einen anderen Leadertyp, um erfolgreich zu sein. Während transaktionale Leader in ruhigen Phasen der Verwaltung und in stabilen Demokratien erfolgreich sind, benötigen Auf- und Umbruchsphasen stark ausgeprägte transformierende Leader. Um langfristig ihre Funktion ausüben zu können, bedeuten diese Erkenntnisse für Parteivorsitzende, dass sie sowohl ausreichend Charisma aufweisen müssen, um eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen und Zukunftsvisionen glaubhaft zu vermitteln, als auch Stabilität gewährleisten und sich in vorgegebenen Strukturen fachkundig bewegen müssen. Dieser Spagat lässt sich mit den Anforderungen in der expressiven, sozialen und funktionalen Reputation vergleichen. Parteivorsitzende haben sich expressiv von anderen abzuheben, und in

den beiden anderen Dimensionen anzupassen, also moralisch integer als Vorbild zu wirken und funktional konstant anerkannte Erfolge zu verzeichnen. (vgl. Kapitel 2.3.3, 2.1.4, 4.1, 4.2.4)

Viele dem Leadership zugeschriebenen Eigenschaften zeigen Parallelen zu den Definitionen der Reputation. Die Charakteristika der Reputation verharren jedoch stark in der Vergangenheit und Gegenwart. Reputation wird für berechenbares, bereits manifestiertes Verhalten oder gegenwärtige Glaubwürdigkeit gewährt, aus denen sich Vertrauen generiert. Nur beispielsweise bei Vertrauensvorschüssen, wie bei Wahlen, berührt die Reputation die Zukunft. Auch transaktionales Leadership ist aufgrund des Tauschgeschäftcharakters stärker in der Vergangenheit und Gegenwart situiert und reicht nur ansatzweise bei gegebenen Versprechen in die Zukunft. Das transformierende Leadership ist über die Zuschreibung einer Vision und dem Streben nach einem besseren Dasein beinahe gänzlich in der Zukunft verortet. Beim transformierenden Leadership schreiben die Follower dem/der Leader die Eigenschaften der funktionalen Reputation für Ereignisse in der Zukunft zu. Sie erhalten Vertrauen und werden glaubwürdig eingeschätzt, obwohl die reale Umsetzung der Vorhaben erst in der Zukunft liegt. Aus diesen Überlegungen lassen sich in nachstehender Abbildung 13 auf einer virtuellen Zeitachse die Dimensionen der Reputation und die beiden Ausprägungen des Leadership in Relation darstellen.

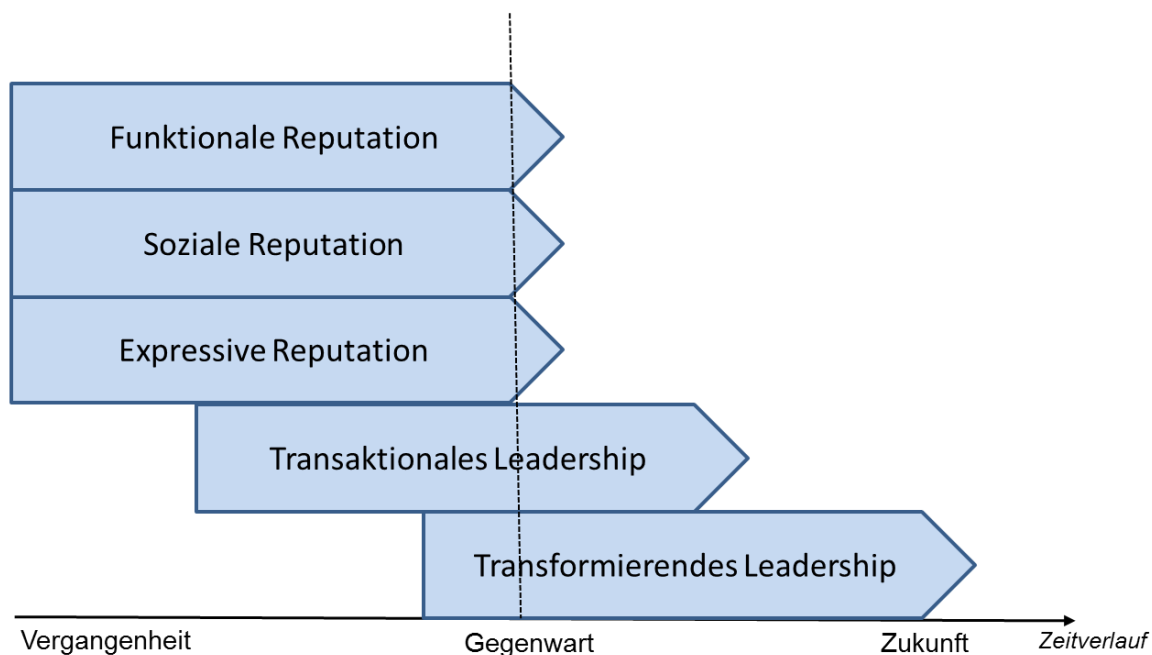


Abbildung 13: Zeitliche Einordnung von Reputation und Leadership in Relation

Quelle: eigene Darstellung

In dieser Dynamik ist die Art der Eigendarstellung der Vorsitzenden in der eigenen Partei ausschlaggebend für ihren Erfolg (vgl. Kapitel 2.3.4, 2.1.4, 3.4). Je stärker die Eigenschaften der Vorsitzenden dem gerade nötigen Reputationstyp entsprechen, desto stärker anerkennen ihre

Follower sie als Leader und desto stärker profitiert ihre eigene Reputation. Dadurch kann **Hypothese 7** weiter gestützt werden: *Je stärker Parteivorsitzende von ihren Mitgliedern als Leader anerkannt werden, desto höher ist ihre Reputation.*

Die **Interne Kommunikation** ist für den Reputationsaufbau der Vorsitzenden immanent. Interne Kommunikation unterstützt durch das Ziel und die Aufgabe, die Mitglieder im Sinne der Organisation zu beeinflussen, die Parteiziele zu erreichen. (vgl. Kapitel 3.3) Eine der Hauptaufgaben der Internen PR ist es, Informationen über Einwegkommunikation oder Dialog in der Organisation zu verbreiten. Dabei stößt sie in der Regel auf eine durchaus interessierte Zielgruppe. (vgl. Kapitel 3.3.1) Die Motivation der Organisationsmitglieder zu erhöhen, damit sie aktiver für die Partei eintreten, liegt ebenfalls im Aufgabenbereich der Internen Kommunikation. Die Führungsspitzen tragen als Vorbilder ihren wesentlichen Teil dazu bei. Motivierte Mitglieder verbreiten darüber hinaus die positive Reputation der Vorsitzenden politischer Parteien stärker nach außen, als demotivierte. (vgl. Kapitel 3.3.3)

Der Einfluss der Organisationsmitglieder bzw. der Organisationskultur auf die Interne Kommunikation und ihre Wirkung auf die Organisationsmitglieder bzw. die Organisationskultur verhalten sich zirkulär. Die Interne Kommunikation ist Teil der Organisation und die jeweiligen Interventionen entweder der Internen Kommunikation oder der Organisation beeinflussen immer auch das andere System. Je größer oder kleiner der Einfluss ist, welcher der Internen Kommunikation von der Organisation zugeschrieben wird, desto größer oder kleiner ist ihre Wirkungskraft auf die Mächtigkeit innerhalb der Organisation. (vgl. Kapitel 3.3) Die vorhandenen Ressourcen und die Umsetzungsqualität beeinflussen ihrerseits das Wirkungsvermögen der Internen Kommunikation. Sie hängt darüber hinaus auch von der Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Auftraggeber ab, also in der Regel von den Parteivorsitzenden. (vgl. Kapitel 3.2) Diese Erkenntnis ist durch eine eigenständige Modellbildung in Abbildung 14 grafisch dargestellt:

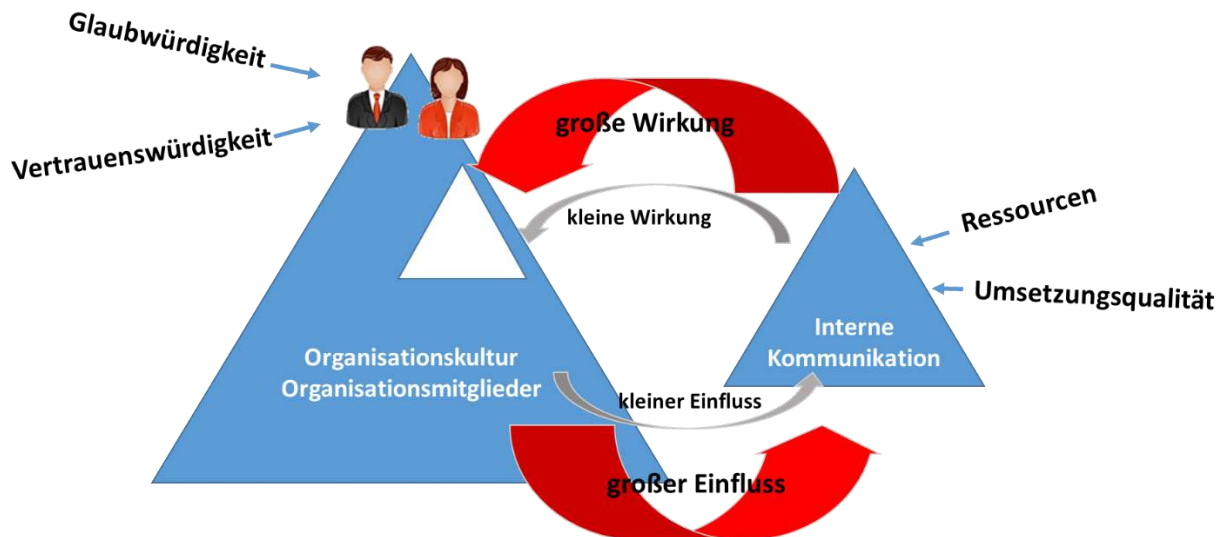


Abbildung 14: Modell reziproker Einfluss- und Wirkungskräfte der Internen Kommunikation

Quelle: eigene Darstellung

Etwas differenzierter durchdacht, betreiben Parteien nur in der Art und Weise offizielle Interne Kommunikation, wie es die Vorsitzenden und die Organisationskultur zulassen bzw. steuern. Je nachdem, wie die Mitglieder die Interne Kommunikation einstufen, fällt ihre Reaktion auf sie aus. Je glaubwürdiger und vertrauenswürdiger sich die obersten Spitzenkräfte verhalten, ihre Werte mit jenen der Belegschaft bzw. der Mitglieder übereinstimmen (vgl. Kapitel 2.1.4, 2.1.5, 4.1, 4.2.4) desto mehr Wirkung gestehen die Mitglieder der Interne Kommunikation in der gewünschten Form zu. Da die Vorsitzenden nicht alle Mitglieder persönlich kennen, transportiert ihre Reputation in gleicher Form vorwiegend die Interne Kommunikation. Die Interne Kommunikation wirkt somit auf das Vertrauen der Mitglieder in die Vorsitzenden und auf deren Glaubwürdigkeit ein. (vgl. Kapitel 2.2.2.1) Ausgehend von der Annahme, dass die Interne Kommunikation ihre Aufgaben erfüllt und es zu keinen Inkongruenzen zwischen den vermittelten Inhalten und der authentischen Person der Vorsitzenden kommt, kann **Hypothese 8** gestützt werden: *Je höher der Einfluss der Internen Kommunikation in einer Partei ausgeprägt ist, desto stärker ist die Reputation der Vorsitzenden.*

Die verschiedenen **Parteien** hängen **unterschiedlichen** Werten an. Ihre Mitglieder finden sich aus mannigfaltigen Gründen zusammen. Im 19. Jahrhundert entstehen in Europa die Arbeiterparteien. Ihnen entgegen steht die besitzende Mittel- und Oberschicht Die Hauptkonfliktlinie der Parteibildung ist in dieser Phase eine wirtschaftliche, zu der sich die Cleavages Zentrum/Peripherie, Staat/Kirche, Stadt/Land und Sprache hinzufügen. Sie bleiben bis ca. in die 1970er Jahre tonangebend. Davon abgeleitet können Parteien als links oder rechts der Mitte eingestuft werden. (vgl. Kapitel 4.1.1) Ronald F. Inglehart stellt beginnend mit den 1960er bzw. 1970er

Jahren eine gravierende Veränderung der klassenspezifischen Konfliktlinien fest. Indem materielle Bedürfnisse in den entwickelten Ländern zunehmend gedeckt sind, entwickelt die Bevölkerung verstärkt Wünsche nach Selbstverwirklichung, Wohlbefinden, Gleichberechtigung u. ä. und die Gesellschaft wird toleranter. Der **Materialismus** macht dem **Postmaterialismus** Platz. Somit lassen sich politische Parteien als materialistisch oder postmaterialistisch identifizieren. (vgl. Kapitel 4.1.2) Anhand der Anzahl der Mitglieder können darüber hinaus politische Parteien in große und kleine eingestuft werden, wobei Parteien ab 90.000 Personen zu den größeren Parteien zählen (vgl. Kapitel 4.3.2, 4.4.2 und 4.5.2). Diese Untergliederungen werden gewählt, um den Untersuchungsgegenstand tiefergehend zu analysieren und genaueren Aufschluss über die Muster der Reputationskonstituierung der Vorsitzenden in unterschiedlichen Parteitypen zu erhalten. Dazu werden die in der Empirie untersuchten Parteien den unterschiedlichen Ausprägungen zugeordnet. Tabelle 5 zeigt diese Subgruppen.

Untergliederung der Parteien im DACH-Raum nach Subgruppen			
	Deutschland	Österreich	Schweiz
Parteien rechts der Mitte	CDU, CSU	ÖVP, FPÖ, Neos	FDP, CVP, SVP, BDP
Parteien links der Mitte	SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/die Grünen	SPÖ, Die Grünen	SP, GPS, GLP
Größere Parteien	SPD, CDU, CSU	ÖVP, SPÖ	FDP, CVP, SVP
Kleinere Parteien	DIE LINKE, Bündnis 90/die Grünen	FPÖ, Die Grünen, Neos	SP, GPS, BDP, GLP
Materialistische Parteien	SPD, CDU, CSU	ÖVP, SPÖ, FPÖ	FDP, CVP, SVP, SP
Postmaterialistische Parteien	DIE LINKE, Bündnis 90/die Grünen	Die Grünen, Neos	GPS, BDP, GLP

Tabelle 5: Untergliederung der Parteien im DACH-Raum nach Subgruppen

Quelle: eigene Darstellung

Der folgende empirische Teil der Arbeit überprüft die aus dem Literaturteil deduktiv gewonnenen Hypothesen. Gleichzeitig wird eine induktiv generierte Hypothese formuliert, um sich weiter den Gesetzmäßigkeiten in der Internen Kommunikation politischer Parteien zur Konstituierung der Reputation der Vorsitzenden zu nähern.

6 Empirie

Diese Einleitung in den empirischen Teil der Dissertation gibt einen Einblick in die gewählte Vorgangsweise und begründet die verwendeten methodischen Ansätze. Es erfolgt eine Diskussion der qualitativen und quantitativen Aspekte der Sozialforschung entsprechend der Methode und der Wahl der Triangulation. Die einführenden Worte erörtern die Untersuchungszugänge mit Bezug auf die Forschungsfragen und stellen die Eignung zu deren Beantwortung dar. Daran schließt die jeweilige Beschreibung der in der Triangulation verwendeten Methoden an.

6.1 Allgemeines Forschungsdesign

Idealtypisch für empirische Untersuchungen ist eine Vorgangsweise wie in Abbildung 15 dargestellt, der nach Gläser und Laudel (2010, 36) in der realen Durchführung kaum ein Forschungsprozess folgen kann:

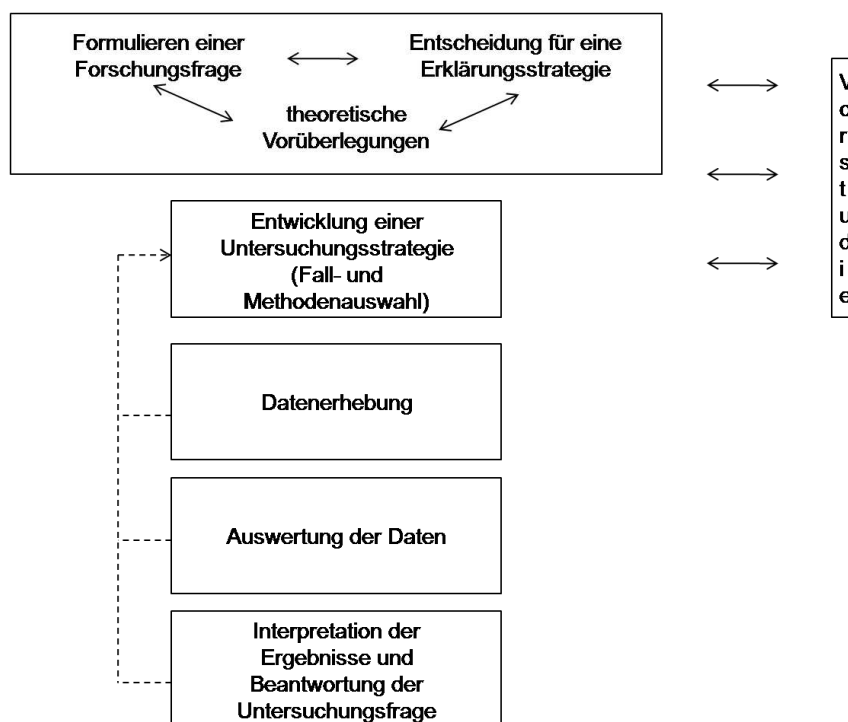


Abbildung 15: Struktur empirischer sozialwissenschaftlicher Forschungsprozesse

Quelle: nach Gläser und Laudel (2010, 35)

In dieser Dissertation wird versucht, diesen Arbeitsschritten so nahe wie möglich zu kommen. Dabei hält sie sich auch an Kromreys (2009, 25) Empfehlung, den Forschungsgegenstand genau abzugrenzen sowie die Themenstellung zu beschreiben. Gläser und Laudel (2010, 35) folgend, nimmt die Forschungsfrage eine zentrale Rolle ein, die klar zu formulieren ist, bevor empirisch geforscht wird (vgl. Atteslander, 2010, 208; Mayring, 2015, 60). Die Forschungsfragen sind bereits operativ in der Einleitung dieser Arbeit formuliert. Mayring (2015, 60) weist darauf hin,

wie Gläser und Laudel (2010, 35) in Abbildung 15 empfehlen, dass die empirische Beantwortung der Forschungsfrage theoretisch an bereits getätigte Forschungen anschließt. Dem Zugang der analytisch-nomologisch orientierten Erfahrungswissenschaft folgend (vgl. Kromrey, 2009, 20f.), folgen daher die empirischen Untersuchungen in dieser Arbeit auf die aus der Literatur gehobenen Erkenntnisse. Mayring (2015, 60) konstatiert weiters, dass die Hauptforschungsfrage durch Unterfragestellungen konkretisiert werden soll. Gläser und Laudel (2010, 33) warnen jedoch vor falsch oder schlecht gestellten Fragen, die keine brauchbaren Antworten ergeben.

Nach Prüfung der vorliegenden Literatur kann die bereits am Beginn dieser Dissertation genannte Forschungsfrage inklusive ihrer Subfragen nach den bis hierher gehobenen Erkenntnissen beibehalten werden:

Wie trägt die Interne Kommunikation zur Reputationskonstituierung Vorsitzender in politischen Mitgliederparteien bei?

Subfragen:

- 1) Wie konstituiert sich die Vorsitzenden-Reputation innerhalb politischer Mitgliederparteien?**
- 2) Wie werden die Parteivorsitzenden hinsichtlich ihrer Reputation in ihren Mitgliederparteien durch die Interne Kommunikation dargestellt?**
- 3) Wie wird die Reputation der Parteivorsitzenden innerhalb ihrer Mitgliederparteien wahrgenommen?**

Als Erklärungsstrategie (vgl. Abbildung 15) dient weiter der Kritische Rationalismus, der nach Döring und Bortz (2016, 36) als „führender wissenschaftstheoretischer Ansatz der quantitativ-empirischen Sozialforschung“ einzustufen ist. Gleichfalls wird die qualitative Sozialforschung berücksichtigt. Es werden Theorien über die Realität aufgestellt, um eine Annäherung an systematische Zusammenhänge zu versuchen. (vgl. Mayer, 2013, 18; Raithel, 2008, 13) Die gewählten Forschungsmethoden der zweigliedrigen Triangulation stellen eine Kombination eines qualitativen und quantitativen Vorgehens dar. Deshalb erfolgt sowohl eine deduktive Kategorienbildung, die der Kritische Rationalismus vorschlägt, und eine induktiv generierte Kategorienbildung, welche die qualitative Sozialforschung favorisiert. (vgl. Mayer, 2013, 25; Gläser/Laudel, 2010, 24f.; Raithel, 2008, 12–14)

Es ist die Aufgabe der Forschung im Kritischen Rationalismus, empirische Gesetzmäßigkeiten aufzufinden, um Theorien zu finden, anhand derer die Realität erklärt werden kann (vgl. Mayer,

2013, 17f.; Kromrey, 2009, 41; Raithel, 2008, 13). Die gebildeten Hypothesen dienen dazu, Vermutungen über Zusammenhänge in der Wirklichkeit anzustellen. Die Qualität der Hypothesen beweist sich darin, dass sie Falsifizierungsversuchen Stand halten. (vgl. Mayer, 2013, 21; Atteslander, 2010, 204; Raithel, 2008, 13; Seipel/Rieker, 2003, 37) Hypothesen sind im Kritischen Rationalismus für ForscherInnen so lange nützlich, sich den gesuchten Gesetzmäßigkeiten zu nähern, solange sie nicht falsifiziert werden. Somit können Hypothesen gestützt, jedoch nicht verifiziert werden, andernfalls sie das Niveau der Gesetzmäßigkeiten erreichen würden. Gestützt werden Hypothesen, wenn auch nach kritischen Überlegungen die gewonnenen Forschungserkenntnisse diese bestätigen (vgl. in Weiterüberlegung anknüpfend an die Erläuterungen von Mayer, 2013, 18–20; und Kromrey, 2009, 20–51). Dieser Argumentation folgend werden die erstellten Hypothesen nach jedem Forschungsabschnitt geprüft (vgl. Kromrey, 2009, 20 u. 35).

Um sich der Thematik konkret annähern zu können, ist in der Fallauswahl für den Untersuchungsgegenstand (vgl. Abbildung 15) eine Konzentration auf kulturell bzw. sprachlich vergleichbare Gebiete sinnvoll. Dadurch werden eventuelle interkulturelle Einflüsse gering gehalten und ein homogenes Forschungsfeld wird gewährleistet. Um andererseits einen Vergleich von unterschiedlichen politischen Systemen zuzulassen, bezieht sich dieses Forschungsvorhaben auf Deutschland, Österreich und die deutschsprachige Schweiz als kulturell wie sprachlich ähnliche Gebiete. Damit hinsichtlich der Größe der politischen Parteien ein Mindestmaß erfüllt ist, umfasst diese Untersuchung jene Mitgliederparteien, die in den jeweiligen höchsten Bundesgremien vertreten sind, also in Deutschland der Bundestag und der Bundesrat, in Österreich der Nationalrat und der Bundesrat und in der Schweiz der Nationalrat sowie der Ständerat. Beobachtet werden alle vertretenen Parteien mit mehreren tausend Mitgliedern. Bei ihnen ist die Wahrscheinlichkeit aufgrund ihrer Größe hoch einzuschätzen, interne Medien vorzufinden, die untersuchbar sind. Somit entsprechen beispielsweise in Österreich das Team Stronach (vgl. Statista, 2015, online) oder in Deutschland der Südschleswigscher Wählerverband (vgl. SSW, 2015, online) nicht den Vorgaben. In der Schweiz müssen aufgrund der Vielzahl an kleineren Parteien mehr als zwei Sitze in der Bundesversammlung erreicht werden, um in den Forschungsfokus zu rücken (vgl. Das Schweizer Parlament, 2015, online). Für diese Studie sind demzufolge als Untersuchungsgegenstand zum Zeitpunkt des Untersuchungsbeginns per Juli 2014 die 17 Parteien in Tabelle 6 relevant.

Politische Mitglieder-Parteien in den obersten Bundesgremien im deutschsprachigen Raum	
Deutschland Bundestag und Bundesrat:	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
	Christlich Demokratische Union (CDU)
	Christlich-Soziale Union (CSU)
	DIE LINKE
	Bündnis 90/die Grünen
Österreich Nationalrat und Bundesrat:	Österreichische Volkspartei (ÖVP)
	Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)
	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
	Die Grünen
	Neos
Schweiz Nationalrat und Ständerat:	FDP.Die Liberalen (FDP)
	Christdemokratische Volkspartei (CVP)
	Schweizerische Volkspartei (SVP)
	Sozialdemokratische Partei (SP)
	Grüne Partei der Schweiz (GPS)
	Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP)
Grünliberale Partei (GLP)	

Tabelle 6: Politische Mitgliederparteien in den obersten Bundesgremien im deutschen Sprachraum im Juli 2014

Quelle: eigene Darstellung nach Angaben auf den Parlamentsseiten der Länder (Deutscher Bundestag, 2014, online; Deutscher Bundesrat, 2014, online; parlament.at, 2014a, online, 2014b, online; parlament.ch, 2014a, online, 2014b, online)

Die Methodenauswahl (vgl. Abbildung 15) resultierte in der bereits erwähnten Triangulation, die sich wie folgt begründet. Die empirische Literatur unterteilt grob zwischen vier Methoden: die Beobachtung, die Befragung, die Inhaltsanalyse und das Experiment (vgl. Mayer, 2013, 35; Atteslander, 2010, 54; Diekmann, 2010, 195). Die empirische Sozialforschung unterscheidet weiters zwischen qualitativen und quantitativen Methoden. **Qualitativ** wird häufig geforscht, wenn über den Gegenstand noch wenig bekannt ist bzw. wenn sich das Forschungsvorhaben am Anfang befindet. Die qualitative Sozialforschung versucht in der Regel eine Hypothesenfindung. (vgl. Atteslander, 2010, 149; Diekmann, 2010, 33f.; Mayring, 2015, 22f.) Die qualitative Forschung beschäftigt sich mit den Tiefen einer Thematik und ist an Motiven und Inhalten interessiert, möchte beschreiben und fragt nach dem Warum von Entscheidungen. Sie wählt zumeist eine geringe Anzahl an Untersuchungsobjekten und geht ins Detail. Diese Untersuchungen können auch als Vorstudien für quantitative Erhebungen dienen. (vgl. Braunecker, 2016, 16)

Die **quantitative** Wissenschaft schließt häufig an qualitative Studien an, um Kausalzusammenhänge erforschen zu können (vgl. Gläser/Laudel, 2010, 28). Diese Art der Forschung ist an Häufigkeiten, Prozentwerten, Anteilen, Durchschnittswerten, Zusammenhängen etc., also dem Zählen interessiert (vgl. Braunecker, 2016, 17; Diekmann, 2010, 35; Gläser/Laudel, 2010, 34). Die quantitative Forschung bevorzugt große Stichproben. Sie arbeitet mit vor der Untersuchung festgelegten Antwortalternativen. (vgl. Braunecker, 2016, 17) Die quantitative Sozialforschung zielt in der Regel auf eine Hypothesenprüfung (vgl. Mayer, 2013, 68).

Für die vorliegende Arbeit werden sowohl die Vorteile der qualitativen als auch der quantitativen Methoden genutzt, selbst wenn diese wissenschaftlich auf eine lange Zeit der Feindschaft zurückblicken und der Trend einer Verbindung der unterschiedlichen Zugänge noch nicht allzu lange festgestellt werden kann (vgl. Flick, 2011, 75; Gläser/Laudel, 2010, 24f.). In einer Triangulation können die Stärken gewisser Methoden die Schwächen anderer Methoden ausgleichen. Diese Vorgangsweise vergrößert die empirische Absicherung der Ergebnisse. (vgl. Mayring, 2016, 147f.; Gläser/Laudel, 2010, 105) Wie Flick (2011, 25) schreibt, liefert die Triangulation keine übereinstimmenden oder einander widersprechenden Ergebnisse, sondern lässt unterschiedliche Perspektiven und Zugänge zu einem Phänomen zutage treten (vgl. auch Kelle, 2007, 56). Aufgrund der zeitlichen Komponente einer Abschlussarbeit werden die Untersuchungsteile als Querschnittsstudien und aufeinander aufbauend angelegt (vgl. Kromrey, 2009, 67). Die Erkenntnisse aus einer Methodenkombination reichen deutlich weiter, als sie mit einem einzigen Zugang möglich wären (vgl. Flick, 2011, 12).

Als erste Methode kommt die **quantitative und qualitative Inhaltsanalyse** zum Einsatz. Qualitativ wird geforscht, da über den Forschungsgegenstand noch wenige Erkenntnisse aufliegen. Quantitativ werden Häufigkeiten ermittelt, um einen ersten Eindruck zu Wertigkeiten zu erhalten. Als qualitatives Forschungsergebnis werden Erkenntnisse angestrebt, wie die Vorsitzenden in den internen Medien positioniert sind. Es wird berücksichtigt, wie die Publizierenden die Vorsitzenden den Mitgliedern präsentieren. Als Untersuchungsgegenstand fungieren die internen Medien der politischen Parteien, die hinsichtlich der Positionierung ihrer Vorsitzenden gesichtet werden. Die Untersuchung konzentriert sich dabei bewusst auf zu findende Muster, und nicht auf die individuelle Ausprägung der Persönlichkeiten der Vorsitzenden, wie sie häufig in anderen Forschungen zu finden ist. Die Vorsitzenden gelten als RepräsentantInnen ihrer Position wodurch die Forschungsergebnisse verallgemeinerbar bleiben, selbst wenn durch Wahlen oder andere Umstände die Vorsitzenden wechseln. Diese Untersuchung war ursprünglich als Vorstudie zur Weiterentwicklung der Hypothesen und Vertiefung sowie Differenzierung der

Kategorien gedacht. Dazu ist kritisch anzumerken, dass die reale Länge der Erhebung den Charakter einer Vorstudie schlussendlich etwas übersteigt.

Den Hauptteil des empirischen Abschnitts nimmt eine **quantitative Untersuchung** unter allen ParlamentarierInnen auf Bundes- und Landesebene der ausgewählten Parteien ein. Sie setzt auf die Erkenntnisse der Vorstudie auf. Die quantitative Erhebung liefert Erkenntnisse, wie die Reputation der Parteivorsitzenden von ausgewählten Mitgliedern und der Parteibasis, über zirkuläre Fragen ermittelt, empfunden und wahrgenommen wird. Die quantitative Studie generiert Zahlen, Daten und Fakten, stellt Verhältnisse fest und erhebt Einflüsse. Der erarbeitete Fragebogen stützt sich auf die durch den Literaturteil generierten und die Inhaltsanalyse weiterentwickelten Kategorien und Inhalte. Die quantitative Untersuchung bildet den letzten Schritt zur Überprüfung Hypothesen in dieser Dissertation.

Zur Übersicht zeigt Tabelle 7, welche Hypothesen welchen Forschungsfragen zugeordnet sind und durch welche empirische Methode diese Hypothesen geprüft werden.

Zuordnung der Hypothesen zu den Forschungsfragen und Hypothesenüberprüfung zu den empirischen Methoden	Inhaltsanalyse	Quantitative Untersuchung Fragen Nr.
Hauptforschungsfrage: Wie trägt die Interne Kommunikation zur Reputationskonstituierung Vorsitzender in politischen Mitgliederparteien bei?		
Subfrage 1: Wie konstituiert sich die Vorsitzenden-Reputation innerhalb politischer Mitgliederparteien?		
Hypothese 1: Wenn Parteimitglieder die Parteivorsitzenden persönlich kennen, dann wiegt die eigene Erfahrung stärker als die über die Interne Kommunikation transportierte Reputation.	-	9a/b, 10
Hypothese 7: Je stärker Parteivorsitzende von ihren Mitgliedern als Leader anerkannt werden, desto höher ist ihre Reputation.	x	27, 28, 11, 12
Hypothese 8: Je höher der Einfluss der Internen Kommunikation in einer Partei ausgeprägt ist, desto stärker ist die Reputation der Vorsitzenden.	x	2, 7, 11, 12
Subfrage 2: Wie werden die Parteivorsitzenden hinsichtlich ihrer Reputation in ihren Mitgliederparteien durch die Interne Kommunikation dargestellt?		
Hypothese 4: Je strategischer die Reputationskonstituierung der Parteivorsitzenden durch die Interne Kommunikation angelegt ist, desto stärker trägt sie zum Reputationsaufbau der Parteivorsitzenden bei.	x	11, 12
Hypothese 5: Wenn Parteivorsitzende ihre Reputation stärken wollen, dann kommunizieren sie vorwiegend Ereignisse der funktionalen Dimension der Reputation.	x	-
Subfrage 3: Wie wird die Reputation der Parteivorsitzenden innerhalb ihrer Mitgliederparteien wahrgenommen?		
Hypothese 2: Je stärker Parteivorsitzende die Werte ihrer Partei sowie die Motive und Wünsche der Mitglieder in ihrer funktionalen, sozialen und expressiven Reputation repräsentieren, desto größer ist ihr Rückhalt innerhalb ihrer Partei.	-	22, 23, 24a/c/e/f/h/k/l/m
Hypothese 3: Je höher die Güte der Reputation der Parteivorsitzenden, desto stärker und stabiler ist die Unterstützung der Mitglieder.	-	11, 12, 22, 23
Hypothese 6: Je stärker das Vertrauen der Parteimitglieder zu den Parteivorsitzenden und ihre Glaubwürdigkeit ausgeprägt sind, desto stabiler ist ihre Reputation.	-	16, 17, 18, 19, 20, 21

Tabelle 7: Zuordnung der Hypothesen zu den Forschungsfragen und Hypothesenüberprüfung zu den empirischen Methoden

Quelle: eigene Darstellung

Nach Mayer ist es (2013, 72) nötig, theoretische Begriffe zu operationalisieren, um diese messen zu können. Dazu wird angegeben bzw. genau beschrieben, wie die Sachverhalte im Untersuchungsgegenstand gemessen werden. (vgl. auch Kromrey, 2009, 201–239) Darüber hinaus wird nach einer objektiven Umsetzung der Studien getrachtet, dh. dass die Ergebnisse von den ForscherInnen unbeeinflusst bleiben. Diese Vorgangsweise dient dem wissenschaftlichen Prinzip der Objektivität und somit der Unabhängigkeit von den Rahmenbedingungen. (vgl. Braunecker, 2016, 73f.; Mayer, 2013, 90; Kromrey, 2009, 241) Die möglichst genaue Beschreibung des Forschungsvorgangs dient der Zuverlässigkeit der Forschung, demnach einem weiteren wissenschaftlichen Prinzip, der Reliabilität. Durch sie sollen bei einer Wiederholung der Erhebungen unter gleichen Bedingungen gleiche Ergebnisse entstehen und die Nachvollziehbarkeit gewährleistet sein. (vgl. Braunecker, 2016, 74f.; Kromrey, 2009, 239–241) Mit dem Zugang der Gültigkeit wird auch das dritte wissenschaftliche Prinzip verfolgt, die Validität. Durch ihre Dissertation Rosemarie Nowak: Vorsitzenden-Reputation in Mitgliederparteien

Berücksichtigung wird das gemessen, was gemessen werden soll. (vgl. Braunecker, 2016, 75–77; Döring/Bortz, 2016, 93; Mayer, 2013, 90) Die Subkapitel zu den Forschungsdesigns der einzelnen empirischen Methoden beschäftigen sich daher mit den jeweils gewählten Vorgangsweisen. Darin enthalten sind auch die Beschreibungen der Datenerhebung und der Auswertung der Daten (vgl. Abbildung 15). Die Ergebnisdarstellung findet jeweils in einem eigenen Subkapitel Platz. Mit dieser Vorgangsweise wird danach gestrebt, der Reliabilität, Validität und Objektivität der gesamten empirischen Forschung in dieser Dissertation Rechnung zu tragen.

6.2 Qualitative und quantitative Inhaltsanalyse

Dieser Abschnitt ist untergliedert in das Forschungsdesign der Inhaltsanalyse und in eine getrennte Darstellung der Ergebnisse der quantitativen sowie der qualitativen Inhaltsanalyse der internen Medien der untersuchten politischen Parteien.

6.2.1 *Forschungsdesign: quantitative und qualitative Inhaltsanalyse*

Die Empirie dieser Abschlussarbeit beginnt in der vorliegenden Triangulation mit der quantitativen gefolgt von der qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. Braunecker, 2016, 19; Gläser/Laudel, 2010, 197f.; Mayring, 2015, 13), die auch Diekmann (2010, 21) für die Politikwissenschaft als wichtige Technik einstuft. Mit der Inhaltsanalyse wird, wie der Name besagt, Inhalt analysiert. Sie reduziert Komplexität und lässt andererseits gewisse Muster erkennen und einen Informationsgewinn zu, erforscht Kommunikationsinhalte sowie Aussagen und untersucht Bedeutungen. (vgl. Braunecker, 2016, 19; Früh, 2015, 44; Rössler, 2010, 19; Kromrey, 2009, 301f.) In dieser Arbeit erfolgen diagnostische Aussagen über die Absicht der Sender, wie sie Atteslander (2010, 197 u. 203) neben anderen Aspekten der Inhaltsanalyse zuschreibt (vgl. teils auch Früh, 2015, 46; und Diekmann, 2010, 580f.). Rössler (2010, 35) beschreibt diese Vorgangsweise auch damit, Inferenzschlüsse auf die KommunikatorInnen zu ziehen. Dieser Forschungsmethode ist am Beginn der Triangulation der Vorzug zu geben, da sie erfasst, wie die Mitgliederparteien ihre eigenen Vorsitzenden positionieren und wie die Interne Kommunikation hinsichtlich deren Reputation agiert.

Die Datenerhebung, Analyse und Interpretation werden getrennt vorgenommen bzw. folgen aufeinander (vgl. Früh, 2015, 67). Sie werden in der **qualitativen** Form deskriptiv, zusammenfassend, strukturierend und wo möglich bzw. angebracht explikativ durchgeführt (vgl. Mayring, 2016, 115; Berger-Grabner, 2010, 142). Überwiegend wird die strukturierende Inhaltsanalyse nach Mayring (2015, 67–69) angewendet und dabei die inhaltliche sowie typisierende Struktu-

rierung gewählt. Dazu wird das Material zu bestimmten Themen extrahiert. Im Speziellen dienen dazu die deduktiv hergeleiteten und induktiv ergänzten Kategorien und Typisierungen. Eine Untergliederung in die Art der Beiträge, wie beispielsweise Nachrichten oder Werbeeinschaltungen, ist für diese Forschung unerheblich, da die Abteilung für Interne Kommunikation in der Regel für alle Inhalte der internen Medien in gleicher Form verantwortlich zeichnet. Auch fällt kein Augenmerk auf die Erscheinungszeitpunkte, da diese innerhalb der sechs Monate des Untersuchungszeitraums liegen, wie weiter unten detailliert angeführt, und somit auf die Identifizierung der Reputationsmuster keinen Einfluss haben. Es steht ausschließlich die Nennung der Parteivorsitzenden als Selektionskriterium im Mittelpunkt. Bei der Inhaltsanalyse sind der Vergangenheitsbezug und die Nichtreaktivität des Datenmaterials von besonderem Vorteil, um innerhalb eines gewissen Zeitraums Aussagen über ein gewisses Material zu treffen (vgl. Diekmann, 2010, 586; Paier, 2010, 30; Rössler, 2010, 23).

Der Analysezeitraum der internen Medien fällt in die Zeitspanne von 1. Jänner 2014 bis 30. Juni 2014, da in diesem halben Jahr in der DACH-Region keine Wahlen den Normalzustand der Reputationskonstituierung der Parteivorsitzenden beeinträchtigen. Der Sorgfalt halber sind die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 in Deutschland (vgl. Bundeswahlleiter, 2014, online) und Österreich (vgl. BMI - Bundesministerium für Inneres, 2014, online) zu erwähnen. Diesbezüglich kann beobachtet werden, dass in den internen Parteimedien diese EU-KandidatInnen manchmal in den Vordergrund gerückt werden. (vgl. zur zeitlichen und räumlichen Eingrenzung Rössler, 2010, 54f.)

Das Anschreiben mit der Bitte um die internen Medien ergeht per E-Mail an die 17 ausgewählten Parteien am 21. Juli 2014. Die entsprechenden Adressen stammen überwiegend aus der eigenen Online-Recherche bzw. persönlichen Gesprächen oder Telefonaten mit fachspezifischen Kontaktpersonen. Der Anhang enthält eine Liste der Ansprechpersonen (vgl. Kapitel 11.1). Der Wortlaut der Anschreiben befindet sich im Anhang, wobei eine gemeinsame Version für Deutschland und Österreich (vgl. Kapitel 11.2.1) und eine aufgrund teils unterschiedlicher Begrifflichkeiten im politischen Leben leicht adaptierte Formulierung für die Schweiz (vgl. Kapitel 11.2.2) zweckmäßig sind. Als Antwort auf diese erste Kontaktaufnahme stellen 13 der 17 Parteien zeitnah umfassende interne Unterlagen zur Verfügung. Ein Reminder per E-Mail, dessen Text sich ebenfalls im Anhang befindet (vgl. Kapitel 11.2.3), an vier österreichische bzw. deutsche Parteien gegen Ende der Urlaubszeit am 31. August 2014 und weitere darauffolgende Kontaktaufnahmen per Mail oder Telefon erhöhen die Anzahl der positiven Rückmeldungen auf 17. Daher stellt diese Inhaltsanalyse eine **Vollerhebung** hinsichtlich des gewählten Untersuchungsgegenstandes und der untersuchten Medien dar.

Ursprünglich wird überlegt, alle internen Medien dieser 17 politischen Mitgliederparteien im deutschen Sprachraum zu untersuchen. Dazu zählen Partei-Zeitschriften, Newsletter, Social Media, Bewegtbild und alle weiteren Medien wie Flyer, Plakate u. ä. Braunecker (2016, 19) schreibt beispielsweise, dass Verschiedenstes Gegenstand einer Inhaltsanalyse sein kann: „(Zeitungs)-Texte, Bilder, Radio- und Fernsehsendungen, Webseiten, Social Media, Bücher, Filme, Plakate, Firmenlogos, Firmenauftritte usw.“ Ähnlich argumentiert auch Paier (2010, 30) mit Text-, Ton- und Bilddokumenten. Die Anfragen bei den Parteien ergeben, dass diese über unterschiedlichste Formen der Kommunikation mit ihren Mitgliedern verfügen und sich die Schwerpunkte der Medienwahl und Häufigkeit teils von Partei zu Partei unterscheiden (vgl. Kapitel 6.2.2.1). Während E-Mail-Newsletter von allen eingesetzt und die Parteizeitungen vorwiegend von den größeren Parteien genutzt werden, verwendeten manche wenige Gruppierungen intensiv Videobotschaften. Beinahe alle kommunizierten über Social Media. Wie Kapitel 3.5.3.2 zeigt, sind in diesen internen Gruppen die aktuellsten Informationen zu vermuten. Bei den internen Social Media endet jedoch der Auskunftswille der politischen Parteien. Trotz einiger Nachfragen wurde kein Zugang gewährt, wodurch sich die Social Media zumindest dieser wissenschaftliche Forschung verschließen. Insgesamt umfassen die übermittelten internen Medien für den genannten Zeitraum geschätzte 5.000 A4-Seiten. Daher ist für eine angestrebte Vorstudie schon wegen des Volumens eine Reduktion anzustreben.

Stichprobenartige Überprüfungen ergeben, dass die Inhalte und die Art der Kommunikation innerhalb einer Partei über alle einsichtigen internen Medien sehr ähnlich angelegt sind. In dieser Untersuchung soll darüber hinaus das Gewicht auf jenen Medien liegen, die allen Organisationsmitgliedern gleichermaßen zugänglich sind, wodurch räumlich konzentrierte Massenveranstaltungen und nur für gewisse Personenkreise zugängliche Meetings keine Berücksichtigung finden. Daher konzentriert sich aus Gründen der Vergleichbarkeit, in Anlehnung an eine geschichtete Stichprobe (vgl. Früh, 2015, 102f.), diese Studie auf **Mitgliederzeitungen** und **E-Mail-Newsletter** (vgl. Tabelle 11) als Sampling Unit bzw. Auswahleinheit, in denen die relevanten Artikel als Analyseeinheit definiert sind (vgl. Früh, 2015, 78, 92f. u. 106; Kuckartz, 2014, 46f.; Rössler, 2010, 42f., zur Medienwahl vgl. auch 2010, 56f. u. 63f.). Es gibt bei der Definition der Auswahleinheit nur eine Abweichung. Die FPÖ gestaltet ihre E-Mail-Newsletter im Vergleich zu anderen Parteien eher atypisch mit Bildern und Links zu Homepages, die im Zeitraum der Auswertung nicht mehr funktionieren, oder die zum FPÖ-Web-TV führten, das nicht unter die Auswahleinheit fällt. Die E-Mail-Newsletter dieser Partei sind daher nicht als

konventionelle Text-Newsletter eingestuft und sind daher von der Auswahleinheit ausgeschlossen. Da jedoch alle wöchentlich erscheinenden FPÖ-Parteizeitungen in die Auswahleinheit fallen, sollte dieser Umstand keinen Einfluss auf die Ergebnisse haben.

Im Sinne der Reduktion der Komplexität (vgl. Rössler, 2010, 53), und um das Material vergleichbar zu halten, wird für die qualitative Inhaltsanalyse auf Basis der Nennung der Parteivorsitzenden eine Zufallsstichprobe von 10 Prozent gezogen (vgl. Früh, 2015, 103), wie es Früh (2015, 151) auch in seinem Beispiel vornimmt. Dies wird erreicht, indem die Zählung bei den österreichischen Unterlagen mit der zufällig gewählten Zahl der dritten Nennung von Werner Faymann beginnt. Nach der Codierung der dem jeweiligen Treffer zukommenden Analyseeinheit, in die auch mehrere weitere Namenstreffer fallen können, wird die nächste zehnte Nennung des/der Parteivorsitzenden analysiert. Ist der jeweilige Treffer unergiebig für eine Kategorienzuteilung, kommt beispielsweise nur ein neutraler Hinweis auf eine Veranstaltung vor, geht der unmittelbar nächste Treffer in die Untersuchung ein. Jedoch muss zumindest eine Analyseeinheit pro Medienart und Partei in der Untersuchung berücksichtigt sein. Es wird nach den Nachnamen der Parteivorsitzenden gesucht. Bei geläufigen Namen wie „Müller“ wird zusätzliches Gewicht auf die Eindeutigkeit der Zuordnung zum Parteivorsitz gelegt und beispielsweise auch der Vorname als Selektionskriterium verwendet bzw. sinnhaft der Text auf Hinweise zur Person des Parteivorsitzenden rund um das Schlagwort sondiert.

Das zentrale Element der Inhaltsanalyse, die Kategorienbildung, fußt zunächst deduktiv auf dem Literaturteil und bei der Untersuchung des Materials kommen induktiv vorwiegend Unterkategorien hinzu, wie Mayring (2015, 98f.) es nach gewissen Inhalten, Themen oder Aspekten empfiehlt (vgl. auch Mayring, 2015, 61f.; Kuckartz, 2014, 69; Atteslander, 2010, 203f.; Berger-Grabner, 2010, 140; Rössler, 2010, 40). Dabei lehnt sich die Vorgangsweise an jene Mayrings (2015, 86, 97–99) (2010, 84; 92-103) an, nach dem das Material strukturiert durchgearbeitet wird. Es ergibt sich somit das aus den Kapiteln 2 und 5 ableitbare Kategorienschema in Tabelle 8:

Kategorienschema Inhaltsanalyse	
Kategorien	Beschreibung und beispielhafte Ausprägungen
Funktionale Reputation	Auf sachliche Erfolge ausgerichtet: Unterstützung Parteiziele, Finanzthemen, Vorteile gegenüber anderen Parteien, Komplexitätsreduktion
Soziale Reputation	Erwartungen und Normen entsprechen: soziale Erwartungen, Berechenbarkeit, hierarchischer Aspekt, gesellschaftliche Ordnung, Vertrauenswürdigkeit, Glaubwürdigkeit, Erfüllung der Stakeholder
Expressive Reputation	Differenzierung zu anderen: attraktives/unterscheidbares Profil, Aufmerksamkeit, Kollektive Wahrnehmung/auf Öffentlichkeit gerichtet, Anerkennung durch Dritte, Persönlichkeitsorientierung
Transaktionales Leadership	Ausführend: Tauschgeschäfte (geben und nehmen), Macht, Herrschaft, Institutionalisierung
Transformierendes Leadership	Führend: Vision, Moral, Idealisierung/Charisma, Follower, Konfliktfreudig, Authentizität

Tabelle 8: Deduktiv abgeleitetes Kategorienschema für die Inhaltsanalyse

Quelle: eigene Darstellung

Als Querschnittsmaterie sowie grundsätzliche Ausprägungen ist bei den Texten zu beachten, dass zur Reputationszuordnung ihre VerfasserInnen eine Bewertung vornehmen, mittel- bis langfristige Auswirkungen intendieren, sie die Botschaften an den Stakeholdern orientieren, gewisse Stakeholdergruppen ansprechen und zumindest implizit eine Mitgliederbindung und/oder eine Mitgliedergewinnung beabsichtigen.

Zur Erarbeitung des Codebuches dienen die deduktiv erlangten Erkenntnisse aus dem Literaturteil. Darüber hinaus fließen weitere Studien mit ähnlichem Themenspektrum in diese Forschung ein, um Abgleichungen durchzuführen und Anregungen einzuarbeiten. Dem Hinweis von Früh (2015, 32) folgend, nachdem sich die deduktiv gebildeten Kategorien stets mit der Forschungsfrage ändern (vgl. auch Rössler, 2010, 96), sind die aus anderen Studien gewonnenen Anregungen nicht in das Kategorienschema, jedoch in das Codebuch aufgenommen. Einige Untersuchungen wie von Cismaru (2012a, 2012b) sowie Lyne (2008) erweisen sich dazu als unpassend. Demgegenüber fließen aus Davies und Mian (2010, 335) mehrere Anregungen zur Kategorienbeschreibung ein. Deren Kategorienschema befindet sich genauso im Anhang wie das Codebuch zur vorliegenden qualitativen Inhaltsanalyse. Das Codebuch beinhaltet die Beschreibungen, welche den Bedeutungsgehalt der Kategorien möglichst vollständig umfassen, jedoch nicht alle Textstrukturen wiedergeben (vgl. Früh, 2015, 86).

Im Forschungsfokus dieser Inhaltsanalyse stehen vornehmlich Texte und, wenn Vorsitzende abgebildet sind, auch Bilder, die jedoch inhaltlich behandelt sind und nicht durch eine Bildanalyse ausgewertet werden. Als Kodiereinheit, welche den minimalsten Textteil darstellt, wird eine Wortgruppe festgelegt. Demgegenüber muss als größter Textbestandteil, als Kontexteinheit, ein Abschnitt einen gesamten Artikel umfassen. Die Auswertungseinheit, welche die Reihenfolge angibt, nach der die Textteile untersucht werden, ist mit österreichischen, deutschen und dann Schweizer Parteien fixiert, wobei auf die Parteizeitungen die E-Mail-Newsletter innerhalb einer Partei folgen. (vgl. Mayring, 2015, 61; Kuckartz, 2014, 46–48) Zur computergestützten Untersuchung dient die Software MAXQDA. Der Durchlauf erfolgt vor allem bei der qualitativen Auswertung in mehreren Wellen.

Insgesamt benötigt die Analyse der Mitgliederzeitungen und E-Mail-Newsletter 199 Kodierentscheidungen und ebenso viele Textabschnitte sind den Haupt- und Subkategorien zugeteilt. Ein Textteil kann durch manche bewusst angelegte Überschneidungen zwischen Reputation und Leadership auch mehreren Kategorien zugeordnet sein. Die Überschneidungen zwischen Reputation und Leadership arbeitet Kapitel 5 anschaulich heraus, wodurch in der Inhaltsanalyse die Chance genutzt werden kann, beide Begriffe parallel zu untersuchen. Die Hauptkategorien der Reputation sind alle in eine positive, neutrale und negative Ausprägung untergliedert. Zu einigen Hauptkategorien sind induktiv Subkategorien gebildet. Das durch die Subkategorien erweiterte Kategorienschema kann in Tabelle 17 nachgelesen werden, der auch die Anzahl der Kodierentscheidungen pro Kategorie zu entnehmen ist. Im Anschluss an die Untersuchung wurde zur Überprüfung der Kodierentscheidungen ein Reliabilitätskoeffizient-Test nach Holsti durchgeführt. Diesen Test finden auch Früh und Früh (2015, 43) am häufigsten bei Inhaltsanalysen kommunikations- bzw. sozialwissenschaftlicher Texte. Der Holsti-Test stellt somit eine gebräuchliche Reliabilitätsüberprüfung dar. Einige Wochen nach der ersten Kodierung werden dazu die Codes nochmals einer unabhängigen Kodierung unterzogen. Aus allen kodierten Textstellen, hier Codes genannt, wird aus der Excel-Datei beginnend mit der zufällig gewählten Nummer 4 jeder zehnte Code entnommen, also insgesamt 20 Codes. Es ist sowohl für die Reputation als auch für das Leadership eine Haupt- und eine Subkategorie zu vergeben. Somit wäre bei 20 Codes mit jeweils 4 Kodierentscheidungen ein Höchstwert von 80 zu erreichen. Durch die Übereinstimmung von 71 Kodierungen ergibt sich ein Reliabilitätskoeffizient nach Holsti von 0,89, was Früh und Früh (2015, 25) als sehr gut einschätzen. (zur Vorgangsweise vgl. Braunecker, 2016, 75; und Raupp/Vogelgesang, 2009, XV–XVII) Mit diesem Wert ist auch

die Intra-Coder-Reliabilität gegeben (vgl. Braunecker, 2016, 20). Nach der Analyse der Mitgliederzeitungen und E-Mail-Newsletter werden die aus der Literaturrecherche abgeleiteten Hypothesen geprüft bzw. induktiv neue Hypothesen erstellt.

Für die Inhaltsanalyse konstatiert Früh (2015, 31–40), dass mit Zahlen zu arbeiten ist und Messungen erfolgen sollen (vgl. auch Rössler, 2010, 20f.). Häufig beginnen Untersuchungen damit, bestimmte Merkmale des Materials auszuzählen (vgl. Mayring, 2015, 13). Kromrey (2009, 322) geht auf die Frequenzanalyse ein, bei der Untersuchende bestimmte Einheiten aufgrund ihrer Bedeutung für den Forschungsfokus zählen. Folgendes Forschungsinteresse fällt daher in die **quantitativen** Inhaltsanalyse:

- welche internen Medien die Parteien verwenden,
- wie häufig Parteizeitungen und E-Mail-Newsletter erscheinen,
- die Anzahl der Ausgaben im Studienzeitraum,
- die untersuchte Gesamtseitenanzahl,
- die untersuchte Gesamtseitenanzahl pro Partei,
- wie oft die Vorsitzenden auf der Titelseite der Mitgliederzeitungen abgebildet sind, da eine höhere Wertigkeit impliziert wird, und
- wie häufig die Vorsitzenden insgesamt in den untersuchten Medien bildlich zu finden sind.

Diese Daten sind händisch ermittelt. Dazu unterstützt auch die Korrespondenz mit den Internen KommunikatorInnen sowie eine Internetrecherche. Die Begriffsfindung in MAXQDA zeigt bei Suchlaufen, Häufigkeit der namentlichen Nennung der Parteivorsitzenden. (vgl. Rössler, 2010, 122) Die Anzahl der Kodier-, Kontext- und Analyseeinheiten kann aufgrund der Uneinheitlichkeit des Materials, vor allem die sich nicht in Absätze gliedernden E-Mail-Newsletter, nicht eruiert werden. Demgegenüber sind die Anzahl der Ausprägungen je Kategorie und die Kodierentscheidungen in Tabelle 17 zu erkennen. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgte deskriptiv.

6.2.2 Darstellung der Ergebnisse: quantitative und qualitative Inhaltsanalyse

Zuerst werden die Ergebnisse der quantitativen Inhaltsanalyse eingearbeitet. Es folgen die qualitativen Erkenntnisse.

6.2.2.1 Quantitative Ergebnisse der Inhaltsanalyse

Durch die von den Parteien übermittelten Materialien und zusätzliche Recherche auf den Homepages im Jahr 2015 kann ermittelt werden, welche internen Medien die Parteien verwenden, wie in Tabelle 9 dargestellt:

Verwendete interne Medien im Jahr 2014		Mitgliederzeitung print/online	E-Mail-Newsletter	OnlinePlattform mit Passwort	Facebook	Twitter	You Tube	Instagram	Flickr
Deutschland	SPD	x/x	x	x	x	x	x	-	-
	CDU	x/x	x	x	x	x	x	x	-
	CSU	x/x	x	x	x	x	x	x	-
	DIE LINKE	x/	x	-	x	x	x	x	x
	Bündnis 90 /die Grünen	x/x	x	-	x	x	-	x	-
Österreich	ÖVP	x/x	x	x	x	x	x	-	x
	SPÖ	x/x	x	-	x	x	x	-	x
	FPÖ	x/x	x	-	x	x	x	-	-
	Die Grünen	-	x	-	x	x	x	-	x
	Neos	-	x	-	x	x	x	-	-
Schweiz	FDP	x/x	x	-	x	x	x	x	x
	CVP	-	x	-	x	x	x	-	x
	SVP	x/x	x	-	x	x	x	x	-
	SP	x/x	x	x	x	x	-	-	-
	GPS	x/x	x	-	x	x	-	-	-
	BDP	-	x	-	x	x	Web-TV	-	-
	GLP	-	x	-	x	x	-	-	-

Tabelle 9: Von politischen Mitgliederparteien verwendete interne Medien mit Stand 2014

Quelle: eigene Darstellung

In Facebook bilden die Parteien nach eigener Auskunft häufig interne Gruppen, wobei auch mehrere Gruppen pro Partei möglich sind. Über Facebook verschwimmen die Innen- und Außenkommunikation besonders stark. Mitgliederzeitungen und E-Mail-Newsletter senden die Parteien beispielsweise auf Anfrage in der Regel auch an Nicht-Mitgliedern, wodurch die Innen- und Außenkommunikation bereits an klaren Grenzen verliert. Auf Facebook können Parteimitglieder sowohl die intern adressierten Informationen als auch jene für die breite Öffentlichkeit erstellten einsehen, ohne das Medium zu wechseln. Dadurch brechen die Grenzen der Innen- und Außenkommunikation für diese Personengruppen gänzlich auf. Ab und an verwenden ein paar Parteien neben den gelisteten auch weitere Social Media wie Google+, Tumblr oder sie betreiben eigene Blogs. Über diese anderen Social Media wenden sich die Gruppierungen sowohl an die Mitglieder als auch an externe Interessierte. Vereinzelt finden zusätzlich

individuell entwickelte, zumeist nicht elektronische, interne Medien ihren Einsatz, wie beispielsweise eine Neumitgliederbroschüre, Print-Flugblätter, Mitgliederbriefe u. ä.

Manche Parteien, wie in Deutschland DIE LINKE, verfügen über einen sehr offenen Charakter. Sie stellen beispielsweise bei Wahlen auch Nicht-Mitglieder auf, wenden sich mit ihrer Kommunikation immer an Mitglieder und Interessierte gleichermaßen und betreiben keine ausschließliche Mitglieder-Kommunikation. Bei den meisten Gruppierungen überlappen sich interne und externe Zielgruppen bei den E-Mail-Newslettern ebenfalls. Beinahe alle untersuchten Parteien bieten auf ihrer Homepage die Möglichkeit, ihren E-Mail-Newsletter zu abonnieren. In manchen Parteien muss dazu eine ausdrückliche Zustimmung der EmpfängerInnen vorliegen, auch von den eigenen Mitgliedern. Teils informieren Parteien ihre Mitglieder über SMS und WhatsApp. Viele Parteien geben die Möglichkeit, online Informationsmaterial einzusehen und Werbematerial zu bestellen. Diese Bereiche erfordern häufig ein Passwort sowie eine Parteimitgliedschaft. Allgemein wird in der E-Mail-Korrespondenz mit den Parteien ein Trend zum Dialog und zur Digitalisierung angegeben. In der Schweiz erscheinen zahlreiche Medien auch in anderen Landessprachen als Deutsch.

Die Social Media- und Online-Kommunikation erfolgt, ausgenommen die regelmäßig versendeten E-Mail-Newsletter, nach Angaben der Ansprechpersonen in den Parteien, zumeist anlassbezogen und unregelmäßig. Daher interessiert, wie häufig und wie regelmäßig die Parteien mit den Mitgliederzeitung und den E-Mail-Newslettern die interne Öffentlichkeit informieren. Zu den Mitgliederzeitungen wird auch der Name der Publikation vermerkt. Bei einigen Mitgliederzeitungen kann die Auflagenhöhe und für manche E-Mail-Newsletter der Erscheinungsrhythmus sowie die Zahl der AbonnentInnen ermittelt werden.

Erscheinungshäufigkeit interner Medien in 2014		Mitgliederzeitung	E-Mail-Newsletter
Deutschland	SPD	Vorwärts: 5 x, auch regionale Ausgaben. Beilage INTERN: 8 x, Auflage: 40.000	wöchentlich
	CDU	Union Magazin: 4 x, Auflage: 30.000, CDU-intern: regionale Ausgaben mit unterschiedlichen Erscheinungsrhythmen ca. 6-12 x	2 x wöchentlich
	CSU	Bayernkurier: wöchentlich	ca. 14-tägig
	DIE LINKE	Disput: 12 x, Auflage: 6.000	wöchentlich, 25.000 AbonentInnen
	Bündnis 90/die Grünen	Schrägstrich: 3 x	wöchentlich, alle Parteimitglieder
Österreich	ÖVP	Austria plus: 2x	wöchentlich, ÖVP-Schlagzeilen täglich
	SPÖ	SPÖ aktuell: 19 x	wöchentlich
	FPÖ	Neue Freie Zeitung: wöchentlich	wöchentlich
	Die Grünen	-	anlassbezogen
	Neos	-	14-tägig
Schweiz	FDP	Freisinn: 4 x, Auflage: 75.000	monatlich
	CVP	-	wöchentlich
	SVP	SVP-Klartext: 10 x, Auflage: 60.000	14-tägig
	SP	Links: 9 x	monatlich
	GPS	greenfo: 4 x, Auflage: 5.800	ca. 14-tägig, 2.500 AbonentInnen
	BDP	-	monatlich Web-TV-Links
	GLP	-	3 x

Tabelle 10: Erscheinungshäufigkeit pro Jahr der Mitgliederzeitungen und E-Mail-Newsletter politischer Mitgliederparteien mit Stand 2014

Quelle: eigene Darstellung

In Anbetracht der Überalterung der Partei-Mitglieder, die für Österreich und die Schweiz ähnlich angenommen werden kann wie für Deutschland (vgl. Filzmaier, 2011b, 62) (vgl. auch Kapitel 4.2.3), verwundert es nicht, dass haptische Medien nach wie vor in nahezu allen Mitgliederparteien mit hohen Mitgliederzahlen verwendet werden, da die ältere Generation elektronisch kaum erreichbar ist. Gleichzeitig bieten alle Parteien diese haptischen Medien auch elektronisch an, um damit auch jene Personen zu erreichen, die sich über das Web informieren wollten. Unter Berücksichtigung der politischen Subgruppen nach Tabelle 5 lässt sich ein Trend aus dem Material ablesen, dass die Größe der Parteien Einfluss auf die Vielfalt ihrer internen Medien hat. Je mehr Mitglieder die Parteien aufweisen, desto höher ist die Anzahl der unterschiedlichen internen Medien, die sie verwenden. Je kleiner die Partei, desto weniger geben sie die

zumeist kostenintensiven Parteizeitung heraus. Rechte und materialistische Parteien kommunizieren öfter und intensiver mit ihren Mitgliedern als linke und postmaterialistische Zusammenschlüsse. Die im Vergleich zu den Druckkosten für Zeitungen stärker nur mit personellen Ressourcen zu bewältigenden E-Mail-Newsletter sowie die sozialen Medien Facebook und Twitter setzen alle beforschten Gruppierungen ein. Es ist allgemein ein Trend zur verstärkten Online-Kommunikation festzustellen. Die Schweizer SVP stellt beispielsweise den 14-tägigen Erscheinungsrhythmus ihres E-Mail-Newsletters im Jahr 2015 auf wöchentlich um.

Um die Auswahleinheit transparent darzustellen, gibt Tabelle 11 wieder, welche Medien in welcher Ausgabenanzahl im Studienzeitraum von den untersuchten Parteien veröffentlicht werden und somit in die Auswahleinheit fallen:

Anzahl Ausgaben interne Medien im Jänner- Juni 2014		Mitgliederzeitung	E-Mail-Newsletter	Kontakte gesamt
Deutschland	SPD	Vorwärts: 2 INTERN: 4	Flugblätter: 24 Briefe: 6	36
	CDU	2	53	55
	CSU	25	15	40
	DIE LINKE	6	24	30
	Bündnis 90/ die Grünen	1	28	29
Österreich	ÖVP	1	19	20
	SPÖ	11	40	51
	FPÖ	23	26	49
	Die Grünen	-	5	5
	Neos	-	12	12
Schweiz	FDP	1	6	7
	CVP	-	22	22
	SVP	5	12	17
	SP	5	14	19
	GPS	2	14	16
	BDP	-	-	-
	GLP	-	2	2
Gesamt		88	322	410

Tabelle 11: Anzahl der Ausgaben der Mitgliederzeitungen und E-Mail-Newsletter im Jänner-Juni 2014

Quelle: eigene Darstellung

Einige Hintergrundinformationen zur Zusammenstellung der Auswahleinheit sind anzumerken, die Aufschluss über mögliche Differenzen zur Tabelle 10 geben. Die Hinweise erfolgen in der Reihenfolge von oben nach. Von der SPD wird eine Auswahl von sechs Beispielen der unregelmäßig erscheinenden Mitgliederbriefe zur Verfügung gestellt, weshalb sich die Untersuchung auf diese sechs Briefe beschränkt. Demgegenüber können von ihr alle als E-Mail-Newsletter zu wertenden Flugblätter in diesem Zeitraum berücksichtigt werden. Die SPÖ hat einige speziell auf den EU-Wahlkampf ausgerichtete Newsletter verschickt, weshalb die untersuchte Anzahl von 40 über der Hälfte des Jahresdurchschnitts liegt. Die BDP informiert ihre Mitglieder beinahe ausschließlich über Web-TV und ihre Homepage. Ihre E-Mail-Newsletter enthalten ausschließlich Links zum Web-TV, weshalb sie nicht in der Untersuchung berücksichtigt werden. Die SP beschickt drei unterschiedliche interne Gruppen mit E-Mail-Newslettern, die alle in die Untersuchung aufgenommen sind. Daraus ergibt sich die in Tabelle 12 dargestellten untersuchten A4-Seitenanzahlen pro Partei, internes Medium und gesamt. Jede begonnene Seite fließt in die Zählung ein.

Seitenanzahl in A4-Seiten gesamt der interne Medien im Jänner- Juni 2014		Mitglieder- zeitung	E-Mail- Newsletter	Gesamt
Deutschland	SPD	104	41	145
	CDU	80	56	136
	CSU	500	28	528
	DIE LINKE	332	80	412
	Bündnis 90/ die Grünen	28	167	195
Österreich	ÖVP	12	53	65
	SPÖ	152	224	376
	FPÖ	328	26	354
	Die Grünen	-	8	8
	Neos	-	10	10
Schweiz	FDP	24	63	87
	CVP	-	69	69
	SVP	80	33	113
	SP	100	27	127
	GPS	48	36	84
	BDP	-	-	-
	GLP	-	11	11
Gesamt		1.788	932	2.720

Tabelle 12: Anzahl der A4-Seiten pro Partei, Medium und gesamt im Jänner-Juni 2014

Quelle: eigene Darstellung

Insgesamt kontaktieren im Jänner bis Juni 2014 die untersuchten Parteien ihre Mitglieder 410 Mal über Mitgliederzeitungen, auf die 88 Kontakte fallen, und E-Mail-Newsletter, die sie 322 Mal verschicken. Die Parteien kommunizieren auf 2.720 A4-Seiten über diese Medien mit ihren AnhängerInnen, wobei die Mitgliederzeitungen mit 1.788 Seiten deutlich mehr Umfang einnehmen als die E-Mail-Newsletter mit 932 Seiten. Am häufigsten, mit 190 Kontakten, informieren insgesamt die deutschen Parteien, gefolgt von den österreichischen Parteien mit 137 Kontakten. Die Schweizer Parteien bilden mit 83 Kontakten das Schlusslicht. Werden die geschriebenen A4-Seiten betrachtet, macht sich das Gefälle noch deutlicher bemerkbar. Deutsche Parteien produzieren in den untersuchten internen Medien 1.416 A4-Seiten, in Österreich sind es 813 und in der Schweiz 491. Somit kommunizieren die Schweizer Parteien merkbar weniger über die internen Medien mit ihren Mitgliedern als die Parteien in Deutschland oder Österreich. Zu vermuten ist, dass in der Schweiz aufgrund des im Vergleich zu Deutschland und Österreich

Dissertation Rosemarie Nowak: Vorsitzenden-Reputation in Mitgliederparteien

reduzierten Personalstandes (vgl. Kapitel 4.5.2) weniger Ressourcen für die Interne Kommunikation vorhanden sind.

Werden die Parteien links und rechts der Mitte angeordnet (vgl. Tabelle 5) kommuniziert der rechte Flügel mit 222 Kontakten gesamt etwas häufiger mit seinen Mitgliedern als der linke Flügel mit 188 Kontakten. Hingegen ist bei der A4-Seitenanzahl von 1.362 der rechten kaum ein Unterschied zu den 1.358 Seiten der linken Gruppierungen festzustellen. Insgesamt ist eine leichte Tendenz zu bemerken, dass die Parteien rechts der Mitte die internen Medien Mitgliederzeitung und E-Mail-Newsletter etwas häufiger nutzen als jene links der Mitte.

Wird jedoch in größere und kleinere Parteien unterschieden (vgl. Tabelle 5), ergeben sich signifikante Unterschiede. Die größeren Parteien weisen über Mitgliederzeitungen und E-Mail-Newsletter von Jänner bis Juni 2014 insgesamt 248 Kontakte mittels 1.519 A4-Seiten auf, während die kleineren Parteien lediglich über 162 Kontakte auf 1.201 A4-Seiten herstellen. In diesem Zusammenhang ist eine Dependenz hinsichtlich der finanziellen Ressourcen zu vermuten sowie, dass kleinere Parteien Social Media und persönliche Kontakte stärker nutzen.

Noch deutlicher werden die verschiedenen Zugänge, wenn zwischen materialistischen Parteien und postmaterialistische Parteien (vgl. Tabelle 5) unterschieden wird. Die als materialistisch einzustufenden Parteien kommunizieren auf 2.000 A4-Seiten in 316 Kontakten mit ihren Mitgliedern, wohingegen die postmaterialistischen Zusammenschlüsse lediglich 720 geschriebene A4-Seiten produzieren und diese in 94 Kontakten ihren AnhängerInnen näherbringen. Selbst wenn die materialistischen Gruppierungen mit einer Anzahl von 10 im Vergleich zu den postmaterialistischen Parteien mit einer Anzahl von 7 in der Überzahl sind, ergibt auch eine Gewichtung auf ein gleiches Verhältnis mit 288 zu 122 Kontakten und 1.796 zu 924 Seiten den gleichen eindeutigen Trend. Die materialistischen Parteien mit ihren über Jahrzehnte bzw. mehr als ein Jahrhundert gewachsenen Strukturen und häufig älteren Mitgliedern nutzen die Mitgliederzeitungen und E-Mail-Newsletter signifikant häufiger als die postmaterialistischen Parteien, die offenbar andere Kommunikationswege finden oder weniger kommunizieren.

Damit die Häufigkeit der Nennung der Parteivorsitzenden und deren Abbildungen festgestellt werden kann, wird in Tabelle 13 aufgelistet, um welche Personen es sich im Zeitraum Jänner bis Juni 2014 handelt:

Parteivorsitzende im Zeitraum der quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse (1. Jänner–30. Juni 2014)	Parteivorsitzende
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	Sigmar Gabriel
Christlich Demokratische Union (CDU)	Angela Merkel
Christlich-Soziale Union (CSU)	Horst Seehofer
DIE LINKE	Katja Kipping und Bernd Riexinger
Bündnis 90/die Grünen	Simone Peter und Cem Özdemir
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	Michael Spindelegger
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	Werner Faymann
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	Heinz-Christian Strache
Die Grünen	Eva Glawischnig
Neos	Matthias Strolz
FDP.Die Liberalen (FDP)	Philipp Müller
Christdemokratische Volkspartei (CVP)	Christophe Darbellay
Schweizerische Volkspartei (SVP)	Toni Brunner
Sozialdemokratische Partei (SP)	Christian Levrat
Grüne Partei (GPS)	Regula Rytz und Adèle Thorens Goumaz
Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP)	Martin Landolt
Grünliberale Partei (GLP)	Martin Bäumle

Tabelle 13: Vorsitzende politischer Parteien im DACH-Raum in der Zeitspanne vom 1. Jänner bis 30. Juni 2014

Quelle: (CDU, 2015, online; CSU, 2015, online; SPD, 2015, online; DIE LINKE, 2015b, online, 2015a, online; gruene.de, 2015, online; SPÖ, 2015, online; ÖVP, 2015, online; FPÖ, 2015, online; gruene.at, 2015, online; Neos, 2015, online; svp.ch, 2015, online; Darbellay, 2015, online; BDP, 2015, online; Levrat, 2015, online; Philipp-mueller, 2015, online; gruene.ch, 2015, online; gruenliberale.ch, 2015, online)

Wer dieser ParteichefInnen noch im Amt ist und wer ab wann andere Wege geht, kann per Stand Ende 2018 im Kapitel 4 nachgelesen werden.

Die Titelseite einer Zeitung ist ein besonderer Ort, abgebildet zu sein. Sie sticht als erster Eindruck ins Auge und lässt auf den Inhalt der Zeitung schließen. Daher ist die Titelseite der Parteizeitungen auch bei den Parteivorsitzenden beliebt. Tabelle 14 gibt einen Überblick, wie häufig die Parteivorsitzenden auf der eigenen Parteizeitung im Untersuchungszeitraum abgebildet sind. Es wird auch nochmals angeführt, wie häufig die Zeitungen erscheinen, um eine Relation erkennen zu können. Der Prozentwert in der rechten Spalte gibt an, welcher Wert der Abbildungen im Vergleich zu der hundertprozentigen Möglichkeit erreicht wird. Dabei wird eine Abbildung pro Titelseite als Richtwert angenommen.

Parteivorsitzende auf Titelblatt der Parteizeitungen abgebildet Jänner- Juni 2014		Mitgliederzeitung Ausgaben	Parteivorsitzende auf Titelseite	Prozentanteil
Deutschland	SPD	Vorwärts: 2 INTERN: 4	1	17
	CDU	2	1	50
	CSU	25	9	36
	DIE LINKE	6	-	0
	Bündnis 90/ die Grünen	1	-	0
Österreich	ÖVP	1	-	0
	SPÖ	11	1	9
	FPÖ	23	22	96
	Die Grünen	-	-	-
	Neos	-	-	-
Schweiz	FDP	1	-	0
	CVP	-	-	-
	SVP	5	-	0
	SP	5	1	20
	GPS	2	-	0
	BDP	-	-	-
	GLP	-	-	-
Gesamt		88	35	40

Tabelle 14: Anzahl Abbildungen der Parteivorsitzenden auf dem Titelbild der Parteizeitungen im Jänner-Juni 2014

Quelle: eigene Darstellung

Bei der Durchsicht der Unterlagen fällt auf, dass bei den sozialdemokratischen Parteien SPD und SPÖ stark der Kandidat für die Wahl zum Europäischen Parlament im Vordergrund steht. Der Parteichef der FPÖ ist teils mehrfach auf manchen Titelseiten abgebildet, was die Nichtabbildung auf anderen Covers rechnerisch aufhebt. Daher ergibt sich ein derart hoher Prozentwert. Insgesamt ist die Tendenz abzulesen, dass größere Parteien ihre Parteivorsitzenden mit 12 Abbildungen häufiger am Cover zeigen als kleinere Gruppierungen, wenn die FPÖ mit 22 Nennungen als Ausreißer nicht in dieser Größeneinordnung berücksichtigt wird. Die häufigere Abbildung geht mit der höheren Auflagezahl der Mitgliederzeitungen größerer Gruppierungen einher, wobei auch die FPÖ als Ausreißer der kleineren Parteien eine sehr hohe Auflagezahl verschickt. Die Untergliederung zwischen rechts und links zeigt eine deutliche Favorisierung der

Vorsitzenden am Cover der Parteizeitungen des rechten Flügels. Ein ähnliches Muster lässt sich für die Untergliederung in materialistische und postmaterialistische Parteien ablesen, da die postmaterialistischen Zusammenschlüsse gänzlich auf eine Abbildung ihrer Parteivorsitzenden am Parteiorgan, so vorhanden, verzichten.

Neben der Abbildung am Cover der Parteizeitungen ist auch eine Abbildung an jeder anderen Stelle ein Aufmerksamkeitsmagnet und zieht in der Regel deutlich stärker die Leserschaft an, als eine reine textliche Erwähnung. Daher werden sämtliche bildlichen Darstellungen der Parteivorsitzenden in den Mitgliederzeitungen und den E-Mail-Newslettern gezählt. In die Beobachtung fallen etwa Illustrationen der Beiträge, Abbildungen auf abgelichteten Plakaten oder klassische Werbung. Tabelle 15 zeigt jeweils in der linken Spalte die Anzahl der Abbildungen der Parteivorsitzenden, während in der zugehörigen rechten Spalte die Anzahl der untersuchten A4-Seiten aufscheint. Im rechten Bereich der Tabelle 15 wird die Relation der möglichen Ablichtungen eingetragen, wobei von einem Bild pro A4-Seite ausgegangen wird.

Parteivorsitzende in der Parteizeitungen oder im E-Mail-Newsletter abgebildet Jänner- Juni 2014		Mitgliederzeitung Abbildung/ Anzahl A4- Seiten		E-Mail- Newsletter Abbildung/ Anzahl A4- Seiten		Abbildung/ Anzahl A4- Seiten gesamt		Relation zu A4-Seiten in Prozent		
								Zeitungen	Newsletter	gesamt
Deutschland	SPD	5	104	-	41	5	145	4,8	-	3,4
	CDU	20	80	-	56	20	136	25,0	-	14,7
	CSU	53	500	-	28	53	528	10,6	-	10,0
	DIE LINKE	15	332	-	80	15	412	4,5	-	3,6
	Bündnis 90/ die Grünen	-	28	-	167	-	195	-	-	-
Österreich	ÖVP	1	12	9	53	10	65	8,3	17,0	15,4
	SPÖ	23	152	10	224	33	376	15,1	4,5	8,8
	FPÖ	132	328	-	-	132	328	40,2	-	40,2
	Die Grünen	-	-	1	8	1	8	-	12,5	12,5
	Neos	-	-	-	10	-	10	-	-	-
Schweiz	FDP	-	24	6	63	6	87	-	9,5	6,9
	CVP	-	-	7	69	7	69	-	10,1	10,1
	SVP	12	80	-	33	12	113	15,0	-	10,6
	SP	4	100	2	27	6	127	4,0	7,4	4,7
	GPS	6	48	5	36	11	84	12,5	13,9	13,1
	BDP	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	GLP	-	-	3	11	3	11	-	27,3	27,3
Gesamt		271	1.788	43	932	314	2.720	15,2	4,6	11,5

Tabelle 15: Anzahl der Abbildungen der Parteivorsitzenden in den Parteizeitungen und E-Mail-Newsletter im Jänner-Juni 2014

Quelle: eigene Darstellung

In der Untersuchung aller Abbildungen zeigt sich, wie bei den Titelbildern, ein von der FPÖ beeinflusstes differenziertes Bild, wenn die Anzahl der Bilder der Vorsitzenden hinsichtlich der Größe der Parteien betrachtet wird. Bei den größeren Parteien finden sich jedoch mit 146 Bildern zahlenmäßig etwas weniger Abbildungen der Parteivorsitzenden als in den internen Medien der kleineren Gruppierungen mit 168 Ablichtungen. Den hohen Wert innerhalb der kleinen Parteien dominieren jedoch die 132 Abbildungen des Vorsitzenden der FPÖ. Wird diese herausgerechnet, dominieren klar die Abbildungen der Parteivorsitzenden der größeren Gruppierungen mit 146 zu 36. Bei der Relation zu den A4-Seiten ergibt sich gleichfalls ein leicht überwiegendes Verhältnis der kleinen Parteien im Verhältnis von 10,0:11,3. Zu diesem tragen neben der FPÖ vor allem die grünen Gruppierungen in der Schweiz und Österreich bei. Ohne Berücksichtigung des Ausreißers FPÖ muss wiederum den größeren Gruppierungen eine Dominanz

zugesprochen werden. Das Erscheinungsbild der internen Medien der FPÖ gleicht im professionellen Aufbau und der Inhaltsgestaltung eindeutig stärker der Fertigungsweise der größeren Parteien. Würden zur Untergliederung der Parteigröße bundesweite WählerInnenstimmen anstatt der Mitgliederzahlen herangezogen, zählte die FPÖ zu den größeren Parteien. Die Differenz erklärte sich durch einen sehr hohen Anteil an potenzieller Protestwählerschaft, welcher sich im Jahre 2014 nicht in der Mitgliedererwerbungsleistung niederschlägt. Eine Zuordnung zu den kleineren Gruppierungen ist für die FPÖ daher aufgrund der Mitgliederzahlen korrekt, jedoch im realen politischen Auftritt verhält sich dieser Gruppierung eher wie eine Großpartei. (vgl. zur Entwicklung der FPÖ Kapitel 4.4.2.3)

Demgegenüber bietet die Aufteilung zwischen rechts und links der Mitte ein bereits gewohntes Muster. Die rechts der Mitte einzuordnenden Parteien stellen ihre Parteivorsitzenden mit 240 Bildern ungemein häufiger bildlich dar, als jene links der Mitte mit 74 Abbildungen. Ein ähnliches Verhältnis, sogar noch intensiver ausgeprägt mit 284 zu 30 Ablichtungen, ergibt sich in der Aufteilung zwischen materialistischen und postmaterialistischen Zusammenschlüssen. Am Übergewicht der rechten und materialistischen Parteien würde auch eine Herausnahme der überproportional ausgefallenen FPÖ-Zählung nichts ändern.

Es fällt auf, dass in Deutschland die E-Mail-Newsletter gänzlich ohne Abbildungen der Vorsitzenden auskommen. In der Gesamtsumme liegt die Rate der bildlichen Darstellung der Vorsitzenden in den E-Mail-Newslettern mit 4,6 Prozent bei ungefähr einem Drittel der Parteizeitungen mit 15,2 Prozent. Demnach scheint sich die gedruckte Mitgliederinformation stärker an den Parteivorsitzenden zu orientieren als die elektronische Kommunikation.

Bei der FPÖ finden sich in den Parteizeitungen häufig mehrere Abbildungen von HC Strache auf einer Seite. Teils wird dieser Umstand dadurch verursacht, dass auf den Fotos Plakate mit dem Konterfei des Parteichefs zu sehen sind. Es sind auch viele Veranstaltungshinweise in den Mitgliederzeitungen der FPÖ abgelichtet, auf denen HC Strache abgebildet ist.

Gleiche Muster wie bei den Abbildungen lassen sich aus der Anzahl der Nennungen der Parteivorsitzenden im Text in den internen Medien erkennen, wie in Tabelle 16 abgebildet.

Anzahl Nennung Parteivorsitzende in Parteizeitungen und E-Mail-Newslettern im Jänner- Juni 2014		Mitgliederzeitung Ausgaben	E-Mail-Newsletter	Gesamt
Deutschland	SPD: Sigmar Gabriel	41	7	48
	CDU: Angela Merkel	31	8	39
	CSU: Horst Seehofer	368	33	401
	DIE LINKE: Katja Kipping, Bernd Riexinger	30+35=65	27+26=53	118
	Bündnis 90/die Grünen: Simone Peter, Cem Özdemir	1+0=1	9+13=22	23
Österreich	ÖVP: Michael Spindelegger	4	35	39
	SPÖ: Werner Faymann	15	122	137
	FPÖ: HC Strache	237	-	237
	Die Grünen: Eva Glawischnig	-	1	1
	Neos: Matthias Strolz	-	-	-
Schweiz	FDP: Philipp Müller	1	7	8
	CVP: Christophe Darbellay	-	9	9
	SVP: Toni Brunner	14	3	17
	SP: Christian Levrat	4	11	15
	GPS: Regula Rytz, Adèle Thorens Goumaz	8+5=13	7+2=9	22
	BDP: Martin Landolt	-	-	-
	GLP: Martin Bäumle	-	3	3
Gesamt		793	324	1.117

Tabelle 16: Anzahl der namentlichen Nennungen der Parteivorsitzenden in Parteizeitungen und E-Mail-Newslettern im Jänner-Juni 2014

Quelle: eigene Darstellung

Die Untersuchung, wie häufig die Parteivorsitzenden in den internen Medien namentlich genannt sind, ergibt sehr ähnliche Relationen wie bereits in den vorangegangenen Zählungen. Größere Parteien liegen mit 698 Namensnennungen deutlich vor den 419 der kleinen Zusammenschlüsse. Wird der Ausreißer FPÖ mit 237 Nennungen herausgerechnet, tritt das Größenverhältnis von 698 zu 182 noch deutlicher zutage. Der Unterschied zwischen rechts mit 750 und links mit 367 Erwähnungen fällt wie bereits gewohnt ebenso klar aus. Eine Untergliederung in materialistische Gruppierungen, deren Parteivorsitzende 950 Mal namentlich erwähnt sind, und postmaterialistische Parteien, welche die Namen ihrer Vorsitzenden 167 einbringen, klafft am weitesten auseinander. Auffällig ist, dass die jüngste Partei, die österreichischen Neos, gänzlich auf eine persönliche Erwähnung ihres Parteivorsitzenden Strolz verzichtet.

Eine erste Zählung der Merkmale im Material ist mit diesen Berechnungen abgeschlossen. Um die hier folgende qualitative Inhaltsanalyse durchzuführen, werden ausgehend von den namentlichen Nennungen der Parteivorsitzenden 10 Prozent der Textstellen den deduktiv generierten Hauptkategorien bzw. den induktiv erstellten Subkategorien zugeordnet (vgl. Kapitel 6.2.1). Tabelle 17 zeigt das aktuelle Kategorienschema mit der Anzahl der Zuordnungen der Textstellen, die mit den Kodierentscheidungen gleichzusetzen sind.

Hauptkategorien und Subkategorien und die Anzahl der Zuordnung aus den Mitgliederzeitungen und E-Mail-Newslettern im Jänner-Juni 2014		
Hauptkategorien	Subkategorien	Anzahl Zuordnung
Funktionale Reputation positiv	Politische Werte	34
	Sozialpolitik	12
	Politische Erfolge	6
	Wirtschaft	3
Funktionale Reputation neutral		-
Funktionale Reputation negativ	Politische Werte	17
	Sozialpolitik	11
	Wirtschaft	6
Soziale Reputation positiv	Kultur, Kunst, Sport	4
	Sozialpolitik	3
	Politische Werte	3
Soziale Reputation neutral		2
Soziale Reputation negativ		5
Expressive Reputation positiv		11
Expressive Reputation neutral		-
Expressive Reputation negativ		4
Transaktionales Leadership	Politische Werte	24
	Sozialpolitik	21
	Politische Erfolge	5
Transformierendes Leadership		28
Summe		199

Tabelle 17: Erweitertes Kategorienschema mit Subkategorien und Anzahl der Kodierungen

Quelle: eigene Darstellung

Die überwiegende Thematisierung der funktionalen Reputation mit 89 zugewiesenen Textstellen fällt auf. Von ihnen sind 55 positiv und 34 negativ einzustufen. Die negativ eingeordneten Passagen sind an jenem Charakter erkennbar, sich von anderen abzugrenzen, indem negative

Aussagen über andere Personen, Organisationen oder Handlungen getätigt werden. Die soziale Reputation fällt demgegenüber mit 17 Zuordnungen bereits deutlich ab, ähnlich wie die expressive Reputation mit 15 Textstellen. Das transaktionale Leadership kommt mit 50 Nennungen beinahe doppelt so oft vor wie das transformierende Leadership mit 28 Zuordnungen. Das nachstehende Kapitel gibt qualitative Aufschlüsse über die Inhalte dieser Kategorien.

6.2.2.2 *Qualitative Ergebnisse der Inhaltsanalyse*

Aufgrund der hohen Anzahl der Ausprägungen der **positiven funktionalen Reputation** wird die Kategorie induktiv untergliedert. Es entstehen die Subkategorien politische Werte, Sozialpolitik, Politische Erfolge und Wirtschaft. Diese Subkategorien sind in der Tabelle 17 nach ihrer Häufigkeit gereiht und auch in der Darstellung der Ergebnisse in dieser Reihenfolge behandelt. Zur Vergleichbarkeit der Ergebnisse sind auch die anderen Kategorien, wenn sinnvoll, in diese induktiv gebildeten Subkategorien untergliedert. Nur bei der positiven sozialen Reputation ist inhaltlich bei einer Subkategorie eine andere Bezeichnung nötig.

Die Subkategorie **politische Werte** dominieren die Themenbereiche Wahlen, Ideologie und Wirtschaft. Der Schwerpunkt auf Wahlen steht in engem Zusammenhang mit dem Urnengang für das Europäische Parlament. Darüber hinaus finden sich beispielsweise Beiträge zu Lokalwahlen oder auch der Arbeiterkammerwahl in Österreich. Anhand der Erwähnung dieser Abstimmungen transportieren die Parteien in der Regel ihnen bedeutende Inhalte, wodurch die Wahlen selbst in den Hintergrund treten und die Positionierung der Vorsitzenden aufgrund der mitgelieferten Themen untersucht werden kann.

Betreffend ihre eigenen Absichten machen die Parteivorsitzenden den Eindruck, bei bzw. nach den Wahlen die Sachpolitik wesentlich beeinflussen zu können. Hinsichtlich der Wahl zum Europäischen Parlament will beispielsweise Sigmar Gabriel (SPD) die Europaskepsis der Bevölkerung durch Überzeugungsarbeit überwinden. Die konservativen Horst Seehofer (CSU) und Michael Spindelegger (ÖVP) bekennen sich zu Europa und wollen den europäischen Gedanken weiter ausbauen. HC Strache (FPÖ) will zugunsten eines Europas der Vaterländer dem Zentralisierungswahn entgegenwirken. Demgegenüber setzen die österreichischen Grünen auf den persönlichen Kontakt. Gemeinsam mit der Spitzenkandidatin zur Europawahl und der amikal mit Eva erwähnten Vorsitzenden Glawischnig soll darüber nachgedacht und diskutiert werden, Europa zu verbessern. Wenn Angela Merkel (CDU) auf nationaler Ebene als Bundeskanzlerin nach der Regierungsbildung auf die kommenden großen Herausforderungen hinweist,

schwimmt in dieser Aussage mit, dass sie selbst und das ihr zugeordnete Kabinett diesen Herausforderungen gewachsen sind. Diese Positionierungen entsprechen den Parteilinien und sind als kongruente Stütze der eigenen Profilierung einzuordnen.



Abbildung 16: Angela Merkel (CDU) positioniert sich als erfolgreiche Regierungschefin, die den Herausforderungen gewachsen ist

Quelle: (CDU Union Magazin, 4/2013-1/2014, 12)

Stehen angestrebte Wahlerfolge im Zentrum der Untersuchung, streben die Parteivorsitzenden einen Transfer der Erfolge der Zukunft auf die gegenwärtige Reputation an. HC Strache (FPÖ) hebt mehrfach erhoffte Zugewinne seiner Partei bei nationalen und europäischen Wahlen hervor, wodurch er seine gegenwärtige Position allgemein stärkt. Demgegenüber rufen Katja Kipping und Bernd Riexinger von DIE LINKE ganz im Sinne einer basisdemokratischen Orientierung zur Beteiligung am Europawahlkampf auf, wodurch die Werte der Partei auf die Vorsitzenden ausstrahlen. Eine Verbindung der eigenen Person mit Wahlerfolgen bzw. dem Engagement für Wahlerfolge wirft ein positives Licht auf die Reputation der Vorsitzenden. Die RezipientInnen ordnen die Parteiführung in der GewinnerInnen-Reihe ein, selbst wenn diese persönlich keinen oder nur einen geringen Beitrag leisten oder der potenzielle Wahlerfolg noch in der Zukunft liegt.

Die Parteien nutzen die Kommunikation zu den Wahlen auch dazu, die eigenen Werte und Ziele zu vermitteln. Schreibt Horst Seehofer (CSU) dem frisch gekürten Münchner Erzbischof große

intellektuelle Schärfe und Durchsetzungskraft zu, reklamiert er gleichzeitig implizit diese Eigenschaften auch für sich und seine Partei. Bringt Toni Brunner (SVP) eine Volksabstimmung mit der schönen und einzigartigen Schweiz in Verbindung, übertragen sich die positiven Eigenschaften des Landes auf ihn und seine Partei. Fordert Sigmar Gabriel (SPD) Herz und Verstand für Europa oder Werner Faymann (SPÖ) eine Mehrheit für Bildung, Gesundheit und Ausbildung für alle sowie einen starken Arbeitnehmerschutz, spiegeln diese Eigenschaften die von den Vorsitzenden und den Parteien gelebten oder geforderten Werte wider. Thematisieren DIE LINKE in einer direkten Aufforderung an die Mitglieder häufig das „Wir“, steht dadurch der gemeinschaftliche Wert der Partei im Vordergrund. Die Parteivorsitzenden stützen demnach ihre eigene Reputation, indem sie bei Wahlereignissen auch die erfolgreiche Umsetzung der Werte der Partei fordern. Sie transportieren dadurch über positiv besetzte Sachthemen auch ihre eigene Integrität und stützen indirekt neben ihrer funktionalen auch ihre soziale Reputation.

Auffällig ist eine Querschnittsbetrachtung. Bei der Berichterstattung zu den Wahlen stellen sich die Parteivorsitzenden vorteilhaft neben den SpitzenkandidatInnen des jeweiligen Urnengangs ins Rampenlicht und unterstützen diese verbal. Es entsteht der Eindruck einer gegenseitigen Win-Win-Situation der Positionierung, indem die Reputation gegenseitig abfährt. Bei den Europawahlen ist dies vor allem über gemeinsame Abbildungen der Fall. Auf lokaler Ebene kommt es zu Annäherungen der einzelnen PolitikerInnen. Wenn der österreichische SPÖ-Vorsitzende Werner Faymann beispielsweise dem Salzburger Bürgermeister zum Wahlsieg gratuliert und ihm einen wesentlichen Anteil daran zuweist, dass „Salzburg eine lebenswerte Stadt für Alt und Jung ist“, hebt er nicht nur die politischen Werte der SPÖ hervor, sondern es strahlt dieser funktionale Erfolg auch zurück auf Faymann. Gleiches gilt für Horst Seehofer (CSU), wenn er der von ihm vorgeschlagenen Kandidatin zum Vorsitz der Hanns-Seidel-Stiftung gratuliert.

Indem die Vorsitzenden die eigene Kompetenz betonen, transportieren sie neben der funktionalen Reputation auch die jeweilige Ideologie ihrer Partei bzw. deren vielfältige Ausprägungen. Wenn Hort Seehofer (CSU) zum Opferschutz und in Abgrenzung zu den Tätern ankündigt, den An- und Verkauf pädophilen Materials generell unter Strafe zu stellen, macht er die Werte seiner eigenen Partei deutlich. Diese Werte sollen die Bevölkerung auch moralisch schützen. Implizit sagt er damit, dass er sich auch selbst an diese Werte hält. Ähnlich geht Simone Peter von Bündnis 90/die Grünen vor, indem sie appelliert, den Warnungen des Weltklimarates entschlossen zu folgen. Sie zeigt dadurch, dass sie die Erde behüten will und den Umweltschutzgedanken ihrer Partei auch selbst lebt. Eine Parallele findet sich bei Regula Rytz (GPS), die für den Verzehr lokaler Lebensmittel eintritt und durch hohe Importstandards die Produktionsbedingungen

in anderen Ländern beeinflussen will. Mit der Gabel lasse sich die Welt verändern. Rytz macht damit klar, dass sie globale Verantwortung übernimmt und selbst an der Umsetzung ihrer Ideologie Anteil hat. Wenn sich Werner Faymann (SPÖ) für eine Reform der österreichischen Untersuchungsausschüsse ausspricht, vermittelt er mit dieser Forderung zusätzlich, selbst an Gerechtigkeit für die Bevölkerung interessiert zu sein, und dass er diesem Wert als Person entspricht. Gleiches gilt für seinen Vorschlag der Staatsform der Neutralität für die Ukraine. Die Neutralität ist in Österreich hoch angesehen und Faymann profitiert mit dieser Empfehlung von ihrem guten Ruf.

Sehr ähnliche Muster lassen sich feststellen, wenn die internen Medien über Parteivorsitzende und politische Gäste oder Ehrungen als Erfolgsgeschichten berichten. Sigmar Gabriel (SPD) erhält beispielsweise von der Deutsch-Türkischen Freundschaftsföderation den Preis „Kybele“, wodurch ihm auch die Werte „Gleichheit und Gerechtigkeit“ zugesprochen werden. Demgegenüber trifft sich Horst Seehofer (CSU) mit Sudetendeutschen oder anderen bedeutenden deutschen PolitikerInnen. In den Berichten über diese Treffen nehmen die internen Medien die Werte „Wurzeln und Zukunft“ sowie „Heimat“ auf. HC Strache solidarisiert sich mit dem serbischen Staatspräsidenten, mit dem ihm vielfältige Interessen verbinden, wodurch seine Persönlichkeit an staatstragenden Aspekten gewinnt. Auch in diesem Themenfeld profitiert die soziale Reputation der Parteivorsitzenden von den funktionalen Erfolgen bzw. den Forderungen, die auf funktionale Reputation ausgerichtet sind.



Abbildung 17: HC Strache (FPÖ) trifft sich mit dem serbischen Staatspräsidenten Tomislav Nikolic. Dieser funktionale Akt färbt auf seine soziale Reputation ab
Quelle: (Neue Freie Zeitung, 14/2014, 10)

Demgegenüber zielen die Beiträge mit wirtschaftlichen Inhalten ausschließlich auf die funktionale Reputation ab. CSU-Chef Horst Seehofer erachtet beispielsweise die Energiewende oder

Dissertation Rosemarie Nowak: Vorsitzenden-Reputation in Mitgliederparteien

die nachhaltige Digitalisierung, die es seiner Meinung nach umzusetzen gilt, als äußerst bedeutend. Angela Merkel (CDU) verbindet ihre positive funktionale Reputation mit den sich in guten Händen befindenden öffentlichen Finanzen, bei denen es mit der CDU keine Abweichung vom Europäischen Stabilitätspakt gibt. Es fällt auf, dass rechts der Mitte eingeordnete Parteien die Themen aus einer aktiven sowie gegenwärtigen Position heraus kommunizieren und in die Zukunft projizieren. Parteien links der Mitte kommunizieren stärker in die Vergangenheit gerichtet. Wenn die SPD in der Rolle einer früheren Oppositionspartei etwa ihren Sigmar Gabriel unterstützen will, weist sie auf die Fehler der anderen in der Vergangenheit hin. Bernd Riexinger (DIE LINKE) erwähnt beispielsweise bei einer Pressekonferenz die Gründung der Wahlalternative „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ vor 10 Jahren als Erfolg.

Die Thematiken der **Sozialpolitik** innerhalb der funktionalen Reputation umfassen überwiegend die Einkommen der Bevölkerung, Pensionen, Arbeitsplätze, Ausbildung und gemeinnützige Bauten. Hauptsächlich Parteichefs links der Mitte fordern Entlastungen der kleinen und mittleren Einkommen, einen Mindestlohn oder eine Steuerreform zugunsten der ArbeitnehmerInnen. Aber auch der konservative Horst Seehofer (CSU) wird positiv mit der Grundsicherung in Verbindung gebracht, genauso wie mit der Rente ab 63, bei der weiters Angela Merkel (CSU) Erwähnung findet. Zur eigenen Position untypisch scheint auch die Aufgabe für ÖVP-Spindellegger, Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Demgegenüber verwundert es, dass Sigmar Gabriel (SPD) mit der Entlastung der Kommunen hinsichtlich der Grundsicherung in einem Atemzug genannt ist. Michael Spindelegger (ÖVP) streicht die Vorteile der EU hervor, in der die freie Wahl des Studienortes oder des Arbeitsplatzes möglich ist und der Profit der Betriebe gesteigert wird. Etwas verwundert das Lob für Werner Faymanns (SPÖ) Verhandlungsgeschick hinsichtlich der Stärkung der Lebens- und Wirtschaftsstandorte im ländlichen Raum, da dieses Argument eher bei konservativen Parteien zu vermuten wäre. Wenn sich jedoch Horst Seehofer (CSU) für Hochwasserschutz und Werner Faymann (SPÖ) für Kinder- und Jugendbetreuung einsetzen, agieren sie in ihren politischen Kerngebieten. Sozialpolitische Argumente innerhalb der funktionalen Reputation besetzen insgesamt Parteien der Mitte und noch stärker jene links der Mitte. Die Parteivorsitzenden wählen überwiegend jene Themen, die für ihre Partei erwartet werden, fischen jedoch auch in den Terrains der anderen Parteien, wenn dies tagespolitisch Vorteile bringt.



Abbildung 18: Die Sozialpolitik besetzen stärker Parteien links der Mitte. Im Beitrag zu diesem Bild fordert Werner Faymann (SPÖ) eine spürbare Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen

Quelle: (SPÖ Aktuell, 10/2014, 6)

Betreffend die konkreten **politischen Erfolge** streichen die postmaterialistischen Parteivertreter Martin Bäumle (GLP) und Bernd Riexinger (DIE LINKE) die Konsolidierung der eigenen Partei hervor. Die Parteivorsitzenden der DIE LINKE weisen auch auf die Definition der Aufgaben und Ziele der eigenen Bewegung hin. Demgegenüber erwähnt Horst Seehofer (CSU) als Vertreter einer materialistischen Partei ausschließlich Wahlerfolge, wie die Führung der größten Gruppierung im Europäischen Parlament durch einen CSU-Politiker oder herausragende Umfragewerte, die ihm 49 Prozent Zustimmung bescheinigen. Bei den etablierten Parteien stehen keine internen Aufgaben-Diskussionen zur Debatte.



Abbildung 19: Bernd Riexinger (DIE LINKE) spricht über die Konsolidierung seiner Partei

Quelle: (Disput, Mai 2014, 14)

Parteien der Mitte bringen die wenigen Beiträge zur **Wirtschaft** in Zusammenhang mit der funktionalen Reputation ein. Sie beziehen sich ausschließlich auf finanzielle Themen. Werner Faymann (SPÖ) lobt die Abweisung der Klage der Briten hinsichtlich der Finanztransaktionssteuer. Horst Seehofer (CSU) findet anerkennende Worte für den Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Landesbank, der diese aus stürmischer See in deutlich ruhigeres Fahrwasser manövriert. Auch bei diesen Beispielen färbt die funktionale Reputation des Themas auf die Parteivorsitzenden positiv ab.

Als Beiträge der **negativen funktionalen Reputation** gelten jene, in denen Vorsitzende durch eine Herabstufung oder Geringschätzung anderer eine eigene reputative Besserstellung anstreben oder Vorteile für die eigene Position drin suchen, Handlungen anderer negativ darzustellen.

In der Subkategorie **politische Werte** grenzen sich die ParteichefInnen überwiegend durch Sachthemen von anderen Gruppierungen ab. In der Außenpolitik verurteilen die VertreterInnen der DIE LINKE das Vorgehen Russlands während der Krimkrise. Horst Seehofer (CSU) spricht sich gegen eine Entsendung von Truppen nach Zentralafrika aus und wirft der EU-Kommission Realitätsferne bezüglich der Pkw-Maut, der Zuwanderung und den Ausnahmen für energieintensive Betriebe vor.



Abbildung 20: Horst Seehofer (l.) mit Thomas Kreuzer bei der Klausurtagung in Wildbad Kreuth, bei der er am Rande auch Kritik an der EU-Kommission übt

Quelle: (Bayernkurier, 3/2014, 1)

HC Strache (FPÖ) kritisiert den Zentralismus der EU und die österreichischen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, welche seiner Meinung nach noch mehr Kompetenzen an die EU abgeben wollen. In der Frage der Schließung von Polizeidienststellen wendet sich HC Strache gegen alle anderen Parteien und wirft SPÖ, ÖVP, Grüne und Neos vor, für eine Schließung gestimmt zu haben. Auch ein Vorstoß für Horst Seehofer (CSU) polarisiert, indem einer seiner Parteikollegen der SPD vorwirft, Seehofers Vorschlag zur Volksbefragung kopiert zu haben.

Relativ überschaubar bleibt mit 5 Beiträgen die Thematik der Zuwanderung, da der Untersuchungszeitraum vor den großen Flüchtlingswellen liegt. Diesbezügliche Argumente publizieren ausschließlich Parteien rechts der Mitte. Rund um den Besuch des türkischen Premierministers Erdogan in Österreich grenzt sich HC Strache (FPÖ) vom nach seiner Einschätzung nationalistischen und integrationsverweigernden Verhalten Erdogans ab. Er prangert die SPÖ und die ÖVP an, welche den für türkische Wahlen werbenden Auftritt Erdogans möglich machen. Bereits vor dem Besuch des türkischen Premiers kritisiert HC Strache (FPÖ) das Vorgehen des türkischen Konsulats, ÖsterreicherInnen mit türkischen Wurzeln zur Beantragung einer Doppelstaatsbürgerschaft anzuregen, was in Österreich rechtlich nicht möglich ist. Die Schweizer FDP spricht sich gegen eine Forderung der SVP aus, die Pflegepersonal aus Fernost einsetzen möchte, und favorisiert selbst deutschsprachige Unterstützung. Toni Brunner (SVP) nimmt Abstand von der Personenfreizügigkeit der EU und wirbt um JA-Stimmen für die Masseneinwanderungsinitiative.

Die Chefs der CSU und der ÖVP nutzen Wahlen, um sich von anderen abzugrenzen. Beide weisen auf Schwachstellen bei der EU hin und stellen das eigene Land als Vorbild dar, um selbst eine bessere Position im Vergleich zur EU zu erlangen. Horst Seehofer (CSU) hebt darüber hinaus das relativ gute Abschneiden der CSU gegenüber der AfD hervor. An wenigen Stellen lassen die internen Medien in Leserbriefen auch Kritik zu. Horst Seehofer (CSU) wird vorgeworfen, bei der Biomassefrage den Flächenverbrauch und den Nahrungsmittelanbau außer Acht zu lassen. Kipping und Riexinger (DIE LINKE) müssen mit dem Vorwurf leben, zugunsten der Befriedung der Partei keine neuen Ideen eingebracht zu haben. Eine solche Kritik zeugt entweder von Reife der Vorsitzenden und der Parteien oder vom an der Basis orientierten Charakter der Bewegungen.

Hinsichtlich der **Sozialpolitik** prangert Bernd Riexinger (DIE LINKE) einen Streit in der Bundesregierung zu möglichen Ausnahmen bei der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns an. Er fordert die Abschaffung der kalten Progression, welche die anderen Parteien seiner Meinung nach verhindern. Demgegenüber weist Horst Seehofer (CSU) darauf hin, dass die Sozialkassen nicht geschaffen sind, um Armutszuwanderung aus der EU zu fördern. Werner Faymann (SPÖ) kritisiert die Verhandlungen zwischen der EU und den USA zum Freihandelsabkommen TTIP. Er macht klar, dass Österreich keinem Abkommen zustimmen werde, welches die Standards bei der Lebensmittelsicherheit, der Umwelt oder sozialen Fragen untergrabe. Mit einer Referenz auf Steuern schreibt ebenfalls der SPÖ-Chef seiner Partei selbst erfolgreiche Steuersenkungen und vermögensbezogene Steuern zu, wohingegen sich die ÖVP gegen diese sträube. Die SPÖ wolle auch durch eine Millionärssteuer kleinere und mittlere Einkommen entlasten,

wobei sich die ÖVP gegen diese Steuerart ausspricht. Als Kontrapunkt verweist Michael Spindelegger (ÖVP) darauf, dass sein Parteikollege Othmar Karas im Europäischen Parlament durchgesetzt habe, dass die SteuerzahlerInnen von Bankenpleiten zukünftig unbehelligt bleiben. Der SPÖ-Kandidat Eugen Freund lese nach Spindeleggers Eindruck zum Kampf gegen die Banken nur von Zetteln ab, was seine Parteifreunde vorgeschrieben hätten. FPÖ-Strache greift die Regierungsparteien allgemein an, indem er von einer Belastungspolitik spricht und fordert Entlastungen. Ähnlich allgemeinkritisch verhält sich der deutsche Bündnis 90/die Grünen-Chef Cem Özdemir, indem er der großen Koalition vorwirft, grundlegende Gestaltungsaufgaben wie Rente oder Energiewende erst gar nicht anzugehen. Demgegenüber reagiert Horst Seehofer (CSU) auf diese Kritik, indem er eine Abkehr von der Energiewende ausschließt und für die Sicherung der Stromgrundlastversorgung eintritt. Zu konkreten Erfolgen loben die internen Medien ebenfalls Horst Seehofer (CSU) im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz, während nach der Meinung Seehofers der SPD-Oberbürgermeister die verheerenden Folgen der Katastrophe im Jahr 2013 mit trockenen Füßen unter dem Schreibtisch nicht beurteilen kann.

Hinsichtlich **wirtschaftlicher Themen** innerhalb der negativen funktionalen Reputation nimmt HC Strache (FPÖ) mit 5 von 6 Beiträgen den Löwenanteil ein. Er greift dabei stets Skandale heraus. Der Politiker prangert in 3 Beiträgen das Verhalten der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP im Zusammenhang mit der Hypo Alpe Adria Bank an. Strache fordert den Rücktritt von ÖVP-Spindelegger oder stellt er das Verhalten des Ex-ÖVP-Finanzministers und ehemaligen Parteivorsitzenden Josef Pröll in Frage, ohne Rechtsbeistand in Bayern Verhandlungen geführt zu haben. Weiters kritisiert er einen Geheimbrief, den Michael Spindelegger (ÖVP) versendet haben soll, in dem er der EU-Kommission eine weitere Milliarde Euro Ersparnisse trotz laufender Budgetverhandlungen zugesichert habe. Einen zusätzlichen Skandal ortet HC Strache (FPÖ) bei der Finanzierung des Allgemeinen Krankenhauses (AKH) in Wien und fordert die Wiener SPÖ auf, Konsequenzen zu ziehen. Neben der FPÖ äußert sich nur Horst Seehofer (CSU) in diesem Feld. Er signalisiert Verständnis für Kritik des Obersten Rechnungshofes an der Haushaltsplanung der Staatsregierung, mehr Sparsamkeit zu zeigen und eine Schuldentilgung vorzunehmen. Er hebt in diesem Zusammenhang Bayern als erstes Bundesland hervor, das überhaupt nennenswert Schulden zurückzahle.



Abbildung 21: HC Strache (FPÖ) (Vordergrund) kritisiert das Verhalten der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP bezüglich der Hypo Alpe Adria Bank und fordert ÖVP-Spindellegger (l.) zum Rücktritt auf
Quelle: (Neue Freie Zeitung. 12/2014, 8)

Die **soziale Reputation** ist von Erwartungen und Normen der Gesellschaft geprägt. Als solche ist die Untergliederung in soziale Reputation und funktionale Reputation bezüglich der politischen Werte teils überlappend. Eindeutig der eigenen **sozialen positiven Reputation** zuzuordnen sind Beiträge betreffend Kunst/Kultur/Sport sowie Sozialpolitik und politische Werte. Als einzige Hauptkategorie ist in der sozialen Reputation aufgrund der Inhalte der Beiträge induktiv die Subkategorie „Kunst/Kultur/Sport“ zu bilden. Im Bereich Kunst/Kultur/Sport verweist die SPÖ auf ein Gratis-Konzert von Conchita Wurst und einen vorangegangenen Empfang bei Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Werner Faymann. Der SPÖ-Parteichef spricht dabei von einer Botschaft für Toleranz, Liebe und Lebensfreude. Diese Eigenschaften sind in der SPÖ hoch angesehen und sie färben auf ihn ab, indem er jene Person ehrt, die den Song-Contest gewonnen hat. Ein ähnliches Muster verfolgt Sigmar Gabriel (SPD), indem er bei einem Filmabend im Rahmen der Berlinale die Gäste zu einer Vorführung begrüßt, die das Schicksal eines Jungen während des zweiten Weltkriegs im Warschauer Ghetto thematisiert. Die Solidarität mit den Schwächeren und der Kampf gegen die Nationalsozialisten prägen die politischen Werte, denen Gabriel vollends entspricht. Eine ähnliche Metapher bringt das Zelebrieren der Maifeierlichkeiten der DIE LINKE mit sich, wenn mit Katja Kipping gefrühstückt werden kann. Die Vorsitzenden hält damit die Werte der Gemeinschaft der Arbeiterschicht hoch. Eine konservative soziale Reputation hinsichtlich sportlicher Leistungen strebt demgegenüber Horst Seehofer

(CSU) an, wenn er OlympionikInnen aus Bayern ehrt, die zwei Drittel aller deutschen Medaillen von den Winterspielen im russischen Sotschi nach Hause bringen. Dieses Bekenntnis zu Leistung und Wettbewerb überträgt sich auf ihn.

Innerhalb der sozialen positiven Reputation Thematisieren die Parteivorsitzenden soziale Anliegen. Für die Sozialpolitik schlägt nach der Aussage Werner Faymanns (SPÖ) das Herz des EU-Spitzenkandidaten der SPÖ. Sie wird auch in die Wünsche des SPÖ-Politikers nach Frieden und sozialen Zusammenhalt eingebettet. Horst Seehofer (CSU) schlägt eine frühere Staatsministerin wegen ihrer gelebten Werte als Vorsitzende einer Stiftung vor. Einen unmissverständlichen direkten Übertrag politischer Werte auf die eigene soziale positive Reputation findet sich ausschließlich bei Horst Seehofer (CSU). Die Aussage, so zu handeln, wie die Bevölkerung denkt und so zu denken, wie die Bevölkerung handelt, lässt auf eine Werte-Symbiose schließen. Indem er den neuen Agrarminister Schmidt als sehr sachkompetent, persönlich sehr integer und sehr loyal bezeichnet, reklamiert er diese Eigenschaften auch für sich und seine Partei. Und die positive Erwähnung der Ernennung von Stefan Oster zum Bischof von Passau machen die Nähe zur katholischen Kirche und somit die konservativen Werte deutlich.

Als der **sozialen Reputation** zugehörige **neutrale** Beiträge können die personenbezogene Auflistung der KandidatInnen der FPÖ zur Europawahl durch HC Strache und auch dessen Vorschlag einer Abspaltung des russischsprachigen Teils der Ukraine im Einverständnis mit Kiew und der EU eingeordnet werden. Beide Beiträge strahlen zwar auf die soziale Reputation des Politikers aus, weisen jedoch keine positive oder negative Färbung auf.

In der Dimension der **sozialen negativen Reputation** finden sich einige Texte zur politischen Ehre. CSU-Chef Horst Seehofer prangert mehrfach an, dass während der Edathy-Affäre der CSU-Politiker Friedrich zurücktreten musste, jedoch kein/e einzige/r SPD-PolitikerIn den eigenen Stuhl geräumt habe, wodurch das Vertrauensverhältnis zwischen den Koalitionspartnern schwer belastet sei. FPÖ-Strache schuldigt Michael Spindelegger (ÖVP) an, eine Kommission mit Freunden besetzt, aber keinen tatsächlichen U-Ausschuss installiert zu haben. In der Schweiz verteidigt Christophe Darbellay (CVP) die konventionelle Ehe, die nicht durch radikale Vorschläge einer SP-Politikerin gefährdet werden dürfen.

Innerhalb der **positiven expressiven Reputation** stehen die Eigenwerbung und das Eigenlob im Vordergrund. Diese erfolgen beispielsweise bei Parteitreffen, wenn über Horst Seehofer (CSU) und seinen Stellvertreter berichtet wird, dass sie das Dreiländertreffen zum Beben bringen. Oder die beiden CSU-Politiker zeigen für die BeobachterInnen beim traditionellen Ascher-

mittwochtreffen politisches Profil. Horst Seehofer (CSU) steht auch im Mittelpunkt seines Neujahresempfangs, bei dem sich 1.500 Gäste im Jahr 2014 einfinden. Über HC Strache (FPÖ) berichten die internen Medien, dass er nach begeistert aufgenommenen Betriebsbesuchen gemeinsam mit dem FPÖ-EU-Kandidaten in Wiener Neustadt 500 ZuhörerInnen sogar den strömenden Regen vergessen lässt. Philipp Müller (FDP) setzt sich bei der Verabschiedung des Nationalrates Fulvius derart in Szene, dass er nach dem Eindruck der internen Medien in dessen Spur noch viel heller strahlt als der Geehrte. Eine besonders markante Art der Selbstdarstellung wird für Angela Merkel (CDU) gewählt. Die ihr eigene Handhaltung, die auch als Merkel-Raute bekannt ist, kann als XXL-Plakat drei Wochen während der Bundestagswahl 2013 auf einem riesigen Plakat betrachtet werden. Aus dieser Abbildung fertigt die Partei 1.100 Umhängetaschen. Das CDU Union Magazin fordert ihre Leserschaft auf, sich eine Tasche zu sichern und somit einen Teil dieses Symbols der Parteivorsitzenden im täglichen Gebrauch ständig bei sich zu tragen. Eine weitere Art zu glänzen, bildet für Horst Seehofer (CSU) die Verleihung des Karl Valentin-Ordens. Dieser kann zwar scherzhaft aufgefasst werden, stellt jedoch eine große Auszeichnung dar, die auch bereits zahlreiche andere berühmte und herausragende Persönlichkeiten erhalten haben. Hinzukommend hebt die Audienz bei Papst Franziskus den CSU-Vorsitzenden positiv von anderen ab. Eher auf Umgänglichkeit setzen die Parteien links der Mitte. Sowohl die österreichische Grünen-Vorsitzende Eva Glawischnig als auch der SP-Chef Christian Levrat wollen mit ihren AnhängerInnen diskutieren und suchen somit Kontakt auf Augenhöhe.

Sich **negativ** in der **expressiven Reputation** von anderen abzugrenzen, wählen die Vorsitzenden der FPÖ und der ÖVP. HC Strache (FPÖ) greift Finanzminister und ÖVP-Parteivorsitzenden Michael Spindelegger an, die peinlichste Budgetrede gehalten zu haben, die er je im Hohen Haus gehört habe. Der FPÖ-Chef attackiert auch den ehemaligen ÖVP-Parteivorsitzenden und vormaligen Finanzminister Josef Pröll, die Verhandlungen rund um die Hypo Alpe Adria Bank so geführt zu haben, dass sich die Bayern bei dieser Dummheit vor Lachen auf die Schenkel geklopft hätten. Sein Generalsekretär attestiert demgegenüber HC Strache (FPÖ), sich weiterentwickelt zu haben wie kein anderer, während die politischen MitbewerberInnen im Stillstand verharren und auch ein Anti-Strache-Kampfauftrag erfolglos geblieben sei. Michael Spindelegger (ÖVP) greift seinerseits den EU-Spitzenkandidaten der SPÖ an, und wirft ihm Uneigensständigkeit und Zettel-Ablesen vor.

Betreffend das **transaktionale Leadership** dominiert innerhalb der **politischen Werte** die Diskussion rund um Tauschgeschäfte zu Ressourcen das Themenfeld. Horst Seehofer (CSU) tritt für die Energiewende ein. Er verweist auf die bereits in Realisierung befindliche Thüringer

Strombrücke, die als neue Stromtrasse Vorteile für Bayern bringe. Die Stromgrundlastversorgung und die Biomasseenergie sind für Seehofer bedeutend. Neben der Energie ist dem CSU-Vorsitzenden auch die Digitalisierung Bayerns ein Anliegen. Sigmar Gabriel (SPD) propagiert einen Neustart in der Energiepolitik. Demgegenüber fordert Regula Rytz von den Schweizer Grünen (GPS) lokale Lebensmittel zu verzehren, um Transportwege einzusparen. Die Vorsitzende von Bündnis 90/die Grünen, Simone Peter, plädiert dafür, den Warnungen des Weltklimarates Konsequenzen folgen zu lassen. Aus der Perspektive der AnhängerInnen bedeutet die Position der CSU eine stabile und umweltfreundliche Energieversorgung, zu bereits Taten gesetzt sind, während die SPD ihre Aktivitäten in der Zukunft sieht. Grüne Gruppierungen zu unterstützen, bringen klimaschonende Effekte mit sich.

Der CSU-Chef Horst Seehofer besetzt stark die Thematik der Heimatbezogenheit. Er bringt ein eigenes Heimatministerium in die interne Diskussion ein. Für ihn stellt Bayern ein Musterland dar, von dem die EU noch viel lernen könne. Aus Schutz für die Soldaten spricht sich der CSU-Politiker gegen eine Entsendung deutscher Kampftruppen nach Zentralafrika aus. Um die Bevölkerung an wichtigen Vorhaben zu beteiligen, setzt er sich für die verstärkte Durchführung von Volksbefragungen ein. Demgegenüber thematisiert die SPÖ den Heimatbegriff nur am Rande und auf lokaler Ebene, indem ihr Vorsitzender Werner Faymann dem Salzburger Bürgermeister zu seinem maßgeblichen Anteil gratuliert, dass sich Salzburg in eine lebenswerte Stadt entwickelt habe. Während die CSU-Aussagen stärker in die Zukunft gerichtet sind, verweist die Faymann-Anerkennung in die Vergangenheit. Wer Mitglied dieser Parteien ist, vor allem trifft dies auf die CSU zu, erhält für das eigene Engagement von den Vorsitzenden die Zusage, sich um die eigene Heimat zu kümmern.



Abbildung 22: Horst Seehofer (CSU) (2.v.l.) und sein Team stellen Bayern als Musterland Europas dar
Quelle: (Bayernkurier, 20/2014, 1)

Die Zuwanderung thematisieren vorwiegend die Schweizer Parteien. Toni Brunner (SVP) spricht sich gegen die Personenfreizügigkeit mit der EU aus und ruft zu JA-Stimmen für die Masseneinwanderungsinitiative auf, die eine Höchstzahl an einwandernden Personen in der Schweiz vorsieht. Philipp Müller (FDP) kritisiert demgegenüber die Forderung der SVP nach Pflegepersonal aus Asien, da sich Schweizer PatientInnen auf Deutsch verständigen wollen. Gänzlich konträr tritt das Thema Zuwanderung in Deutschland bei der SPD mit Sigmar Gabriel auf. Er erhält für sein Engagement, den Dialog zwischen Deutschen und Türken gefördert zu haben, den Preis „Kybele“ von der Deutsch-Türkischen-Freundschaftsföderation. Wer sich in der Schweiz gegen eine übermäßige Zuwanderung ausspricht, findet mit der SVP die passende Partei. Wer von deutschsprachigem Pflegepersonal betreut werden will, weiß die eigenen Interessen bei der FDP gewahrt. Wer jedoch in Deutschland die Beziehungen zwischen Deutschen und TürkInnen fördern will, ist bei der SPD am besten aufgehoben.



Abbildung 23: Toni Brunner (SVP) ruft zu JA-Stimmen für die Masseneinwanderungsinitiative auf, welche die Zuwanderung begrenzen soll

Quelle: (SVP-Klartext, Februar 2014, 2)

Durch einige Aussagen wollen die Parteivorsitzenden finanzielle Stabilität signalisieren. Wenn Horst Seehofer (CSU) den scheidenden Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Landesbank Gerd Häusler attestiert, die Bank aus stürmischer See in ruhigeres Fahrwasser manövriert zu haben, signalisiert er damit finanzielle Stabilität. Genauso mit der Aussage, dass Bayern das einzige Bundesland sei, welches nennenswert Schulden zurückgezahlt habe. Angela Merkel (CDU) reklamiert, dass bei ihrer Partei die öffentlichen Finanzen in guten Händen seien, es mit der CDU keine Aufweichung des Europäischen Stabilitätspaktes geben werde und Deutschland der Stabilitätsanker und Wachstumsmotor der Euro-Zone und der ganzen Europäischen Union bleibe. Werner Faymann (SPÖ) schreibt sich auf die eigenen Fahnen, als einer der ersten Regierungschefs Europas die Finanztransaktionssteuer gefordert zu haben. Die drei Parteivorsitzenden positionieren sich für all jene im richtigen Licht, welche den Staatshaushalt und das allgemeine Finanzgebaren in umsichtigen Händen wissen wollen.

Stabilität wird auch politisch vermittelt. Für die DIE LINKE-Vorsitzenden ist es bereits ein Erfolg, in großer Einmütigkeit ein Wahlprogramm zur Europawahl zu verabschieden und eine

Spitzenkandidatin sowie weitere KandidatInnen zu wählen. Bernd Riexinger (DIE LINKE) erinnert darüber hinaus an die zehn Jahre zurückliegende Gründung der Wahlalternative „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. In Österreich spricht sich Werner Faymann (SPÖ) für eine Reform des Instruments Untersuchungsausschuss aus, um politische Stabilität wiederherzustellen und der Untersuchung gegenüber dem Politspektakel wieder den Vorrang zu geben. Während für die Parteivorsitzenden der postmaterialistischen Gruppierung DIE LINKE die Kontinuität und Tradition der relativ jungen Bewegung bedeutend für die politische Stabilität ist, hat dieser Wert für die anderen Parteien kaum Relevanz. Der Leader der materialistischen Gruppierung SPÖ bringt zur Vermittlung politischer Stabilität demgegenüber sogar Reformvorschläge ein.

Eine der bedeutenden Themenfelder beim transaktionalen Leadership betreffend die **Sozialpolitik** ist das Einkommen verschiedener Bevölkerungsgruppen. In der Schweiz unterstützt Christian Levrat (SP) die Mindestlohn-Initiative. Bernd Riexinger (DIE LINKE) kritisiert den Streit in der Bundesregierung um mögliche Ausnahmen bei der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und fordert zur Entlastung der ArbeitnehmerInnen die Abschaffung der kalten Progression. Werner Faymann (SPÖ) verweist mehrfach auf die geplante Steuerreform, um die ArbeitnehmerInnen zu entlasten, welche durch eine Millionärssteuer gegen zu finanzieren sei. Horst Seehofer (CSU) ist nach der Aussage eines Parteikollegen die bundesweite Einführung der Grundsicherung für SeniorInnen und Erwerbsunfähige zu verdanken. Der CSU-Vorsitzende habe auch mit den Regierungsparteien CDU und SPD die geplante Rente mit 63 Jahren verhandelt. Sigmar Gabriel (SPD) weist auf den Erfolg hin, die Kommunen von den Kosten der Grundsicherung im Alter entlastet zu haben. Von Oppositionsparteien wird Kritik laut. Cem Özdemir (Bündnis 90/die Grünen) wirft der Großen Koalition vor, grundlegende Gestaltungsaufgaben wie die Rente erst gar nicht anzugehen. HC Strache (FPÖ) kreidet der Regierung den Bruch der Wahlversprechen sowie Versäumnisse in der Entlastung der StaatsbürgerInnen an und bezeichnet deren Aktivitäten als Belastungspolitik. Während Regierungsparteien vermehrt auf ihre eigenen realpolitischen Erfolge in der Sozialpolitik hinweisen, stellen Parteien in der Opposition Forderungen oder kritisieren Versäumnisse der Regierungsparteien sowie Ungereimtheiten im politischen Geschehen.

Das andere bedeutende Themenfeld beim transaktionalen Leadership innerhalb der Sozialpolitik bildet der Schutz und die Förderung der Bevölkerung. Die BürgerInnen zu schützen, liegt vor allem CSU-Chef Horst Seehofer am Herzen. So treibt er nach der Hochwasserkatastrophe 2013 den Hochwasserschutz voran. Er will Bayern darüber hinaus vor einer Armutzuwanderung aus der EU schützen. Zum Wohle der schönen und einzigartigen Schweiz ruft Toni Brunner (SVP) zur Abstimmung für eine sichere Schweiz auf. Der konservative Politiker Michael

Spindelegger (ÖVP) weist auf die Erfolge des EU-Spitzenkandidaten Othmar Karas hin, dessen federführende Verhandlung es zu danken sei, dass die SteuerzahlerInnen bei Bankenpleiten nicht mehr zur Kasse gebeten werden. Er plädiert auch für ein strukturelles Nulldefizit, um den Kindern nicht nur Schulden, sondern eine gesicherte Zukunft zu hinterlassen. Er verknüpft damit eine Förderung. Gleichzeitig sollen die Wirtschaft gefördert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Für Werner Faymann (SPÖ) erstreckt sich der Schutz der Bevölkerung vor allem auf soziale Anliegen. Er verweist auf einen Beschluss des Ministerrates zum Ausbau der Kinder- und schulischen Ganztagsbetreuung. Dies streicht die Bemühungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie heraus. Der SPÖ-Vorsitzende fordert Bildung, Gesundheit und Ausbildung für alle und einen starken Arbeitnehmerschutz sowie für den ländlichen Raum eine Kaufkraftstärkung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine Forschungs- und Innovationsoffensive. Demgegenüber positioniert sich Michael Spindelegger (ÖVP) als fördernde Persönlichkeit über die Grenzen Österreichs hinaus. Er verdeutlicht, dass durch die EU junge Menschen in allen europäischen Ländern studieren können und die Betriebe vom gemeinsamen Markt profitieren.



Abbildung 24: Michael Spindelegger (ÖVP) (3.v.r.), hier abgebildet mit den KandidatInnen zur EU-Wahl, hebt die Vorteile der EU für Studierende und Betriebe hervor

Quelle: (Austria plus, 01/2014, 6)

Betreffend **politische Erfolge** im transaktionalen Leadership stehen für Horst Seehofer (CSU) die Wahlerfolge im Vordergrund. Ein CSU-Politiker führt die größte Fraktion im Europäischen Parlament an oder er erhält in Umfragewerten 49 Prozent Zustimmung. HC Strache (FPÖ) verweist auf ein mögliches politisches Erdbeben beim Erreichen von 20 Prozent der Stimmen bei der EU-Wahl. Während Bernd Riexinger (DIE LINKE) und Martin Baumle (GLP) die eigne Parteikonsolidierung positive beschreiben.

Im **transformierenden Leadership** dominieren die Kommunikation vorwiegend Themen wie Visionen, eigenes Leadership und die Moral. Aufgrund der Europawahlen positionieren sich zahlreiche Vorsitzende in Deutschland und Österreich rund um diesen Urnengang mit ihrem Führungsanspruch allgemein oder zu gewissen Themen. Für Michael Spindelegger (ÖVP) ist Europa in der DNA der Volkspartei verankert, wodurch er sich gänzlich mit der EU identifiziert und dadurch das vorhandene Leadership fortsetzen will. Sei doch der ÖVP-Spitzenkandidat bereits Vizepräsident des Europaparlaments. Sigmar Gabriel (SPD) bescheinigt seinem EU-Spitzenkandidaten, mit viel Verstand und großem Herzen für Europa zu kämpfen. Gabriel will auch die Europa-Skepsis überwinden. Er manifestiert sein Leadership im Veränderungswillen. Ähnlich Horst Seehofer (CSU), der ein Bekenntnis zu Europa abgibt und es gleichzeitig als seine Pflicht ansieht, die Dinge zu nennen, die verändert werden müssen. Werner Faymann (SPÖ) bringt die EU-Wahl in Zusammenhang mit Frieden, Zusammenhalt, Bildung, Gesundheit, Ausbildung und ArbeitnehmerInnenschutz und wirbt um Stimmen zur Unterstützung dieser politischen Forderungen, was einer Vergrößerung seiner Einflussnahme gleichzusetzen ist. Katja Kipping und Bernd Riexinger (DIE LINKE) rufen zur Wahlkampfunterstützung auf, um den eigenen Einfluss in der EU ausdehnen zu können. HC Strache (FPÖ) nutzt die Europawahl, um von der EU auf Österreich zu verweisen, wie er mit der Aussage „Europa der Vaterländer“ verdeutlichen will. Der FPÖ-Vorsitzende spricht sich gegen die Pläne der ÖVP und SPÖ aus, noch mehr Kompetenzen an die EU abzutreten und setzt sich für den Erhalt der österreichischen Souveränität ein. Die Erfolge bei der Europawahl sollen auf seine Position in Österreich positiv ausstrahlen. Beispielsweise erwartet der FPÖ-Fraktionsführer bei einem Platz Eins auf EU-Ebene ein Erdbeben bei der im Herbst folgenden Nationalratswahl. HC Strache (FPÖ) macht auch regional seinen Führungsanspruch durch sein Vorhaben klar, dass die Erfolgsgeschichte der Wiener Freiheitlichen unter seiner dritten Obmannschaft bei der Wien-Wahl 2015 ihren Höhepunkt erreichen werde. Horst Seehofer (CSU) verweist seinerseits auf den bayrischen Erfolgsweg, den er und seine Partei weitergehen wollen. Auch das Treffen der Sudetendeutschen greift der CSU-Vorsitzende auf, um seinen Führungsanspruch zu vermitteln. Nur jene, die ihre Wurzeln kennen, können die Zukunft aktive gestalten, womit er ihn selbst und die CSU meint. Indem Angela Merkel (CDU) auf die großen vor sich und ihrem Kabinett liegenden Herausforderungen hinweist, reklamiert sie gleichzeitig die Kompetenz, diese zu bewältigen, und die Führungsrolle in der Regierung sowie in ganz Deutschland zu behalten.



Abbildung 25: HC Strache (FPÖ) tritt bei der Wahlwerbung für die Europawahl für den Erhalt der österreichischen Souveränität ein

Quelle: (Neue Freie Zeitung, 19/2014, 2)

Der Ukraine-Konflikt gibt den Parteivorsitzenden einigen Anlass, sich zur Friedensfindung zu positionieren und ihre führende Rolle transparent zu machen. Werner Faymann (SPÖ) streicht die Vermittlerrolle Österreichs in diesem Konflikt heraus und positioniert das eigene Land als Verhandlungsort für die kontrahierenden Parteien. Er schlägt die Neutralität nach dem Vorbild Österreichs als Modell für die Ukraine vor. Der SPÖ-Vorsitzende tätigt diese Aussagen in seiner Funktion als Bundeskanzler, wobei Befriedungserfolge auch auf ihn als Parteichef zurückstrahlen würden. HC Strache (FPÖ) überlegt die Enttabuisierung der Grenzänderungen in der Ukraine, was seinen Ansatz der Selbstbestimmung kleinerer Einheiten unterstützt. Ein Einvernehmen zwischen Kiew und der EU sind für ihn jedoch Voraussetzung. Katja Kipping und Bernd Riexinger (DIE LINKE) verurteilen die militärischen Drohgebärden der Russischen Föderation, der ukrainischen Regierung und der NATO. Eine Antwort auf Konflikte ist in der Demokratie und nicht im Krieg zu finden. Sie machen damit ihre Vision für Frieden klar, die in ihrem politischen Weltbild verankert ist. Ein Wunsch nach Harmonie, den sie so intensiv kommunizieren, dass ihnen vom Spiegel online verbal eine Friedensmedaille zugesprochen wird, die nach Meinung des Spiegel online-Autors jedoch auf Kosten neuer Ideen und Vorstöße geht. Regula Rytz und Adèle Thorens (GPS) verdeutlichen ebenfalls einen Harmonieanspruch. Großes Engagement und gute Zusammenarbeit sollen konstruktive Lösungen über populistische Parolen stellen und diese mehrheitsfähig werden lassen. Dadurch verdeutlichen sie, sich

im angestrebten Klima von hetzerischen Aussagen zu distanzieren, und ihren Führungsanspruch.



Abbildung 26: Der Spiegel online verleiht Bernd Riexinger und Katja Kipping (DIE LINKE) (Mitte links) verbal die Friedensmedaille für die Einigung und Positionierung der Partei, was jedoch zu Lasten von Ideen und Vorstößen gehe

Quelle: (Disput, Mai 2014, 71)

Auch die moralische Abgrenzung zu anderen vermittelt transformierendes Leadership. Horst Seehofer (CSU) bringt an mehreren Stellen seine moralische und politische Entrüstung zur Affäre rund um den SPD-Politiker Sebastian Edathy zum Ausdruck, der mit Kinderpornographie in Verbindung gebracht wird. Im Verlauf des Skandals tritt ein CSU-Politiker zurück. Das Verhalten der SPD zu Edathy belastet das Arbeitsverhältnis mit der CSU schwer. Seehofer prangert vehement Kinderpornographie an und weist darauf hin, eine Bundesinitiative zu forcieren. Der CSU-Vorsitzende positioniert sich mit dieser Vorgangsweise als moralische Instanz, welche die Opfer schützt und die Täter zur Rechenschaft zieht. HC Strache (FPÖ) weist die Regierungsparteien auf ihre moralische Verantwortung hin. Für ihre Verfehlungen sollen sie die WählerInnen bei der Arbeiterkammerwahl abstrafen. Er wirft Michael Spindelegger (ÖVP) vor, eine Kommission mit Freunden besetzt, anstatt einen U-Ausschuss installiert zu haben. Durch die Anschuldigungen anderer erweckt Strache den Eindruck, selbst eine weiße Weste zu haben. Christophe Darbellay (CVP) tritt für eine Stärkung der Ehe ein und verwehrt sich gegen eine sehr offene Neuausrichtung des Familienrechts, die von einer SP-Politikerin einbringt. Er manifestiert dadurch seine konservative Einstellung, die er auf die Gesellschaft übertragen will und grenzt sich von progressiven Strömungen ab. Andererseits transportiert auch durch die positive Erwähnung bzw. Anlehnung an gesellschaftlich bedeutende Persönlichkeiten moralische Vor-

stellungen. Horst Seehofer (CSU) gratuliert dem Passauer Bischof zur Ernennung und dem Erzbischof von München und Freising zur Wahl zum Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz. Der CSU-Chef macht dadurch seine Nähe zur katholischen Kirche klar, identifiziert sich mit den konservativen katholischen Werten und vermittelt seine Heimatverbundenheit.

6.2.3 Erkenntnisse der Inhaltsanalyse

Aus der **quantitativen Inhaltsanalyse** (vgl. Kapitel 6.2.2.1) geht hervor, dass tendenziell die Größe der Parteien Einfluss auf die Vielfalt ihrer internen Medien hat. Überblicksmäßig kann konstatiert werden, je mehr Mitglieder die Gruppierung aufweisen, desto höher ist die Anzahl der unterschiedlichen internen Medien, die sie verwenden. Je kleiner die Gruppierung ist, desto weniger wird von der zumeist kostenintensiven Parteizeitung Gebrauch gemacht und stärker auf elektronische oder persönliche Interne Kommunikation gesetzt. Deutsche Parteien kommunizieren am häufigsten und umfangreichsten mit ihren Mitgliedern, wohingegen die Parteien in der Schweiz am wenigsten Kontakt über interne Medien aufnehmen.

Die Größe einer Partei hat auch einen deutlichen Einfluss auf die Intervalle und den Umfang der Kommunikation. Je größer eine Partei, desto intensiver informiert sie ihre Mitglieder. Größere Parteien bilden die Parteivorsitzenden tendenziell häufiger am Cover der Parteizeitungen und auch insgesamt in allen untersuchten internen Medien ab, wenn die als Ausreißer einzustufenden Ergebnisse zur FPÖ aus den Zahlen herausgerechnet werden, die sich außerdem in ihrem internen medialen Auftritt eher wie eine größere Partei verhält. Größerer Gruppierungen nennen die Vorsitzenden in den internen Medien deutlich häufiger namentlich als kleinere Zusammenschlüsse.

Augenfällig ist die intensivere Thematisierung der Vorsitzenden bei den Parteien rechts der Mitte im Vergleich zu den Zusammenschlüssen der linken Hälfte. Der rechte Flügel bildet sowohl die Vorsitzenden häufiger auf den Titelblättern der Parteizeitungen als auch innerhalb der internen Medien ab und nennt diese mehr als doppelt so oft namentlich als linke Parteien.

Den dramatischsten Unterschied bringt eine Unterteilung in materialistische und postmaterialistische Gruppierungen hervor. Jene mit materialistischem Hintergrund setzen unvergleichlich intensiver auf die explizite Darstellung ihrer Parteivorsitzenden, während die Führungspersönlichkeiten bei den postmaterialistischen Gruppierungen kaum eine kommunikative Rolle zu spielen scheinen. Materialistische Parteien versorgen ihre häufig älteren Mitglieder deutlich stärker mit Informationen über Parteizeitungen und E-Mail-Newsletter als die jüngeren postmaterialistischen Parteien, die häufig an die Bedürfnisse ihrer AnhängerInnen angepasst andere

Kommunikationswege wählen. Da durchwegs postmaterialistische Zusammenschlüsse zu den kleineren Gruppierungen zählen, ist diesbezüglich eine Überschneidung festzustellen.

Größere, tendenziell im rechten Flügel angesiedelte, materialistische Parteien stellen ihre Vorsitzenden in den Parteizeitungen und E-Mail-Newslettern unverkennbar prominenter in den Mittelpunkt als kleinere, links der Mitte verortete, postmaterialistische Gruppierungen. Die Erkenntnisse aus der quantitativen Inhaltsanalyse lassen den Schluss zu, dass größere, dem rechten Flügel zuzuordnende, materialistische Parteien in der Internen Kommunikation die Reputation ihrer Vorsitzenden stärker pflegen als kleinere, links der Mitte angesiedelte, postmaterialistische Gruppierungen. Diese dürften stärker gemeinschaftsorientiert ausgerichtet sein. Sie verfügen zum Teil auch über zwei Parteivorsitzende, wodurch die Personalisierung sich nicht derart intensiv auf einen einzigen Menschen konzentrieren kann. Der Reputation der Parteivorsitzenden und der Internen Kommunikation kommt daher in großen, rechts orientierten, materialistischen Gruppierungen eine höhere Bedeutung zu als in den anderen Parteien, wodurch **Hypothese 8** gestützt wird: *Je höher der Einfluss der Internen Kommunikation in einer Partei ausgeprägt ist, desto stärker ist die Reputation der Vorsitzenden.*

Zusammenfassend kann aufgrund der Erkenntnisse aus der quantitativen Inhaltsanalyse festgestellt werden, dass Parteivorsitzende von allen untersuchten Gruppierungen auf eine bestimmte Art und Weise positioniert werden. Größere Gruppierungen nutzen ihre Möglichkeiten der vielfältigen Medien, um ihre Mitglieder laufend und strukturiert auch über ihre Vorsitzenden zu informieren, während kleinere Zusammenschlüsse insgesamt weniger strukturierte Kontakte mit wenig Konzentration auf Vorsitzende über die internen Medien suchen. Materialistische Parteien nutzen zumeist bereits über Jahrzehnte etablierte Kommunikationswege und stellen ihre Vorsitzenden intensiver in den Vordergrund, wohingegen postmaterialistische Gruppierungen stärker soziale Medien und die persönliche Kommunikation wählen, bei denen sie ihre Vorsitzenden überwiegend auf Augenhöhe mit der Anhängerschaft positionieren. Parteien links der Mitte streben häufig ein gemeinschaftliches Vorgehen mit Ausprägungen der Basisdemokratie und einer vorsitzenden Person als Gleiche unter Gleichen an, während Parteien rechts der Mitte stärker von Hierarchie geprägt sind und ihre Vorsitzenden an oberster Stelle als Führungspersonlichkeit positionieren. Daraus lässt sich nachstehende Hypothese ableiten: **Hypothese 9:** *Je stärker sich politische Parteien als größere, materialistische Gruppierungen rechts der Mitte positionieren, desto intensiver pflegen sie aktiv die interne Reputation ihrer Vorsitzenden.*

Darüber hinaus ist nach den Erkenntnissen in Kapitel 6.2.2.1 zu vermuten, dass aufgrund der höheren Anzahl und der stärkeren Intensität der Kommunikation über interne Medien bei größeren, materialistischen Gruppierungen rechts der Mitte die Interne Kommunikation strategischer angelegt ist und es werden deren Vorsitzende häufiger abgebildet sowie thematisiert. Daher kann auf diesem Stand der Erkenntnisse **Hypothese 4** gestützt werden: *Je strategischer die Reputationskonstituierung der Parteivorsitzenden durch die Interne Kommunikation angelegt ist, desto stärker trägt sie zum Reputationsaufbau der Parteivorsitzenden bei.*

Bereits die quantitative Analyse der Daten macht deutlich, dass die internen Medien die Parteivorsitzenden überwiegend unter Zuhilfenahme der positiven funktionalen Reputation und dem transaktionalen Leadership darstellen. Auch die Ergebnisse der **qualitativen Inhaltsanalyse** (vgl. Kapitel 6.2.2.2) stützen diese Erkenntnisse. Aufgrund des Untersuchungszeitraums, in dem die Wahl zum Europäischen Parlament stattfindet, werden zahlreiche Beiträge zu Wahlen in den internen Medien platziert, welche neben der Wahlwerbung intensiv zur Positionierung der Parteivorsitzenden dienen. Die Parteivorsitzenden machen den Eindruck, bei oder nach der Abstimmung die Sachpolitik wesentlich beeinflussen zu können, was auf zukünftige sachliche Erfolge schließen lässt. Sie stellen die eigene Kompetenz in den Vordergrund und stärken ihre funktionale Reputation. Die Wahlerfolge strahlen positiv auf die Parteivorsitzenden ab und generieren den Eindruck, zu den GewinnerInnen zu gehören. Werden im Zusammenhang mit Wahlen auch die Werte und Ziele einer Partei als Erfolg oder Herausforderung angesprochen, strahlt die funktionale zum Teil auf die soziale Reputation ab. Bemerkenswert ist die Nebenerkenntnis der gegenseitigen Reputationsübertragung der Parteivorsitzenden und der SpitzenkandidatInnen verschiedener Wahlen, die durch gemeinsame Auftritte oder gegenseitige lobende Erwähnung eintritt.

Die Themen der funktionalen Reputation transportieren auch die Ideologien der Parteien und der Vorsitzenden. Großteils über Sachthemen finden moralische Werte Zugang in den Wahrnehmungsbereich, die mittelbar die soziale Reputation betreffen. Ein ähnliches Muster lässt sich ablesen, wenn Parteivorsitzende andere PolitikerInnen treffen oder Ehrungen erhalten. Ein Ereignis der funktionalen Reputation vermittelt dabei Aspekte der sozialen Reputation. Demgegenüber bewegen sich die Wirtschaft betreffende Berichte rein in der funktionalen Reputation.

In größeren, materialistischen Parteien links der Mitte und teilweise um die Mitte dominieren Aussagen betreffend die Sozialpolitik die funktionale Reputation. Dabei wählen die Parteivorsitzenden inhaltlich zumeist ihrer Couleur entsprechende Themen und fischen auch in fremden

Terrains, wenn es in der Tagespolitik vorteilhaft ist. Hinsichtlich politischer Erfolge konzentrieren sich postmaterialistische Parteien auf die eigene Parteikonsolidierung und materialistische Parteien auf konkrete Erfolge.

Aussagen der ParteichefInnen größerer Gruppierungen der Mitte dominieren das Spektrum der positiven funktionalen Reputation, wenn auch dort und da andere Parteien sich dazu äußern. Thematisch bleiben die Wortmeldungen Großteils innerhalb der anzunehmenden angestammten politischen Felder, wobei auch in die Gebiete der MitbewerberInnen übergegriffen wird, wenn dies vorteilhaft erscheint. Während materialistische Parteien stolz auf ihre Wahl- und politischen Erfolge sind, stellen für postmaterialistische Bewegungen die Parteikonsolidierung und die Zieleinigung konkrete Leistungen dar. Die Parteien rechts der Mitte sind wirtschaftlich stärker zukunftsorientiert eingestellt und links angesiedelte Gruppierungen eher in die Vergangenheit orientiert. Erwartungsgemäß besetzen die Sozialpolitik vorwiegend die links der Mitte angeordneten Zusammenschlüsse. Beiträge aus der Schweiz finden sich in dieser Kategorie kaum. Dies lässt sich zumindest im Zusammenhang mit den Wahlen damit erklären, dass dieses Land kein Mitglied der EU ist.

Im Spektrum der funktional negativ ausgeprägten Reputation grenzen sich betreffend politische Werte die Parteivorsitzenden vorwiegend über die Bereiche der Außenpolitik, der EU und andere sachpolitische Themen ab. Sie stellen andere schlechter dar, um selbst in besserem Licht zu erscheinen. Die Zuwanderung wählen in diesem Zusammenhang ausschließlich Parteien rechts der Mitte als Differenzierungsthema. Zwei konservative Parteichefs heben sich selbst aufgrund von Schwächen in der EU als zu wählende Alternative hervor. Bemerkenswert ist, dass die funktional negative Reputation hinsichtlich der politischen Werte bevorzugt PolitikerInnen rechts der Mitte anwenden, die zum materialistischen Block zählten, wie CSU, FPÖ, ÖVP, FDP oder SVP. Einzig DIE LINKE fällt diesbezüglich aus dem Rahmen. Interessant ist auch, dass in der CSU und in DIE LINKE in Leserbriefen Kritik an der Parteispitze zugelassen wird, was einerseits als eine gewisse Reife und andererseits als eine Darstellung der Meinungsvielfalt innerhalb des gesamten Parteispektrums einzuschätzen ist.

Die Abgrenzung zu anderen Parteien und die eigene positive Hervorhebung bei gleichzeitigem Kritisieren anderer Parteien umfasst betreffend die Sozialpolitik die Themen Einkommen, Steuern und am Rande auch durch die Sachpolitik. Die links der Mitte situierten Parteichefs fordern mehr Sozialpolitik bzw. verweisen auf ihre diesbezüglichen Erfolge. Die rechts der Mitte angesiedelten Parteichefs prangern Versäumnisse an, heben eigene Errungenschaften hervor oder

fordern eine Abschottung zum Wohl der eigenen Bevölkerung. Auffällig ist, dass Parteivorsitzende aller politischer Richtungen sich zur Sozialpolitik äußern. Innerhalb der negativen funktionalen Reputation kritisiert vor allem HC Strache in der Subkategorie Wirtschaft die Regierungsparteien, indem er Skandale rund um die Hypo Alpe Adria Bank, das Budget oder das AKH in Wien anspricht. Auch ein Beitrag der CSU stößt in Richtung Budget. Wirtschaftliche Themen bringen ausschließlich Parteien rechts der Mitte ein.

Die funktionale Reputation ist insgesamt stark von den politischen Werten und von der Sozialpolitik geprägt, wobei eine positive Darstellung der Parteivorsitzenden dominiert. Überwiegend tätigen Parteichefs größerer, materialistischer Gruppierungen Äußerungen in diesem Themenspektrum.

Die soziale Reputation überschneidet sich teils mit der funktionalen Reputation in der Ausprägung der politischen Werte. Eindeutig der sozialen positiven Reputation können Geschehnisse aus Kunst/Kultur/Sport und jene betreffend Sozialpolitik und einige in der Subkategorie politische Werte zugeordnet werden. Große Ereignisse wie der Empfang berühmter Persönlichkeiten oder Feste dienen dazu, die eigenen Werte zu transportieren und zu festigen. Sozialpolitik manifestiert sich über die Erwähnung von Frieden und Zusammenhalt, soziale Anliegen und Förderung anderer Personen. Politische Werte sprechen Parteivorsitzende über positive Eigenschaften anderer Menschen oder mit Blick auf den Gleichklang zwischen Partei und Bevölkerung an. Auffällig ist, dass die soziale positive Reputation bis auf eine Ausnahme Parteivorsitzende der Mitte wählen, wobei die Verteilung zwischen leicht links und leicht rechts von der Mitte gleich ausfällt. Betreffend die soziale Reputation finden sich auch zwei neutrale Beiträge, die sich auf Wahlen und außenpolitische Ratschläge beziehen. Jedoch zeigen die ParteichefInnen nicht ihre private Seite. Innerhalb der sozialen negativen Reputation drehen sich die Themenfelder um die politische Ehre und um gesellschaftliche Werte wie die Ehe.

Bei der expressiven positiven Reputation versuchen sich die Parteivorsitzenden der Gruppierungen rechts der Mitte, durch die Hervorhebung der eigenen Persönlichkeit zu differenzieren. Dies erfolgt beispielsweise durch eine besondere Erwähnung bei Versammlungen oder Festlichkeiten. Auch persönliche Eigenschaften, wie etwa die spezifische Handhaltung Merkels, dienen als Unterscheidungsaspekte, ähnlich wie Ordensverleihungen oder eine Audienz beim Papst. Parteivorsitzende links der Mitte streben eher den Kontakt auf Augenhöhe mit ihren AnhängerInnen an und zeigen keine Tendenz, sich abheben oder differenzieren zu wollen. Die expressive Reputation wird teils über funktionale Erfolge kommuniziert und strahlt in der Regel

auf die soziale Reputation aus, da die Handlungen innerhalb der expressiven Reputation zu- meist die eigene Weltanschauung und die eigenen Werte vermitteln. Andere Personen in der expressiven negativen Reputation schlecht zu machen, wählen ausschließlich Parteivorsitzende rechts der Mitte. Dabei gehen sie auf ein Manko im finanziellen Gebaren, persönliche Entwick- lungsmöglichkeiten oder persönliche Fähigkeiten ein.

Zusammenfassend kann zur qualitativen Inhaltsanalyse der Reputation festgestellt werden, dass sich die Parteivorsitzenden überwiegend durch die funktionale positive Reputation von ihren ReputationsgeberInnen abheben wollen. Auch die Ausprägungen der sozialen und expressiven Reputation werden häufig mit Aspekten der funktionalen Reputation kommuniziert. Zahlreiche Aspekte der funktionalen sowie der expressiven Reputation wirken sich positive auf die soziale Reputation aus. Sich selbst gut darstellen zu wollen, nehmen die Parteivorsitzenden in den in- ternen Medien vorwiegend durch Mittel der funktionalen Reputation wahr. Daher kann **Hypo- these 5** gestützt werden: *Wenn Parteivorsitzende ihre Reputation stärken wollen, dann kommu- nizieren sie vorwiegend Ereignisse der funktionalen Dimension der Reputation.*

Die Ausprägungen im transaktionalen und transformierenden Leadership zeigen als natürliche Ausprägung deutliche Überschneidungen mit den Beiträgen, die in den Abschnitten zur Repu- tation einfließen, da sich Leadership und Reputation häufig überlappen, wie in Kapitel 2.4 be- reits aus der Literatur hergeleitet. Daher wird im Abschnitt zu Leadership mit den gleichen Beispielen gearbeitet, wie im Abschnitt zur Reputation.

Im transaktionalen Leadership, bei dem es sich um ein Tauschgeschäft beispielsweise von Stim- men bzw. Anhängerschaft gegen bestimmte Handlungen oder Aktivitäten handelt, dominieren im Feld der politischen Werte die Themen Ressourcen, Heimat, Zuwanderung sowie finanzielle und politische Stabilität. Die Vorsitzenden der Parteien der Mitte positionieren sich in Deutsch- land stark über die Energiewende und zum Teil über die Digitalisierung, während jene der grü- nen Gruppierungen den Klimawandel einbringen. Den Heimatbegriff thematisiert vorwiegend der konservative Politiker Horst Seehofer (CSU), der für eine Verbundenheit mit dem eigenen Land und eine Zukunftsgerichtetheit eintritt. Schweizer PolitikerInnen diskutieren die Zuwan- derung in einer ausgrenzenden Haltung. Vorsitzende der Parteien rechts der Mitte wollen die Schweiz vor zu viel Einwanderung bewahren. Während in der deutschen linksorientierten Par- tei SPD der deutsch-türkische Dialog positiv besetzt ist. Finanzielle Stabilität propagieren aus- schließlich große mittig angesiedelte Parteien. Vorsitzende einer jüngeren Gruppierung schät- zen bereits eine gewisse Kontinuität und politische Stabilität als Erfolg ein, wohingegen der

Chef der materialistischen SPÖ die politische Stabilität über einen Reformvorschlag manifestiert. Insgesamt wählen das transaktionale Leadership in der Ausprägung der politischen Werte intensiver größere, materialistische Parteien für ihre Interne Kommunikation, als kleinere, postmaterialistische Gruppierungen. Rechte Gruppierungen differenzieren sich etwas stärker über diese Thematiken als linke Zusammenschlüsse.

Im transaktionalen Leadership liegt bei der Sozialpolitik das Schwergewicht betreffend das Einkommen mit fast drei Viertel der Nennungen erwartungsgemäß bei den Parteien links der Mitte. Vorsitzende der Regierungsparteien, die als größere, materialistische Gruppierungen der Mitte einzustufen sind, verweisen auf realpolitische Erfolge. Sie heben eine geplante oder umgesetzte Grundsicherung, Altersversorgung oder allgemein eine Entlastung der Bevölkerung hervor. Die Parteispitzen der Oppositionsgruppierungen kritisieren hingegen Versäumnisse der Regierungsfractionen, wie bedeutende soziale Themen nicht zu behandeln oder Wahlversprechen nicht einzulösen. Sie stellen verschiedene soziale Forderungen, wie jene nach einem Mindestlohn für alle oder die Abschaffung der kalten Progression. In Opposition befinden sich überwiegend kleinere und postmaterialistische Gruppierungen, die sich am linken oder rechten Rand des politischen Spektrums bewegen. Bei den Themenfeldern Schutz und Förderung fällt die Anzahl der Kodierungen mit 5 konservativen und 4 sozialdemokratischen SpitzenpolitikerInnen eher ausgewogen aus. Die Inhalte zum Schutz der Bevölkerung besetzen stärker die konservativen Vorsitzenden, die auf finanzielle Sicherheiten oder Hochwasserschutz hinweisen. In der Sozialdemokratie ist das Thema Schutz intensiv mit sozialen Anliegen verknüpft, die beispielsweise Themen wie Förderung von Kindern und Jugendlichen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeitsplatzschaffung, Bildung, Gesundheit oder Ausbildung einschließen. Konservative Kräfte weisen auf die Möglichkeiten in der EU hin. Die Themenschwerpunkte Schutz und Förderung bringen ausschließlich größere und postmaterialistische Parteien der Mitte ein, die eine Regierungsfunktion bekleiden. Bei den politischen Erfolgen stehen Wahlerfolge der Parteien rechts der Mitte und eine Parteikonsolidierung linker Gruppierungen im Vordergrund.

Im transaktionalen Leadership beziehen die Parteivorsitzenden klare Positionen und machen deutlich, welche Handlungen oder Aktivitäten die AnhängerInnen bzw. die WählerInnen für ihre Stimme erwarten können. Die gewählten Thematiken entsprechen den zu erwartenden Spektren der jeweiligen Partei, sodass für die Mitglieder keine Überraschungen zu finden sind, in welche Richtung ihr Engagement fließt. Ein deutlicher Überhang der Nennungen kann bei

Regierungsparteien im Vergleich zu Oppositionsparteien festgestellt werden. In dieser Kategorie kommen auch einige Aussagen aus der Schweiz vor, die bei anderen Kategorien öfter vermisst werden.

Im transformierenden Leadership eifern Parteivorsitzende aus Deutschland und Österreich um eine Vormachtstellung bei den EU-Wahlen. Dabei beziehen sie sich auf die Positionen der Identifizierung, Änderung und Machtübertragung auf das Heimatland oder Einflussausbau durch Stimmenmaximierung der WählerInnen. Eine Rückschau auf bisherige Erfolge mit einem Blick in die Zukunft oder Hinweise auf die eigene Kompetenz sollen auch außerhalb des EU-Wahlkampfes den Führungsanspruch stützen. Überwiegend reklamieren mit Fokus auf die EU-Wahl materialistische, größere Parteien der Mitte einen Führungsanspruch für sich. Auch die aufstrebende rechts einzustufende FPÖ und die sich konsolidierende links angesiedelte kleinere DIE LINKE bringen sich zu dieser Thematik ein. Allen Parteien wollen diesbezüglich Erreichtes und zukünftig ausbauen.

Um die eigenen Visionen und das eigene Leadership zu transportieren, wählen einige Vorsitzenden die Thematiken des Friedens und der Harmonie, wozu der Ukraine-Konflikt Anlass gibt. Dazu äußern sich vorwiegend kleinere Parteien links der Mitte, die eine friedliche Lösung fordern und Gewalt ablehnen. Jedoch auch FPÖ-Strache, der rechts der Mitte einzuordnen ist, überlegt zur Lösung des Konflikts auch neue Grenzziehungen, die allerdings auch friedliche Weise zu finden seien. Zwei Parteien am linken Rand bringen außerhalb des Ukraine-Konflikts gesellschaftspolitische oder innerparteiliche Harmoniebestrebungen ein.

Über die Moral grenzen sich ausschließlich konservative Politiker rechts der Mitte von anderen Gruppierungen ab. Sie verurteilen das Verhalten anderer Personen oder Vereinigungen, um selbst im positiven Licht zu erscheinen. Als Kommunikationsthema dienen Skandale, politische Misserfolge bzw. Verfehlungen anderer oder gesellschaftliche, konservative Werte. Die Moral machen sie beispielsweise auch in der Anlehnung an herausragende Persönlichkeiten von Religionsgemeinschaften, wie Bischöfen, deutlich. Dieses Themenfeld dominieren überwiegend größere, materialistische Gruppierungen rechts der Mitte.

Im transformierenden Leadership geben die Vorsitzenden ihre Vorstellungen über ihre Werte und ihre gewünschten politischen Entwicklungen bekannt. Sie erheben beispielsweise mittels der Thematik der Wahlen Anspruch auf ihr eigenes Leadership. Den Wunsch nach einer Welt in Frieden und Harmonie bringen vorwiegend linke Vorsitzende ein, während sich die konservativen Leader stärker auf moralische Aspekte konzentrieren. Insgesamt bleiben die gestellten Forderungen im zu erwartenden Rahmen. Die rechtskonservativen Politiker HC Strache (FPÖ)

und Horst Seehofer (CSU) stechen in der Anzahl und Intensität der Nennungen heraus. An das politische System sendet dieser Zustand im Jahr 2014 Signale, dass die Demokratie offensichtlich in Kraft ist und keine allzu starken charismatischen Führungspersonlichkeiten an ihren Fundamenten rütteln.

Hinsichtlich der Dynamik zwischen Leader und Follower lässt sich aus den internen Medien ablesen, dass ausgeprägtes Leadership stärker anerkannten Führungspersonlichkeiten größerer Parteien anhaftet, die über eine ausgeprägte Reputation verfügen. Diese Erkenntnis stützt die **Hypothese 7**: *Je stärker Parteivorsitzende von ihren Mitgliedern als Leader anerkannt werden, desto höher ist ihre Reputation.*

Die weiteren Hypothesen

Hypothese 1: *Wenn Parteimitglieder die Parteivorsitzenden persönlich kennen, dann wiegt die eigene Erfahrung stärker als die über die Interne Kommunikation transportierte Reputation.*

Hypothese 2: *Je stärker Parteivorsitzende die Werte ihrer Partei sowie die Motive und Wünsche der Mitglieder in ihrer funktionalen, sozialen und expressiven Reputation repräsentieren, desto größer ist ihr Rückhalt innerhalb ihrer Partei.*

Hypothese 3: *Je höher die Güte der Reputation der Parteivorsitzenden, desto stärker und stabiler ist die Unterstützung der Mitglieder.*

Hypothese 6: *Je stärker das Vertrauen der Parteimitglieder zu den Parteivorsitzenden und ihre Glaubwürdigkeit ausgeprägt sind, desto stabiler ist ihre Reputation.*

sind durch die Inhaltsanalyse nicht überprüfbar. Ihr Überprüfung benötigt die Einschätzungen der Zielgruppe der folgenden quantitativen Studie.

6.3 Quantitative Erhebung unter ParlamentarierInnen auf Bundes- und Landesebene im DACH-Raum

Dieses Kapitel unterteilt sich in das Forschungsdesign der quantitativen Befragung der ParlamentarierInnen auf Bundes- und Landesebene der untersuchten Parteien im DACH-Raum und in die Darstellung der gewonnenen Ergebnisse, in der die Hypothesen überprüft werden.

6.3.1 Forschungsdesign: Quantitative Befragung der ParlamentarierInnen

Den Hauptteil der empirischen Forschung bildet eine quantitative Online-Erhebung unter allen ParlamentarierInnen in den Bundes- und Landesgremien in Österreich, Deutschland und der

deutschsprachigen Schweiz, die den untersuchten politischen Parteien angehören. Dem kritischen Rationalismus folgend, sind in dieser Dissertation einige deduktiv gebildete Hypothesen aus dem Literaturteil hergeleitet, von denen die Hälfte durch die Inhaltsanalyse geprüft sind. Da qualitative Forschung potenziell Hypothesen generiert, entsteht durch die Inhaltsanalyse eine weitere Hypothese. Häufig folgen bei empirischen Untersuchungen quantitative Erhebungen auf erste qualitative Erkenntnisse. Quantitative Forschung prüft zumeist Hypothesen, was die Funktion der folgenden Erhebung darstellt. (vgl. Kapitel 6.2)

Diekmann (2010, 434) argumentiert, dass sozial- und wirtschaftsstatistische Daten am besten mittels einer Befragung erhoben werden können, die nach Paier (2010, 95) in der empirischen Sozialwissenschaft die am häufigsten eingesetzte Erhebungsmethode darstellt (vgl. auch Raithel, 2008, 65). Wenn Untersuchungen Aussagen über die gesamte Gesellschaft leisten sollen, ist Repräsentativität vorauszusetzen (vgl. Atteslander, 2010, 66; Kromrey, 2009, 262). Der Ordnung halber soll an dieser Stelle erwähnt werden, dass bei einer Stichprobenziehung ebenfalls auf Repräsentativität Wert gelegt werden soll. Die Wissenschaft unterscheidet zwischen der zufallsgesteuerten und nicht zufallsgesteuerten Auswahl, wobei sich letztere wiederum in ein geschichtetes Verfahren und in eine Klumpenauswahl untergliedern. (vgl. Braunecker, 2016, 49–58; Döring/Bortz, 2016, 305–318; Mayer, 2013, 60–65; Atteslander, 2010, 274; Diekmann, 2010, 373; Kromrey, 2009, 263–295) Aufgrund der Parlamentszugehörigkeit der Untersuchungsgruppe ist eine Bestimmung der Grundgesamtheit eindeutig feststellbar (vgl. Kromrey, 2009, 255). Weil ein Rücklauf von ca. 10 Prozent erwartet wird, werden im Sinne einer Vollerhebung alle im Fokus stehenden ParlamentarierInnen zur Befragung eingeladen.

Neben dem in der Vergangenheit üblichen klassischen Face-to-face-Interview erwähnt Diekmann (2010, 437) auch die schriftliche Befragung. Braunecker (2016, 29) konstatiert, dass die quantitative Befragung in der empirischen Sozialforschung wohl am häufigsten zum Einsatz kommt. Seit den 1990er Jahren halten Online-Befragungen ihren Einzug in die empirische Sozialforschung (vgl. Atteslander, 2010, 166). Bereits 2010 schreibt Atteslander (110) sehr selbstverständlich über Internetumfragen sowie computergestützte Befragungen, die in Europa mittlerweile üblich seien. Im Jahr 2016 messen Döring und Bortz (414) der schriftlichen Online-Befragung bzw. dem „computer-assisted web interview“ die größte Bedeutung unter den vollstrukturierten Befragungstechniken sowohl in der akademischen Grundlagenforschung als auch in der privatwirtschaftlichen Markt- und Sozialforschung bei. Der Argumentation Atteslanders (2010, 208f.) folgend, hängt die Wahl der Methode einerseits zentral von der Forschungsfrage ab, andererseits jedoch auch von zahlreichen Rahmenbedingungen. Eine zentrale Rahmenbedingung dieser Forschung ist das geringe Budget, wodurch eine persönliche oder schriftliche

paper-pencil-Befragung, die außerdem nicht mehr als zeitgemäß einzuschätzen ist, von vornherein auszuschließen ist. Um die Meinung der anvisierten ParlamentarierInnen einzuholen, fällt die Wahl aufgrund der hohen Anzahl und der elektronischen Erreichbarkeit auf eine Online-Befragung. Daher wird diese hier näher beschrieben und auf die anderen quantitativen Untersuchungsmöglichkeiten nicht weiter eingegangen.

Bei der **Online-Befragung** füllen die Befragten einen auf einem Server abgelegten Fragebogen im Internet online aus. Die Vorteile liegen in den geringen Erhebungskosten, die Dateneingabe entfällt und die Daten sind unmittelbar verfügbar. (vgl. Atteslander, 2010, 166) Bei computer-gestützten Umfragen können verschiedene Materialien wie Videos oder Bilder verwendet werden (vgl. Atteslander, 2010, 167). Weitere Vorteile sind, dass kein Einfluss interviewender Personen vorhanden ist (vgl. Paier, 2010, 98), Fehler der interviewenden Personen ausgeschlossen und ehrlichere sowie überlegtere Antworten zu erwarten sind (vgl. Mayer, 2013, 105). Die interviewte Person kann den Zeitpunkt der Beantwortung selbst wählen (vgl. Mayer, 2013, 105; Berger-Grabner, 2010, 157). Nachteilig wirkt sich aus, dass die InterviewerInnen die Befragungssituation nicht kontrollieren können, andere Personen die Antworten beeinflussen können, der Fragebogen unvollständig ausgefüllt werden kann oder dieser möglicherweise von jemand anders als den Zielpersonen beantwortet wird (vgl. zu den Vor- und Nachteilen einer Online-Befragung: Mayer, 2013, 105; Atteslander, 2010, 136; Berger-Grabner, 2010, 157; Paier, 2010, 98f.; Raithel, 2008, 67).

Der **Fragebogenerstellung** wurde besondere Sorgfalt gewidmet, da keine interviewende Person zusätzliche bzw. erklärende Informationen geben kann (vgl. Atteslander, 2010, 134f.). Einmal im Feld, soll die Fragestellung nicht mehr geändert werden (vgl. Braunecker, 2016, 85). Im Fragebogen werden der Inhalt, die Anzahl und die Reihenfolge der Fragen festgelegt und über die Antwortkategorien fixiert (vgl. Atteslander, 2010, 135). Theoretische Begriffe sind dimensional aufgelöst (vgl. Mayer, 2013, 59). Die Befragung verwendet verschiedene Skalenarten (vgl. Abbildung 27):

Messniveau		Eigenschaften	Beschreibung	Beispiele
Nominalniveau		gleich/ungleich	Messwerte sind gleich oder ungleich	Geschlecht, Nationalität, ...
Ordinal-		größer/kleiner	Messwerte lassen sich der Größe nach ordnen	Noten, Schicht, ...
Quantitativ	Intervall-	Abstand (+/-)	Abstände zwischen den Messwerten sind angebar	Celsius-Skala, IQ...
	Ratio-	Verhältnis (*:/)	Messwertverhältnisse können berechnet werden	Kelvin-Skala, Alter, ...

Abbildung 27: Messniveaus der Skalentypen

Quelle: (nach Mayer, 2013, 71)

Ähnliche Skalenbeschreibungen mit teils sehr ausführlichen Erläuterungen publizieren beispielsweise Braunecker (2016, 66–68), Döring und Bortz (2016, 237–256), Paier (2010, 62–66), Kromrey (2009, 203–206), Raithel (2008, 43) sowie Kühnel und Krebs (2001, 29). Der Fragebogen umfasst nahezu ausschließlich geschlossene Fragen, um die Vergleichbarkeit zu erhöhen (vgl. Atteslander, 2010, 148; Raithel, 2008, 68). Wo sinnvoll, kommen zusätzlich halb-offene Fragen zum Einsatz, um das Antwortspektrum zu erweitern. (vgl. Braunecker, 2016, 91; Kromrey, 2009, 356; Raithel, 2008, 70). Bei Likert-Skalen (vgl. Paier, 2010, 67–70) treffen die ProbandInnen ausschließlich auf eine gerade Anzahl an Ausprägungen, um sie zu einer Tendenz zu bewegen (vgl. Braunecker, 2016, 71f.; Raithel, 2008, 69). Je nach Frageninhalt finden sie beispielsweise „verwende ich nicht“, „verwendet Partei nicht“ oder „weiß nicht“ als zusätzliche Auswahlmöglichkeiten, wenn diese zur vollständigen Antwortauswahl nötig sind. Es kommen stufenlose Einschätzungen von 0 bis 100 und das semantische Differenzial zum Einsatz (vgl. Braunecker, 2016, 77 u. 133; Paier, 2010, 71f.). Die Paare im semantischen Differenzial rotieren bei den jeweiligen Befragungen, um den Halo-Effekt zu vermeiden (vgl. Kromrey, 2009, 362f.; Raithel, 2008, 76). Kontroll- bzw. Wiederholungsfragen sollen die Datenqualität heben. Die soziodemographischen Angaben erfolgen im letzten Abschnitt. (vgl. Berger-Grabner, 2010, 181; Raithel, 2008, 71 u. 76)

Inhaltlich fußt der Fragebogen auf den Erkenntnissen aus dem Literaturteil und der quantitativen sowie qualitativen Inhaltsanalyse. Auf seine Schlüssigkeit wird der Fragebogen mehrfach überprüft. Vier qualifizierte wissenschaftliche ExpertInnen des quantitativen Arbeitens geben vor seinem Einsatz Feedback zum Aufbau und Inhalt des Fragebogens. Sechs themennahe Personen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz testen den Fragebogen vor der Feldphase, um diesen auch auf seine internationale Einsatzfähigkeit zu prüfen. (vgl. zum Thema PreTest: Döring/Bortz, 2016, 410f.; Mayer, 2013, 99; Berger-Grabner, 2010, 180; Paier, 2010, 120f.;

Raithel, 2008, 63f.) Der Fragebogen befindet sich im Anhang (vgl. Kapitel 11.4.5). Das Ausfüllen dauert rund 10 Minuten, was nach der Literatur einer idealen Länge einer Beantwortungszeit entspricht (vgl. Braunecker, 2016, 86; Döring/Bortz, 2016, 415). Die Ergebnisse der Befragung sind alle quantifizierbar. Auch die Ergebnisse der halboffenen Fragen sind je nach Inhalt bestehenden Kategorien zugewiesen oder induktiv neuen Kategorien zugeführt. (vgl. Atteslander, 2010, 146) Es interessieren Häufigkeiten, Mittelwerte, der Median, Streuungswerte, die Standardabweichung u. ä. (vgl. Atteslander, 2010, 291–320; Berger-Grabner, 2010, 163–165).

Mayer fasst die Vorgangsweise bei quantitativen Studien wie in Abbildung 28 zusammen:

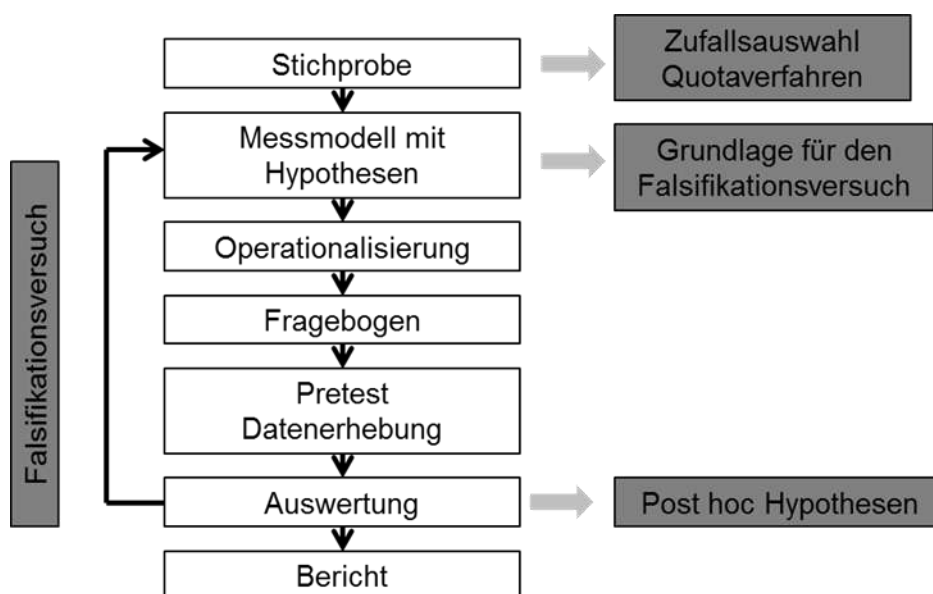


Abbildung 28: Von der Stichprobe zum Bericht

Quelle: (nach Mayer, 2013, 58)

Atteslander (2010, 167) warnt im Zusammenhang mit Online-Befragungen vor der ungelösten Frage, die Repräsentativität zu erreichen. Diesbezüglich sind die Kontaktdaten bzw. die E-Mail-Adressen beinahe aller relevanten ParlamentarierInnen online einsichtig bzw. abrufbar, wodurch im Sinne einer Vollerhebung annähernd alle Personen der Grundgesamtheit kontaktiert werden. Konkret werden dafür die E-Mail-Adressen der **4.849 ParlamentarierInnen** im Zeitraum vom 2. Oktober 2016 bis 15. Jänner 2017 einzeln auf den Homepages der insgesamt **52 Bundes-, Landes- und Kantonsparlamente** recherchiert und heruntergeladen. Es werden absichtlich alle Personen direkt angeschrieben, um ein möglichst hohes Maß an Anonymität zu gewährleisten. Ein zentraler Zugang über die politischen Parteien würde die Neutralität der Untersuchung trüben. Eine personalisierte Einladung vermeidet darüber hinaus die Möglichkeit des Mehrfachausfüllens. Die Kontrolle über die Befragungszusammensetzung bleibt damit gewahrt. (vgl. Braunecker, 2016, 46f.).

Die Schwierigkeiten der **Adress-Suche** haben unterschiedliche Niveaus. Während auf insgesamt fünf Parlamentsseiten die Namen der ParlamentarierInnen inkl. Parteizugehörigkeit und E-Mail-Adresse in einer Microsoft-Excel-Datei gespeichert sind, zeigt die überwiegende Mehrheit die Daten jeder Person einzelnen an, die nur individuell von der Homepage kopiert werden können. Teils finden sich nicht bei allen MandatarInnen die E-Mail-Adressen und diese sind nur individuell über eine Internetrecherche eruiert. Manche Parlamente, wie im Kanton Glarus, verzichten gänzlich auf die Angabe der E-Mail-Adressen. Andere Kantonsparlamentenseiten, wie Appenzell Innerrhoden, geben keine Auskunft zur Parteizugehörigkeit, was sich durch eine überdurchschnittliche Parteiunabhängigkeit der Mitglieder begründen lässt. In der Schweiz sind manche Parlamente mehrsprachig zusammengesetzt. In diesem Fall werden, wenn erkennbar, nur die deutschsprachigen Mitglieder in die Studie aufgenommen. Ist eine andere Sprache als Deutsch als Parlamentssprache angegeben, werden diese Kantone nicht berücksichtigt. Insgesamt verbleibt die Anzahl der ProbandInnen, deren E-Mail-Adressen nicht auszuforschen ist, bei vernachlässigbaren 20 Personen. Im Recherchezeitraum finden in Deutschland und Österreich keine Bundes- oder Landeswahlen statt. In der Schweiz gibt es in wenigen Kantonen eine Erneuerung der Kantonsparlamente und die Kontaktdaten werden vor der Feldphase aktualisiert. Die Vorsitzenden selbst sind als Betroffene von der Erhebung ausgeschlossen und befinden sich nicht in der Liste der Angeschriebenen. Eine Liste der konsultierten Webseiten ist am Ende der Literaturliste eingefügt.

Für eine Online-Befragung sind verschiedene Software-Typen im Internet verfügbar, die entweder gratis oder günstig verwendbar sind, wie Unipark, SoSci Survey oder Altaris Systems. Aufgrund der speziellen Ausprägung der Antwortmöglichkeiten fällt die Wahl auf **SoSci Survey**. Dieses Online-Tool kann unterschiedlichste Frageformen darstellen. Es kann als einziges der in die engere Wahl gekommenen Programme ein stufenloses semantisches Differenzial abfragen, das von 0 bis 100 reicht, wodurch die ProbandInnen ihre eigene Einschätzung in Nuancen angeben können. SoSci Survey bietet detaillierte Anleitungen zur Bedienung der Software. Diese ist auch für Personen nachvollziehbar, die nicht ständig mit einem derartigen Programm arbeiten. So kann ohne zusätzliche Hilfestellung bei der erfolgten Fragenprogrammierung die Erhebung ins Feld gehen. Darüber hinaus steht dieses Tool Studierenden für wissenschaftliche Forschung gratis zur Verfügung. Die Daten selbst sind im Datenformat csv herunterzuladen, also in Microsoft-Excel verarbeitbar, oder für SPSS auszulesen. Daher können die gängigen statistischen Verarbeitungsprogramme die gewonnenen Ergebnisse verarbeiten. Als letzter Punkt wird im Fragebogen die Möglichkeit gegeben, nach der Studie ein Management-Summary zu erhalten. Dazu muss eine E-Mail-Adresse eingegeben werden, die getrennt erfasst

wird. Auch diese Daten sind leicht abrufbar. Insgesamt bietet SoSci Survey alle Möglichkeiten, diese quantitative Studie durchzuführen und erweist sich als ausgezeichnete Wahl.

Vor der **Durchführung der Befragung** erhalten alle 216 Fraktionsvorsitzende der Parlamentsclubs am 30. Jänner 2017 ein Ankündigungs-E-Mail über die Abhaltung der Untersuchung, um vor ihren ParlamentskollegInnen über die Erhebung informiert zu sein und die Rücklaufquote positiv zu beeinflussen. Das Schreiben beinhaltet die höfliche Aufforderung, aktiv die Teilnahme an der Studie zu unterstützen. **Alle 4.849 ParlamentarierInnen erhalten am 09. Februar 2017** über das Online-Tool SoSci Survey die Einladung zur Teilnahme an der Studie. Die von SoSci Survey über die E-Mail-Adresse „rosemarie.nowak@donau-uni.ac.at“ versendeten E-Mails enthalten neben dem Link zum Fragebogen die Bitte um eigenständiges Ausfüllen und das bereits erwähnte Angebot bei Angabe einer E-Mail-Adresse, eine Management-Summary der Ergebnisse als Gegenleistung zu enthalten. Ein Reminder, wie ihn beispielsweise Paier (2010, 98) empfiehlt, am 28. Februar 2017 erhöht den **Rücklauf** auf insgesamt **470** vollständig ausgefüllte Fragebogen. Alle Anschreiben befinden sich im Anhang (vgl. Kapitel 11.4.1, 11.4.2, 11.4.3, 11.4.4). Per **2. April 2017** schließt die Befragung. Die konkrete Rücklaufkurve zeigt Abbildung 29:

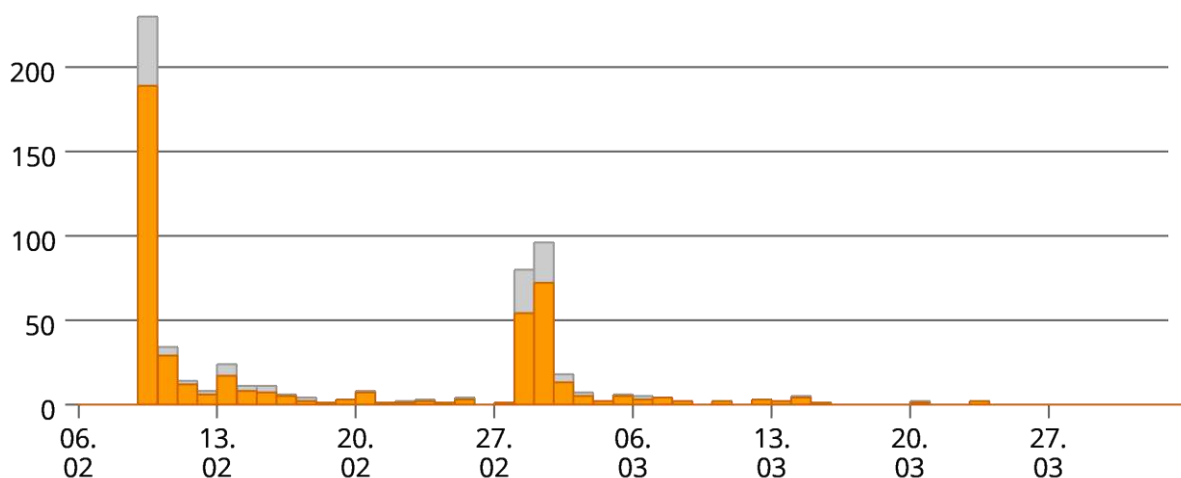


Abbildung 29: Rücklaufkurve der quantitativen Online-Befragung unter ParlamentarierInnen auf Bundes- und Landesebene im DACH-Raum vom 9. Februar bis 2. April 2017

Quelle: (SoSci Survey, 2017, online)

Der Rücklauf wird von Personen bereinigt, die durchgängig keine Antworten eintragen, und auch von einer Probandin, die sich einer anderen als die im Fokus stehenden Parteien zuordnet. Daher summiert die **gültige Anzahl** an ausgefüllten Fragebögen auf **462 Stück**, was einem Beteiligungswert von **9,53 Prozent** entspricht, der dem vorab geschätzten 10 Prozent sehr nahekommt. Insgesamt 6 Personen machen keine Angaben zur Parteizugehörigkeit. Diese werde

in den allgemeinen Auswertungen aufgrund der eindeutigen Zugehörigkeit zur Grundgesamtheit berücksichtigt. Die parteibezogenen Darstellungen basieren jedoch auf der verminderten Anzahl der **456 ParlamentarierInnen**.

Eine Übersicht zu Grundgesamtheit und Rücklauf, inkl. der Prozentwerte auf Basis der Gesamtzahlen, aufgeschlüsselt nach Ländern und Parteien, bietet Tabelle 18.

Anzahl Mitglieder in den Bundes- und Landesparlamenten im deutschsprachigen Raum je Partei	Grundgesamtheit absolut/Prozent		Rücklauf/Stichprobe absolut/Prozent	
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	754	15,55	26	5,70
Christlich Demokratische Union (CDU)	774	15,96	25	5,48
Christlich-Soziale Union (CSU)	156	3,22	1	0,22
DIE LINKE	227	4,68	21	4,61
Bündnis 90/die Grünen	294	6,06	20	4,39
Deutschland gesamt	2.205	45,47	93	20,39
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	203	4,19	30	6,58
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	201	4,15	30	6,58
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	150	3,09	21	4,61
Die Grünen	74	1,53	23	5,04
Neos	14	0,29	5	1,10
Österreich gesamt	642	13,24	109	23,90
FDP.Die Liberalen (FDP)	407	8,39	48	10,53
Christdemokratische Volkspartei (CVP)	380	7,84	43	9,43
Schweizerische Volkspartei (SVP)	572	11,80	56	12,28
Sozialdemokratische Partei (SP)	366	7,55	56	12,28
Grüne Partei (GPS)	126	2,60	25	5,48
Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP)	70	1,44	12	2,63
Grünliberale Partei (GLP)	81	1,67	14	3,07
Schweiz gesamt	2.002	41,29	254	55,70
Grundgesamtheit/Rücklauf	4.849	100	456	100

Tabelle 18: Grundgesamtheit und Rücklauf der ParlamentarierInnen im DACH-Raum nach Länder- und Parteizugehörigkeit in absolut und Prozent

Quelle: eigene Darstellung und nach Angaben auf den Homepages der Bundes- und Landesparlamente im DACH-Raum

Im Grunde handelt es sich bei den erhobenen Daten um keine Zufallsstichprobe, da alle ParlamentarierInnen im Fokus stehen und nur ein Teil aus eigenen Stücken an der Befragung teilnimmt. Schwankungsbreiten zu berechnen ist jedoch üblich, wenn ForscherInnen absichtlich eine Zufallsstichprobe verwenden. (vgl. Braunecker, 2016, 49–58; Döring/Bortz, 2016, 305–318; Mayer, 2013, 60–65; Atteslander, 2010, 274; Diekmann, 2010, 373; Kromrey, 2009, 263–295) Im vorliegenden Fall besteht für jede angeschriebene Person die gleiche Chance, in die Untersuchung einzugehen. Somit ähnelt die Vorgangsweise einer Stichprobenziehung. Bei Untersuchungen mit Zufallsstichprobe werden in der Regel statistische Schwankungsbreiten ausgewiesen, um die Qualität und Schärfe der Ergebnisse transparent zu machen. Aus diesem Grund werden auch für die vorliegenden Daten Schwankungsbreiten berechnet.

Mit Bezug auf die Grundgesamtheit von 4.849 ParlamentarierInnen wäre bereits bei einem Rücklauf/einer Stichprobe (n) von 370 ausgefüllten Fragebogen bei einer Wahrscheinlichkeit der Ergebnisvalidität von 95,5 Prozent die Forderung nach einer maximalen doppelten Schwankungsbreite der üblichen 5 Prozent erfüllt, wie nachstehende Berechnung darlegt (vgl. Braunecker, 2016, 119). Da Schwankungsbreiten bei Ergebniswerten von 50 Prozent am stärksten ausgeprägt sind, wird für diese und alle folgenden Berechnungen dieser Prozentwert herangezogen (vgl. Braunecker, 2016, 102f.).

$$n \geq \frac{\text{Grundgesamtheit}}{1 + \frac{(\text{Grundgesamtheit}-1) \cdot \text{Schwankungsbreite max.akzeptiert}^2}{\text{Multiplikator für Wahrscheinlichkeit}^2 \cdot \text{Prozentwert} \cdot (100 - \text{Prozentwert})}}$$

$$n \geq \frac{4849}{1 + \frac{(4849-1) \cdot 5^2}{2^2 \cdot 50 \cdot (100 - 50)}} = 369,6$$

Aufgrund der höheren Rücklaufquote von 462 bzw. den parteizugeordneten 456 gesamt ausgefüllten Fragebogen ergibt sich über alle erhobenen Daten gesehen eine geringere doppelte Schwankungsbreite/Standardabweichung (σ), als die in der Sozialforschung üblichen 5 Prozent (vgl. Braunecker, 2016, 112; Paier, 2010, 91). Das zeigen die nachstehenden Berechnungen (vgl. Braunecker, 2016, 106):

$$\sigma = \sqrt{\frac{\text{Prozentwert} \cdot (100 - \text{Prozentwert})}{\text{Stichprobengröße}}} * 2$$

$$\sigma = \sqrt{\frac{50 \cdot (100 - 50)}{462}} * 2 = 4,6524 \qquad \sigma = \sqrt{\frac{50 \cdot (100 - 50)}{456}} * 2 = 4,6829$$

Da sich die gezogene Stichprobe einem Wert von rund 10 Prozent der Grundgesamtheit nähert, fällt auch der Endlichkeitsfaktor für die Berechnung der doppelten Schwankungsbreite ins Gewicht, der weiter reduzierend auf die statistische Unschärfe einwirkt (vgl. Braunecker, 2016, 107f.):

$$\sigma = \sqrt{\frac{\text{Prozentwert} * (100 - \text{Prozentwert})}{\text{Stichprobengröße}}} * 2$$

$$* \sqrt{\frac{\text{Grundgesamtheit} - \text{Stichprobengröße}}{\text{Grundgesamtheit} - 1}}$$

$$\sigma = \sqrt{\frac{50 * (100 - 50)}{462}} * 2 * \sqrt{\frac{4849 - 462}{4849 - 1}} = 4,4257$$

$$\sigma = \sqrt{\frac{50 * (100 - 50)}{456}} * 2 * \sqrt{\frac{4849 - 456}{4849 - 1}} = 4,4578$$

Zusammenfassend kann für alle auf die Grundgesamtheit bezogenen Prozentwerte dieser Erhebung, die auf den beiden Rücklaufgrößen basieren, mit einer Wahrscheinlichkeit von 95,5 Prozent von einer **statistischen Unschärfe** von max. **4,5 Prozent** ausgegangen werden.

Über die ParlamentarierInnen sind die Partei-, Landes- und Parlamentszugehörigkeit sowie das Geschlecht in der Grundgesamtheit aufgrund der eignen Recherche und in der Stichprobe aufgrund der Angaben im Fragebogen (Fragen 29, 30, 33) bekannt. Andere Parameter können zur Repräsentativitätsbestimmung der Stichprobe nicht herangezogen werden. Die für diese Untersuchung relevanten Parameter sind die unterschiedlichen Nationen, siehe beispielsweise Tabelle 18, und die jeweiligen parteipolitischen Subgruppen, wie in Tabelle 5 dargestellt. Aus diesem Grund werden die Ergebnisse nach diesen genannten Merkmalen der Zugehörigkeit zu den Nationen und den politischen Subgruppen mittels einer iterativen Kreuzgewichtung faktorngewichtet (vgl. Braunecker, 2016, 53–55). Um die Stichprobe besser einschätzen und beschreiben zu können, enthalten die nachstehenden Tabellen sowohl die ungewichteten Daten als auch die gewichteten Ergebnisse. Da die Untersuchung an Mustern und Strukturen interessiert ist, erfolgt die Betrachtung der Ergebnisse nicht auf der zumeist wenig repräsentativen Ebene der einzelnen Parteien, sondern mit Bezug auf die bereits in Tabelle 5 gebildeten und in der Inhaltsanalyse verwendeten Untergliederungen. Tabelle 19 zeigt die Anzahl der Mitglieder in diesen Subgruppen:

Anzahl Mitglieder in den Bundes- und Landesparlamenten im deutschsprachigen Raum nach Subgruppen	Grundgesamtheit absolut/Prozent		Rücklauf/ Stichprobe absolut/Prozent ungewichtet		Rücklauf/ Stichprobe absolut/Prozent gewichtet	
Parteien rechts der Mitte (CDU, CSU, ÖVP, FPÖ, Neos, FDP, CVP, SVP, BDP)	2.726	56,22	241	52,85	255	55,92
Parteien links der Mitte (SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/die Grünen, SPÖ, Die Grünen, SP, GPS, GLP)	2.123	43,78	215	47,15	201	44,08
Größere Parteien (SPD, CDU, CSU, ÖVP, SPÖ, FDP, CVP, SVP)	3.447	71,09	259	56,80	333	73,03
Kleiner Parteien (DIE LINKE, Bündnis 90/die Grünen, FPÖ, Die Grünen, Neos, SP, GPS, BDP, GLP)	1.402	28,91	197	43,20	123	26,97
Materialistische Parteien (SPD, CDU, CSU, ÖVP, SPÖ, FPÖ, FDP, CVP, SVP, SP)	3.963	81,73	336	73,68	374	82,02
Postmaterialistische Parteien (DIE LINKE, Bündnis 90/die Grünen, Die Grünen, Neos, GPS, BDP, GLP)	886	18,27	120	26,32	82	17,98
Grundgesamtheit/Rücklauf	4.849	100	456	100	456	100

Tabelle 19: Mitgliederanzahl der ParlamentarierInnen und Rücklauf nach politischen Subgruppen, ungewichtet und gewichtet

Quelle: eigene Darstellung und nach Angaben auf den Homepages der Bundes- und Landesparlamente im DACH-Raum

Mit Blickpunkt auf die Absolut- und Prozentwerte der ungewichteten Stichprobe im Vergleich zur Grundgesamtheit lassen sich hinsichtlich der gebildeten Subgruppen deutlich ähnliche Tendenzen ablesen. Die Beteiligung der Mitglieder kleinerer Parteien fällt etwas überproportional aus und auch die postmaterialistischen VertreterInnen sind leicht überrepräsentiert. Die Subgruppen zeigen gleichartige Tendenzen in den Prozentwerten der Grundgesamtheit zur Stichprobe. Die Gewichtung stellt sehr ähnliche Relationen wie in der Grundgesamtheit her. Bei der Untergliederung nach Ländern und nach der Art der Parlamente (vgl. Tabelle 20) treten Differenzen in der Verteilung der Stichprobe zur Grundgesamtheit auf.

Anzahl Mitglieder in den Bundes- und Landesparlamenten im deutschsprachigen Raum nach Art des Parlaments und Ländern gesamt	Grundgesamtheit absolut/Prozent		Rücklauf/ Stichprobe absolut/Prozent ungewichtet		Rücklauf/ Stichprobe absolut/Prozent gewichtet	
Bundesparlamente Deutschland	657	13,55	11	2,42	31	6,81
Landesparlamente Deutschland	1.548	31,92	82	18,06	176	38,68
Deutschland gesamt	2.205	45,47	93	20,48	207	45,49
Bundesparlamente Österreichs	229	4,72	44	9,69	24	5,27
Landesparlamente Österreichs	413	8,52	62	13,66	35	7,69
Österreich gesamt	642	13,24	106	23,35	60	13,19
Bundesparlamente Schweiz	237	4,89	16	3,52	10	2,20
Kantons- und Landesparlamente Schweiz	1.765	36,40	239	52,64	178	39,12
Schweiz gesamt	2.002	41,29	255	56,17	188	41,32
Bundesparlamente gesamt	1.123	23,16	71	15,64	66	14,38
Landes- und Kantonsparlamente gesamt	3.726	76,84	383	84,36	393	85,62
Grundgesamtheit/Rücklauf	4.849	100	454	100	455/459	100

Tabelle 20: Mitgliederanzahl in den Bundes- und Landesparlamenten nach Art des Parlaments und Ländern gesamt, ungewichtet und gewichtet

Quelle: eigene Darstellung und nach Angaben auf den Homepages der Bundes- und Landesparlamente im DACH-Raum

Schweizer und österreichische ParlamentarierInnen sind etwas überrepräsentiert, während in Deutschland weniger Teilnehmende gezählt werden, als aufgrund der Größe der Grundgesamtheit zu erwarten gewesen wäre. Die Gewichtung stellt die Relation in der Stichprobe gemäß der Grundgesamtheit nach Ländern her und bringt hinsichtlich der Art der Parlamente eine Annäherung. Für Deutschland liegt der Gewichtungsfaktor etwas höher als zwei, was eine gewisse Datenunschärfe mit sich bringen könnte. (vgl. Braunecker, 2016, 53–55) Eine genaue Analyse der ungewichteten und gewichteten Daten zeigt jedoch, dass zwischen den Ergebnissen de facto kaum Unterschiede bestehen. Signifikante Werte treten bei den ungewichteten Daten nur in einem zu vernachlässigenden Maß häufiger auf, als bei den gewichteten Daten. Daher kann von einer hohen Validität und Qualität der Daten ausgegangen werden. Damit die **Ergebnisdarstellung** möglichst ähnlich den Relationen in der Grundgesamtheit folgt, basieren die Abbildungen im Kapitel 6.3.2 auf den **gewichteten Daten**.

Die Aufgliederung der Daten nach der Art der Parlamente und Ländern zeigt in Tabelle 20 darüber hinaus, dass mehr als vier Fünftel der Befragten, die eine Angabe zu dieser Frage machen, den Landes- bzw. Kantonsparlamenten zugehören. Dies kommt der Absicht der Erhebung zugute, die Muster der über die Interne Kommunikation hervorgerufenen Reputationskonstituierung der Vorsitzenden zu beforschen. Es wird von der Annahme ausgegangen, dass auf Landes- bzw. Kantonsebene der persönliche Kontakt zu den Vorsitzenden geringer ausgeprägt ist als auf Bundesebene. Da auch der Unterschied zwischen den drei Nationen interessiert, zeigen die Ergebnisdarstellungen eine Untergliederung nach den drei Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Um errechnete Prozentwerte dieser Untersuchung besser interpretieren zu können und eventuelle Vergleiche zu anderen Studien zu ermöglichen, sind nachstehend in Tabelle 21 für die politischen Subgruppen und die Länder die doppelten Schwankungsbreiten berechnet. Dazu dient konkret die oben erwähnte Formel unter Berücksichtigung des Endlichkeitsfaktors (vgl. Braunecker, 2016, 107f.). An dieser Stelle soll nochmals betont sein, dass es sich bei der Untersuchung um keine Zufallsstichprobe im klassischen Sinne handelt und die doppelten Schwankungsbreiten zur Orientierung angegeben sind:

Doppelte Schwankungsbreiten der politischen Subgruppen und Nationen	Grundgesamtheit absolut/Prozent		Rücklauf/ Stichprobe absolut/Prozent ungewichtet			Rücklauf/ Stichprobe absolut/Prozent gewichtet		
					Schwankungsbreiten			Schwankungsbreiten
Parteien rechts der Mitte	2.726	56,22	241	52,85	±5,87	255	55,92	±5,96
Parteien links der Mitte	2.123	43,78	215	47,15	±6,47	201	44,08	±6,71
Größere Parteien	3.447	71,09	259	56,80	±5,98	333	73,03	±5,21
Kleinere Parteien	1.402	28,91	197	43,20	±6,61	123	26,97	±8,62
Materialistische Parteien	3.963	81,73	336	73,68	±5,22	374	82,02	±4,92
Postmaterialistische Parteien	886	18,27	120	26,32	±8,49	82	17,98	±10,53
Deutschland	2205	45,47	93	20,48	±10,15	207	45,49	±6,62
Österreich	642	13,24	106	23,35	±8,88	60	13,19	±12,30
Schweiz	2002	41,29	255	56,17	±5,85	188	41,32	±6,94
Grundgesamtheit/Rücklauf	4.849	100	456	100	±4,46	456	100	±4,46

Tabelle 21: Doppelte Schwankungsbreiten der politischen Subgruppen und der Nationen

Quelle: eigene Darstellung und nach Angaben auf den Homepages der Bundes- und Landesparlamente im DACH-Raum

In der Darstellung der Ergebnisse zur quantitativen Erhebung werden alle Unterschiede, welche über die berechnete doppelte Schwankungsbreite der gänzlichen Stichprobe von 4,5 Prozent bei Gesamtdarstellungen und den jeweils zusammengezählten Prozentwerten der Schwankungsbreite der einzelnen Untergliederungstypen (vgl. Tabelle 21) hinausgehen, als signifikant beschrieben. Alle anderen Ergebnisse befinden sich nicht außerhalb der statistischen Unschärfe. Der geschlechterbezogene Rücklauf (Frage 33) entspricht beinahe proportional der Grundgesamtheit, wie in Tabelle 22 dargestellt, weshalb bezüglich dieser Ausprägung die gewichteten Daten kaum Veränderungen aufweisen.

Anzahl Mitglieder in den Bundes- und Landesparlamenten im deutschsprachigen Raum nach Geschlecht	Grundgesamtheit		Rücklauf/ Stichprobe absolut/Prozent ungewichtet		Rücklauf/ Stichprobe absolut/Prozent gewichtet	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
<i>Frauen</i>	1.506	31,06	155	34,07	142	31,21
<i>Männer</i>	3.343	68,94	300	65,93	313	68,79
Grundgesamtheit/Rücklauf	4.849	100	455	100	455	100

Tabelle 22: Untergliederung der Bundes- und LandesparlamentarierInnen Grundgesamtheit und Rücklauf nach Geschlecht, ungewichtet und gewichtet

Quelle: eigene Darstellung und nach Angaben auf den Homepages der Bundes- und Landesparlamente im DACH-Raum

Dieser Absatz dient dazu, den zeitlichen Abstand der beiden Teile der Triangulation zu argumentieren. Im praktischen Ablauf wird schon in einem frühen Stadium der Dissertation bei den Parteien um die internen Medien nachgefragt. Dies geschieht auch mit dem Hintergrund, die Machbarkeit der gesamten Untersuchung abschätzen zu können. Nach der so positiven Resonanz der untersuchten politischen Parteien, die alle für das 1. Halbjahr 2014 interne Medien zur Verfügung stellen, wird intensiv am Thema weitergearbeitet. Eine schriftliche Befragung fundiert durchzuführen, bedarf jedoch einiger Vorbereitungen, Literatursichtung, Hypothesenbildung und der Umsetzung der Inhaltsanalyse. Erst nach diesen Schritten können die Variablen für eine quantitative Erhebung operationalisiert und die Fragestellungen zur Überprüfung der Hypothesen formuliert werden. Wäre beispielsweise ein wesentlicher Aspekt im Fragebogen vergessen worden, hätte dieser nicht mehr nachgeholt werden können. Daher fällt der Erhebungsqualität in dieser Dissertation über der Schnelligkeit ein höherer Stellenwert zu, was wissenschaftlich eine anerkannte Vorgangsweise darstellt. (vgl. Flick, 2011, 102) Die Untersuchung konzentriert sich auf die in den Parteien eruierbaren Muster, weshalb auch die Wechsel der Parteivorsitzenden keinen Einfluss auf die Untersuchungsergebnisse haben sollen. Im Zeitraum der quantitativen Befragung leiten die in Tabelle 23 genannten Personen als Vorsitzende ihre Parteien:

Parteivorsitzende im Zeitraum der quantitativen Online-Befragung (9. Februar – 2. April 2017)	Parteivorsitzende
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	Sigmar Gabriel, seit 19. März 2017 Martin Schulz*
Christlich Demokratische Union (CDU)	Angela Merkel
Christlich-Soziale Union (CSU)	Horst Seehofer
DIE LINKE	Katja Kipping und Bernd Riexinger
Bündnis 90/die Grünen	Simone Peter und Cem Özdemir
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	Reinhold Mitterlehner
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	Christian Kern
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	Heinz-Christian Strache
Die Grünen	Eva Glawischnig
Neos	Matthias Strolz
FDP.Die Liberalen (FDP)	Petra Gössi
Christdemokratische Volkspartei (CVP)	Gerhard Pfister
Schweizerische Volkspartei (SVP)	Albert Rösti
Sozialdemokratische Partei (SP)	Christian Levrat
Grüne Partei (GPS)	Regula Rytz
Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP)	Martin Landolt
Grünliberale Partei (GLP)	Martin Bäumle
* Von Martin Schulz ist bereits seit November 2016 der Wunsch eines Wechsels in die Bundespolitik bekannt.	

Tabelle 23: Parteivorsitzende im Zeitraum der quantitativen Online-Befragung (9. Februar – 2. April 2017)

Quelle: eigene Darstellung nach Angaben auf den Homepages (CDU, 2017, online; SPD, 2017, online; ZeitOnline, 2016, online; CSU, 2017, online; DIE LINKE, 2017a, online, 2017b, online; gruene.de, 2017, online; ÖVP, 2017, online; SPÖ, 2017, online; FPÖ, 2017, online; gruene.at, 2017, online; Neos, 2017, online; FDP.Die Liberalen, 2017, online; cvp.ch, 2017, online; svp.ch, 2017, online; sp-ps.ch, 2017, online; gruene.ch, 2017, online; BDP, 2017, online; gruenliberale.ch, 2017, online)

Im Fragebogen selbst muss keine Codierung der Fragen und Antworten zur Auswertung erfolgen, da dies bei einer Online-Umfrage automatisch das Erhebungstool SoSci Survey vornimmt (vgl. Braunecker, 2016, 183f.). Die zugewiesenen Codes sind im Fragebogen im Anhang vermerkt. Die Auswertung der Daten erfolgte mittels SPSS, wobei das Hauptinteresse auf Häufigkeiten liegt. Es werden auch Mittelwerte und Mediane errechnet und verglichen. Kreuztabellen bilden die Standardausgabe der Auswertung. Die Hypothesen werden zum Teil mittels Korrelationen geprüft. (vgl. Braunecker, 2016, 121–128 u. 240–266; Atteslander, 2010, 245–320) Beispielsweise stuft Paier (2010, 147) Korrelationen im Bereich 0,4 bis 0,6 bereits als starke Zusammenhänge ein. Braunecker (2016, 263) stuft hingegen Werte ab 0,7 als mittel bis zu einer

hohen Korrelation in Richtung 0,9 ein. Erst ab 0,9 ist für ihn eine sehr hohe Korrelation gegeben. Die Daten sind demzufolge nach statistischen Kriterien ausgewertet und dargestellt (vgl. Kromrey, 2009, 398f.; Raithel, 2008, 8f. u. 120). Die Auswertung wurde nach genauen Vorgaben der Autorin mittels SPSS durchgeführt. Im Kapitel 6.3.2 findet sich die Darstellung der Ergebnisse und die finale Überprüfung der Hypothesen. Eine zusammenfassende Interpretation der Ergebnisse und die Beantwortung der Forschungsfragen erfolgt im Schlussteil (vgl. Kapitel 7).

6.3.2 Darstellung der Ergebnisse: Quantitative Befragung der ParlamentarierInnen inkl. Hypothesenüberprüfung

Um das Datenmaterial besser einschätzen zu können, zeigen die nächsten Darstellungen weitere soziodemographische Angaben und Eigeneinschätzungen der ParlamentarierInnen.

6.3.2.1 Weitere soziodemographische Daten

Nach der **Dauer ihrer Mitgliedschaft** in einem Parlament gefragt (Frage 1), machen die ParlamentarierInnen die Angaben wie in Abbildung 30.

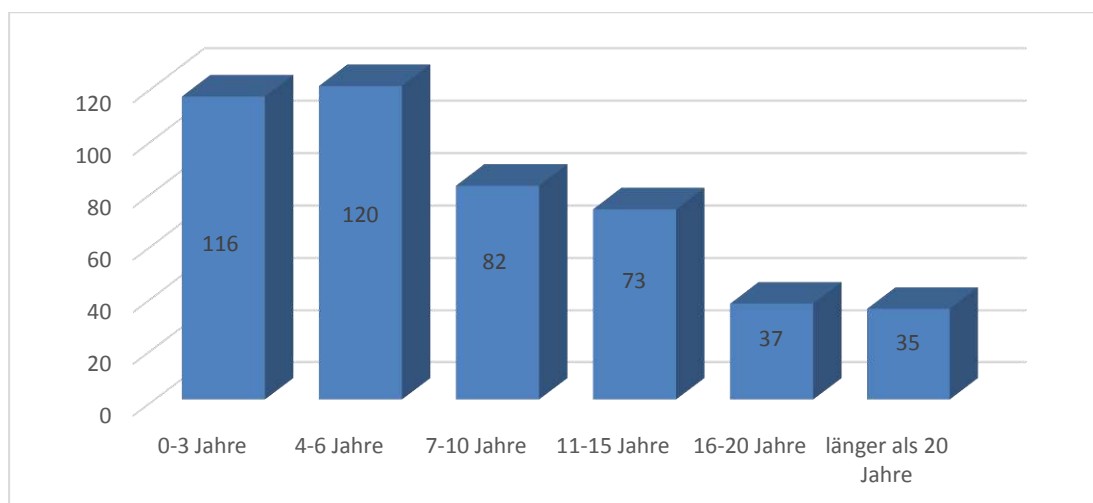


Abbildung 30: Dauer der Mitgliedschaft der ParlamentarierInnen in einem Bundes- oder Landesparlament, alle Befragte, in absoluten Zahlen, gewichtet, n=463

Quelle: eigene Darstellung

Etwas mehr als die Hälfte sind mit 53 Prozent bereits bis zu sechs Jahre Mitglied in einem Bundes- oder Landesparlament. Die meisten haben mit 26 Prozent zwischen vier und sechs Jahre Parlamentserfahrung. Zu den älteren Gedienten zählen 49 Prozent, die auf mehr als sechs Jahre Erfahrung in Parlamenten zurückblicken können. Mehr als 20 Jahre verbringen nur 8

Prozent der Befragten in einem Parlament. Lediglich eine einzige Person der Stichprobe macht keine Angabe.

Auffällige Unterschiede zeigen sich bei einem Ländervergleich wie in Abbildung 31.

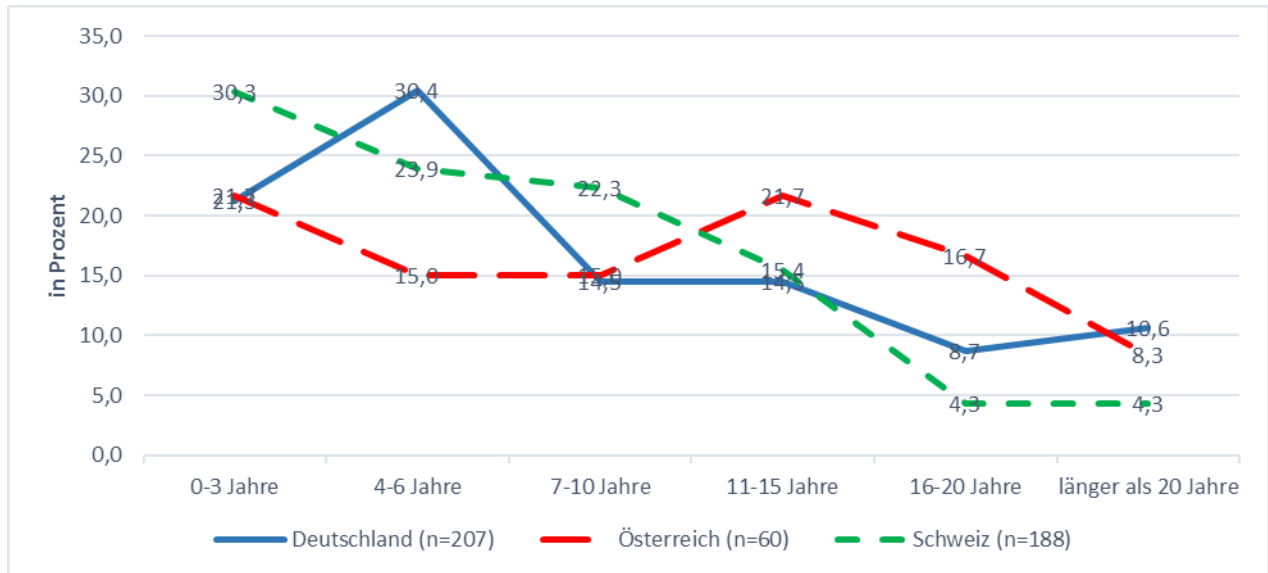


Abbildung 31: Dauer der Mitgliedschaft der ParlamentarierInnen in einem Bundes- oder Landesparlament, nach Ländern, in Prozent, gewichtet, n=455

Quelle: eigene Darstellung

Im Ländervergleich zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz tritt eine sehr ähnliche Tendenz in beinahe allen Zugehörigkeitsdauern auf. Ein markanter Unterschied besteht zwischen Österreich und den beiden anderen Ländern bei der Zugehörigkeitsdauer von vier bis sechs Jahren, wo österreichische VolksvertreterInnen unterrepräsentiert sind. Ein weiterer Ausreißer liegt in der Zeitspanne von 16 bis 20 Jahren Zugehörigkeit, wo überdurchschnittlich viele ÖsterreicherInnen vertreten sind. In Österreich liegt der Wert der Befragten nach potenziell einer Legislaturperiode nur bei 15 Prozent und steigt ab elf Jahren Zugehörigkeit wieder leicht an. Für die Zugehörigkeitsdauer von 16 bis 20 Jahre geben in Österreich 17 Prozent der Teilnehmenden an, zu dieser Gruppe zu gehören, während in Deutschland nur neun Prozent und in der Schweiz nur vier Prozent auf diese Dauer ihrer Parlamentsarbeit verweisen. Beide Abweichungen liegen noch innerhalb der Schwankungsbreiten und weisen somit auf keine eindeutigen signifikanten Unterschiede hin. In Deutschland gehören die meisten Personen zwischen vier und sechs Jahren einem Bundes- oder Landesparlament an. Danach fällt die Kurve kontinuierlich ab und steigt nur am Ende unwesentlich wieder an. In der Schweiz beginnt der Spitzenwert bei null bis drei Jahren bei 30 Prozent der Abgeordneten. Auch in diesem Land flacht die Kurve über die Jahre kontinuierlich ab mit einem leichten Knick vor der Phase zwischen 16

und 20 Jahren. Nach diesen Daten haben die österreichischen ParlamentarierInnen die längste einschlägige Gremiumserfahrung.

Eine Betrachtung nach politischen Subgruppen ergibt wenig Unterschiede, sondern einen sehr homogenen Verlauf der Dauer der Zugehörigkeit der ParlamentarierInnen. Wie durch Abbildung 32 ersichtlich, reißen nur die linken Parteien bei einer Zugehörigkeit von sieben bis zehn Jahren nach unten und die rechten Parteien leicht nach oben aus, was jedoch ohne signifikante Eindrücke bleibt.

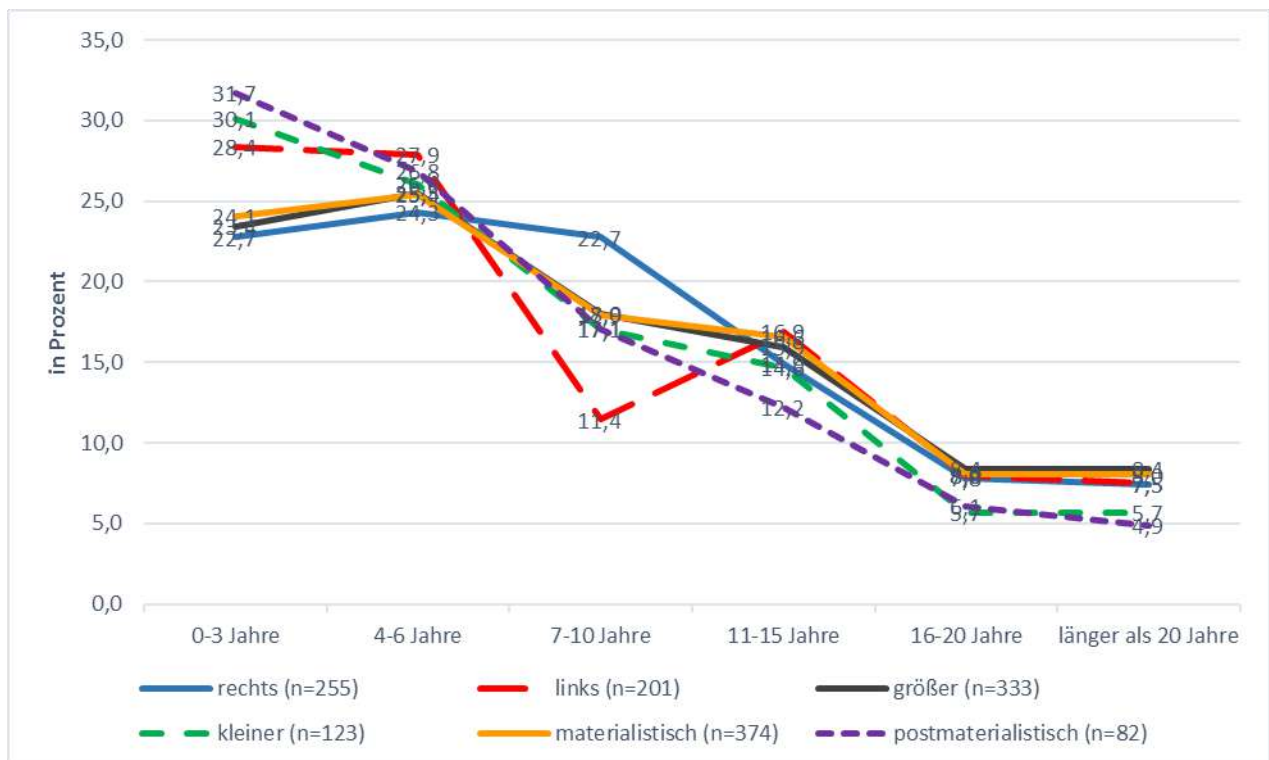


Abbildung 32: Dauer der Mitgliedschaft der ParlamentarierInnen in einem Bundes- oder Landesparlament, nach politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet, n=456

Quelle: eigene Darstellung

Das **Alter** (Frage 34) gibt beeindruckenden Aufschluss über die Zusammensetzung der Stichprobe, wie in Abbildung 33 erkennbar.

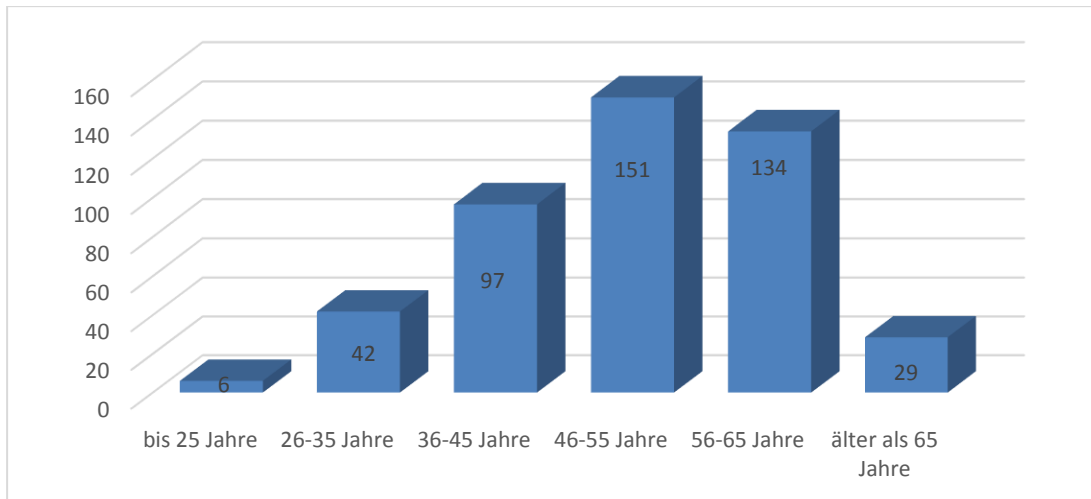


Abbildung 33: Alter der ParlamentarierInnen, alle Befragte, in absoluten Zahlen, gewichtet, n=459
Quelle: eigene Darstellung

Mehr als zwei Drittel der ProbandInnen sind älter als 45 Jahre. Die Gruppe zwischen 46 und 65 Jahren nimmt den größten Anteil von gut drei Fünftel ein. Nur jede zehnte Person ist unter 36 Jahre alt und jede fünfte Person zwischen 36 und 45 Jahre alt. Doch machen auch die SeniorInnen über 65 Jahre nur gut sechs Prozent der VertreterInnen in den Parlamenten aus.

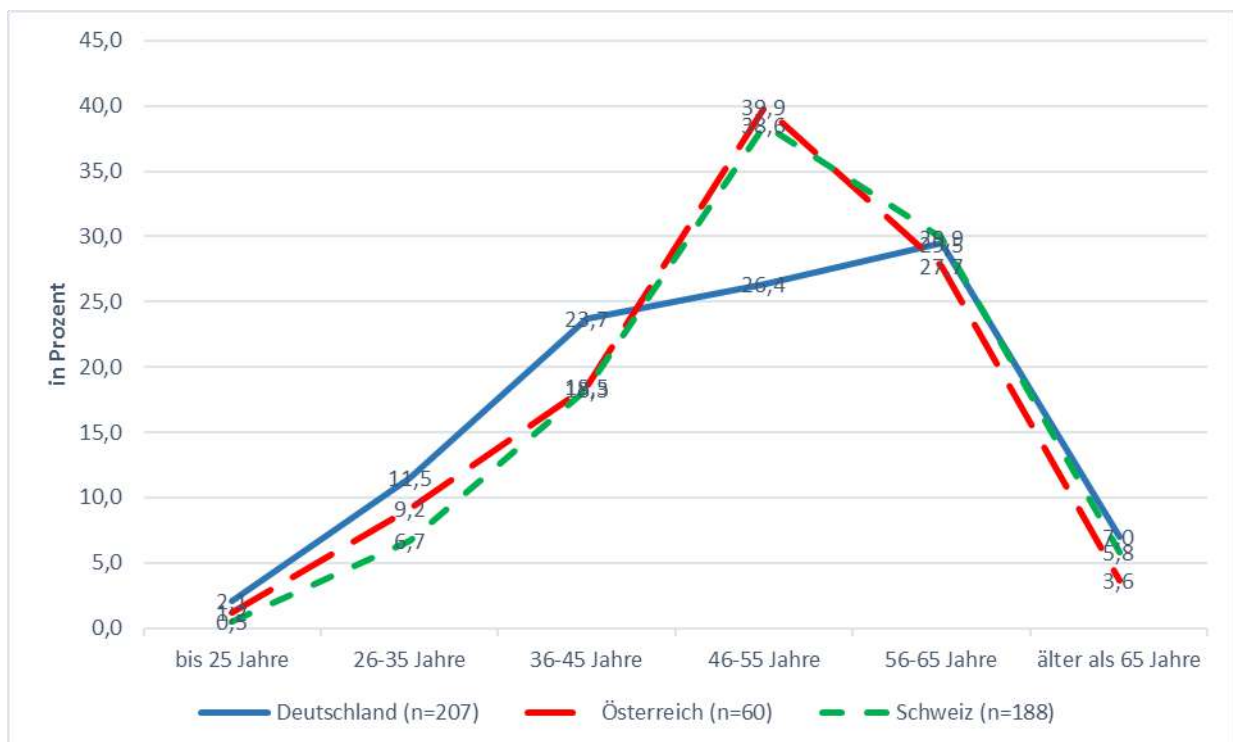


Abbildung 34: Alter der ParlamentarierInnen, nach Ländern, in Prozent, gewichtet, n=455
Quelle: eigene Darstellung

Eine Analyse nach Nationen zeigt in Abbildung 34, dass in Deutschland der Wert bei den 46- bis 55-jährigen im Vergleich zu Österreich und der Schweiz deutlich weniger ausgeprägt ist, wenn auch der Unterschied keine Signifikanz erreicht. Die anderen Kohorten verhalten sich in allen drei Ländern sehr ähnlich zur Gesamtauswertung in Abbildung 33.

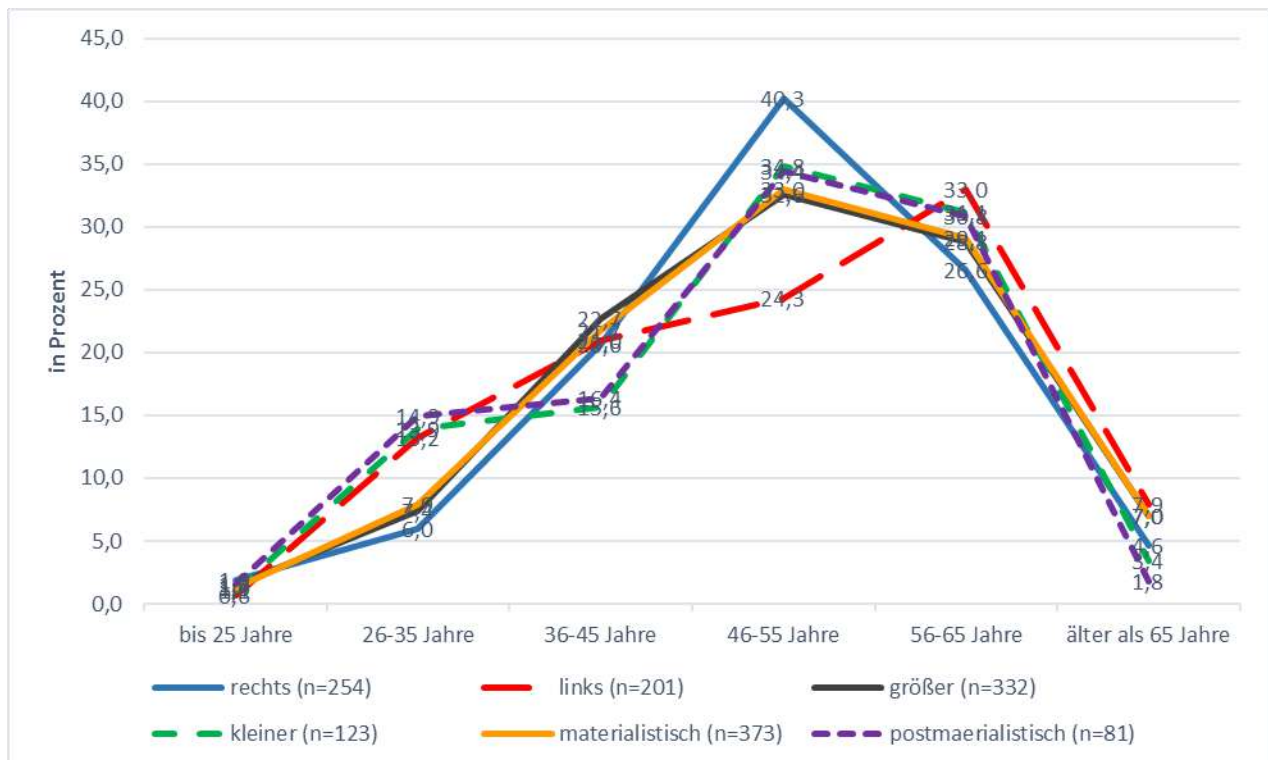


Abbildung 35: Alter der ParlamentarierInnen, nach politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet, n=455/454

Quelle: eigene Darstellung

Eine Untergliederung nach politischen Subgruppen zeigt in Abbildung 35 ebenfalls ein sehr ähnliches Bild im Vergleich zur Gesamtauswertung in Abbildung 33. Signifikant ist die Differenz bei den 46- bis 55-Jährigen zwischen rechten Gruppierungen mit 40 Prozent und linken Gruppierungen mit 24 Prozent. Die geringere Ausprägung bei den linken Parteien scheint daher zu rühren, dass sie ihre höchste Ausprägung mit 33 Prozent in der Kohorte der 56- bis 65-Jährigen aufweisen. Sie nehmen in dieser Altersausprägung zwar keinen signifikant abweichenden aber doch den höchsten Wert ein. Da die linken Abgeordneten in den anderen Altersgruppen im Durchschnitt liegen, könnte die Verteilung auf eine Überalterung der linken MandatarInnen hinweisen.

Die Auswertungen zur **Ausbildung** (Frage 35) ergeben ein eindeutiges Ergebnis, wie Abbildung 36 zeigt:

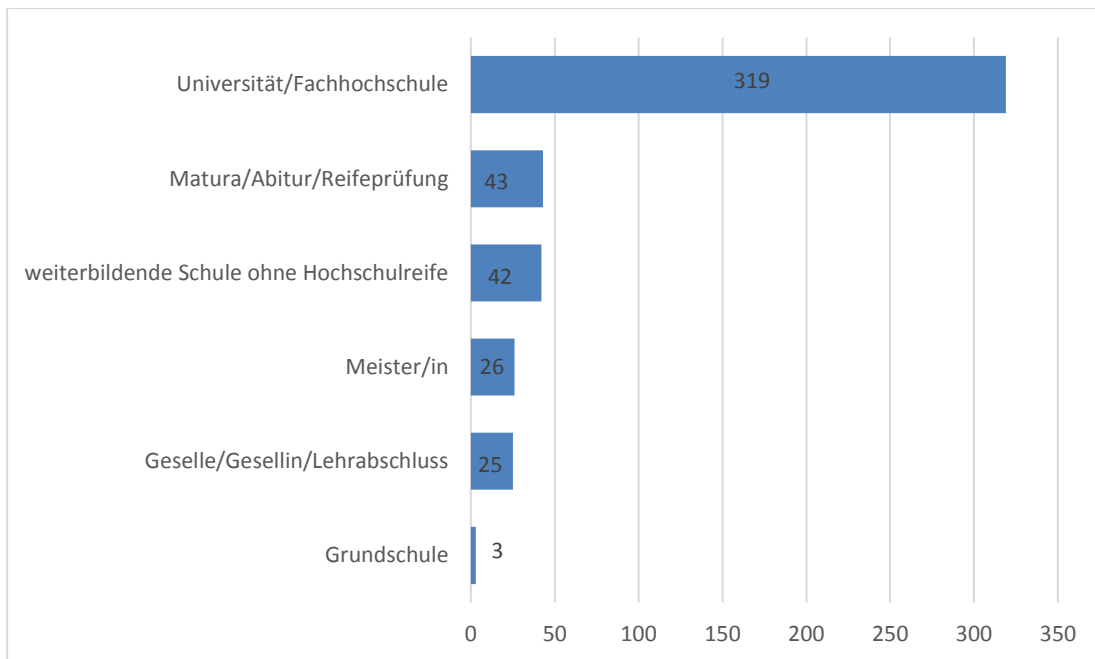


Abbildung 36: Höchster Ausbildungsgrad der ParlamentarierInnen, alle Befragte, in absoluten Zahlen, gewichtet, n=458

Quelle: eigene Darstellung

Mehr als zwei Drittel der VolksvertreterInnen verfügen über einen Hochschulabschluss als höchste Ausbildung. Rund 20 Prozent verweisen auf eine höhere Schule mit oder ohne Hochschulreife als höchsten Abschluss. Nur ungefähr jede zehnte Person hat handwerklichen Hintergrund. Weniger als ein Prozent gibt die Grundschule als höchsten Ausbildungsgrad an.

Eine Untergliederung nach Ländern, wie in Abbildung 37 zu sehen, zeigt eine sehr ähnliche Tendenz, wie die Gesamtauswertung in Abbildung 36, jedoch mit teils markanten Unterschieden.

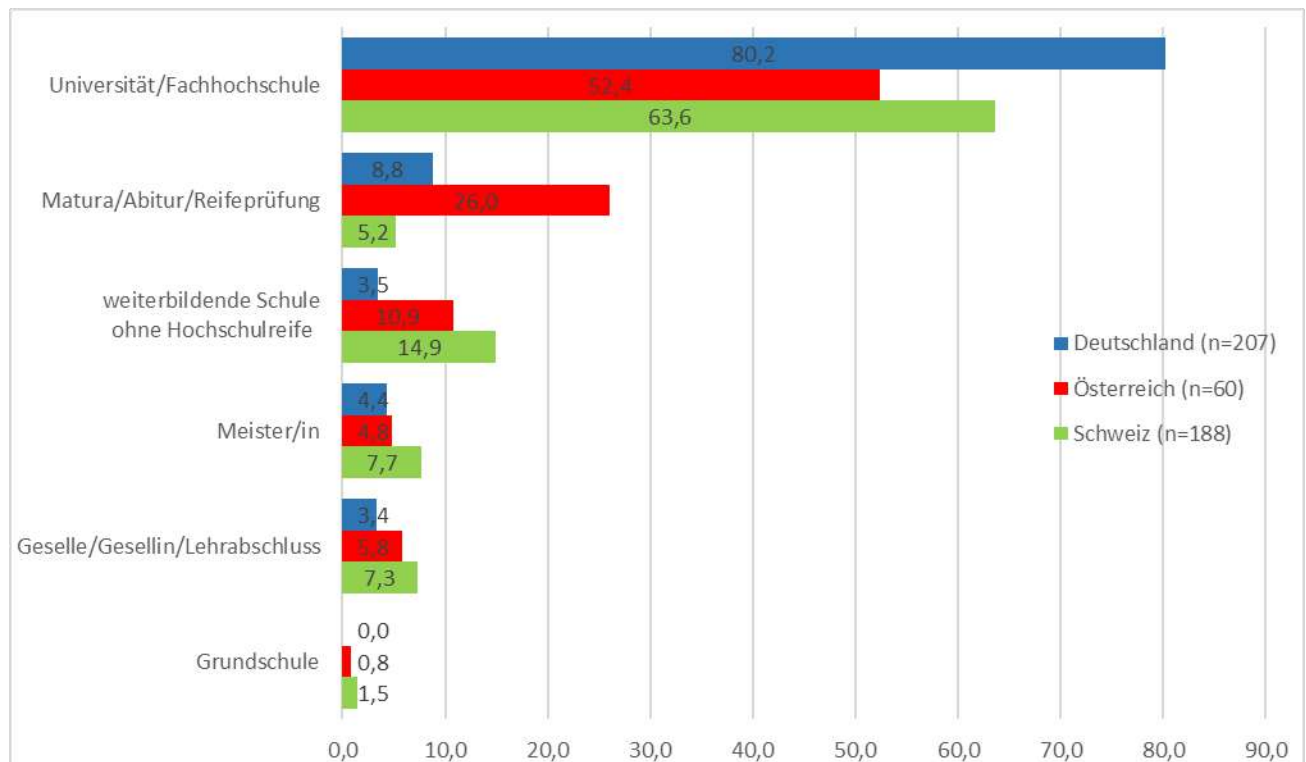


Abbildung 37: Höchster Ausbildungsgrad der ParlamentarierInnen, nach Ländern, in Prozent, gewichtet, n=455

Quelle: eigene Darstellung

In Österreich ist der Anteil der Abgeordneten mit Universitäts- bzw. Hochschulabschluss signifikant geringer, als jener in Deutschland. Nur knapp über die Hälfte der österreichischen MandatarInnen sind AkademikerInnen, während in Deutschland vier Fünftel und in der Schweiz knapp zwei Drittel über einen akademischen Abschluss verfügen. Demgegenüber liegt der Anteil jener mit der Hochschulreife als höchstem Ausbildungsgrad in Österreich bei gut einem Viertel, was sich signifikant zur Schweiz abhebt, wo nur ca. fünf Prozent diese Angabe machen. Auch die Differenz zwischen Österreich und Deutschland, wo ca. neun Prozent über die Hochschulreife als höchstem Ausbildungsgrad verfügen, ist hoch, jedoch nicht signifikant. Ins Auge sticht noch der relativ hohe Werte zur Angabe der weiterbildenden Schule ohne Hochschulreife mit knapp einem Sechstel in der Schweiz, der jedoch keine Signifikanz erreicht. Personen mit handwerklichem Hintergrund sind in der Schweiz tendenziell etwas stärker vertreten.

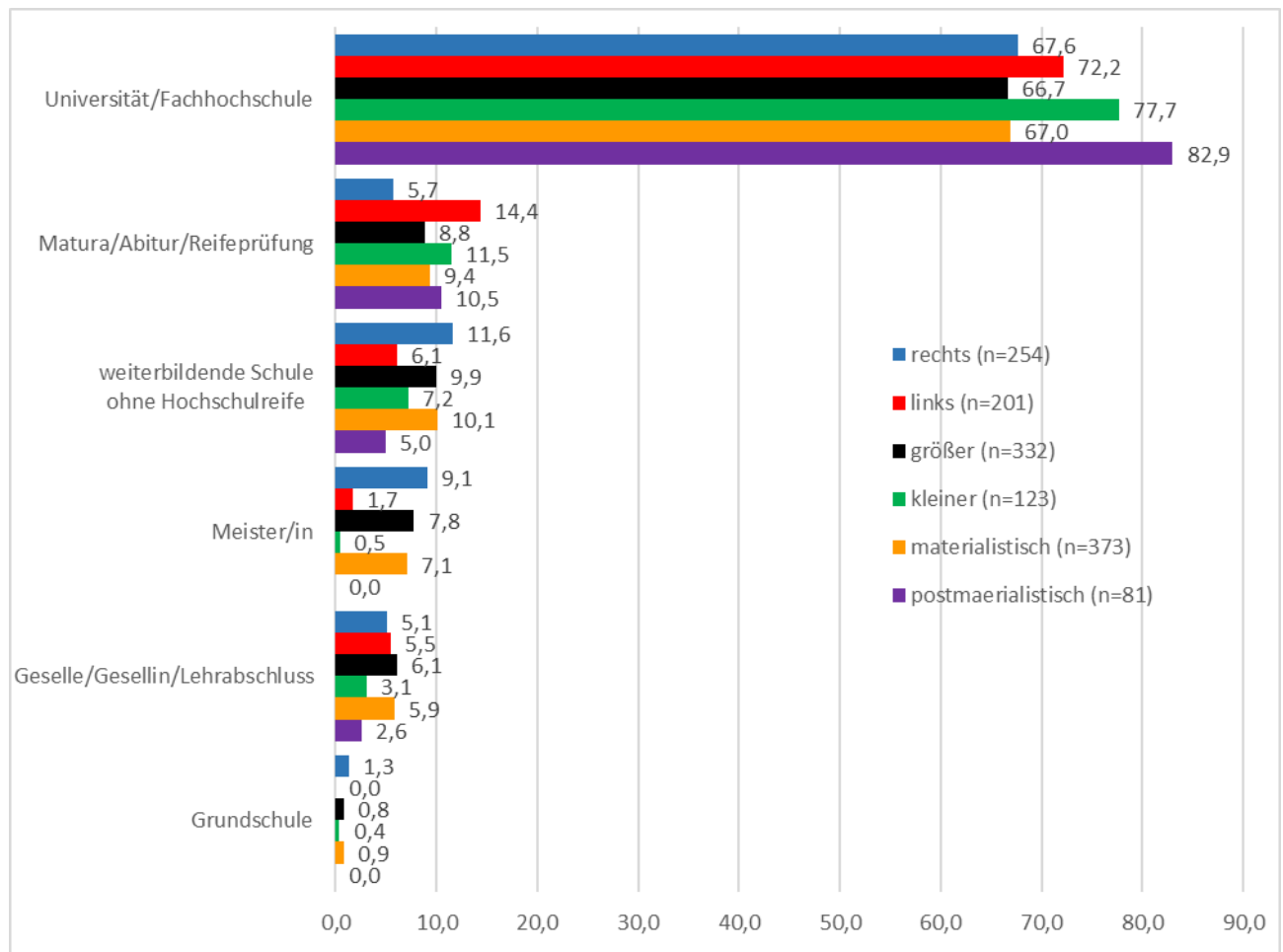


Abbildung 38: Höchster Ausbildungsgrad der ParlamentarierInnen, nach politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet, n=455

Quelle: eigene Darstellung

Eine Untergliederung des höchsten Ausbildungsgrades nach politischen Subgruppen (vgl. Abbildung 38) zeigt ein eher homogenes Bild. Der einzige signifikante Unterschied besteht beim Universitäts- bzw. Fachhochschulabschluss der postmaterialistischen Parteien, bei denen mehr als vier von fünf Personen AkademikerInnen sind, im Vergleich zu den größeren Parteien, bei denen zwei Drittel über diesen Abschluss verfügen. Interessant erscheint die geringe Dichte an Personen mit Meister-Abschluss bei linken, kleineren und postmaterialistischen Gruppierungen, die jedoch keine Signifikanz aufweisen.

Die Parlamente dominieren nach diesen Erkenntnissen jene Personengruppen, die über einen Hochschulabschluss verfügen, sich in ihrer zweiten Lebenshälfte und in einem Abschnitt des aktiven Berufslebens befinden.

6.3.2.2 Politische Selbsteinschätzung

Zur Abfrage nach den **Gründen der eigenen Parteimitgliedschaft** (Frage 36), nehmen die Befragten, mit Ausnahme einer Person, die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten in Anspruch,

wie in Abbildung 39 dargestellt. Das lässt den Schluss zu, dass diese Antwortmöglichkeiten die ursprünglichen Treiber des Parteibeitritts sehr gut erfassen. Diese Fragestellung lässt Mehrfachnennungen zu.

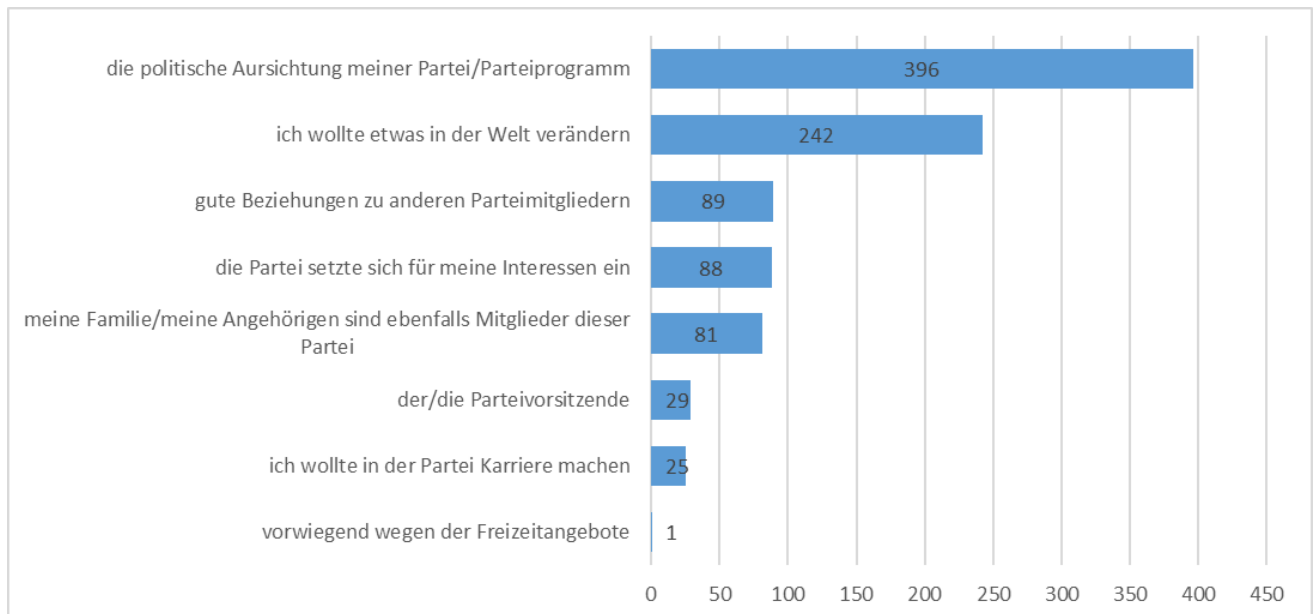


Abbildung 39: Gründe des Parteibeitritts der ParlamentarierInnen, alle Befragte, in absoluten Zahlen, gewichtet, n=455

Quelle: eigene Darstellung

Beeindruckende 87 Prozent der Befragten geben an, wegen der politischen Ausrichtung ihrer Partei beigetreten zu sein. Für über die Hälfte war auch die Absicht, etwas in der Welt verändern zu wollen, ausschlaggebend für ihren Parteibeitritt. Beinahe ein Fünftel hat zur eigenen Gruppierung gefunden, weil sich diese für ihre eigenen Interessen einsetzt. Insgesamt liegen die auf Werte bezogenen Gründe deutlich über jenen, die sich an Beziehung orientieren. Etwas weniger als jede fünfte Person gibt an, der Partei wegen der guten Beziehungen zu anderen Parteimitgliedern beigetreten zu sein. Für nur etwas mehr als ein Sechstel war ausschlaggebend, dass auch das eigene Umfeld, zu dem die eigene Familie und eigene Angehörige zählen, bei derselben Partei Mitglied war. Den/die Parteivorsitzende/n nennen nur etwa sechs Prozent der Befragten als Beitrittsgrund. Nur fünf Prozent geben Karrieregründe an. Die Freizeitangebote sind mit unter einem Prozent der Angaben zu vernachlässigen.

Zum besseren Vergleich sind die länderbezogenen Daten (vgl. Abbildung 40) und jene der politischen Subgruppen (vgl. Abbildung 41) in Prozent dargestellt.

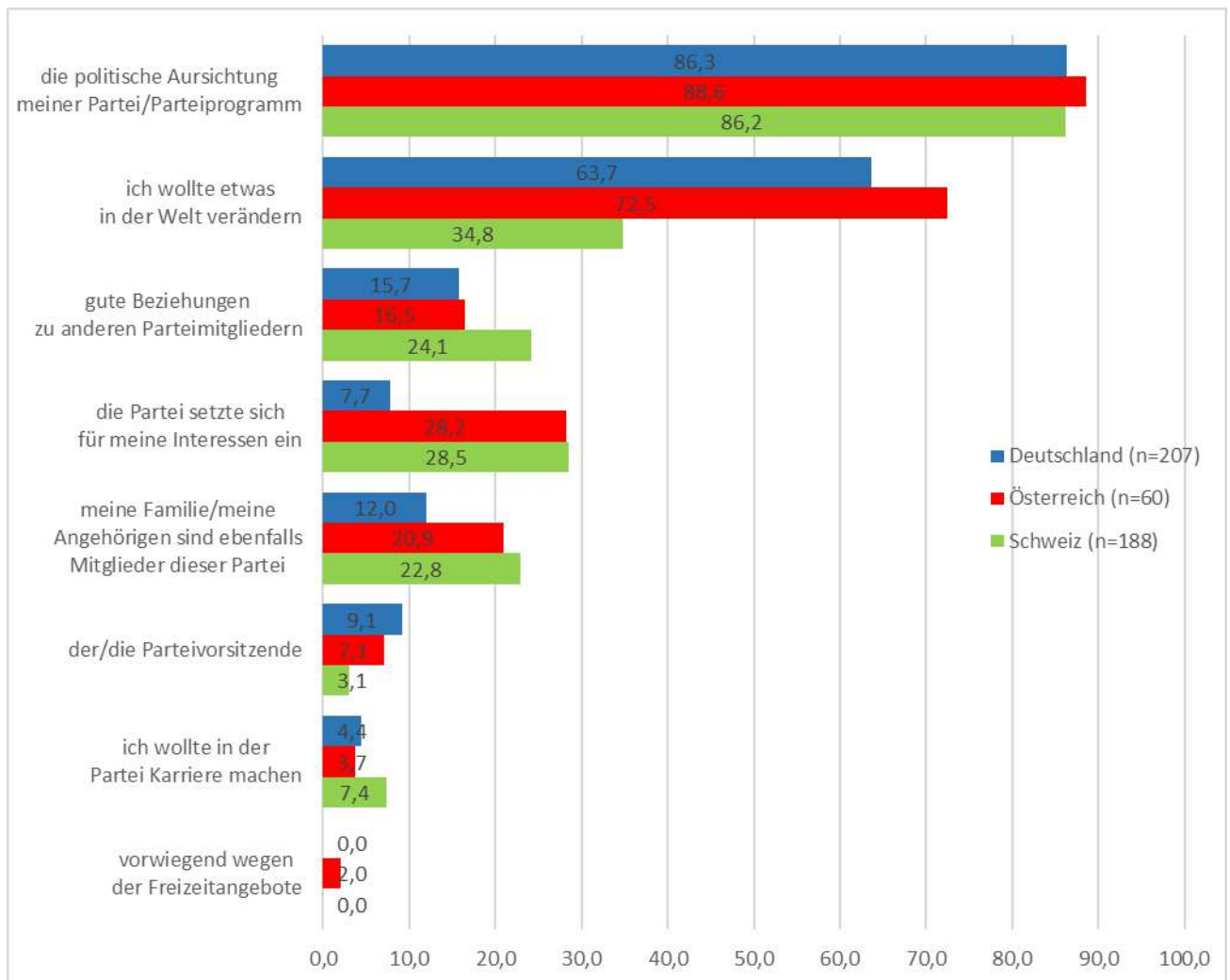


Abbildung 40: Gründe des Parteibeitritts der ParlamentarierInnen, nach Ländern, in Prozent, gewichtet, n=455

Quelle: eigene Darstellung

Auch über alle Länder hinweg ist die politische Ausrichtung der jeweiligen Partei der Hauptgrund für einen Beitritt, den mehr als fünf Sechstel der Befragten angeben. Der Wunsch nach einer Veränderung in der Welt ist demgegenüber in Deutschland mit knapp drei Viertel und in Österreich mit knapp zwei Drittel signifikant stärker ausgeprägt als mit gut einem Drittel in der Schweiz. Ein weiterer signifikanter Unterschied tritt zwischen den Deutschen und den österreichischen sowie den Schweizer Abgeordneten beim Beweggrund auf, dass sich die Partei für die eigenen Interessen einsetzt. Nur rund acht Prozent der Deutschen sind dieser Meinung, während in Österreich und der Schweiz der Wert bei ca. 28 Prozent liegt. Weiters spielen die Familie und die Angehörigen in Deutschland sowie die Parteivorsitzenden in der Schweiz eine geringere Rolle für einen Parteibeitritt als in den anderen Ländern, wenngleich diese Unterschiede nicht signifikant ausfallen. Die weiteren Ausprägungen korrespondieren zur Gesamtauswertung wie in Abbildung 39.

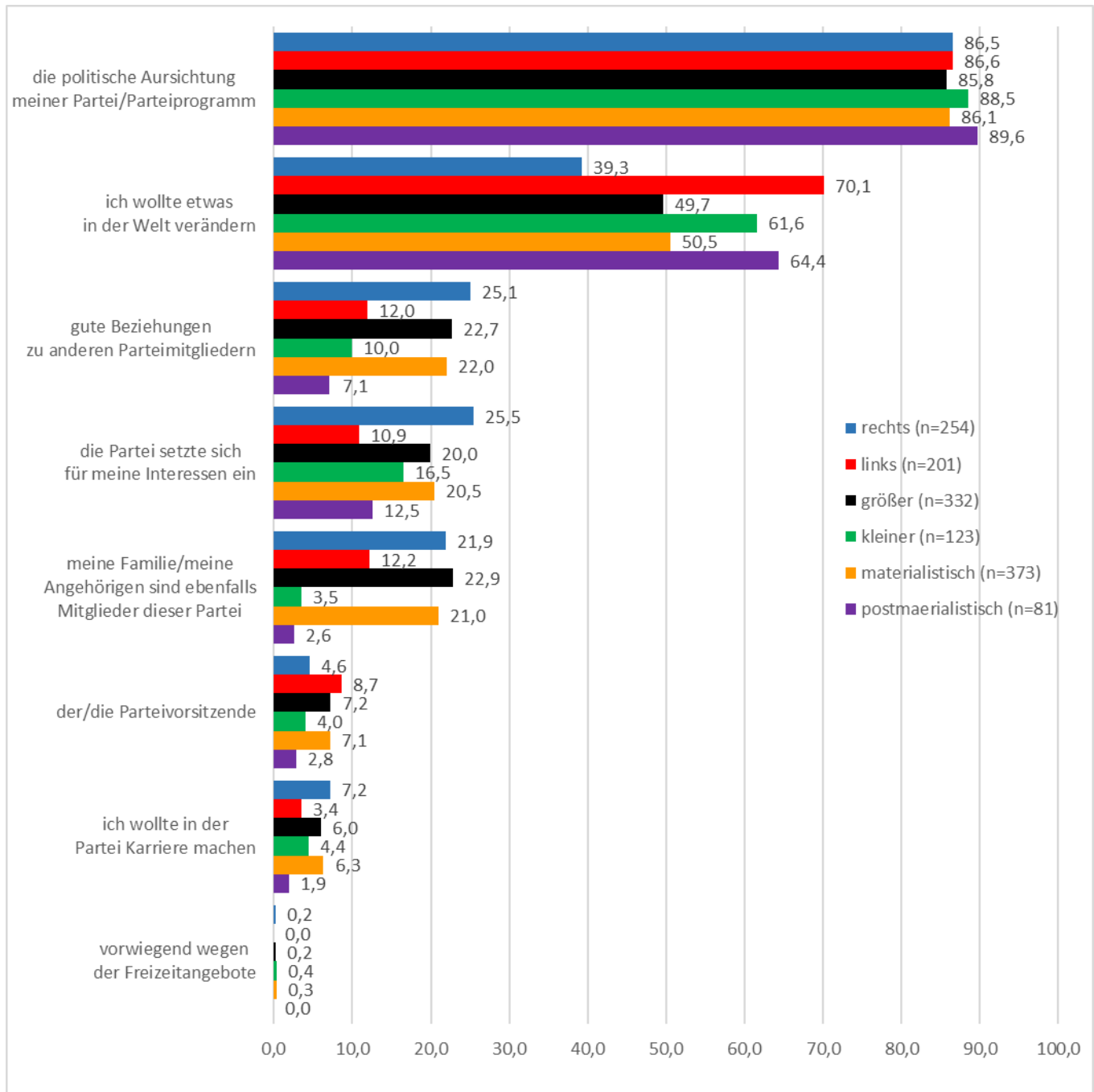


Abbildung 41: Gründe des Parteibeitritts der ParlamentarierInnen, nach politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet, n=455

Quelle: eigene Darstellung

Die Auswertung nach politischen Subgruppen zeigt hinsichtlich der politischen Ausrichtung der Partei als Beitrittsgrund das gleiche Muster wie die Gesamtauswertung und die Darstellung nach Ländern. Mehr als fünf Sechstel geben diesen Grund an. Auffällig ist der signifikante Unterschied zwischen rechten und linken Parteien bei der Aussage, dass der Beweggrund für einen Parteibeitritt der Wunsch war, etwas in der Welt zu verändern. Mehr als 70 Prozent der linken ParlamentarierInnen geben diesen Grund an, während nur 39 Prozent der rechten Parla-

mentarierInnen dieser Meinung sind. Das lässt auf hohen Enthusiasmus in den linken Gruppierungen und/oder einen nüchternen Zugang in den rechten Parteien schließen. Der geringe Wert der rechten VolksvertreterInnen unterscheidet sich darüber hinaus signifikant von den Angaben Zugehöriger postmaterialistischer und kleinerer Gruppierungen. Die hohe Ausprägung bei linken Abgeordneten erweist sich als signifikant unterschiedlich zu den 51 Prozent materialistischer und 50 Prozent größerer Zusammenschlüsse. Ein ähnliches Muster wie zwischen rechts und links tritt zwischen großen und kleinen sowie materialistischen und postmaterialistischen Parteien auf, wenngleich die Unterschiede keine Signifikanz erreichen.

Dem gegenüber haben die guten Beziehungen zu anderen Parteimitgliedern besonders für etwa ein Viertel der Mitglieder rechter, größerer und materialistischer Zusammenschlüsse höhere Bedeutung, wobei die Ausprägung nur für rechte Parteien gegenüber linken, kleineren und postmaterialistischen Gruppierungen signifikant ausfällt. Mitglieder rechter Parteien geben mit gut einem Viertel im Vergleich zu Mitgliedern linker Parteien mit elf Prozent signifikant stärker den Beitrittsgrund an, dass sich die Partei für ihre Interessen einsetzt. Für MandatarInnen rechter, größerer und materialistischer Gruppierungen ist zu ca. einem Fünftel für den Parteibeitritt ausschlaggebend, dass die eigene Familie bzw. Angehörige bereits Mitglieder der Partei sind. Diese Werte fallen im Vergleich mit den kleineren und postmaterialistischen Zusammenschlüssen signifikant aus, deren Werte bei dieser Ausprägung unter fünf Prozent liegen. Der/die Parteivorsitzende erhält von den linken Befragten mit 9 Prozent die höchste Bewertung. Die Karriereorientierung ist für Mitglieder rechter, größerer und materialistischer Zusammenschlüsse etwas bedeutender als für linke, kleinere und postmaterialistische Parteien. Jedoch bleibt der Unterschied ohne Signifikanz. Das Freizeitangebot hat für keine der politischen Subgruppen Bedeutung.

Auf die Frage „Wo **positionieren** Sie sich selbst im **Parteienspektrum**?“ (Frage 32) antworten die Teilnehmenden mit in Abbildung 42 gezeigter Selbsteinschätzung:

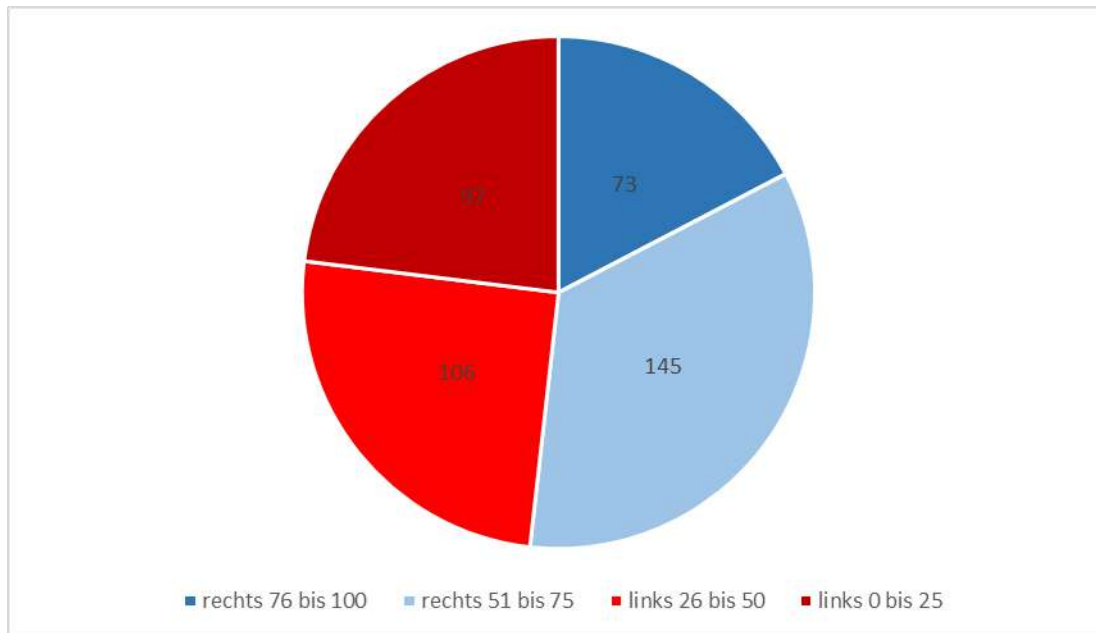


Abbildung 42: Politische Selbsteinschätzung der ParlamentarierInnen, alle Befragte, in absoluten Zahlen, gewichtet, n=421

Quelle: eigene Darstellung

Das politische Spektrum wirkt sehr ausgewogen. 52 Prozent der Befragten schätzen sich selbst recht der Mitte ein bzw. positionieren sich selbst am rechten Rand des politischen Spektrums. 48 Prozent verorten sich selbst als links bzw. weit links der politischen Mitte. Auffällig ist der hohe Anteil jener 40 Personen, die keine Angabe machen, was acht Prozent der Befragten umfasst. Der leichte Überhang der rechten Parteimitglieder bei der Selbsteinschätzung entspricht auch der Tendenz in der Grundgesamtheit (vgl. **Tabelle 21**), was ein weiterer Hinweis dafür ist, dass die erhobenen Daten sich insgesamt eignen, Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit zu ziehen.

Eine Untergliederung nach Nationen zeigt in **Abbildung 43** ein differenziertes Bild.

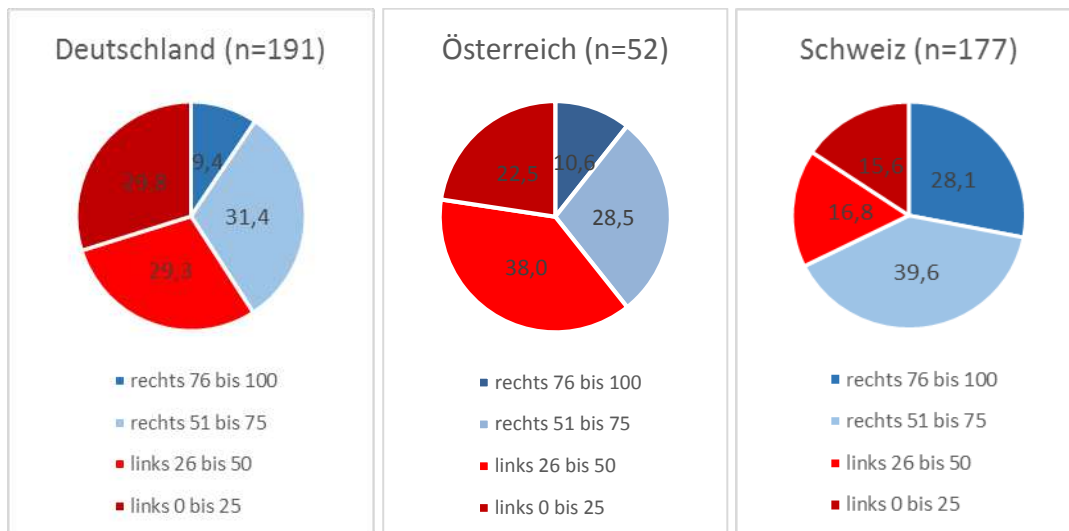


Abbildung 43: Politische Selbsteinschätzung der ParlamentarierInnen, nach Ländern, in Prozent, gewichtet, n=420

Quelle: eigene Darstellung

In Deutschland und in Österreich positionieren sich etwa drei Fünftel der Teilnehmenden links oder stark links der Mitte, wobei in Deutschland die intensive Linkspolitionierung mit knapp einem Drittel deutlicher ausgeprägt ist als mit gut einem Fünftel in Österreich. In beiden Ländern ordnen sich nur etwa zwei Fünftel rechts der Mitte ein, wobei eine starke Rechtspositionierung von nur ca. zehn Prozent angegeben wird. In der Schweiz gestaltet sich die Situation völlig umgekehrt. Mehr als zwei Drittel geben an, dass ihre politische Einstellung rechts oder intensiv rechts der Mitte liegt. Knapp zwei Fünftel ordnen sich gemäßigt rechts und 28 Prozent stark rechts ein. Nur etwas weniger als ein Drittel schätzt sich selbst links der Mitte ein. Jeweils ca. ein Sechstel positioniert sich selbst gemäßigt oder stark links. Der Anteil jener, die keine Angabe zu dieser Frage machen, ist in Österreich mit 14 Prozent am höchsten, gefolgt von Deutschland mit acht Prozent und der Schweiz mit sechs Prozent.

Interessante Erkenntnisse bieten auch die Selbsteinschätzungen nach politischen Subgruppen.

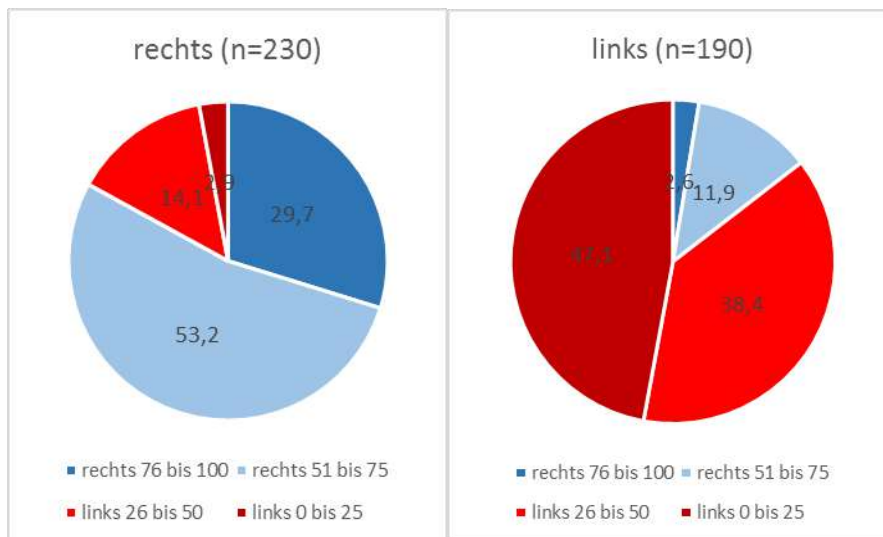


Abbildung 44: Politische Selbsteinschätzung der ParlamentarierInnen, nach rechten und linken politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet, n=420

Quelle: eigene Darstellung

In den rechten Parteien ordnen sich knapp ein Sechstel ins linke bzw. sehr linke politische Spektrum ein, während in den linken Parteien knapp ein Sechstel selbst der Meinung ist, von ihrer politischen Zuordnung her ins rechte oder sehr rechte Politikfeld zu gehören (vgl. Abbildung 44). Bemerkenswert ist auch, dass bei den rechten Parteien mit mehr als der Hälfte der gemäßigte rechte Anteil überwiegt. Bei den linken Parteien dominiert mit knapp der Hälfte der stark linke Anteil. Die Enthaltung bei dieser Frage liegt bei den rechten Abgeordneten mit zehn Prozent relativ hoch, während nur fünf Prozent der ParlamentarierInnen linker Parteien keine Angabe machen.

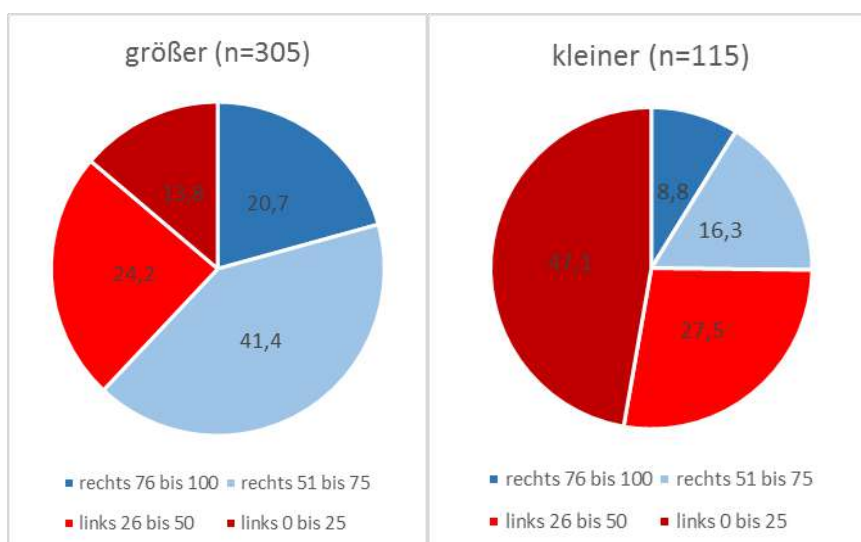


Abbildung 45: Politische Selbsteinschätzung der ParlamentarierInnen, nach größeren und kleineren politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet, n=420

Quelle: eigene Darstellung

Auch größere und kleiner Parteien weisen unterschiedliche Muster auf, wie Abbildung 45 zu sehen ist. Bei größeren Parteien dominieren die rechten gemäßigten Strömungen mit gut zwei

Fünftel. Die zweitgrößte Gruppe nehmen die gemäßigten Linken mit knapp einem Viertel ein. Jene, die sich stärker am rechten Rand einordnen, umfassen in etwa ein Fünftel. Am linken äußeren Spektrum befinden sich weniger als 14 Prozent. Kleinere Parteien dominieren stark links geprägten Persönlichkeiten, die beinahe die Hälfte der Nennungen umfassen. Der gemäßigte linke Anteil liegt bei mehr als einem Viertel. Jene, die sich in kleineren Parteien recht der Mitte einordnen, machen nur etwa ein Viertel der Angaben aus. Bei größeren Parteien liegt die Enthaltung bei dieser Frage bei acht Prozent und bei kleineren Parteien auf einem sehr ähnlichen Niveau bei sieben Prozent.

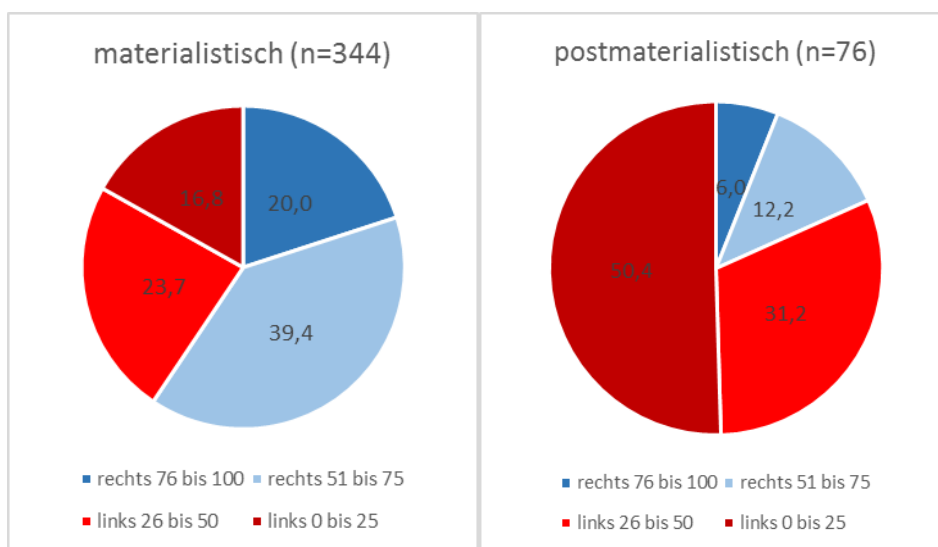


Abbildung 46: Politische Selbsteinschätzung der ParlamentarierInnen, nach materialistischen und postmaterialistischen politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet, n=420

Quelle: eigene Darstellung

Materialistische Parteien sind von Personen im rechten politischen Spektrum geprägt, während in postmaterialistischen Parteien eindeutig die Linken die Oberhand haben, wie durch Abbildung 46 erkennbar. Mehr als zwei Drittel der Befragten ordnen sich in materialistischen Parteien recht oder stark rechts der politischen Mitte ein. Mit zwei Fünftel dominieren die gemäßigten Rechten. Knapp ein Viertel schätzt sich selbst gemäßigt links ein und etwa ein Sechstel positioniert sich selbst im äußeren linken Spektrum. In postmaterialistischen Gruppierungen dominieren mit mehr als der Hälfte jene, die sich selbst als stark links einschätzen. Ihnen folgen mit knapp einem Drittel die gemäßigten Linken. Mit nicht einmal einem Fünftel sind jene rechts der Mitte deutlich unterrepräsentiert. Bei den materialistischen Zusammenschlüssen machen ca. acht Prozent keine Angabe bei dieser Frage und der Wert bei den postmaterialistischen Parteien liegt mit sieben Prozent ähnlich niedrig.

6.3.2.3 Nutzung der internen Quellen

Die Befragung startet mit allgemeinen Themen wie dem eigenen Informationsverhalten. Die erste inhaltliche Frage dreht sich darum, wie stark die ParlamentarierInnen zur Information über ihre eigene Gruppierung partei-interne oder partei-externe Quellen heranziehen. Die Teilnehmenden können mittels Schieberegler ihre Wahl angeben. Diese Abfrageart kommt in diesem Online-Fragebogen häufig vor. Bei einer Ausprägung von 0 bis 100 (0 = gänzlich extern; 100 = gänzlich intern) wählen dabei die ProbandInnen mit einer Positionierungsmöglichkeit in Einerschritten ihren bevorzugten Wert. Zu Beginn der Erhebung steht die Markierung genau in der Mitte. Das Programm SoSci Survey erkennt, ob die Markierung verschoben wird, oder diese einfach in der Mitte unberührt stehen bleibt. Verschieben die Befragten die Markierung nicht, zählt die Frage als unbeantwortet. Zur anschaulichen Darstellung erfolgt die Auswertung bei Schiebereglerabfragen bei allen folgenden Auswertungen nach der Gruppeneinteilung 0 bis 25, 26 bis 50, 51 bis 75 und 76 bis 100.

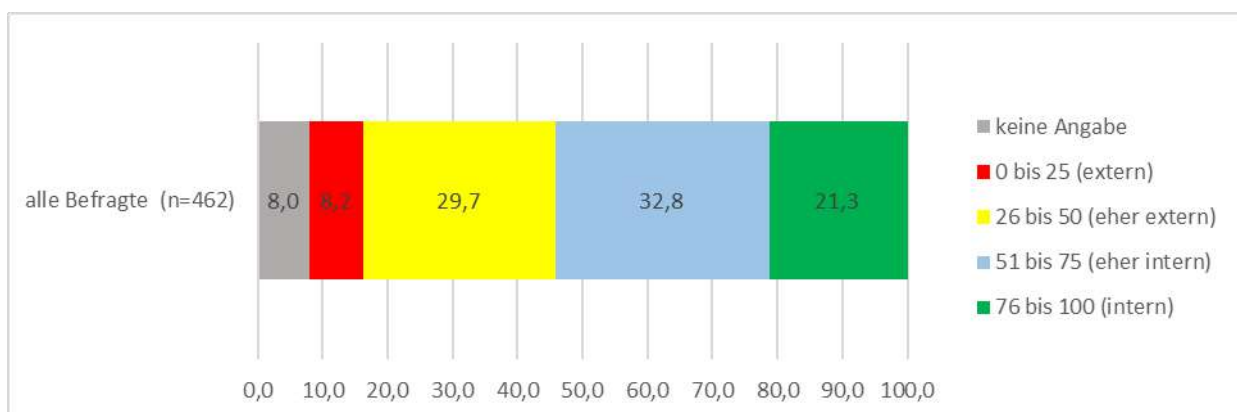


Abbildung 47: Nutzung partei-externer und partei-interner Quellen zur Information über die eigene Partei, alle Befragte, in Prozent, gewichtet, n=462

Quelle: eigene Darstellung

Wenn sich ParlamentarierInnen im DACH-Raum über **Ereignisse und Vorkommnisse in ihrer eigenen Partei informieren** (Frage 2) wollen, wählen sie dazu signifikant stärker interne als externe Quellen, wie in Abbildung 47 erkennbar. Für mehr als die Hälfte sind eher oder stark für die Eigeninformation über die Partei die Mitgliederzeitung, E-Mail-Newsletter oder der Austausch mit ParteikollegInnen, usw. verantwortlich. Demgegenüber verwenden die MandatarInnen zu ca. zwei Fünftel externe Quellen für ihren Informationsbedarf über die eigenen Zusammenschlüsse. Diese Gruppe zieht eher oder stark diese externen Medien heran: Tageszeitungen, Blogs, Fernsehen oder Radio hören etc. Der Mittelwert fällt auf 57. Der Median liegt bei 60. Das Minimum erreicht 9 und das Maximum 100, woraus zu schließen ist, dass es keine

Personen gibt, die sich ausschließlich extern informiert, sich jedoch Parlamentsmitglieder gänzlich interne Quellen verwenden. Diese Zahlen erhärten den gewonnenen Eindruck der internen Informationsorientierung.

Der Ländervergleich zeigt in Abbildung 48 eine ausgeprägte interne Orientierung in Österreich und der Schweiz und ein dazu signifikant konträres Nutzungsverhalten in Deutschland.

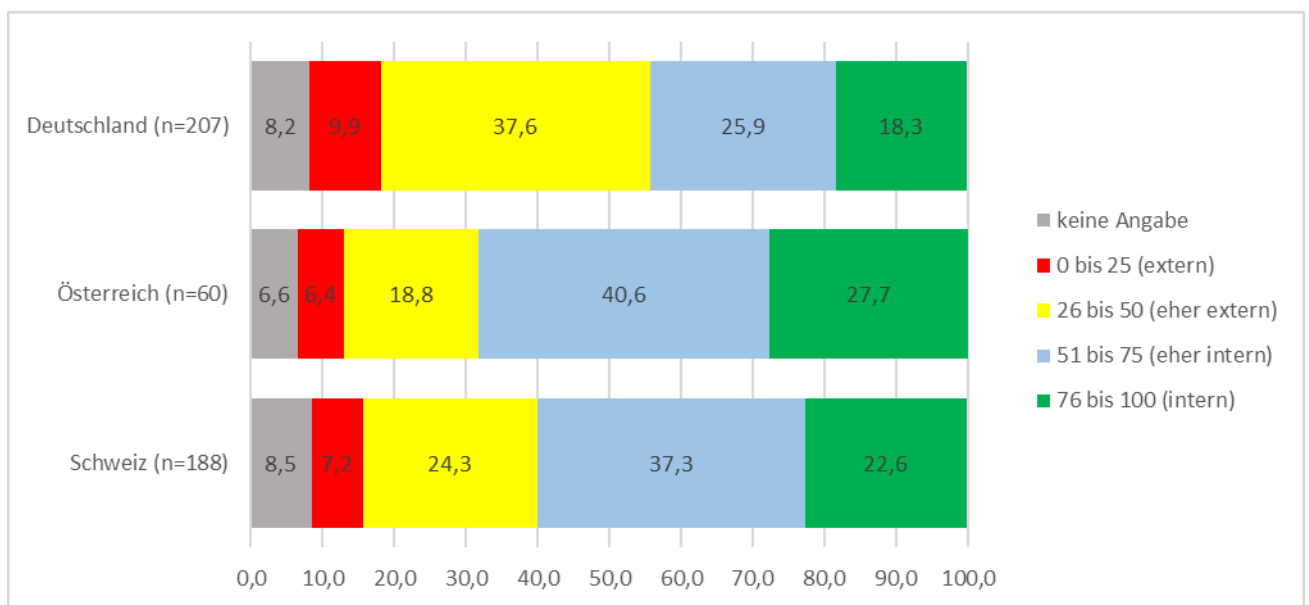


Abbildung 48: Nutzung partei-externer und partei-interner Quellen zur Information über die eigene Partei, nach Ländern, in Prozent, gewichtet, n=455

Quelle: eigene Darstellung

Am stärksten informieren sich die ÖsterreicherInnen mit mehr als zwei Drittel eher oder stark intern. Die ÖsterreicherInnen verwenden zu gut einem Viertel externe Quellen. In der Schweiz herrscht ein ähnliches Informationsverhalten vor, wie in Österreich, wenn auch nicht so klar ausgeprägt. Drei von fünf Personen orientieren sich in der Schweiz eher oder stark an internen Informationen. Nur zu weniger als ein Drittel fließen eher oder stark externe Quellen ein, um sich über Ereignisse und Vorkommnisse in der eigenen Partei zu informieren. Eine Trendumkehr fällt für Deutschland ins Auge. Bei den deutschen Datensätzen überwiegt die externe Orientierung, die sich ebenfalls signifikant von den Angaben der Abgeordneten in Österreich und der Schweiz unterscheidet. Für ein ausgewogenes Informationsverhalten der deutschen ParlamentarierInnen sprechen der Mittelwert von 53 und der Median mit einer Ausprägung von 50.

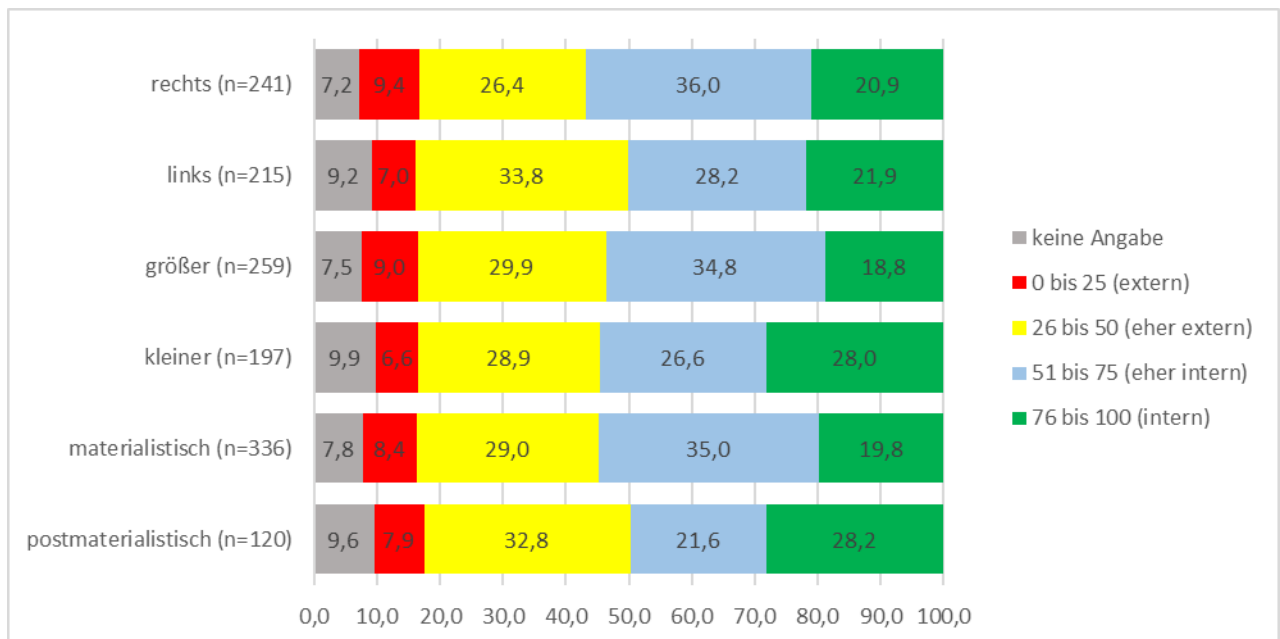


Abbildung 49: Nutzung partei-externer und partei-interner Quellen zur Information über die eigene Partei, nach politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet, n=456

Quelle: eigene Darstellung

Die Untersuchung des Informationsverhaltens über die eigene Partei nach politischen Subgruppen ergibt keine signifikanten Ausprägungen (vgl. Abbildung 49). Alle politischen Subgruppen informieren sich stärker intern. Diesen Eindruck stützen auch die Mittelwerte zwischen 56 und 59 und die Mediane zwischen 59 und 62. Es lässt sich eine leichte Tendenz feststellen, dass sich Mitglieder rechter, größerer und materialistischer Parteien etwas stärker intern informieren, was jedoch in keinem Fall signifikante Werte erreicht.

Das **Informationsverhalten** der ParlamentarierInnen zur/m eigenen **Parteivorsitzenden** (Frage 3) weist sehr ähnliche Muster auf, wie jenes zur eigenen Partei (vgl. Abbildung 50, Abbildung 51 und Abbildung 52). Die Mittelwerte rangieren über alle ausgewiesenen Gruppen zwischen 54 und 61 sowie die Mediane zwischen 55 und 70. Insgesamt sind jedoch die polaren Positionen der Außen- und Inneninformation stärker ausgeprägt als bei der Information über die eigene Gruppierung, was zu Lasten der mittleren Positionen geht. Das Minimum erhält die Ausprägung 0, woraus zu schließen ist, dass es Personen gibt, die sich zu ihren Vorsitzenden gänzlich anhand externer Quellen informieren. Das Maximum liegt bei 100. Demnach informieren sich manche Befragte gänzlich intern zu ihrer Parteiführung. Diese Ergebnisse weisen auf ein differenzierteres Informationsverhalten der MandatarInnen zur eigenen Parteiführung als zur eigenen Partei hin.

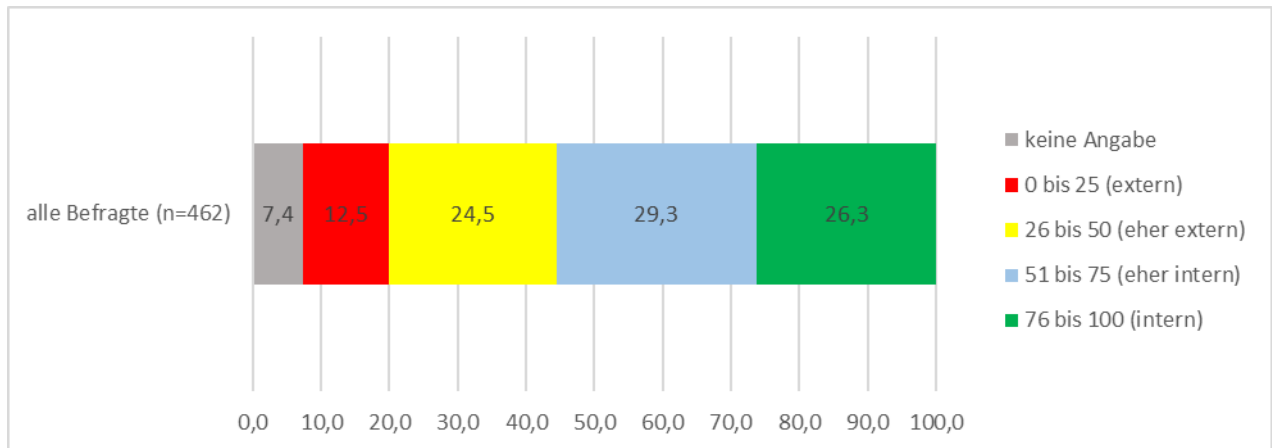


Abbildung 50: Nutzung partei-externer und partei-interner Quellen zur Information über die eigenen Parteivorsitzenden, alle Befragte, in Prozent, gewichtet, n=462

Quelle: eigene Darstellung

Nach den erhobenen Daten informieren sich die Teilnehmenden zu mehr als 55 Prozent über ihre Vorsitzenden intern. Nur zu gut einem Drittel orientieren sie sich extern, wie in Abbildung 50 ablesbar.

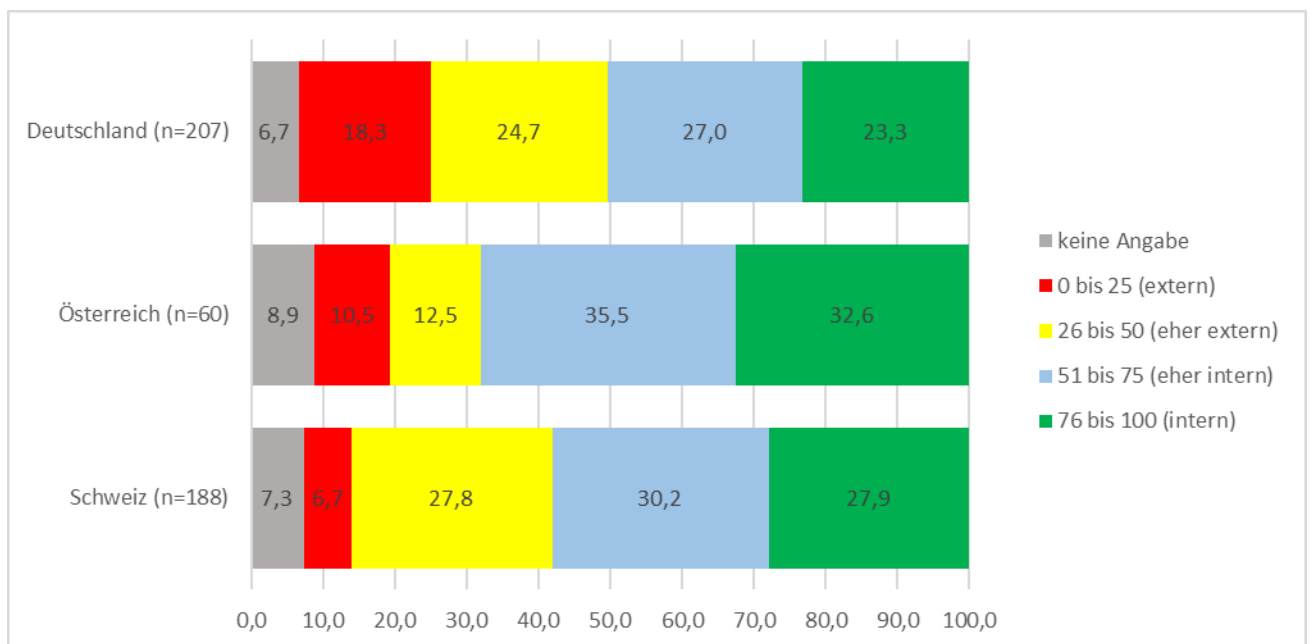


Abbildung 51: Nutzung partei-externer und partei-interner Quellen zur Information über die eigenen Parteivorsitzenden, nach Ländern, in Prozent, gewichtet, n=455

Quelle: eigene Darstellung

Beim Ländervergleich (vgl. Abbildung 51) weist Österreich mit der stärksten Innenorientierung die höchsten Werte hinsichtlich der internen Quellen auf. Zu mehr als zwei Drittel verwenden die österreichischen Parlamentszugehörigen interne Quellen, um sich über ihre Parteivorsitzende zu informieren. Externe Quellen verwenden sie zu weniger als einem Viertel. Es folgt die Schweiz mit einer etwas schwächeren internen Ausprägung. Zu knapp drei Fünftel fließen interne Quellen in das Nutzungsverhalten der Schweizer Gremiumsmitglieder ein. Zu mehr als einem Drittel verwenden die Schweizer Befragten externe Quellen, um sich über die eigene

Parteiführung zu informieren. Sogar in Deutschland liegt mit etwas mehr als 50 Prozent eine dünne Mehrheit bei der internen Orientierung, was eine Trendumkehr im Vergleich zum Informationsverhalten über die eigene Partei bedeutet (vgl. Abbildung 48). Nur zu etwas mehr als zwei Fünftel stillen die deutschen Parlamentsangehörigen ihren Informationsbedarf über ihre Vorsitzenden mittels externer Quellen.

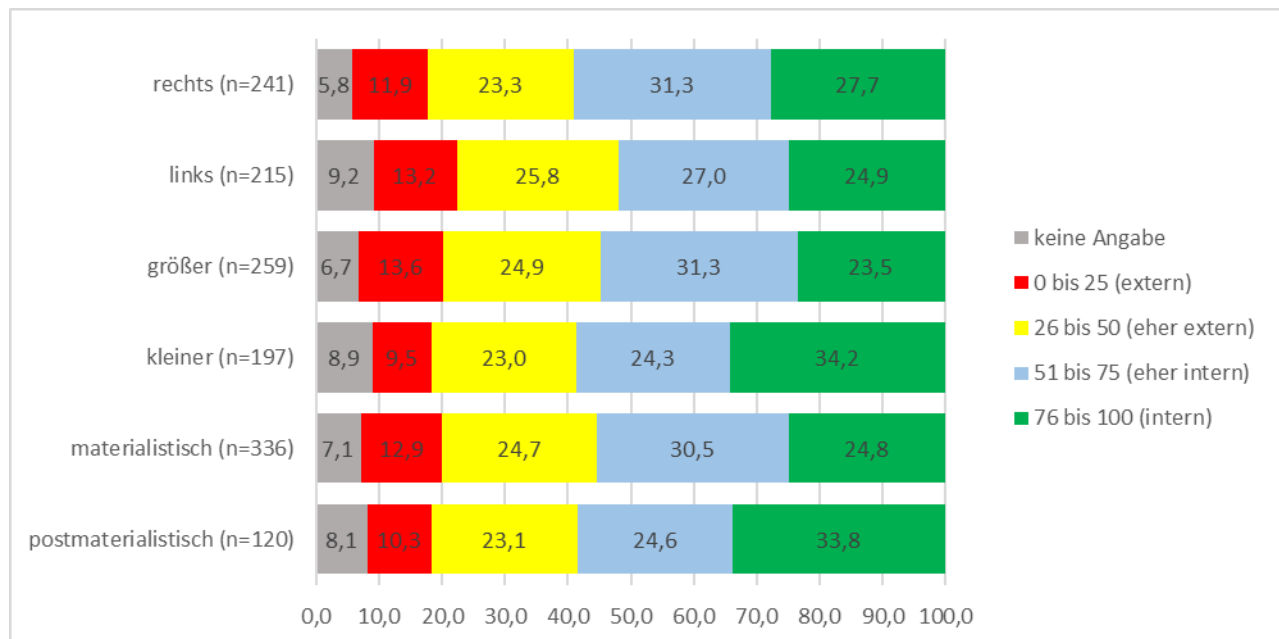


Abbildung 52: Nutzung partei-externer und partei-interner Quellen zur Information über die eigenen Parteivorsitzenden, nach politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet, n=456

Quelle: eigene Darstellung

Die Auswertungen zum Informationsverhalten über ihre Vorsitzenden der politischen Subgruppen zeigt in Abbildung 52 ebenfalls ein eher homogenes Bild. Den einzigen bemerkenswerten Ausreißer bringt das unterschiedliche Informationsverhalten der Mitglieder größerer und kleinerer Parteien hervor. ParlamentarierInnen der kleineren Parteien verwenden intensiver überwiegend interne Quellen als ihre KollegInnen in größeren Parteien. Der Unterschied erreicht jedoch keine signifikante Höhe. Alle politischen Subgruppen orientieren sich in ihrem Informationsverhalten zu ihrer Parteispitze eindeutig stärker an internen als an externen Quellen. Die Mittelwerte liegen zwischen 57 und 62 und die Mediane zwischen 60 bis 70, was ebenfalls auf eine stärkere Verwendung interner Quellen hinweist.

Die **eindeutige Innenorientierung im Informationsverhalten** der ParlamentarierInnen sowohl bei der allgemeinen Information zu ihrer Partei als auch, wenn sie sich über ihre Parteivorsitzenden informieren, stützt das forschungsleitende Interesse dieser Dissertation an der Internen Kommunikation in politischen Mitgliederparteien.

6.3.2.4 Bedeutung interner Quellen zur eigenen Meinungsbildung

Auf die Frage „Wie **wichtig** sind diese **INTERNEN Quellen** für Ihre allgemeine Meinungsbildung über Ereignisse und Vorkommnisse innerhalb Ihrer Partei“ (Frage 4) weisen die Befragten erwartungsgemäß den persönlichen Kontakten bei Parteitreffen oder im Gespräch mit ParteikollegInnen die meiste Bedeutung zu, wie Abbildung 53 zeigt.

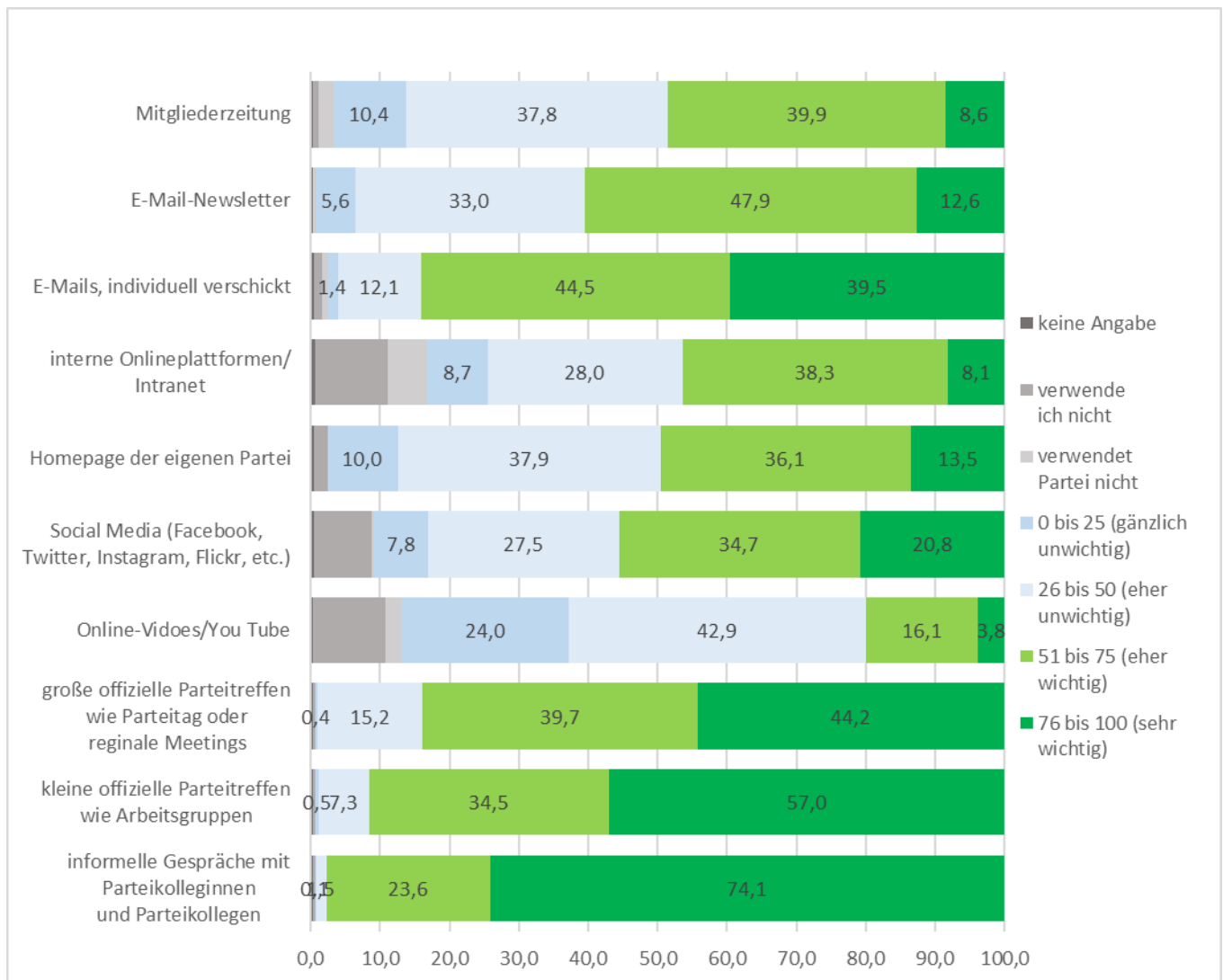


Abbildung 53: Bedeutung der internen Quellen zur allgemeinen Meinungsbildung über Ereignisse und Vorkommnisse innerhalb der eigenen Partei, alle Befragte, in Prozent, gewichtet, n=462

Quelle: eigene Darstellung

Bei den internen Medien sind die individuell verschickten E-Mails die unangefochtenen Spitzenreiter, die mehr als vier Fünftel der Teilnehmenden als eher wichtig oder sehr wichtig einschätzen. An nächster Stelle reihen sich die E-Mail-Newsletter ein, denen drei Fünftel der Befragten eine hohe oder sehr hohe Bedeutung zuschreiben. Für mehr als 55 Prozent sind die Social Media eher oder sehr wichtig. Danach folgen mit etwas weniger als 50 Prozent die Mitgliederzeitungen und interne Onlineplattformen/Intranet sowie die Homepage der Partei. Das

Schlusslicht bilden die Online-Videos/You Tube, die nur für ca. ein Fünftel der MandatarInnen eher oder sehr wichtig zur allgemeinen Meinungsbildung über Ereignisse und Vorkommnisse in ihrer eigenen Partei sind.

Die Detailsichtung der Daten nach Ländern und politischen Subgruppen ergibt zwar in Einzelfällen zu den unterschiedlichen internen Quellen signifikante, doch keine für den Forschungsgegenstand weiterführende Erkenntnisse. Da die vorangegangene quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse Mitgliederzeitungen und E-Mail-Newsletter als Material verwendet, erfolgt für diese beiden internen Medien eine Detaildarstellung.

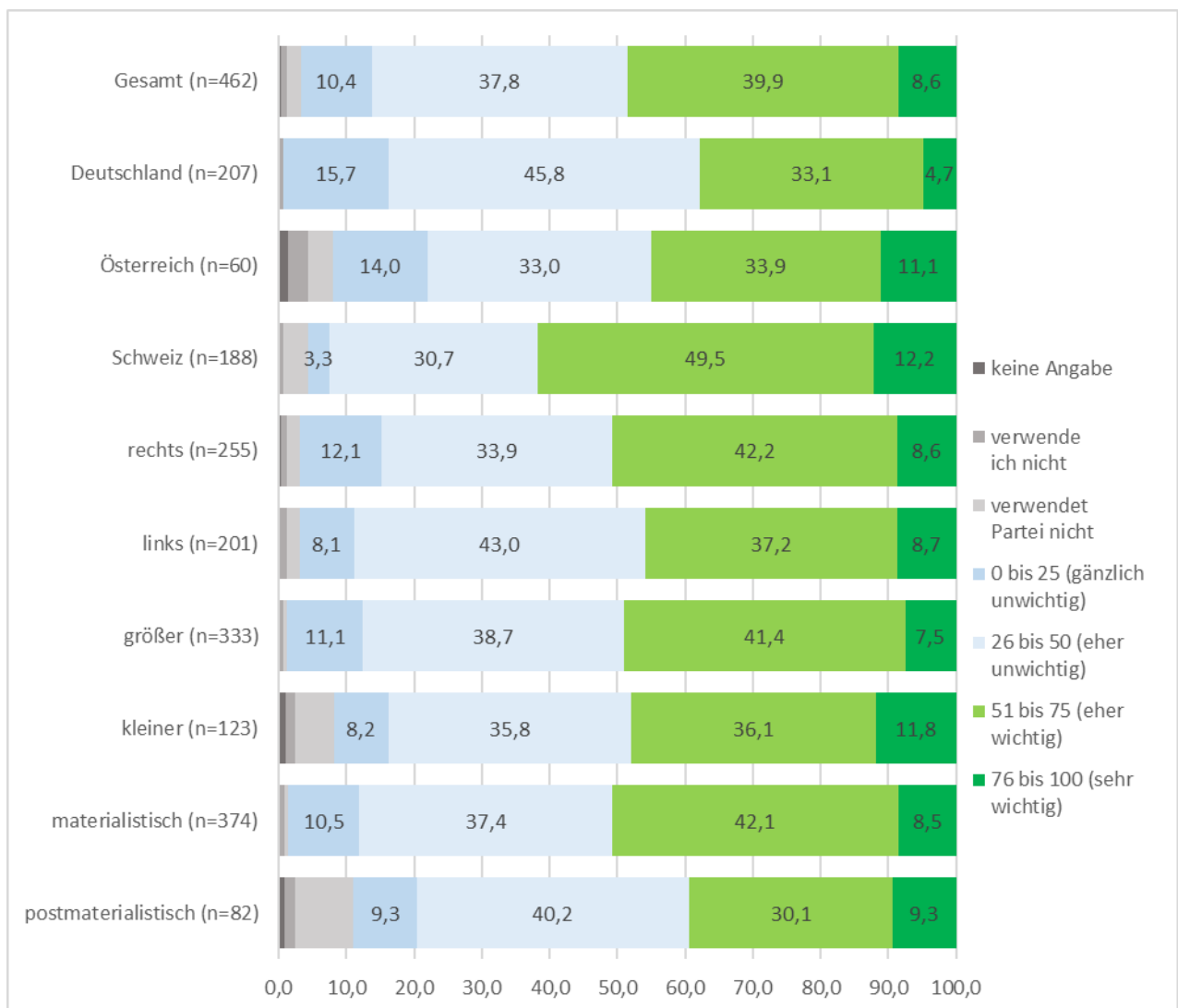


Abbildung 54: Bedeutung der Mitgliederzeitung zur allgemeinen Meinungsbildung über Ereignisse und Vorkommnisse innerhalb der eigenen Partei, alle Befragte, nach Ländern und politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet

Quelle: eigene Darstellung

Mit mehr als drei Fünftel erachten die Schweizer VolksvertreterInnen die Mitgliederzeitung am stärksten als eher oder sehr wichtig. Diese Einschätzung unterscheidet sie signifikant von jener

der deutschen ParlamentarierInnen, welche diesem Medium zu nicht einmal zwei Fünftel mäßige oder hohe Bedeutung zuschreiben. Der entsprechende Vergleich zwischen der Schweiz und Österreich fällt nicht signifikant aus. Auch der ins Auge fallende Unterschied, wie VertreterInnen der materialistischen Parteien und jene der postmaterialistischen Parteien die Mitgliederzeitung einschätzen, erreicht keine Signifikanz. Insgesamt pendeln sich die Werte bei rund der Hälfte ein, welche die Mitgliederzeitung als gänzlich oder eher unwichtige einschätzen, und der anderen Hälfte, die ihr eine eher oder sehr wichtige Bedeutung zuschreiben. Für die Parlamentsangehörigen hat die Mitgliederzeitung nach diesen Daten für alle Auswertungstypen überwiegend einen mäßigen Stellenwert.

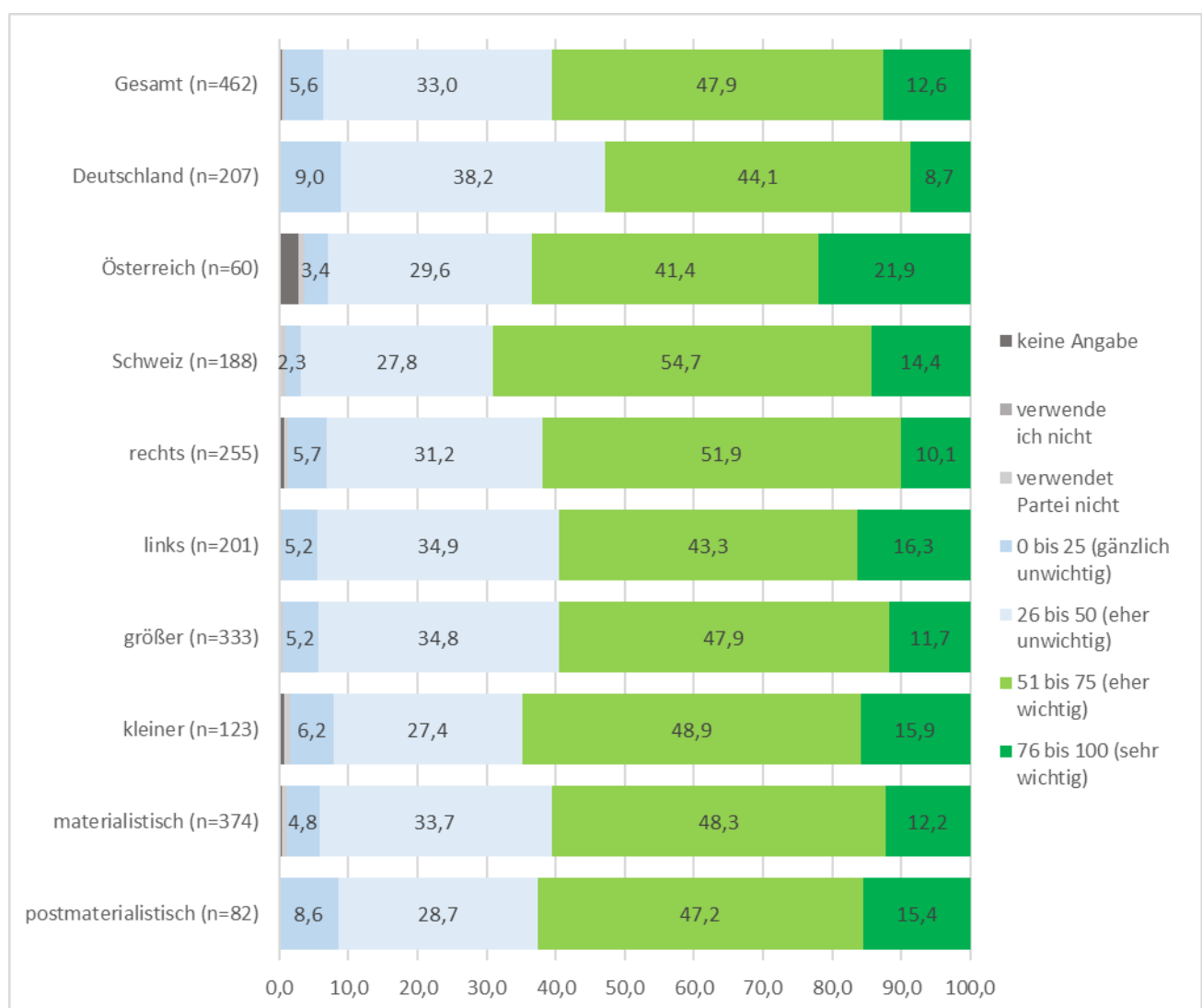


Abbildung 55: Bedeutung der E-Mail-Newsletter zur allgemeinen Meinungsbildung über Ereignisse und Vorkommnisse innerhalb der eigenen Partei, alle Befragte, nach Ländern und politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet

Quelle: eigene Darstellung

Die Bedeutungseinschätzung der E-Mail-Newsletter zur eigenen allgemeinen Meinungsbildung über Ereignisse und Vorkommnisse innerhalb der eigenen Partei fällt sehr homogen aus.

Nur zwischen Deutschland und der Schweiz findet sich ein signifikanter Unterschied. Die Schweizer Abgeordnete erachten die E-Mail-Newsletter zu mehr als zwei Drittel als eher oder sehr wichtig. Die deutschen Teilnehmenden schreiben dem Medium nur zu etwas mehr als der Hälfte eine hohe oder sehr hohe Bedeutung zu. In den anderen Ländern und in allen politischen Subgruppen schätzen um die drei Fünftel dieses Medium als eher oder sehr wichtig ein.

Wenn ParlamentarierInnen sich ihre **Meinung zur Reputation ihrer Vorsitzenden** (Frage 5) bilden, sind nach Abbildung 56 für sie die internen Quellen deutlich weniger wichtige als wenn sie sich über Ereignisse und Vorkommnisse innerhalb ihrer eigenen Partei informieren. Der einzige höhere Wert im Vergleich zur vorangegangenen Ergebnisdarstellung fällt auf die großen offiziellen Parteitreffen, wie Parteitag oder regionale Meetings. Erwartungsgemäß wird auch bei dieser Frage den persönlichen Meetings die höchste Bedeutung zugeschrieben. Die E-Mails stechen ebenfalls heraus. Ihnen weisen die Parlamentsmitglieder zu zwei Drittel eine eher bis sehr hohe Bedeutung zu. Nur die Social Media erreichen noch bei der Ausprägung einer hohen oder sehr hohen Wichtigkeit mehr als 50 Prozent. Die weiteren internen Quellen rangieren bei dieser Bewertung zwischen der Ausprägung von gut einem Drittel bis knapp unter der Hälfte mit Ausnahme der Online-Videos/You Tube, auf welche mit einem Viertel die geringste Wertigkeit fällt.

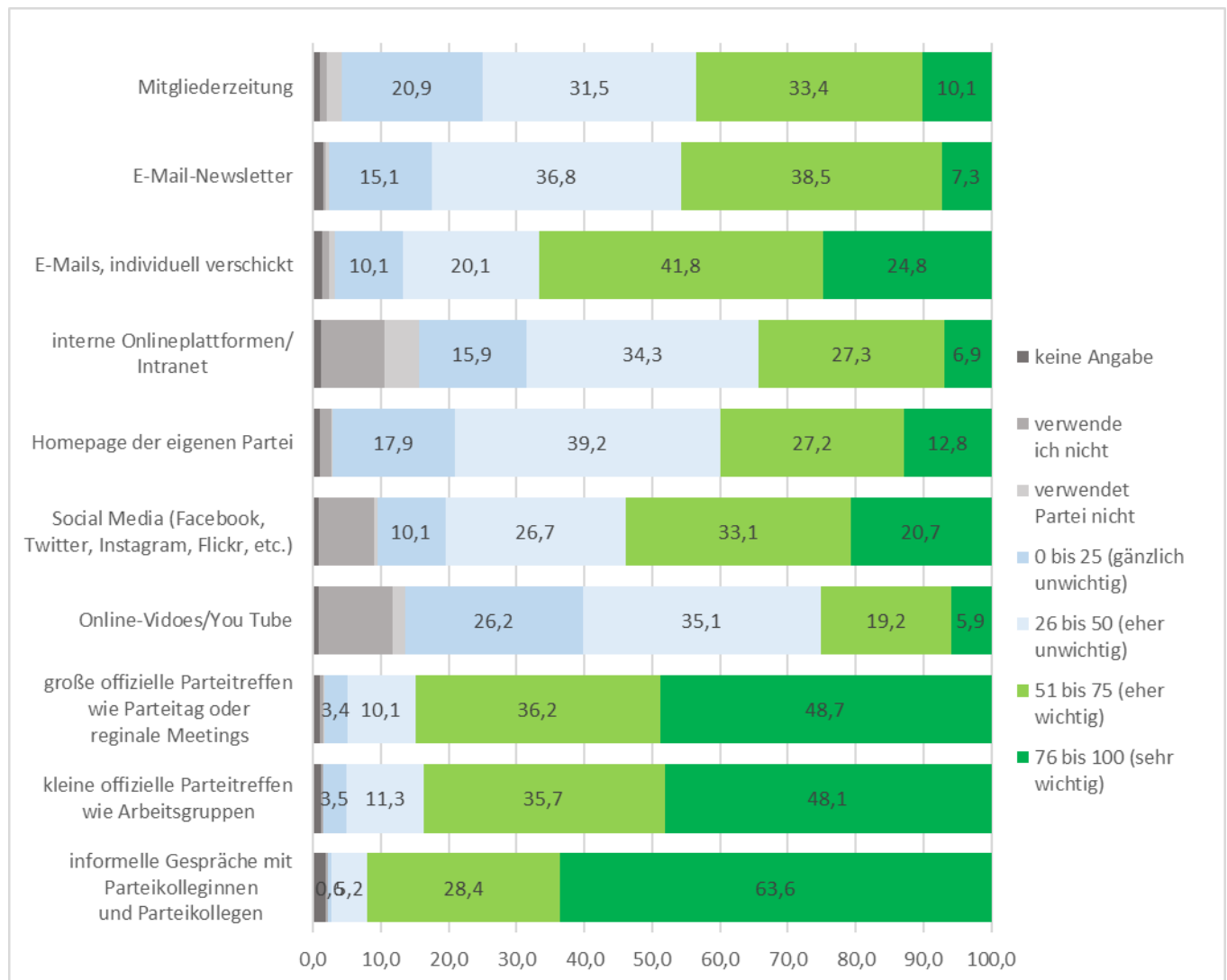


Abbildung 56: Bedeutung der internen Quellen zur Meinungsbildung über die Reputation der eigenen Parteivorsitzenden, alle Befragte, in Prozent, gewichtet, n=462

Quelle: eigene Darstellung

Signifikant weniger bedeutend sind für die ParteivertreterInnen bei ihrer Meinungsbildung zur Reputation ihrer Vorsitzenden im Vergleich zur allgemeinen Meinungsbildung über Ereignisse und Vorkommnisse innerhalb ihrer Partei die internen Quellen E-Mail-Newsletter, individuell verschickte E-Mails, interne Onlineplattformen und Homepage der eigenen Partei. Interessant ist, dass die Parlamentsmitglieder bei den informellen Gesprächen mit ihren ParteikollegInnen dem Wert „sehr wichtig“ signifikant geringere Bedeutung zuschreiben als bei der Meinungsbildung zu Ereignissen und Vorkommnissen innerhalb ihrer Partei. (vgl. Abbildung 53) Bei den kleinen offiziellen Parteitreffen wird im Vergleich der signifikante Unterschied knapp nicht erreicht. Dem gegenüber ist für die großen offiziellen Parteitreffen zwar keine signifikante Einschätzung, jedoch eine Trendumkehr bei der Ausprägung „sehr wichtig“ abzulesen. Gleiches gilt für die Social Media bei der gemeinsamen Betrachtung der Ausprägungen „eher und sehr wichtig“.

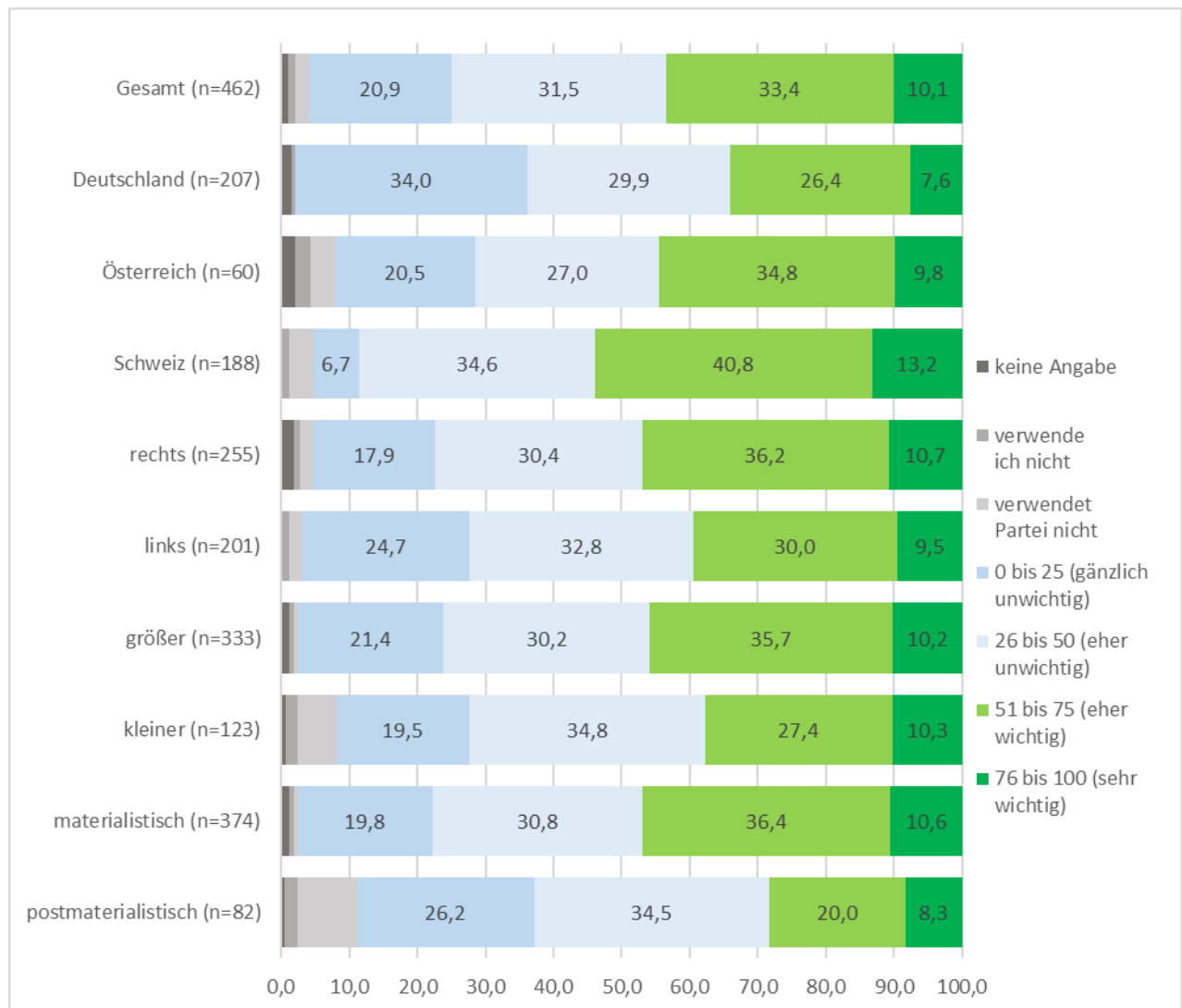


Abbildung 57: Bedeutung der Mitgliederzeitung zur Meinungsbildung über die Reputation der eigenen Parteivorsitzenden, alle Befragte, nach Ländern und politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet
Quelle: eigene Darstellung

Die Abbildung 57 zeigt die Daten zur Frage, wie bedeutend die ParlamentarierInnen die Mitgliederzeitung zur eigenen Meinungsbildung über die Reputation ihrer Vorsitzenden einschätzen. Sie weist ein sehr ähnliches Muster auf wie Abbildung 54, in der die Bedeutung der Mitgliederzeitung zur Meinungsbildung über Ereignisse und Vorkommnisse in der Partei dargestellt ist. Insgesamt messen die Parlamentsmitglieder der Mitgliederzeitung zur Information über die Reputation ihrer Vorgesetzten weniger Bedeutung bei, als zur Information über Ereignisse und Vorkommnisse in ihrer Partei. Keine der Angaben erreicht einen signifikanten Unterschied.

Auch die E-Mail-Newsletter sind nach den erhobenen Daten für die Meinungsbildung der Stichprobe über die Reputation der Parteivorsitzenden augenscheinlich weniger bedeutend als für ihre allgemeine Meinungsbildung über Ereignisse und Vorkommnisse innerhalb ihrer Partei, wie der Abbildung 58 im Vergleich zur Abbildung 55 zu entnehmen ist. Insbesondere die

Dissertation Rosemarie Nowak: Vorsitzenden-Reputation in Mitgliederparteien

Deutschen und die Mitglieder postmaterialistischer Parteien weisen ihnen mit einem Drittel bzw. etwas mehr als ein Drittel eine äußerst geringe Bedeutung zu. Signifikante Unterschiede zwischen den beiden Fragen treten neben den bereits ebenfalls erwähnten Gesamtzahlen weiters bei den politischen Subgruppen linke, kleinere und materialistische Parteien auf.

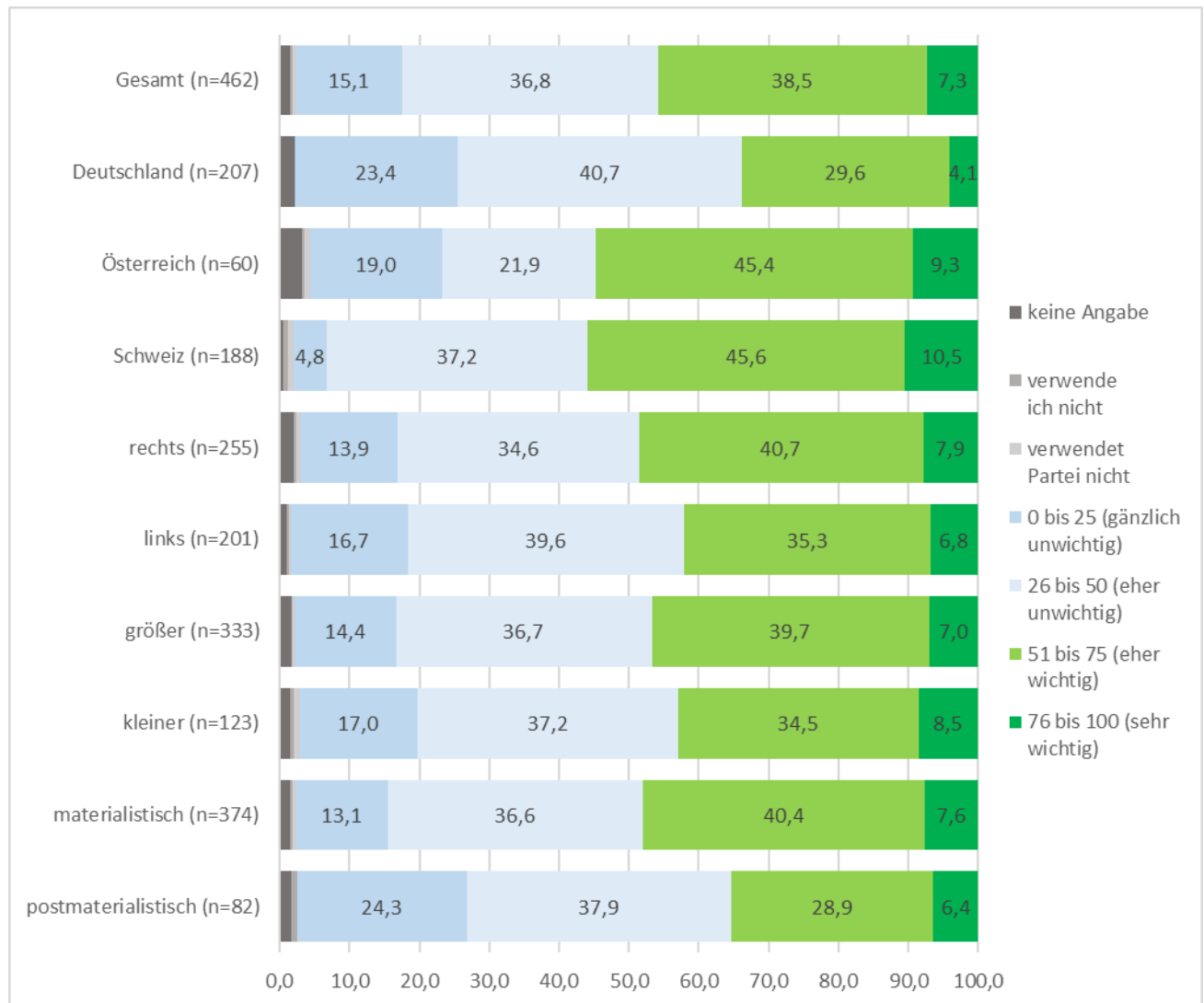


Abbildung 58: Bedeutung der E-Mail-Newsletter zur Meinungsbildung über die Reputation der eigenen Parteivorsitzenden, alle Befragte, nach Ländern und politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet
Quelle: eigene Darstellung

Insgesamt sind die internen Quellen für die Meinungsbildung der ParlamentarierInnen über die Reputation ihrer Parteiführungen zwar etwas weniger bedeutend als für ihre Meinungsbildung über Ereignisse und Vorkommnisse innerhalb ihrer Partei. Andererseits tragen die internen Quellen überwiegend zu mehr als einem Drittel und teilweise zu über der Hälfte und bis zu mehr als zwei Drittel zur Meinungsbildung für die Reputation ihrer Vorsitzenden bei. Wenn die internen Treffen berücksichtigt werden, haben diese nahezu gänzliche eine hohe oder sehr hohe Bedeutung für die Eindrücke zur Reputation der ParteichefInnen. (vgl. Abbildung 56 und Abbildung 53). Diese Erkenntnis stärkt das forschungsleitende Interesse dieser Dissertation an

Dissertation Rosemarie Nowak: Vorsitzenden-Reputation in Mitgliederparteien

der Internen Kommunikation und ihrem Beitrag zur Reputationskonstituierung der Parteivorsitzenden.

6.3.2.5 Umgang mit und Einschätzung der internen Medien

Dieses Subkapitel gibt Auskunft darüber, wie häufig die ParlamentarierInnen interne Medien nutzen und wie hoch sie deren Informationswert einschätzen.

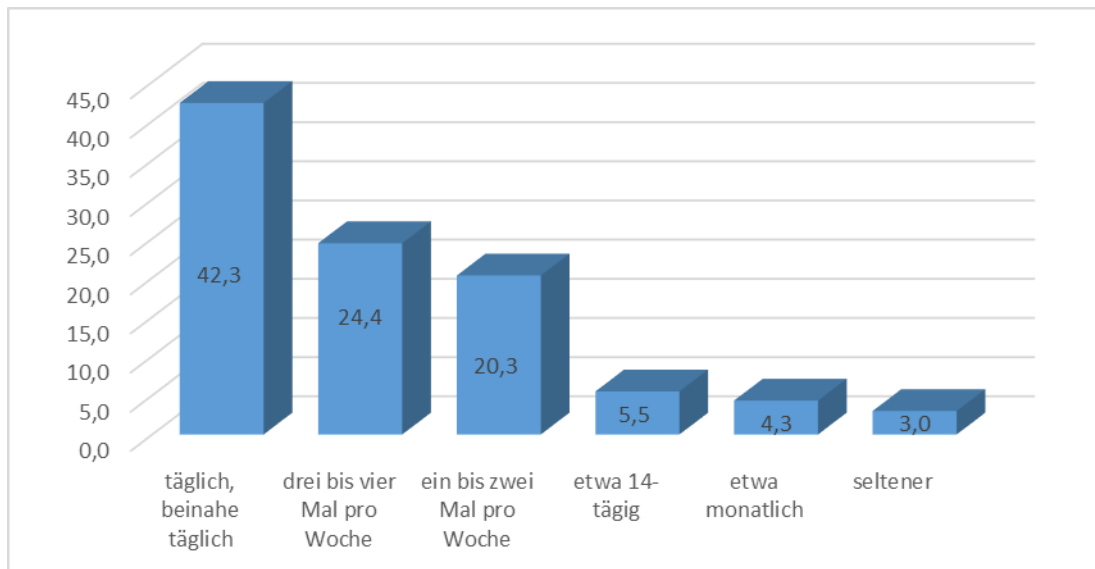


Abbildung 59: Nutzungshäufigkeit der internen Medien durch die ParlamentarierInnen, alle Befragte, in Prozent, gewichtet, n=462

Quelle: eigene Darstellung

Etwas mehr als zwei Fünftel der Abgeordneten **nutzen interne Medien** täglich oder beinahe täglich, wie in Abbildung 59 nachzulesen ist (Frage 6). Rund zwei Drittel konsumieren die internen Medien mehrmals pro Woche. 87 Prozent nutzen die internen Medien wöchentlich oder häufiger. Mehr als 90 Prozent verwenden interne Medien zumindest alle zwei Wochen oder öfter. Nur ein geringer Anteil von deutlich unter zehn Prozent greift seltener zu internen Medien.

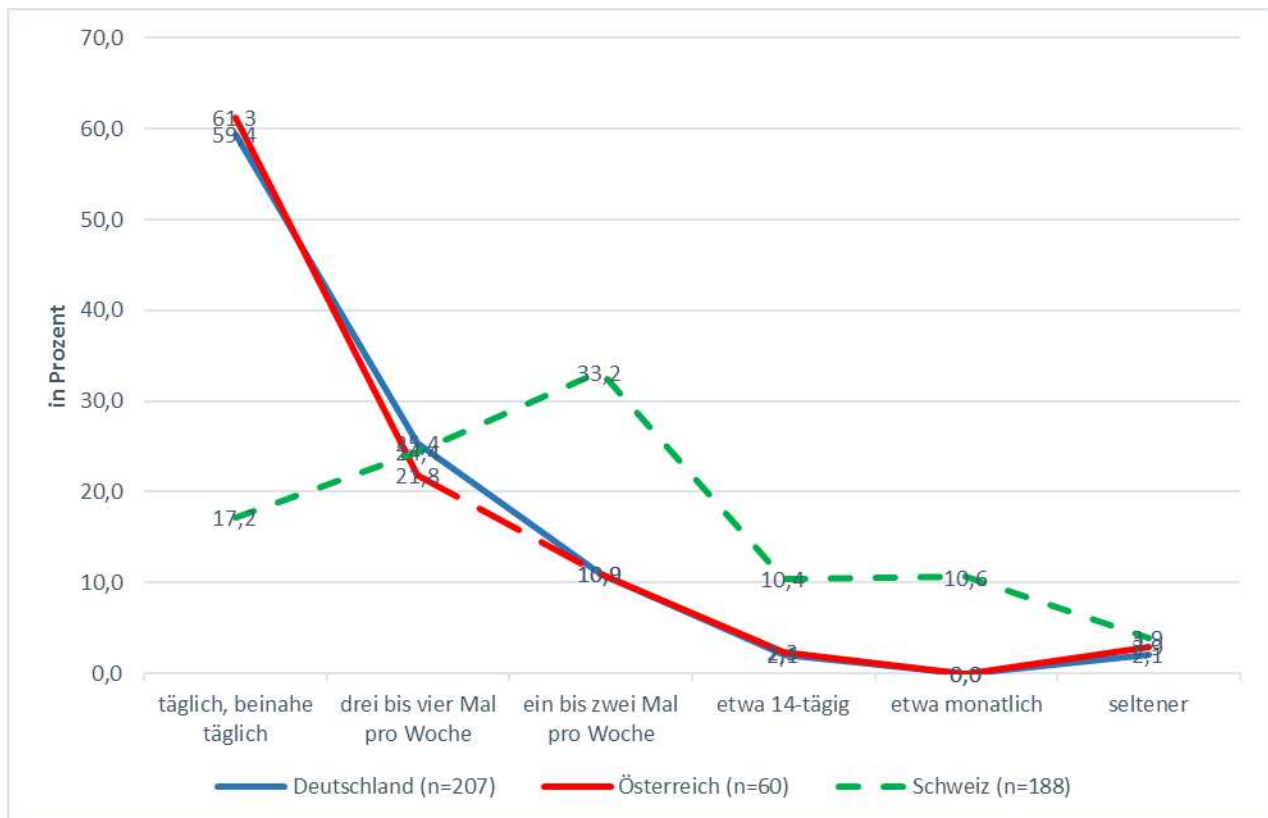


Abbildung 60: Nutzungshäufigkeit der internen Medien durch die ParlamentarierInnen, nach Ländern, in Prozent, gewichtet, n=455

Quelle: eigene Darstellung

Sehr auffällig ist nach Abbildung 60 das unterschiedliche Nutzungsverhalten einerseits der deutschen und österreichischen sowie andererseits der Schweizer Parlamentsmitglieder. In Deutschland und Österreich greifen die ParlamentarierInnen in etwa zu drei Fünftel täglich oder beinahe täglich zu internen Medien. In der Schweiz erreicht dieser Wert nur ein gutes Sechstel, was ein gänzlich konträres Verhalten in der Verwendung der internen Medien aufzeigt und sich signifikant unterscheidet. Während in Deutschland und Österreich die Werte regressiv sinken und am Ende der Kurve nur unbedeutend ansteigen, erhöhen sich die Werte der Schweizer Angaben bis zur ein- bis zweimaligen Nutzung pro Woche auf ein signifikantes Niveau von ca. einem Drittel und fallen erst danach wieder ab. Schweizer ParlamentarierInnen nutzen demzufolge signifikant seltener interne Medien als ihre deutschen und österreichischen KollegInnen.

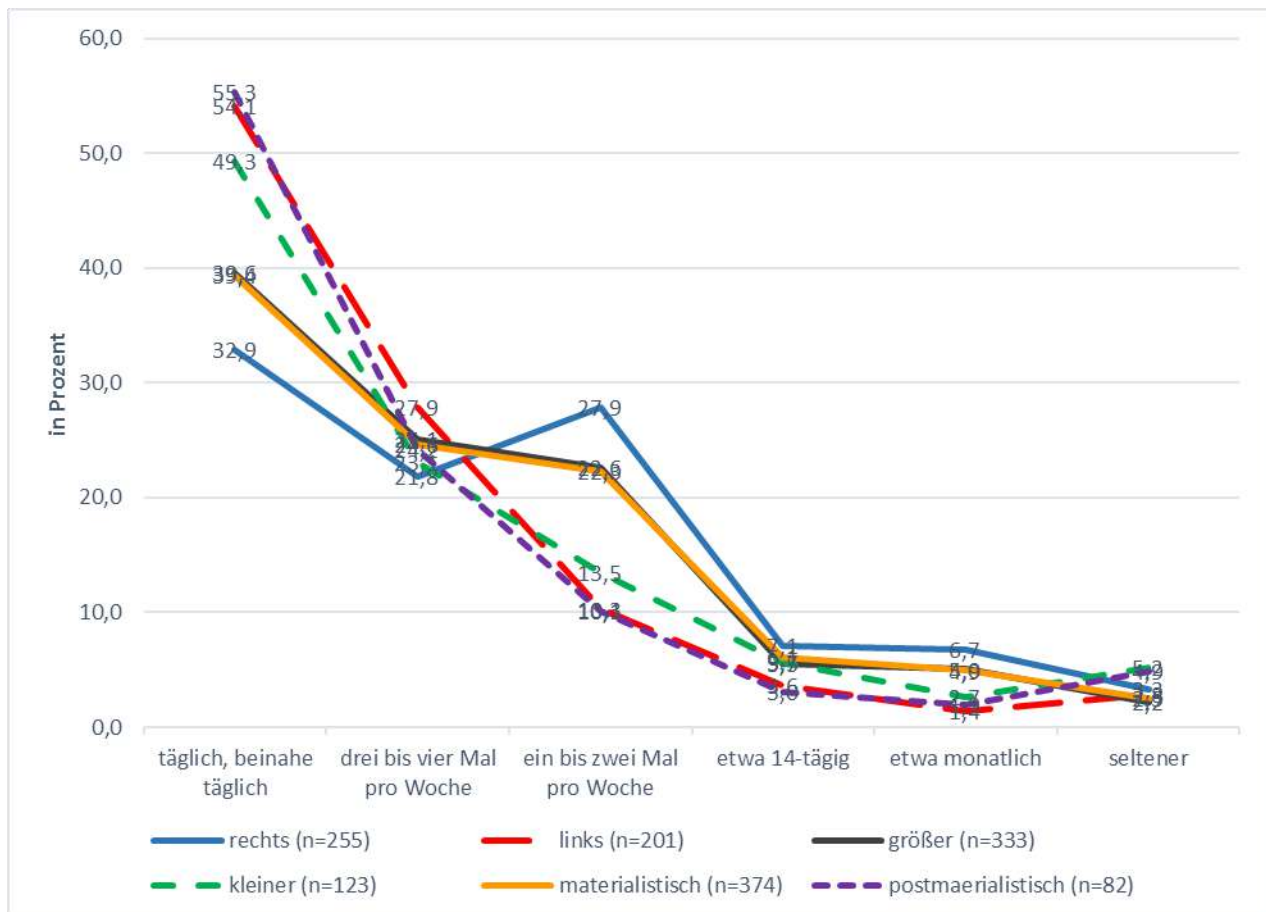


Abbildung 61: Nutzungshäufigkeit der internen Medien durch die ParlamentarierInnen, nach politischen Subgruppen, in Prozent, gewichtet, n=456

Quelle: eigene Darstellung

Die Daten zur internen Mediennutzung der ProbandInnen nach politischen Subgruppen zeigen in Abbildung 61 ein sehr homogenes Bild. Alle politischen Gruppierungen finden ihre höchste Ausprägung beim täglichen oder beinahe täglichen Gebrauch der internen Medien. Mitglieder linker Parteien nutzen signifikant häufiger täglich bzw. beinahe täglich ihre internen Medien als Mitglieder rechter Parteien. Die weiteren Unterschiede sind bei dieser Nutzungshäufigkeit nicht signifikant. Die Kurve sackt anschließend zumeist rapide bei der Ausprägung „drei bis vier Mal pro Woche“ ab, wo sich alle Werte relativ homogen zwischen 22 und 28 Prozent treffen. Etwas größere Streuungen finden sich bei der ein- bis zweimaligen Nutzung pro Woche. Signifikant sind die Unterschiede jedoch nur zwischen rechten Parteien und linken bzw. postmaterialistischen Gruppierungen. Der weitere Verlauf pendelt regressiv aus. Der zum Teil vorhandene leichte Anstieg unter „seltener“ ist zu vernachlässigen.

Auf die Frage nach dem **Informationswert der internen Medien** (Frage 7) geben die MandatarInnen gesamt ein sehr positives Bild ab, wie in Abbildung 62 erkennbar. Beinahe zwei Drittel schätzen den Informationswert der internen Medien als eher oder sehr hoch ein. Nicht einmal ein Drittel schreibt den internen Medien einen eher oder sehr geringen Informationswert zu.